

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von  
Helmut Altrichter, Horst Möller  
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Morten Reitmayer  
**Populismus als Untersuchungsfeld der Zeitgeschichte**  
Ein kritischer Forschungsbericht

Sascha Steger  
**Kurt Daluege, die Stennes-Revoluten 1930/31 und der Aufstieg der SS**

Tanja Penter und Dmytro Tytarenko  
**Der Holodomor, die NS-Propaganda in der Ukraine und ihr schwieriges Erbe**

DISKUSSION  
**Geschlecht und Demokratie**  
Kirsten Heinsohn/Till van Rahden/Isabel Heinemann/Martina Steber/  
Julia Paulus/Bernhard Gotto

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

4  
21

Im Auftrag des  
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin  
herausgegeben von

Helmut Altrichter  
Horst Möller  
Margit Szöllösi-Janze  
Andreas Wirsching

in Verbindung mit  
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,  
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:  
Magnus Brechtken, Agnes Bresselau von Bressensdorf,  
Johannes Hürter, Thomas Raithel, Martina Steber  
Chefredakteur: Thomas Schlemmer  
Stellvertreterin: Petra Weber  
VfZ-Online, Lektorat und Büro:  
Nadine Gebhardt, Kira Rettinger, Barbara Schäffler

69. Jahrgang Heft 4 Oktober 2021

**Anschrift der  
Redaktion** Institut für Zeitgeschichte München–Berlin  
Leonrodstraße 46 b  
80636 München  
Tel. 0 89/1 26 88-0  
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

**Homepage** [www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/](http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/)

**Offenes  
Heftarchiv** Alle Ausgaben und Beiträge seit 1953 im Free Access,  
aktuell bis einschließlich 2015.  
[www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv](http://www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv)

**Impressum** © 2021 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.

Anzeigenverwaltung: Markus Kügel, De Gruyter, Rosenheimer Str. 143, 81671 München, Germany. Tel.: +49 89 76 902-424,  
E-Mail: [anzeigen@degruyter.com](mailto:anzeigen@degruyter.com)

#### **Bezugsbedingungen**

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement Institutionen: € 65,-; Online-Abonnement € 65,-. Jahresabonnement Einzelkunden: € 59,80; Online-Abonnement € 49,-; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 18,-/Ausland: € 36,-. Einzelheft: € 16,- zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Vervielfältigung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen  
Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim.

■ Morten Reitmayer		
<b>Populismus als Untersuchungsfeld der Zeitgeschichte</b> .....	<b>573</b>	<b>Aufsätze</b>
Ein kritischer Forschungsbericht		
■ Sascha Steger		
<b>Kurt Daluge, die Stennes-Revolten 1930/31 und der Aufstieg der SS</b> .....	<b>607</b>	
■ Tanja Penter und Dmytro Tytarenko		
<b>Der Holodomor, die NS-Propaganda in der Ukraine und ihr schwieriges Erbe</b> .....	<b>633</b>	
■ <b>Geschlecht und Demokratie</b> .....	<b>669</b>	<b>Diskussion</b>
Deutungskämpfe um die Ordnung der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland		
Kirsten Heinsohn, Till van Rahden, Isabel Heinemann, Martina Steber, Julia Paulus, Bernhard Gotto		
Neu: Innovatives Video-Format, Aufzeichnung des „Podiums Zeitgeschichte“ 2021 und ergänzende Materialien zu Philipp Gahns Dokumentation in der Juli-Ausgabe		
	<b>743</b>	<b>VfZ-Online</b>
	<b>745</b>	<b>Rezensionen online</b>
	<b>751</b>	<b>Abstracts</b>
	<b>753</b>	<b>Autorinnen und Autoren</b>
	<b>757</b>	<b>Hinweise</b>
	<b>759</b>	<b>Jahresinhalts- verzeichnis 2021</b>

Die Zeitgeschichtsforschung hat sich mit dem Problem des Populismus bisher kaum beschäftigt. Neben der Soziologie hat vor allem die Politikwissenschaft grundlegende Kontroversen angestoßen und Erklärungsansätze für das Aufkommen populistischer Bewegungen bereitgestellt. Sie deutet deren wachsenden Einfluss häufig als Ausdruck der Repräsentationskrise des politischen Systems, als einen Gegensatz zwischen Elite und Volk, auf das die Rhetorik und Propaganda der Populisten fixiert sei. Umstritten ist, ob es die ökonomischen oder kulturellen Modernisierungsverlierer sind, die populistische Parteien wählen und unterstützen. Morten Reitmayer plädiert für eine Kontextualisierung und Historisierung des Phänomens Populismus und entwirft ein breites Panorama für eine zeithistorische Populismusforschung.

Morten Reitmayer

## Populismus als Untersuchungsfeld der Zeitgeschichte

Ein kritischer Forschungsbericht

### I. Für eine zeithistorische Erforschung des Populismus

Angesichts der bekannten und begründeten Scheu der Geschichtswissenschaft, sich an allzu gegenwartsnahe Phänomene heranzuwagen, überrascht es wenig, dass die mit dem Begriff Populismus bezeichneten Erscheinungsformen, die seit mehreren Jahrzehnten die Demokratien Europas – und weltweit – herausfordern, nur langsam zu einem Gegenstand der zeithistorischen Forschung werden.<sup>1</sup> Gleichzeitig ist jedoch in den aktuellen Debatten über die Herkunft und die Bewegungsrichtung dieser Phänomene sowie in den praktischen Ratschlägen, wie mit ihnen politisch umzugehen sei, ein empfindlicher Mangel an historischer Expertise zu erkennen. Ein besonders anschauliches Beispiel liefert der einfache Befund, dass in den laufenden wissenschaftlichen Debatten über das Wesen des Populismus die Frage, aus welchen Gründen populistische Bewegungen zu bestimmten Zeiten entstehen, zu anderen aber nicht, vollkommen ausgeblendet bleibt. Stattdessen herrschen Begriffsbestimmungen des Populismus vor, die faktisch die Existenz eines zeitlich ungebundenen Phänomens behaupten. Mit anderen Worten: Die Suche nach den genuin historischen Existenzbedingungen des Populismus ist offenbar über den Versuch, gleichzeitig pädagogisch-politisch-beratend und nomothetisch-klassifizierend zu wirken, vernachlässigt worden. Für die weitere For-

<sup>1</sup> Vgl. die Beiträge von Karin Priester, Ursula Prutsch, Ronja Kempin, André Krause und Thomas Schlemmer im „Podium Zeitgeschichte“: Rechtspopulismus in westlichen Demokratien – zeithistorische Perspektiven, in: VfZ 67 (2019), S. 439–497.

schungsdiskussion sollten wir daher Wolfgang Streecks warnenden Hinweis ernst nehmen, „wie lange gesellschaftliche Ursachen brauchen, um gesellschaftliche Wirkungen hervorzubringen“. Ebenso müssen „entgegenwirkende Ursachen“ Beachtung finden, „von denen sie verlangsamt, abgelenkt, modifiziert oder aufgehalten werden“.<sup>2</sup>

Für die Geschichtswissenschaft bietet sich damit die Chance, das derzeit sehr große Interesse an sogenannten populistischen Erscheinungen zu nutzen: Eine eigenständige historische Forschung – gewissermaßen als Sonde in den Tiefenschichten der europäischen Gesellschaften – kann die Epochenordnung der jüngeren Vergangenheit und insbesondere den widersprüchlichen Verlauf ihrer Demokratiegeschichte neu bestimmen. Denn die Erforschung der gegenwärtigen wie der historischen Populismen macht auf die der Demokratie innewohnenden Spannungsverhältnisse aufmerksam, die sich wiederum in Dynamiken – etwa dem Auftreten populistischer Parteien – äußern, die ihrerseits die Entwicklung demokratischer Institutionen vorantreiben. In diesem Sinne ist Demokratieforschung ein Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Gerade Phänomene wie die Verbreitung populistischer Bewegungen fordern deshalb dazu heraus, die Sozialgeschichte der Demokratie in Europa und ihrer Erfolgsbedingungen neu zu schreiben.<sup>3</sup>

Zu diesem Zweck werden im Folgenden in einem ersten Schritt die derzeit vor allem in der englischsprachigen internationalen Forschung gängigen, zumeist politikwissenschaftlichen Diskussionen und Begriffsbildungen zum Populismus kurz vorgestellt. Dabei gehe ich zur besseren Orientierung vor allem auf drei, die aktuellen Debatten bestimmende Problemkreise ein: Erstens, welche Gefahr geht von den Populisten aus? Zweitens, was ist eigentlich unter Populismus zu verstehen? Drittens, wer wählt populistische Parteien? In einem zweiten Schritt sollen einige Forschungsfelder skizziert werden, auf denen historische Expertise besonders vermisst wird und eine besonders große Chance für Zeithistorikerinnen und -historiker besteht, ihre spezifischen Kompetenzen in die Auseinandersetzung einzubringen.

## II. Offene Fragen der politikwissenschaftlichen Populismus-Forschung

Obwohl sich Historikerinnen und Historiker in Deutschland bereits in den 1970er Jahren mit dem Phänomen Populismus beschäftigten,<sup>4</sup> ist die Forschung seit Längerem fest in der Hand der Politikwissenschaft. Dies ist wenig über-

<sup>2</sup> Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin 2013, S. 14 f. Streecks Feststellung (ebenda, S. 256), im „Westeuropa von heute“ sei „nicht mehr der Nationalismus die größte Gefahr, schon gar nicht der deutsche, sondern der hayekianische Marktliberalismus“, dürfte dagegen zu widersprechen sein.

<sup>3</sup> Für den (west-)deutschen Fall vgl. Lutz Raphael, *Von der Revolution zur Routine. 100 Jahre Demokratie in Deutschland*, in: *Neues Trierisches Jahrbuch* 59 (2019), S. 207–222.

<sup>4</sup> Vgl. Hans-Jürgen Puhle, *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1975.

raschend, denn die historisch frühen, in der Literatur immer wieder angeführten ersten populistischen Bewegungen – etwa die namensgebende *Populist Party* in den USA um 1900, die *Narodniki* („Volksfreunde“) im vorrevolutionären Russland der 1860er und 1870er Jahre sowie die Boulanger-Bewegung in Frankreich während der 1880er Jahre – entstanden außerhalb Deutschlands. Vergleichbare Parteien und Verbände aus der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, denen gelegentlich populistische Züge bescheinigt werden wie der antisemitischen „Berliner Bewegung“ des zeitweiligen Hofpredigers Adolf Stöcker,<sup>5</sup> dem Alldeutschen Verband,<sup>6</sup> dem Bund der Landwirte<sup>7</sup> oder der Deutschen Vaterlandspartei<sup>8</sup> sind dagegen als rechtsextrem, rechtsnationalistisch, protofaschistisch oder radikalkonservativ<sup>9</sup> eingestuft worden. Dies gilt erst recht für bundesdeutsche Parteien wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands oder die Republikaner. Michael Wildts neuere Studie über die Kontinuitäten des Volksbegriffs im rechtsnationalistischen beziehungsweise völkischen Denken<sup>10</sup> nimmt auch die Alternative für Deutschland (AfD) in den Blick, stellt aber den Populismus-Begriff nicht ins Zentrum der Analyse. Andreas Wirsching hat bereits 2012 in seiner Geschichte Europas den Aufstieg des Populismus nachgezeichnet, musste dabei jedoch fast vollständig auf politikwissenschaftliche Arbeiten zurückgreifen.<sup>11</sup> Gelegentlich werden Alt- und Frühneuzeithistoriker als Kronzeugen für die Universalität des demagogischen Prinzips bemüht, doch ohne dass deren Skepsis gegenüber dem Populismus-Begriff in die begriffliche Arbeit einflösse.<sup>12</sup> Auch außerhalb Deutschlands sind die Historikerinnen und Historiker auf diesem Gebiet eher in der Minderheit. Zu den Ausnahmen gehören beispielsweise Barry Eichengreen mit seiner

<sup>5</sup> Vgl. Michael Imhof, „Einen besseren als Stöcker finden wir nicht“. Diskursanalytische Studien zur christlich-sozialen Agitation im deutschen Kaiserreich, Oldenburg 1996.

<sup>6</sup> Vgl. Roger Chickering, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914*, Boston 1984, und Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*, Hamburg 2003.

<sup>7</sup> Vgl. Puhle, *Agrarbewegungen*.

<sup>8</sup> Vgl. Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1997.

<sup>9</sup> Vgl. Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945*, Darmstadt 2010; Geoff Eley, *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, New Haven 1980; Uwe Puschner, *Ein Volk, ein Reich, ein Gott. Völkische Weltanschauung und Bewegung*, in: Bernd Sösemann (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick*, Stuttgart/München 2002, S. 25–41, und Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, 2., überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2004.

<sup>10</sup> Vgl. Michael Wildt, *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Bonn 2017.

<sup>11</sup> Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, Bonn 2012.

<sup>12</sup> Vgl. *Die lustvolle Politik der Schmähung. Über den Zusammenhang von Populismus und Invektivität*, 14.11.2018–16.11.2018, Dresden; [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8182](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8182) [7.7.2021]. Vgl. auch die entsprechenden Beiträge in Thorsten Beigel/Georg Eckert (Hrsg.), *Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart*, Münster 2017.

Arbeit über die ökonomischen Bedingungen für das Entstehen populistischer Bewegungen<sup>13</sup> und Paul Ginsborg mit seinen Studien über Silvio Berlusconi.<sup>14</sup>

Etwas anders sieht das Bild der Forschungen zum US-amerikanischen *Populism* aus, schon weil dessen Wurzeln weiter zurückreichen. Gleichwohl ist auch hier eine Verbindung von Forschung und einem ausgesprochen gegenwartsnahen Erkenntnisinteresse zu konstatieren. Die älteren Kontroversen drehten sich dabei vor allem um die Bedeutung bestimmter Regionen des populistischen Protests und damit um die Relevanz unterschiedlicher Akteursgruppen.<sup>15</sup> Die neuere Forschung lässt sich vermutlich nur vor dem Hintergrund der enorm einflussreichen These Richard Hofstadters über den „paranoid style in American politics“ verstehen.<sup>16</sup> Hofstadter, der auch zum Populismus arbeitete,<sup>17</sup> verwies damit auf ein Syndrom von Übertreibungen, Verdächtigungen und Verschwörungsfantasien, das er keineswegs allein auf die rechten Strömungen amerikanischer Politik beschränkt sehen wollte. Damit trug Hofstadter maßgeblich zur Etablierung einer intellektuellen Konfliktlinie bei, die ausdrücklich partizipatorische Chancen gegen illiberale Gefahren des (amerikanischen) Populismus abwägt.<sup>18</sup>

Aus naheliegenden Gründen stehen bei den Forschungen zur *People's Party* die möglichen Ursachen ihres Scheiterns deutlicher im Vordergrund als bei den Arbeiten über die populistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit, die gezwungen sind, den Antisemitismus und das Verhältnis der Populisten zu den faschistischen Bewegungen Europas mitzudiskutieren.<sup>19</sup> Bemerkenswerterweise werden diese Untersuchungen in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen oder übersetzt. Das Gleiche gilt für Forschungen über eher in der Tradition der Bürgerrechtsbewegung stehende populistische Phänomene.<sup>20</sup> Zeithistorische deutsche

<sup>13</sup> Vgl. Barry Eichengreen, *The Populist Temptation. Economic Grievance and Political Reaction in the Modern Era*, New York 2018. Sehr kritisch fällt die Bilanz des von Rüdiger Dornbusch und Sebastian Edwards herausgegebenen Sammelbands „The Macroeconomics of Populism in Latin America“ (Chicago/London 1991) bezüglich der Wirtschaftspolitik vermeintlich populistischer Regime in Süd- und Mittelamerika in den 1970er und 1980er Jahren aus; allerdings firmieren hier unter dem Begriff Populismus so unterschiedliche politische Richtungen wie der rechtsautoritäre Späteronismus in Argentinien oder das sozialistische Experiment Salvador Allendes in Chile.

<sup>14</sup> Vgl. Paul Ginsborg, *Berlusconi. Politisches Modell der Zukunft oder italienischer Sonderweg?*, Berlin 2005, und Gian Enrico Rusconi/Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), *Berlusconi an der Macht. Die Politik der italienischen Mitte-Rechts-Regierungen in vergleichender Perspektive*, München 2010.

<sup>15</sup> Vgl. John D. Hicks, *The Populist Revolt. A History of the Farmers Alliance and the People's Party*, Minneapolis 1931, und Lawrence Goodwyn, *The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America*, Oxford 1978.

<sup>16</sup> Vgl. Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics*, in: *Harper's Magazine*, November 1964, S. 77–86.

<sup>17</sup> Vgl. Richard Hofstadter, *The Progressive Movement 1900–1915*, Englewood Cliffs 1963.

<sup>18</sup> Vgl. Margaret Canovan, *Populism*, New York 1981.

<sup>19</sup> Vgl. Charles Postel, *The Populist Vision*, Oxford 2007, und Alan Brinkley, *Voices of Protest. Huey Long, Father Coughlin, and the Great Depression*, New York 1982.

<sup>20</sup> Vgl. Laura Grattan, *Populism's Power. Radical Grassroots Democracy in America*, Oxford 2016.

Forschungen zum amerikanischen Populismus haben sich dagegen zunächst vor allem für dessen modernisierungstheoretische Dimension interessiert, bevor sie sich ideengeschichtlichen Perspektiven zuwandten.<sup>21</sup>

Das internationale Feld der Populismus-Forschung wird angesichts dieser Situation und des Drucks der Aktualität von der Politikwissenschaft und der Soziologie dominiert; hier seien nur einige besonders prominente Namen genannt: Margaret Canovan,<sup>22</sup> Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser,<sup>23</sup> Ernesto Laclau,<sup>24</sup> Yves Mény und Yves Surel,<sup>25</sup> Jan-Werner Müller<sup>26</sup> oder Yascha Mounk.<sup>27</sup> Auch in Deutschland ist die Politikwissenschaft mit Frank Decker,<sup>28</sup> Karin Priester,<sup>29</sup> Philip Manow<sup>30</sup> oder Ulrich Eith auf diesem Gebiet führend,<sup>31</sup> und damit bestimmen fachspezifische nomothetische Erkenntnis- und Deutungsinteressen den Diskurs, die vom Zwang zur Aktualität ebenso getrieben werden wie vom Willen zur taxonomischen Katalogisierung. Vor allem die strikten Abgrenzungsversuche zwischen populistischer und nicht-populistischer Politik einerseits, zwischen Populismus und Extremismus andererseits stehen jedoch den zeithistorischen Erkenntnisinteressen eher im Weg, die auf die Kontextualisierung und Historisierung populistischer Phänomene fokussiert sind. Selbst wenn gelegentlich Mischungsverhältnisse aus populistischer und nicht-populistischer Politik konstatiert werden, bestätigt das – aus Sorge um die Reinheit des Begriffs – die Abgrenzungen mehr,

<sup>21</sup> Vgl. Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil. Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Wiesbaden 2003, S. 15–43; Puhle, *Agrarbewegungen*; Michael Hochgeschwender, *Populismus in der amerikanischen Präsidentschaftsdemokratie. Die Progressivisten und das „Volk“*, in: Beigel/Eckert (Hrsg.), *Populismus*, S. 145–160 und Michael Hochgeschwender, *US-Populism in the Late Nineteenth Century*, in: Heike Paul/Ursula Prutsch/Jürgen Gebhardt (Hrsg.), *The Comeback of Populism. Transatlantic Perspectives*, Heidelberg 2019, S. 55–64. Eher überblicksartig und wenig analytisch Ursula Prutsch, *Populismus in den USA und Lateinamerika*, Hamburg 2019.

<sup>22</sup> Vgl. Canovan, *Populism*.

<sup>23</sup> Vgl. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populism. A Very Short Introduction*, Oxford 2017, und Cristóbal Rovira Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford/New York 2017.

<sup>24</sup> Vgl. Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London/New York 2007.

<sup>25</sup> Vgl. Yves Mény/Yves Surel (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke/Hampshire/New York 2002.

<sup>26</sup> Vgl. Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2017.

<sup>27</sup> Vgl. Yascha Mounk, *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München 2018.

<sup>28</sup> Vgl. Decker, *Rechtspopulismus*; ders. (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, und ders./Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015.

<sup>29</sup> Vgl. Karin Priester, *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M./New York 2007.

<sup>30</sup> Vgl. Philip Manow, *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018.

<sup>31</sup> Vgl. Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.), *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, Wiesbaden 2001.

als den Blick für Übergänge und Gemengelagen zu schärfen.<sup>32</sup> Vor der Erörterung möglicher historischer Zugänge zu den Erscheinungsformen des Populismus muss daher eine zumindest kursorische Sichtung der politikwissenschaftlichen Begriffsbildungen und Positionen stehen.

Ein ganz grundlegendes Wissensbedürfnis zielt auf die Klärung der Frage, ob es sich beim Populismus um eine „Gefahr für die Demokratie“ oder um ein „nützliches Korrektiv“ handelt.<sup>33</sup> Die Argumente sind schnell benannt: Zugutegehalten wird dem Populismus vor allem, dass er auf Repräsentationsdefizite in demokratischen Systemen aufmerksam macht und damit anzeigt, dass sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht mehr ausreichend in den Institutionen und Prozessen der politischen Willensbildung vertreten sehen. Populismus stellt in dieser Perspektive eine durchaus demokratische Antwort auf die vielbeschworene Repräsentationskrise der gegenwärtigen Demokratie dar,<sup>34</sup> für die in der Bundesrepublik in erster Linie die (ehemaligen) Volksparteien verantwortlich gemacht werden. So habe die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrem Bemühen, Wählergruppen aus den neuen Mittelschichten anzusprechen, postmaterielle Werte wie Frauenrechte, Umweltschutz, universalistische Migrationspolitik in den Vordergrund gestellt; dadurch habe sie aber größere Teile ihrer alten Stammwählerschaft aus den weniger modernisierten Arbeitermilieus mit ihren stärker materiell definierten Interessen vernachlässigt. Der Christlich Demokratischen Union Deutschlands wird hingegen vorgeworfen, den eigenen nationalkonservativen Flügel aus den ebenfalls weniger modernisierten kleinstädtisch-kleinbürgerlichen Milieus an den Rand gedrängt zu haben.<sup>35</sup> Diese Wählerinnen und Wähler hätten sich unter dem Eindruck der sogenannten Flüchtlingskrise seit 2015 der populistischen AfD zugewandt: Zum einen weil unter den etablierten Parteien Konsens bestand, die Grenzen zunächst nicht zu schließen, zum anderen weil diese Parteien letztlich keinen nationalen Alleingang gegenüber einer einheitlichen europäischen Migrationspolitik forcieren wollten.<sup>36</sup> In dieser Perspektive dient der Erfolg

<sup>32</sup> Vgl. Priester, *Populismus*, S. 20 f., und Mounk, *Zerfall*.

<sup>33</sup> So der Untertitel von Decker (Hrsg.), *Populismus*.

<sup>34</sup> Vgl. Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012; *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40–42/2016: *Repräsentation in der Krise?*; Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.), *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden 2011; Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2017; Paul A. Taggart, *Populism and the Pathology of Representative Politics*, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*, S. 62–80; Peter Mair, *Populist Democracy vs Party Democracy*, in: Ebenda, S. 81–98, und Alfio Mastropaolo, *Populism and Political Representation*, in: Reinhard C. Heinisch/Christina Holtz-Bacha/Oscar Mazzoleni (Hrsg.), *Political Populism. A Handbook*, Baden-Baden 2017, S. 59–72.

<sup>35</sup> Vgl. Frank Decker, *Alternative für Deutschland und Pegida. Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik*, in: Ders./Henningsen/Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus*, S. 75–90, und Thomas Meyer, *Populismus und Medien*, in: Decker (Hrsg.), *Populismus*, S. 81–96.

<sup>36</sup> Vgl. Verena Hambauer/Anja Mays, *Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12 (2018), S. 133–154.

populistischer Bewegungen und Parteien als Indikator<sup>37</sup> für die mangelnde Repräsentation bestimmter Gruppen oder sogar als komplementäre Ergänzung fehlerhaft arbeitender Institutionen des Repräsentativsystems.

Die vom Populismus ausgehenden Gefahren werden demgegenüber sowohl auf einer inhaltlichen als auch auf einer strukturellen Ebene des politischen Felds lokalisiert: Zum einen bedrohe die dem Populismus immanente Vereinfachung komplexer politischer Probleme eine angemessene Behandlung der in Rede stehenden politischen Themen.<sup>38</sup> Zum anderen zielten die populistischen Forderungen nach direktdemokratischen Teilhabe- und Entscheidungsformen zusammen mit der Fiktion eines einheitlichen Volkswillens auf die Beschädigung beziehungsweise auf das Aushebeln der Gewaltenteilung und ganz generell der Institutionen der repräsentativen Demokratie. Vor allem der Schutz von Minderheiten gerate so in Gefahr, da der vermeintlich einheitliche Volkswille keine legitimen Minderheitenmeinungen und -interessen anerkenne.<sup>39</sup> Bei beiden Annahmen ist der Befund von großem Belang, dass viele deutschsprachige politikwissenschaftliche Studien implizit oder explizit von einem Markt-Modell der politischen Willensbildung ausgehen,<sup>40</sup> in dem sich die Produzenten oder Anbieter legitimer politischer Positionen und Argumente und Konsumenten derartiger politischer „Güter“ gegenüberstehen. Bei den Anbietern handelt es sich im Wesentlichen um Parteipolitikerinnen und Parteipolitiker, bei den Konsumenten um den größten Teil der Wahlbevölkerung. Faktisch legen erstere ihre politischen Angebote jedoch nicht allein vor, sondern gemeinsam mit Expertinnen und Experten der demokratischen Repräsentation aus den Bereichen Medien und Politikberatung. Erst wenn diese den politischen Programmen und Stellungnahmen ihre Weihe verliehen haben, avancieren sie zu legitimen – und damit politisch diskutablen – Angeboten auf dem politischen Markt. Den Wählerinnen und Wählern wird dagegen wegen ihrer mangelnden Kompetenz oder wegen fehlendem Interesse lediglich der Status von politischen Konsumenten zugewiesen, denen als einzig legitime politische Praxis die Auswahl zwischen den verschiedenen Angeboten bleibt. In dieser Perspektive stellt Populismus auch eine Revolte gegen den Ausschluss von der politischen Willensbildung dar.<sup>41</sup>

<sup>37</sup> „Populism [...] provides us with a useful tool for understanding the pathology of representative politics“; Taggart, Populism, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*, S. 62.

<sup>38</sup> Vgl. Margaret Canovan, *Taking Politics to the People. Populism as the Ideology of Democracy*, in: Ebenda, S. 25–44; Meyer, Populismus, in: Decker (Hrsg.), *Populismus, und Mounk, Zerfall*, S. 50–57.

<sup>39</sup> Vgl. Stefan Rummens, *Populism as a Threat to Liberal Democracy*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 554–589; Pierre-André Taguieff, *Political Science Confronts Populism. From a Conceptual Mirage to a Real Problem*, in: *Telos* 103 (1995), S. 9–43, sowie Müller, *Populismus*, S. 14, S. 28 und S. 70.

<sup>40</sup> So ausdrücklich Decker, *Rechtspopulismus*, S. 32.

<sup>41</sup> Vgl. Pierre Bourdieu, *Die politische Repräsentation. Elemente einer Theorie des politischen Feldes, und Die Doxosophen*, in: Ders., *Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie* 2, Konstanz 2010, S. 43–96 und S. 223–241.

Zugleich hat sich eine epistemologische Symbiose zwischen Populisten und Experten entwickelt: Je erfolgreicher populistische Parteien agieren, desto größer ist die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise, um herauszufinden, ob diese Bewegungen eine Bedrohung der Demokratie bedeuten. Und je bedrohlicher die Stellungnahmen klingen, desto mehr Aufmerksamkeit erhalten die Populisten, was weitere Dynamik in diesen Zirkel bringt: „Populism seems to become stronger the more intellectuals criticize it“, konstatierte der Politikwissenschaftler Pierre-André Taguieff.<sup>42</sup>

### III. Populismus – eine Begriffsbestimmung

Kaum weniger prominent als die Frage nach den konstruktiven oder destruktiven Wirkungen des Populismus ist in der gegenwärtigen Diskussion diejenige nach einer treffsicheren Begriffsbestimmung. In der Sprache der politischen Tageskämpfe dominiert eine pejorative Doppelbedeutung, in der einerseits die politische Vorstellungswelt der sogenannten einfachen Leute als populistisch bezeichnet wird, die sich vorzugsweise am Stammtisch artikuliert. Andererseits dient das Adjektiv der Denunziation eines vermeintlichen – vorzugsweise sozialpolitischen – Entgegenkommens von Politikerinnen und Politikern, die Partikularinteressen bedienen, obwohl doch unbequeme, schmerzhaft Entscheidungen notwendig seien. Vor allem der letztere Topos zielt seinerseits auf die politischen Erwartungen wohlhabender Wählergruppen, die zusätzliche Belastungen fürchten, und verweist darauf, dass sich die bekannte Dichotomie Masse versus Elite im Populismus auch umkehren kann.

In der Politikwissenschaft stehen sich – grob gesprochen – zwei Richtungen gegenüber: Auf der einen Seite finden sich Ansätze, die Populismus wenn nicht als eine eigene „Ideologie“,<sup>43</sup> so doch als ein „Syndrom“,<sup>44</sup> als ein Ensemble distinkter, relativ stabiler politisch-sozialer Einstellungen betrachten. Auf der anderen Seite gilt Populismus als besonderer Stil der politischen Auseinandersetzung und vor allem der Machteroberung. „Populismus – Form oder Inhalt“, so hat Hans-Jürgen Puhle diesen Gegensatz auf den Punkt gebracht.<sup>45</sup> Dabei sind die wesentlichen Elemente des ideologischen Gehalts wie auch der politischen Form weitgehend unumstritten. Und so muss jeder Versuch einer inhaltlichen oder ideologischen Definition des Populismus an dem Befund ansetzen, dass populistische Bewegungen und Parteien politisch sowohl rechts als auch links stehen können. Deshalb verbietet sich von vornherein eine eindeutige ideologische Verortung des Populis-

<sup>42</sup> Zit. nach Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541–563, hier S. 541; zum Folgenden vgl. ebenda, S. 542–544.

<sup>43</sup> Vgl. Donald MacRae, *Populism as an Ideology*, in: Ghita Ionescu/Ernest Gellner (Hrsg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London 1969, S. 541–563.

<sup>44</sup> Vgl. Peter Wiles, *A Syndrome, not a Doctrine*, in: Ebenda, S. 166–179.

<sup>45</sup> Vgl. Hans-Jürgen Puhle, *Populismus: Form oder Inhalt? Protest oder Projekt?*, in: Ders., *Protest, Parteien, Interventionsstaat. Organisierte Politik und Demokratieprobleme im Wandel*, Göttingen 2015, S. 91–117.

mus.<sup>46</sup> Cas Mudde sprach daher vom Populismus als „thin-centred ideology“, die sich leicht mit „very different (thin and full) other ideologies“ verbinden könne.<sup>47</sup>

Gemeint ist damit ein verhältnismäßig wenig entwickeltes Ensemble politisch-sozialer Ordnungsideen, die in der Regel keine universalen Perspektiven auf das Sein und Sollen menschlichen Zusammenlebens anbieten. Nur wenige Forscherinnen und Forscher sehen den Populismus als Sonderform kompakterer Gesellschaftsideen, etwa als „Volksvariante“ (Karin Priester) des konservativen Denkstils oder neoliberaler Vorstellungen, wobei die Schnittmenge beider Richtungen in der Interpretation des Populismus als Revolte gegen den modernen (Sozial-)Staat liegt.<sup>48</sup> Das „core concept“<sup>49</sup> populistischer Überzeugungen besteht dagegen nach Mudde und der Mehrheit der hier angeführten Autorinnen und Autoren in der Behauptung eines grundsätzlichen Antagonismus zwischen dem Volk und der Elite sowie in der Vorstellung der Existenz eines einheitlichen Volkswillens nach Art von Rousseaus *volonté générale*. Dabei, so Mudde, basiere die für den Populismus zentrale Gegenüberstellung von Volk und Elite auf der Annahme moralischer Unterschiede oder Gegensätze:<sup>50</sup> Während das Volk in den Augen der Populisten Authentizität und Reinheit verkörpere, sei die Elite korrupt und habe sich von den moralischen Normen des Volks verabschiedet, wenn die Elite nicht gleich als grundsätzlich fremd attackiert werde.

Allerdings zögen Populisten über moralische Argumente hinaus situativ und kontextabhängig auch sozialstrukturelle Kriterien (politische, ökonomische, kulturelle und vor allem mediale Macht) zur Definition beziehungsweise Denunziation der Elite heran. Zu Recht wiesen Mudde und Kaltwasser jedoch darauf hin, dass den Beziehungen zwischen Volk und Elite in der politischen Vorstellungswelt des Populismus bislang nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei.<sup>51</sup> Hier scheint die politikwissenschaftliche Forschung auf der Apriori-Ansicht zu beharren, Populismus beruhe im Wesentlichen auf der strikten Trennung von Elite und

<sup>46</sup> Vgl. Klaus Poier/Sandra Saywald-Wedl/Hedwig Unger, Die Themen der „Populisten“. Mit einer Medienanalyse von Wahlkämpfen in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen, Baden-Baden 2017, S. 37–59.

<sup>47</sup> Mudde, *Zeitgeist*, S. 544; vgl. auch Cas Mudde, Populism. An Ideational Approach, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 27–47. In Anlehnung daran werden im Folgenden die Begriffe „dünne“ oder „dicke“ Ideologie gebraucht.

<sup>48</sup> Vgl. Priester, *Populismus*, S. 9 und S. 46–77; Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim/Basel 2018, und die Beiträge in *Prokla 48* (2018): *Autoritärer Populismus. Strategie und politische Ökonomie rechter Politik*. Dieser Ansatz steht offensichtlich in Widerspruch zur globalen Existenz rechts- wie linkspopulistischer Bewegungen – eine Unterscheidung, die Priester, *Populismus*, S. 73, allerdings für wenig tragfähig hielt.

<sup>49</sup> Mudde, *Zeitgeist*, S. 544.

<sup>50</sup> Vgl. Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 11–16; unter Betonung spezifisch deutscher Faktoren vgl. auch Lars Rensmann, *Populismus und Ideologie*, in: Decker (Hrsg.), *Populismus*, S. 59–80.

<sup>51</sup> Vgl. Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 11. Ausdrücklich wünschten die beiden Autoren dabei theoretische (und nicht empirische) Reflexionen zu diesem Thema.

Nicht-Elite und damit auf der bloßen Umkehrung des seit Gaetano Mosca, Robert Michels und Vilfredo Pareto bekannten Elite-Masse-Schemas.<sup>52</sup> Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker dürften dagegen eher eine empirische Analyse der tatsächlichen Interaktionen zwischen Eliten und Nicht-Eliten bevorzugen.

Tatsächlich findet sich im systematisch angelegten „Oxford Handbook of Populism“ wie auch in anderen einschlägigen Überblicksdarstellungen und Sammelbänden keine eigenständige Auseinandersetzung mit diesem Problem.<sup>53</sup> Gerade der Kern dieser Begriffsbestimmung stellt daher sowohl empirisch als auch modelltheoretisch den blinden Fleck der internationalen Populismus-Forschung dar. Dieser Befund ist umso auffallender, als andere, teilweise deutlich weniger zentrale Merkmale der Begriffsbestimmung – das Verhältnis des Populismus zu Mehrheitsprinzip, Religion oder Technokratie<sup>54</sup> – auf breitem Raum abgehandelt werden. Systematische und empirisch gesättigte Erörterungen der Beziehungen zwischen Elite und Volk beziehungsweise Nicht-Elite stehen daher noch aus. Auch Mudde und Kaltwasser beließen es bei einem relativ allgemeinen Katalog von Anschuldigungen, die Populisten gegen die jeweiligen Eliten vorbringen. Die Frage, welche Bedeutung das Handeln der Eliten (im starken Plural) beziehungsweise die Beziehungen zwischen Eliten und Nicht-Eliten für das Entstehen, die Dynamik, die Propaganda und den Erfolg – oder Misserfolg – populistischer Bewegungen haben, ist also bislang von der politikwissenschaftlichen Populismus-Forschung unbeantwortet geblieben. Damit muss aber auch die Frage offenbleiben, ob überhaupt kontextabhängige und somit historisch wandelbare Wirkungszusammenhänge zwischen Populismus und Elite-Handeln bestehen oder es sich bei den anti-elitären Einstellungen potenzieller Populisten modelltheoretisch um eine überzeitliche Konstante handelt. Letzteres ließe sich nicht widerspruchsfrei mit dem Befund in Übereinstimmung bringen, dass es sich beim Populismus zwar um ein globales, aber zeitlich diskontinuierlich auftretendes Phänomen handelt. Oder anders gesagt: Der blinde Fleck wirft das Problem auf, inwieweit die Entwicklung populistischer Bewegungen von kontingenten Faktoren (mit-)bestimmt wird.

#### IV. Populismus – politische Praxis und Wählerschaft

Versuche, Populismus als eine besondere Form politischer Praxis zu definieren, bestätigen implizit die Bedeutung des Elite-Volk-Gegensatzes, selbst wenn sie stär-

<sup>52</sup> Vgl. Morten Reitmayer, *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009.

<sup>53</sup> Vgl. Ionescu/Gellner (Hrsg.), *Populism*; Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*; Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*; Decker/Henningsen/Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus*; Mudde/Kaltwasser, *Populism*; Müller, *Populismus*; Benjamin Moffitt, *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*, Palo Alto 2016, und Paul Taggart, *Populism*, Buckingham/Philadelphia 2000.

<sup>54</sup> Vgl. Nadia Urbinati, *Populism and the Principle of Majority*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 571–589, und Christopher Bickerton/Carlo Invernizzi Accetti, *Populism and Technocracy*, in: Ebenda, S. 326–341.

ker auf die Beziehung zwischen den populistischen Organisationen und dem Volk abstellen. Drei typische Ausprägungen populistischer Politik sollen hier kurz genannt werden, wobei aus der Literatur nicht deutlich wird, ob tatsächlich alle genannten Merkmale erfüllt sein müssen, um eine Bewegung oder Partei als populistisch qualifizieren zu können:<sup>55</sup> Erstens stilisieren sich populistische Parteien und Bewegungen in der Regel als Anti-Partei, das heißt, sie geben vor, anders als alle anderen politischen Akteure zu handeln und – damit einhergehend – eine Anti-Establishment-Partei zu sein. Darin findet die bereits erläuterte strikte Teilung der sozialen Welt in Volk und Elite ihren Ausdruck. In diesem Zusammenhang bleibt es beim derzeitigen Forschungsstand eine offene Frage, ob das Verblässen traditioneller politischer Gegensätze (*cleavages*), vor allem des Rechts-Links-Gegensatzes, nicht erst den Raum geschaffen hat, in dem sich populistische Parteien als vermeintlich einzige Alternativen zum politischen Mainstream Gehör verschaffen konnten. Ohne die Berücksichtigung der Relationen zu anderen Parteien ist eine Geschichte des Populismus daher nicht zu schreiben.

Zweitens sprechen populistische Bewegungen diejenigen Gruppen direkt an, die sie als – homogen gedachtes – Volk bezeichnen. Dazu setzen sie unterschiedliche, aber komplementäre Mittel ein. Beispielsweise bedienen sie sich immer wieder einer Strategie des gezielten sprachlich-symbolischen Tabubruchs. Auf diese Weise entwickeln ihre Aktivisten eine Form von Charisma, indem sie das aussprechen oder praktizieren, was ihr Anhang nicht auszusprechen oder zu tun wagt. Ein weiteres probates Mittel, sich dem Volk direkt zuzuwenden, sind sprachliche Vereinfachungen und holzschnittartige Zuspitzungen komplexer Sachverhalte. Walter Ötsch hat beispielsweise die politische Sprache der Freiheitlichen Partei Österreichs als „demagogisches Panorama“ charakterisiert. Dabei werde mittels Wortneuschöpfungen, einer stark gefühlsbetonten Sprache und der Personalisierung von Sachproblemen eine Weltsicht konstruiert, die das bedrohte Wir mit einem gefährlichen Sie konfrontiere.<sup>56</sup> Einem solchen „demagogischen Panorama“ liegt also eine kategoriale sprachliche Unterscheidung der Welt in ein Wir (das Volk) und die Anderen (die Elite, die Fremden) zugrunde; dieses Konstrukt ähnelt in seiner universalen Anwendbarkeit übrigens dem von Shulamit Volkov skizzierten „Antisemitismus als kultureller Code“.<sup>57</sup> Drittens schließlich pflegen populistische Parteien notwendigerweise einen äußerst engen und kreativen Umgang mit Massenmedien, ohne den die Strategie des Tabubruchs verpuffen würde.

Das vielleicht kohärenteste Konzept zur Bestimmung des Populismus als einer besonderen politischen Form hat der australische Politikwissenschaftler Benjamin

<sup>55</sup> Vgl. Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, und Decker, Rechtspopulismus, S. 35–37.

<sup>56</sup> Walter Ötsch, Demagogische Vorstellungs-Welten. Das Beispiel der FPÖ; in: Gabriella Hauch/Thomas Hellmuth/Paul Pasteur (Hrsg.), Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, Innsbruck/Wien, S. 93–104, hier S. 94.

<sup>57</sup> Vgl. Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code, in: Dies. (Hrsg.), Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, München 1990, S. 13–36.

Moffitt vorgelegt. Er begriff Populismus als einen distinkten politischen Stil, den er als ein generatives Prinzip definierte, als „the repertoires of embodied, symbolically mediated performance made to audiences that are used to create and navigate the fields of power that comprise the political, stretching from the domain of government through to everyday life“.<sup>58</sup> Moffitt hob an dieser Stelle vor allem auf die Performanz ab, mit der sich populistische Bewegungen an ihre Anhängerschaft wenden. Davon ausgehend unterschied er zwei grundlegende politische Stile: den populistischen und den technokratischen. Damit vermied er die häufig etwas selbstgerechte Gegenüberstellung von populistischen (anti-intellektuellen, frauen- und migrantenfeindlichen, Schutzrechte negierenden, reaktionären) und liberalen (aufgeklärten, kosmopolitischen) Weltanschauungen und Politikkonzepten. Während sich der technokratische Stil durch das Vertrauen in Expertise, ein angemessenes Verhalten („good manners“) und die Betonung von Stabilität und Fortschritt auszeichne, sah Moffitt den populistischen Stil durch den Appell an das Volk gegen die Elite, fortwährende Grenzüberschreitungen („bad manners“) und das Beschwören von Krise, Bedrohung und Zusammenbruch geprägt.<sup>59</sup>

Diese Begriffsbestimmung, so Moffitt, habe den Vorteil, dass sie das Aufkommen populistischer Phänomene einbette in den gegenwärtigen Entwicklungsstand demokratischer Politik, die allerorten mehr und mehr „stilisiert, medial vermittelt und spektakulär“ betrieben werde.<sup>60</sup> Dabei liege es vor allem in der Hand des populistischen Führers, die Hoffnungen der Anhängerschaft anzusprechen und ihre Ängste zu schüren – eine Aufgabe, die die populistische Partei so nicht übernehmen könne. Und gerade der gegenwärtige Trend hin zur „presidentialisation“ des politischen Geschehens und zum Aufstieg der Medien-Prominenz („celebritisation“) verlange von der Forschung, sich stärker auf die performativen Stilmittel zu konzentrieren, mit denen populistische Führer vorgeben, das Volk zu repräsentieren, statt auf Inhalte.<sup>61</sup> Moffitt machte ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sich auch nicht-populistische Politikerinnen und Politiker dieses Stils bedienen, doch nur die Populisten seien vollkommen darauf fokussiert. Gerade dadurch wird Moffitts Populismus-Begriff auch für die historische Forschung interessant,<sup>62</sup> der sich zudem durch seine Akteurs-Zentriertheit auch verhältnismäßig leicht operationalisieren lässt.

Einen ganz eigenständigen Ansatz, der von der internationalen Populismus-Forschung allerdings bislang kaum aufgegriffen worden ist, hat Pierre Rosanvallon entwickelt.<sup>63</sup> Der französische Historiker erklärte den Aufstieg populistischer Be-

<sup>58</sup> Moffitt, *Global Rise*, S. 28 f. Diese Definition war ihm so wichtig, dass er sie in seinem Buch (S. 38 und S. 50) mehrmals wortgleich wiederholte.

<sup>59</sup> Vgl. ebenda, S. 43–50; die Zitate finden sich auf S. 46 und S. 44.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 50.

<sup>61</sup> Vgl. ebenda, S. 68 f.; die Zitate finden sich auf S. 69.

<sup>62</sup> Vgl. Michael Minkenberg, Was ist Rechtspopulismus?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2018), S. 337–352, hier S. 347 f.

<sup>63</sup> Vgl. Pierre Rosanvillons Arbeiten: *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Bonn 2013, und *Die Gesellschaft der Gleichen*, Berlin 2017.

wegungen in ideengeschichtlicher Perspektive durch die pathologische Übersteigerung von Strukturkonflikten, die in demokratischen Systemen grundsätzlich angelegt sind, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten jedoch durch eine zunehmend von Misstrauen geprägte Kluft zwischen Politik und Zivilgesellschaft einerseits und durch die fortschreitende Erosion klarer politisch-ideeller Alternativen andererseits enorm verschärft hätten.<sup>64</sup> Die destruktiven Merkmale des Populismus erblickte Rosanvallon in radikalisierten Formen demokratischen Misstrauens gegenüber den Machthabern. Er beschrieb dieses Phänomen als „Pathologie von Kontrolle und Wachsamkeit“, die sich in eine „zwanghafte und permanente Anfeindung der Regierungsbehörden“ verwandelten, „bis zu dem Punkt, wo diese Behörden als radikal fremde, gesellschaftsfeindliche Mächte angesehen werden“.<sup>65</sup> Rosanvallon bezeichnete den Populismus in diesem Zusammenhang als „eine Art moderne Verkörperung des Sykophantentums“. Darüber hinaus „kann Populismus als eine Pathologie prohibitiver Souveränität verstanden werden“, die in einem aggressiven Anti-Elitismus und der Beschworung düsterer Bedrohungsszenarien zum Ausdruck komme.

In diesem Punkt besteht die größte Übereinstimmung zwischen Rosanvillons Populismus-Begriff und dem der angelsächsischen Forschung. Letztere stellte den Volk-Elite-Gegensatz ebenfalls ins Zentrum ihrer Begriffsbildung und machte auf die innere Notwendigkeit aufmerksam, mit der Populisten Systemkrisen nicht nur behaupten, sondern geradezu inszenieren. Rosanvallon führte diese Analyse noch weiter. Er erkannte, dass im Populismus das an sich produktive Verständnis vom Volk als Kontrollinstanz über die Entscheidungen der Mächtigen, die Rechenschaft ablegen und den Erwartungen der Bevölkerung Rechnung tragen sollten, destruktiv übersteigert werde. Den Populisten gehe es nur noch darum, die Nutznießer der nationalen Wohlfahrtsproduktion als vermeintliche Betrüger zu denunzieren: „Die einzige Justiz, die dieses Volk kennt, ist die der Verfolgung, Bestrafung und Stigmatisierung jener großen Gruppe von ‚Unerwünschten‘ und ‚Parasiten‘, die es zu den Objekten seines Zorns auserkoren hat.“ Dabei kümmere sich das „hemmungslose Richter-Volk des Populismus [...] nicht um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, um Wege zur Verbesserung der Chancengleichheit zu ermitteln“.

Alle diese Erwägungen legen die Annahme nahe, dass der Populismus ganz wesentlich vom kollektiven Habitus der weniger modernisierten Milieus der Unter- und Mittelklassen geprägt wird<sup>66</sup> – dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der französischen Erfahrungen mit dem Poujadismus. Der große Vorzug von Rosanvillons

<sup>64</sup> Es sei daran erinnert, dass die Gleichförmigkeit der ökonomischen Vorstellungen in den politisch-administrativen Entscheidungseliten, die in der Bundesrepublik erst seit den 1990er Jahren mit dem TINA-Prinzip verbunden wird, unter dem Begriff „pensée unique“ in Frankreich bereits seit den 1980er Jahren beklagt wird; vgl. Matthias Waechter, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, München 2019, S. 446 f.

<sup>65</sup> Pierre Rosanvallon, *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*, Bonn 2018, S. 243; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 244 f. und S. 247.

<sup>66</sup> Diese Annahme findet sich auch bei Priester, *Populismus*, S. 47.

Überlegungen für die historische Forschung besteht also darin, dass er die Möglichkeit bietet, nicht nur die offensichtlichen, sondern auch die anscheinend weniger genuin politischen Aspekte des Populismus in eine Geschichte der europäischen Demokratie einordnen zu können. Allerdings erweiterte Rosanvallon in einer späteren Schrift sein Populismus-Konzept nicht unerheblich. Angesichts der Tatsache, dass der Populismus „die Politik des 21. Jahrhunderts“ revolutioniere und „die aufsteigende Ideologie des 21. Jahrhunderts“<sup>67</sup> darstelle, sei es notwendig, eine problemadäquate Theorie des Populismus zu entwerfen, um ihn überhaupt einer fundierten Kritik unterziehen und letztlich auch eine Alternative zum Populismus formulieren zu können, die über das Festhalten an der bestehenden Ordnung hinaus geht.

Zu diesem Zweck hat sich Rosanvallon mit der „politischen Kultur des Populismus“ beschäftigt und fünf „Grundelemente“ rekonstruiert:<sup>68</sup> Erstens basiere sie auf einem Volksbegriff, der auf Unterteilungen der sozialen Welt in Klassenbegriffen verzichte, dafür aber in der Ablehnung der Eliten wie der Fremden, die beide nicht zum Volk gehörten, auch vor dunklen Emotionen wie Hass nicht zurückschrecke – hier befindet sich Rosanvallon offensichtlich in voller Übereinstimmung mit der übrigen Populismus-Literatur. Auf diese Weise, so Rosanvallon, gewinne der Begriff Volk seine Fähigkeit zur Formgebung des Sozialen zurück. Zweitens verfüge der Populismus in der Tat über eine eigene Demokratietheorie, die sich auf drei Elemente stütze: „eine Bevorzugung der direkten Demokratie (veranschaulicht durch die Glorifizierung des Referendums); eine polarisierte und extrem wahlorientierte Sicht der Volkssouveränität, die vermittelnde Organe ablehnt und die die nicht gewählten Institutionen (Verfassungsgerichte und unabhängige Behörden) zu beschneiden versucht; ein Verständnis von Gemeinwillen als einem, der zu spontaner Äußerung imstande ist“.

Drittens existiere laut Rosanvallon durchaus eine – auf den ersten Blick überraschende – populistische Vorstellung von politischer Repräsentation, die sich jedoch nicht auf Wahlkörperschaften beziehe, sondern auf die Figur des zur sinnlichen Verkörperung des Volkes fähigen „Homme-peuple“.<sup>69</sup> Exemplarisch veranschaulichte Rosanvallon die Funktionsweise dieses Prinzips anhand der Geschichte Napoleons III., dessen Rhetorik und Politik autoritäre und demokratische Elemente enthalten habe und wie eine Vorlage für gegenwärtige populistische Regierungen wirke. Viertens rechnete Rosanvallon der politischen Kultur des Populismus eine eigene Wirtschaftsphilosophie zu, den „Nationalprotektionismus“.<sup>70</sup> Damit unterscheidet sich Rosanvallons Populismus-Begriff deutlich von vielen Populismus-Definitionen, die dessen wirtschaftspolitische Forderungen lediglich als verantwortungslos – und in der Begriffsbildung bedeutungslos – ab-

<sup>67</sup> Pierre Rosanvallon, *Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte, Theorie, Kritik*, Hamburg 2020, S. 9 und S. 14.

<sup>68</sup> Ebenda, S. 15; dort findet sich auch das folgende Zitat; weiter dazu vor allem S. 27–34.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 93; zum Gesamtzusammenhang vgl. ebenda, S. 91–107.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 51; weiter dazu vor allem S. 51–58.

tun.<sup>71</sup> Wichtig ist hier, dass der populistische „Nationalprotektionismus“ nicht in pragmatischer Absicht aufstrebende oder bedrohte Wirtschaftszweige schützen, sondern die politische Souveränität des Volks über den physischen Raum herstellen soll, was auch erklärt, weshalb populistische Bewegungen in Europa häufig aus regionalistischen Separatismen entstanden, die sich etwa gegen die Besteuerung durch den Zentralstaat auflehnten, indem sie den Raum politisch neu definierten. Überdies erklärt das Verlangen nach Souveränität über den Raum auch die Obsession populistischer Parteien, die Grenzen zu kontrollieren, um Unerwünschte und Fremde abzuwehren.

Fünftens schließlich integriert Rosanvillons populistische Kultur systematisch wichtige Momente der Emotionsgeschichte.<sup>72</sup> Er unterschied dabei positionsbezogene Emotionen wie das Gefühl, von den Eliten vernachlässigt oder verachtet zu werden,<sup>73</sup> verstandesbezogene Emotionen, die einer als intransparent und bedrohlich empfundenen Welt etwa durch Verschwörungstheorien eine gewisse Kohärenz zurückgeben, und schließlich handlungsbezogene Emotionen, die er als „Dégagismus“<sup>74</sup> bezeichnete. Diese handlungsbezogenen Emotionen drücken die Ablehnung der Eliten, Ohnmacht und Wut aus; damit konstituiert sich das Volk aber sprachlich gleichsam als Ekel- und Frustrationsgemeinschaft. Rosanvillon offerierte damit nicht nur die umfassendste *und* kohärenteste Populismus-Definition, sondern auch diejenige, die für die empirische zeithistorische Forschung am besten geeignet ist. Ihre fünf Grundelemente lassen sich im Sinne der Arbeitspragmatik verhältnismäßig leicht operationalisieren; zudem lässt sich durch den Zugriff über die politische Kultur die oft fruchtlose Zuordnungsfrage vermeiden: „populistisch oder nicht?“

Schließlich ist noch auf eine weitere Kontroverse einzugehen: Wer wählt populistische Parteien? Auch hier finden sich im Wesentlichen zwei Standpunkte: zum einen die Behauptung, es seien die ökonomischen Modernisierungsverlierer, die als Opfer des Neoliberalismus den nationalistischen und rassistischen Exklusionsversprechen der Rechtsparteien folgten;<sup>75</sup> zum anderen die Ansicht, es seien die kulturellen Modernisierungsverlierer, die als Opfer der von kosmopolitischen Eliten betriebenen Globalisierung gewissermaßen in eine politische Regression verfielen<sup>76</sup> – eine Deutung, die bemerkenswerterweise führende Vertreter der AfD

<sup>71</sup> Vgl. Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 3 f. In den einschlägigen Sammelbänden fehlt bezeichnenderweise eine systematische Diskussion dieses Problems.

<sup>72</sup> Vgl. Rosanvillon, *Jahrhundert*, S. 59–71.

<sup>73</sup> Dieses Gefühl lässt sich verstehen als emotionale Reaktion auf die Zerstörung der „Beziehungsgleichheit“ zwischen den unterschiedlichen Akteuren als zentrale Voraussetzung der Demokratie. Rosanvillon, *Gesellschaft der Gleichen*, S. 19.

<sup>74</sup> Abgeleitet vom französischen Imperativ „Dégage!“ findet sich diese unverblühte Aufforderung an die Eliten abzuhausen in zahlreichen populistischen Varianten: „Que se vayan todos!“, „Qu'ils aillent tous!“, „Vaffanculo!“ Rosanvillon, *Jahrhundert*, S. 11 und S. 68.

<sup>75</sup> Vgl. Butterwegge/Hentges/Lösch (Hrsg.), *Weg*, und die Beiträge in *Prokla* 48 (2018).

<sup>76</sup> Vgl. Müller, *Populismus*; Mounk, *Zerfall*, und Christopher Lasch, *Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung*, Hamburg<sup>2</sup>1995.

selbst offensiv vertreten haben.<sup>77</sup> Dieser Interpretation hat man nicht zu Unrecht vorgeworfen, einen „parteiischen Populismusbegriff“ zu entwerfen, um sich unliebsamer politischer Anliegen durch eine kulturelle Stigmatisierung bestimmter Akteure zu entledigen: „Ein pikiertes Bürgertum möchte, dass die Ungewaschenen sich doch bitte erst mal waschen, bevor sie artig am Diskurstisch Platz nehmen dürfen.“<sup>78</sup> Allerdings lässt diese Kritik der Populismus-Kritik zwei Lesarten zu: Stellt die Ablehnung populistischer Bewegungen nur eine „Elitenselbstvergewisserung“ dar? Ist sie als Ausdruck des „Klassenrassismus“ der Mittelklassen anzusehen?<sup>79</sup> Oder handelt es sich um einen handfesten Kampf um die politische Legitimität bestimmter Ziele, Aktionsformen und Akteure, indem durch die Suspendierung der „Beziehungsgleichheit“ Forderungen der abgehängten Arbeiterschaft alter Industrien nach einer gerechteren Verteilung ökonomischer Ressourcen zu Gunsten ökologischer Anliegen und globaler Karrierechancen für gut ausgebildete Abkömmlinge der Mittelklassen als populistisch denunziert werden?<sup>80</sup>

Die empirische Grundlage für beide Interpretationsansätze ist allerdings verhältnismäßig dünn. Philip Manow hat die soziale Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft bis auf die Ebene der Wahlkreise in Korrelation mit der Arbeitsmarkt- und der Regionalstatistik untersucht.<sup>81</sup> Dabei kam er zu dem Schluss, dass bei der Bundestagswahl 2017 nicht die aktuelle, sondern die rund eineinhalb Jahrzehnte zuvor erfahrene oder zumindest als Bedrohung empfundene Arbeitslosigkeit ein wichtiges Motiv dafür war, für die AfD zu stimmen. Es habe sich vor allem um Facharbeiter gehandelt, die ihren sozialen Status durch die sogenannte Agenda 2010 der Rot-Grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder gefährdet gesehen hätten; die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds und die Einführung von „Hartz IV“ mögen als Stichworte genügen. Dazu sei im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ von 2015 die Befürchtung gekommen, im Falle des Arbeitsplatzverlusts binnen kurzer Zeit mit sozialhilfeberechtigten Migrantinnen und Migranten auf einer Stufe zu stehen. Nimmt man diese Befunde ernst, dann bieten populistische Parteien und Bewegungen den weniger modernisierten Milieus im unteren Drittel der Gesellschaft<sup>82</sup> die Möglichkeit zum politischen Kampf, aber nicht gegen Angehörige einer anonymen globalisierten Elite, sondern gegen Poli-

<sup>77</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.10.2018: „Warum muss es Populismus sein?“ (Alexander Gauland).

<sup>78</sup> Manow, Politische Ökonomie, S. 31 und S. 28; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 31.

<sup>79</sup> Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M. 1982, S. 292.

<sup>80</sup> Zur Debatte vgl. Manow, Politische Ökonomie, und zur Kritik an dieser Gegenüberstellung vgl. Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, München 2020, S. 979–985.

<sup>81</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Manow, Politische Ökonomie, S. 84–87 und S. 90–102.

<sup>82</sup> Für eine (noch rudimentäre) Verbindung von Milieu-Ansatz und Populismus-Forschung vgl. Michael Vester, Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung. Zweiter Teil des Essays „Der gesellschaftliche Strukturwandel und der Kampf um soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“; [www.spw.de/data/michael\\_vester.pdf](http://www.spw.de/data/michael_vester.pdf) [9.7.2021].

tikerinnen und Politiker, von denen sie vergeblich Schutz und Statussicherung verlangt haben. Hinter die empirischen Befunde Manows sollte die Populismus-Forschung nicht zurückfallen.<sup>83</sup>

Man kann davon ausgehen, dass es in der Bevölkerung unterschiedliche, sogar nicht miteinander kompatible Gründe geben mag, populistischen Bewegungen zu folgen. In diese Richtung deuten etwa die Bemühungen, den Aufstieg des (Rechts-) Populismus als Revolte der von den Globalisierungsprozessen ökonomisch wie kulturell marginalisierten *Somewheres* zu verstehen, die ihren lokal-regional-sozialen Kontext nicht aufgeben (können); sie wendeten sich gegen die materiellen wie immateriellen Globalisierungsgewinner, die – vor allem beruflich – ortsungebundenen *Anywheres*.<sup>84</sup> Terminologisch bestehen dabei allerdings erhebliche Unschärfen, etwa wenn die *Anywheres* als die „liberalen Eliten“ identifiziert werden, derer die Demokratie bedürfe. In „entwickelten Volkswirtschaften“ machten sie angeblich zwischen 20 und 30 Prozent der Bevölkerung aus – womit der Elite-Begriff jeden Sinn

<sup>83</sup> Aus diesem Grund scheint mir Andreas Reckwitz' Interpretation verkürzt, die rechtspopulistischen Bewegungen Europas als eine Version des „politischen Kulturessenzialismus“ zu beschreiben und damit die kulturelle Dimension populistischer Bewegungen einseitig zu privilegieren. Den Hintergrund bildet Reckwitz' Theorie der „Spätmoderne“, in der die „Nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ der Nachkriegszeit zerfallen und eine „neue Akademikerklasse“ bzw. eine „neue Mittelklasse“ entstanden sei. Ihr Lebensstil der Selbstverwirklichung und der „Authentifizierung des Lebens“ und ihre Praxis der Kulturalisierung der Politik bewirke eine Entwertung der Lebensführung und der Werte sowohl der „alten Mittelklasse“ wie der „Unterklasse“. Reckwitz sah bei der „Unterklasse“ nun „Ansätze eines kulturellen Distinktionskampfes ‚unten gegen oben‘ oder ‚Establishment gegen das Volk‘, in dem man der etablierten Kultur der neuen Mittelklasse, die nun als die Eliten erscheinen, gerade einen Mangel an Authentizität vorhält“. Und auch „die alte Mittelklasse kann sich so, obwohl sie materiell weiterhin durchaus gut situiert sein mag, in der *kulturellen Defensive* wahrnehmen. Diese systematischen Enttäuschungen drücken sich teilweise politisch in den Haltungen eines Antielitismus und Antiglobalismus aus.“ Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2017, S. 275–285, S. 293, S. 359–363 und S. 369; Hervorhebung im Original. Gegen dieses Verständnis des Populismus müssen meines Erachtens mehrere Einwände formuliert werden: Erstens überschätzte Reckwitz die Homogenität der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften und damit die Bedeutung ihres Zerfalls; ob es sich um mehr handelt als um die Verjüngung sozialer Milieus, scheint mir empirisch nicht belegt. Zweitens vermag dieses Konzept nicht das Entstehen populistischer Bewegungen in Frankreich im 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts, in den USA der 1890er Jahre und in Lateinamerika in den 1930er bis 1950er Jahren zu erklären – also historisch lange vor der „Spätmoderne“. Und drittens können die sozialökonomischen Forderungen populistischer Bewegungen, in denen sich Kämpfe um Arbeitsplätze, um soziale Sicherheit und um öffentliche Investitionen ausdrücken, in dieser kulturalistischen Populismus-Definition allenfalls als abgeleitet erscheinen, wenn sie überhaupt auftauchen. Zum sozialstrukturellen Wandel in Westeuropa vgl. Michael Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. <sup>4</sup>2015, insbesondere S. 48–54 und S. 121–149. Zur Kritik am Konzept der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ vgl. Hans Braun, Helmut Schelskys Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und die Bundesrepublik der 50er Jahre, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 29 (1989), S. 199–223.

<sup>84</sup> Vgl. David Goodhart, *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*, London 2017.

verliert.<sup>85</sup> Hier gilt es, doppelte Vorsicht walten zu lassen, weil diese Gegenüberstellung einerseits auf normativ aufgeladene Gegensatzpaare wie etwa Gebildete versus Ungebildete oder Avantgarde versus Hinterwäldler ausgedehnt werden kann. Andererseits haben rechtspopulistische Akteure längst versucht, sich ausdrücklich zum alleinigen Advokaten der *Somewheres* zu erklären.<sup>86</sup> Davon einmal abgesehen, nährt diese Interpretation erneut die Vermutung, dass der Aufstieg populistischer Bewegungen weniger als Konflikt zwischen den obersten und den untersten Etagen der Gesellschaft zu begreifen ist. Vielmehr scheint es sich um eine Auseinandersetzung zu handeln, die in der Mitte der Gesellschaft beziehungsweise zwischen unterschiedlichen Milieus oder Lagern der „Mittelklassen“ und „Unterklassen“ ausgefochten wird.

### V. Zeithistorische Populismus-Forschung – Leitfragen und Untersuchungsfelder I

Aus zeithistorischer Perspektive erscheinen die gegenwärtigen Deutungskämpfe in Politikwissenschaft und Publizistik um die Natur des Populismus weitgehend festgefahren. Als größtes Hindernis für die empirische Untersuchung historischer Dimensionen des Aufstiegs populistischer Bewegungen erweist sich die aus den skizzierten Deutungsmustern erwachsene Unmöglichkeit, den Blick dafür zu weiten, dass sich populistische Ideen und Praktiken auch in etablierten Parteien und Bewegungen finden können, ohne dass diese dadurch im Populismus aufgehen. So konzidiert beispielsweise Karin Priester durchaus „populistische Zutaten“ bei Politikerinnen und Politikern wie Margaret Thatcher, Gerhard Schröder oder Tony Blair, letztlich auch beim Durchschnittstypus des CSU-Politikers und sogar bei Helmut Schmidt. Doch sei dies „Mimikry“, und erst bei einer Dominanz des spezifisch Populistischen – für Priester die Revolte gegen den modernen Staat – sei es sinnvoll, von Populismus zu sprechen.<sup>87</sup>

Doch stellt sich die Frage, ob die Perspektive nicht gegenüber dieser schwarz-weiß gehaltenen Argumentation geöffnet werden müsste, um Graustufen, Phasen, Konjunkturen, Mischungsverhältnisse, Potenziale und Übergänge zu identifizieren. Für die Zeitgeschichte ergeben sich aus der Überwindung dieser Schablone vielfältige Möglichkeiten, zur Erklärung populistischer Phänomene beizutragen, aber auch Herausforderungen, die aus der zeitlichen Nähe zum Gegenstand ebenso resultieren wie aus der Notwendigkeit, die politikwissenschaftlichen Populismus-Modelle hinter sich zu lassen und die Sozialgeschichte der Demokratie gegebenenfalls neu zu konturieren. Die folgende Liste von Leitfragen und Untersuchungsfeldern ist das Ergebnis der Auseinandersetzung mit den skizzierten politikwissenschaftlichen Diskussionen. Sie ist keineswegs als Kriterienkatalog einer additiven Begriffsbestimmung zu verstehen, sondern sie soll helfen, das Unter-

<sup>85</sup> Carlo Strenger, *Diese verdammten liberalen Eliten. Wer sie sind und warum wir sie brauchen*, Berlin 2019, S. 27.

<sup>86</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.10.2018: „Warum muss es Populismus sein?“

<sup>87</sup> Priester, *Populismus*, S. 20 f.

suchungsfeld des Populismus für die historische Forschung aufzuschließen. Sie ist notwendigerweise unvollständig, aber sie kann als Ausgangspunkt für eine empirisch gesättigte Analyse der historischen Tiefendimensionen populistischer Phänomene dienen.

Zunächst müsste die zentrale Annahme nahezu aller politikwissenschaftlicher Populismus-Definitionen auf empirischer Grundlage problematisiert werden, nämlich die Behauptung eines fundamentalen Gegensatzes zwischen Volk und Elite. Es ist durchaus bemerkenswert, dass dem behaupteten Gegensatz zwischen dem Volk und den vermeintlich Fremden gerade keine den Populismus-Begriff begründende, definitorische Qualität zugesprochen wird, obwohl kein Zweifel besteht, dass „die xenophobe Reaktion auf die Zuwanderung die wichtigste Wurzel für den Erfolg der populistischen Parteien und zugleich ihren größten gemeineuropäischen Nenner“ bildet.<sup>88</sup> In politikwissenschaftlicher Perspektive konstituiert sich Populismus durch Anti-Elitismus, nicht durch Xenophobie; andernfalls würden populistische Bewegungen auch keine Gefahr für die Institutionen der liberalen Demokratie darstellen, sondern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dann wäre Populismus allerdings kein Problem der Politikwissenschaft, sondern der Soziologie. Jedenfalls findet Fremdenfeindlichkeit wenig systematische Berücksichtigung in den einschlägigen politikwissenschaftlichen Begriffsbildungen. Umgekehrt stehen in politikwissenschaftlichen Arbeiten die Beschreibung populistischer Fremdenfeindlichkeit und ein auf Anti-Elitismus gegründeter Populismus-Begriff unvermittelt nebeneinander.<sup>89</sup> Hier ist ein Ansatzpunkt für die zeithistorische Forschung, die das Volk-versus-Elite-Paradigma auf der Basis von Fallstudien zur Genese und Entwicklung populistischer Bewegungen überprüfen, verifizieren, falsifizieren oder gegenüber der Bedeutung fremdenfeindlicher Einstellungen relativieren kann. Schon die Konjunkturen populistischer Bewegungen nach 1945, die nicht immer, aber auffallend oft mit Migrationswellen korrelieren, sprechen dafür, dass der Antagonismus zwischen Volk und Elite als *Movens* des Populismus nicht die überhistorische Konstante darstellt, als die er durch die demokratietheoretisch begründete Universalisierung des Elite-Masse-Gegensatzes erscheint. Eine Art Wellenmuster des Populismus<sup>90</sup> ergibt sich auch aus Paul Taggart in der Politikwissenschaft weithin diskutierter These, wonach Populisten eigentlich Politik wider Willen machten, da diese nur bei einer elementaren Bedrohung ihres „heartland“ die politische Arena betreten.<sup>91</sup>

Mudde erklärte die rezente Dynamisierung der Spannungen zwischen Eliten und Nicht-Eliten mit den erweiterten Partizipationsansprüchen breiter Bevölkerungsgruppen sowie mit den durch Globalisierungsprozesse verengten Hand-

---

<sup>88</sup> Wirsching, Preis, S. 330.

<sup>89</sup> Vgl. Heinz Ulrich Brinkmann/Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*, Wiesbaden 2019.

<sup>90</sup> Vgl. etwa Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 40 f.

<sup>91</sup> Vgl. Taggart, *Populism*, S. 91–98.

lungsspielräumen der politischen Eliten.<sup>92</sup> Allerdings bleibt diese Ausweitung von Teilhabeansprüchen bei Mudde letztlich eine Leerstelle, weil er weder über ihre Ursachen noch ihren Beginn, ihre Protagonisten oder über länderspezifische Eigenarten Auskunft gab. Vieles spricht daher für die Annahme, dass die Erwartungen an die Führungsleistungen der Eliten bei unterschiedlichen Gruppen immer wieder Enttäuschung hervorriefen; die schroffe Gegenüberstellung von Volk und Elite konnte also nur in genau zu rekonstruierenden historischen Kontexten bei bestimmten Teilen der Gesellschaft großen Anklang finden. Daraus folgt, dass den Ursachen dieser Enttäuschung, der Form dieser Entfremdung sowie den damit verbundenen Deutungskämpfen größere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden sollte, als es bisher geschehen ist.

Eng damit verbunden ist auch die Frage, welche Elitefraktionen sich den Zorn der Populisten zuzogen. Gerade in Europa dürften die wichtigsten Unterschiede zwischen links- und rechtspopulistischen Bewegungen an genau diesem Punkt festzumachen sein: Linkspopulistische Bewegungen scheinen hauptsächlich, rechtspopulistische Bewegungen hingegen nur gelegentlich gegen Wirtschaftseliten Front zu machen, es sei denn, nennenswerte Teile dieser Wirtschaftseliten können als „volksfremd“ denunziert werden. Ein Beispiel wäre die antisemitisch aufgeladene Propaganda gegen ausländische Investoren in Ungarn.<sup>93</sup> Damit stellt sich auch die Frage, welche Handlungen der Eliten und welche weiteren Umstände die etablierten Beziehungen zwischen Eliten(-Fraktionen) und Teilen der Bevölkerung erodieren lassen. Denn wie auch immer die Eliten definiert werden – sei es als Macht-, Besitz-, Funktions- oder als Entscheidungseliten –, so rückt in jeder handlungstheoretisch modellierten Untersuchung die Beziehung zwischen diesen Eliten und den Nicht-Eliten ins Zentrum.

Plausibel erscheint dabei die Arbeitshypothese, für die osteuropäischen Transformationsgesellschaften einschließlich der ehemaligen DDR von der Fragilität dieser Beziehungen auszugehen, weil die Zeit für die Etablierung stabiler Beziehungen zwischen demokratischen Eliten – die in der Ex-DDR obendrein überwiegend aus Westdeutschland stammten<sup>94</sup> – und Bevölkerung nicht ausreichte oder weil diese durch Korruption schnell diskreditiert waren.<sup>95</sup> Für Westdeutschland

<sup>92</sup> Vgl. Mudde, *Zeitgeist*, S. 555–558.

<sup>93</sup> Vgl. Emily Tamkin, *The Influence of Soros. Politics, Power, and the Struggle for an Open Society*, New York 2020. Zu denken wäre auch an die Heuschrecken-Rhetorik in der Bundesrepublik, mit der 2004/05 Praktiken internationaler, vor allem US-amerikanischer Investorgruppen denunziert wurden; vgl. Stern vom 28.4.2005: „Die Namen der ‚Heuschrecken‘“.

<sup>94</sup> Allerdings sind Ostdeutsche unter allen Teileliten in der politischen Elite bei weitem am stärksten repräsentiert. Jürgen Plöhn, *Ostdeutsche Profile in der Politik. Vom Aufbruch zur gesamtdeutschen Nation*, in: Oscar W. Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüter (Hrsg.), *Eliten in Deutschland. Bedeutung, Macht, Verantwortung*, Bonn 2006, S. 135–152; Raj Kollmorgen, *Wo bleiben sie denn? Zur Marginalisierung Ostdeutscher in der Elitenrekrutierung*, in: Hendrick Berth u. a. (Hrsg.), *30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie*, Gießen 2020, S. 333–356.

<sup>95</sup> Für Polen vgl. Maria Jarosz, *Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende*, Wiesbaden 2005.

haben Michael Vester und sein Team den politisch-gesellschaftlichen Grundkonsens zwischen Eliten und Nicht-Eliten als „Leistung gegen Teilhabe“ beschrieben und – ohne dies intensiver auszuleuchten – seine zumindest partielle Erosion seit den 1970er Jahren konstatiert.<sup>96</sup> Hier öffnet die Erforschung populistischer Phänomene der vergleichenden europäischen Sozialgeschichte – als Sonde in die Tiefenschichten der Gesellschaft – ein weites Arbeitsfeld. Die relativ heftigen populistischen Konjunkturen in Frankreich in den 1950er und dann seit den 1980er Jahren legen jedenfalls die Vermutung nahe, dass eine vergleichbare politisch-gesellschaftliche Grundübereinstimmung zwischen Eliten und Nicht-Eliten links des Rheins weniger belastbar war oder früher verloren ging. Übrigens werden Reichweite und Wirkungsmacht des gesellschaftlichen Grundkonsenses mittlerweile auch für Großbritannien kontrovers diskutiert.<sup>97</sup>

Die Betrachtung der populistischen Rhetorik hat die Frage aufgeworfen, wie man in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Gesellschaften und zu verschiedenen Zeiten dabei das Volk als vermeintlich zentralen Bezugspunkt definierte – ethnisch-rassisch, sprachlich-kulturell oder nationalistisch. Paul Taggart hat vorgeschlagen, den schwer operationalisierbaren Begriff Volk durch den Terminus technicus „heartland“<sup>98</sup> zu ersetzen. Dieser Begriff bezeichnet einen imaginären Ort sozialmoralischer Beheimatung, der von Populisten erst dann als politischer Bezugspunkt propagiert werde, wenn er ihnen massiv bedroht erscheine. Gerade deshalb waren Populisten für Taggart „Politiker wider Willen“.<sup>99</sup> Allerdings verwendete Taggart „heartland“ als analytisches Konzept und nicht als Quellenbegriff, auch wenn man in den USA damit gemeinhin *Middle America* assoziiert. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit sich etwa die im deutschen Begriff Heimat gespeicherten Erfahrungen und Erwartungen mit Taggarts Konzept decken. Letzterer legte Wert auf die Feststellung, dieses „heartland“ sei ein Ort in der imaginierten Vergangenheit der Populisten, der all das ausdrücke, was in der Gegenwart verloren gegangen sei. Diese komplexe, widersprüchliche Verschränkung von Vergangenheit, Gegenwart und einer von außen bedrohten Zukunft lädt geradezu dazu ein, sich in ideengeschichtlicher Perspektive des wissenssoziologischen Ansatzes von Karl Mannheim zu bedienen, der bei seiner Rekonstruktion des Altkon-

<sup>96</sup> Vester, Kampf, S. 3; vgl. auch ders. u. a., *Soziale Milieus*, S. 72–74. Belastbare Forschungsergebnisse zu diesem Punkt stehen noch aus. Mit Wolfgang Streeck (*Gekaufte Zeit*) ließe sich argumentieren, dass dieser Grundkonsens von den west- und außereuropäischen Eliten aufgekündigt worden sei, bevor die populistischen Bewegungen flächendeckend erstarkt seien. Nennenswerte Forschung dazu gibt es bislang freilich nicht. Die entsprechenden Entwicklungen in Osteuropa lassen sich in ein solches Bild hingegen nicht umstandslos integrieren; vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2015.

<sup>97</sup> Vgl. Sonja Levsen, *Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 213–242.

<sup>98</sup> Taggart, *Populism*, S. 91; zum Folgenden vgl. ebenda, S. 92–98.

<sup>99</sup> Taggart, *Populism*, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*, S. 69; vgl. auch Taggart, *Populism*, S. 93 f.

servatismus ganz ähnliche Phänomene untersucht hat.<sup>100</sup> Als Ort werde das „heartland“ außerdem durch seine Außengrenzen konstituiert, was die Möglichkeit scharfer Trennungslinien sehr vereinfache. Nicht nur die diskursive Konstruktion des Volksbegriffs – in welcher semantischen Gestalt auch immer –, sondern auch seine gefühlsmäßige Aufladung lassen Studien lohnend erscheinen, die auf eine Kombination aus Ideen- und Emotionsgeschichte setzen.

Einen ganz anderen analytischen Zugriff auf den Begriff Volk haben Ernesto Laclau und Chantal Mouffe vorgeschlagen.<sup>101</sup> Nach ihrer Ansicht resultierte der lateinamerikanische Populismus aus einer Krise der Repräsentation, die einen Möglichkeitsraum für alternative Erzählungen über die soziale Welt eröffnete, in der das Volk zu einem diskursiven Bezugspunkt wurde. In der Konsequenz konstruierte die politische Sprache einen Gegensatz zwischen Wir und Sie. Angesichts zunehmender Ungleichheit, Exklusion und mangelnder Repräsentation konnte der Begriff Volk zu einem „leeren Signifikanten“ werden, der die Abwesenheit von gleichen Rechten, Inklusion und Repräsentation ausdrückte.<sup>102</sup> Der Hintergrund von Laclaus radikal-konstruktivistischer, nicht an Foucault ausgerichteter Diskurstheorie von Populismus und Hegemonie war vor allem der erfolgreiche Peronismus in Argentinien.<sup>103</sup> Dieser Ansatz hat den Vorzug, im Medium des Diskurses einen analytischen Zusammenhang zwischen ökonomischen Umbrüchen, Repräsentationskrisen und Konjunkturen des Populismus sichtbar zu machen, ohne vorschnell einseitige Kausalbeziehungen zu behaupten, allerdings um den Preis, dies in einer selbstreferenziellen Theoriesprache zu formulieren.

Schließlich ist zu bedenken, dass die politikwissenschaftliche Annahme, die Populisten seien einzig auf das Volk fixiert – Taggart hat die Existenz weiterer zentraler Leitideen des Populismus ausdrücklich verneint<sup>104</sup> –, empirisch erst noch überprüft werden muss. In erster Linie kommen hier zwei Problemkreise in Betracht: ideologische Rechtfertigungen und politische Sprache<sup>105</sup> sowie die politische (Alltags-)Praxis. Man darf vermuten, dass die zeithistorische Forschung in der Geschichte der europäischen Gesellschaften eher konfligierende Dynamiken als modelltheoretische Reinheit vorfinden wird.

<sup>100</sup> Vgl. Karl Mannheim, *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*, hrsg. von David Kettler/Volker Meja/Nico Stehr, Frankfurt a. M. 1984.

<sup>101</sup> Posthum zusammenfassend Laclau, *Reason*; vgl. auch Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy. Toward a Radical Democratic Politics*, London 1985; Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, Berlin 2018.

<sup>102</sup> Zu den „empty signifiers“ vgl. Laclau, *Reason*, S. 69–72 und S. 95–98.

<sup>103</sup> Vgl. Yannis Stavrakakis, *Populism and Hegemony*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 535–553.

<sup>104</sup> Vgl. Paul Taggart, *Populism in Western Europe*, in: Ebenda, S. 248–263.

<sup>105</sup> Johannes Schaefer hat die Sprache der Populisten ausdrücklich an der Behauptung des Gegensatzes zwischen Volk und Eliten festgemacht; vgl. Johannes Schaefer, *Dem Volk aufs Maul geschaut? Eine Analyse des Sprachgebrauchs der AfD im Bundestagswahlkampf 2017*, in: Eckhard Jesse/Tom Mannewitz/Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.), *Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*, Baden-Baden 2019, S. 99–119.

## VI. Zeithistorische Populismus-Forschung – Leitfragen und Untersuchungsfelder II

Sowohl historisch als auch aktuell stellt sich die Frage nach den Ursachen und den Erfolgsbedingungen populistischer Bewegungen und Parteien. Für die Untersuchung des US-amerikanischen Populismus der 1890er Jahre ist diese Frage ganz selbstverständlich gewesen. Implizit oder explizit gehen gegenwärtig die meisten Autorinnen und Autoren von einer Repräsentationskrise in den westlichen Demokratien aus,<sup>106</sup> ohne dass ihrer historischen Dimension im Hinblick auf Entstehung, Verlauf oder sozial-räumliche Verortung in der Populismus-Literatur erklärende Kraft zugesprochen wird. Auch über die weiteren Symptome dieser Repräsentationskrise, die über den Populismus hinausreichen, liegen kaum gesicherte Erkenntnisse vor, zumal selbst ihre Ursachen, Ausprägungen und Wandlungstendenzen unter Politologinnen und Politologen noch sehr umstritten sind.<sup>107</sup> Die Politikwissenschaft hat den Zusammenhang zwischen Repräsentationskrise und Populismus bislang recht schematisch mit Hinweisen auf das jeweilige politische System erörtert – zum Beispiel ob eher präsidentielle oder eher parlamentarische Verfassungen das Entstehen populistischer Bewegungen begünstigen –, ohne dabei empirisch abgesicherte Ergebnisse vorzulegen.<sup>108</sup>

Jan-Werner Müller hat auf drei miteinander zusammenhängende Entstehungsbedingungen des Populismus aufmerksam gemacht, die letztlich alle auf der Annahme einer Repräsentationskrise des demokratischen Systems basieren und für die zeithistorische Forschung durchaus fruchtbar gemacht werden können:<sup>109</sup> Müller beschrieb den Populismus erstens als Antwort auf die politische Exklusion bestimmter Gruppen, die ihrerseits mit Exklusionsforderungen gegenüber anderen auf diese Ausschlusserfahrungen reagieren. Zweitens profitieren nach Müller populistische Parteien, wenn sich etablierte Parteiensysteme auflösen oder zumindest in eine schwere Krise geraten. In die Lücke, welche die erodierenden etablierten Parteien hinterlassen, stoßen populistische Gruppierungen mit ihren politischen Gegenkonzepten. Drittens provoziere die behauptete Alternativlosigkeit bestimmter politischer Entscheidungen populistische Gegenbewegungen. In diesem Punkt besteht eine sehr große Nähe der Populismus-Forschung zur sozialwissenschaftlichen Neoliberalismus-Kritik. Sei es nun in der Form des unter anderem von Margaret Thatcher propagierten TINA-Prinzips („There is no alternative“), der französischen Behauptung des *pensée unique* oder in der deutschen Variante

<sup>106</sup> Vgl. Mouffe, Linker Populismus, S. 30 f., und Taggart, Populism, in: Mény/Surel (Hrsg.), Democracies.

<sup>107</sup> Vgl. Crouch, Postdemokratie; Vester, Kampf; Linden/Thaa (Hrsg.), Krise, und Rosanvallon, Gegen-Demokratie.

<sup>108</sup> Vgl. Mastropaolo, Populism, in: Heinisch/Holtz-Bacha/Mazzoleni (Hrsg.), Political Populism; Frank Decker, Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.), Populismus, S. 9–32, und Tim Spier, Populismus und Modernisierung, in: Ebenda, S. 33–58.

<sup>109</sup> Vgl. Müller, Populismus, S. 92–117.

des Sachzwangs – stets legitimierte diese Argumentation den Ausschluss der politischen Kontroverse und damit nicht nur politisch definierter Alternativen, sondern auch politischer Akteure. Vermutlich wurde dieser Trend noch verstärkt durch die neoliberale oder gleichsam marktradikale Abwertung korporatistisch-politischer Konsensfindung, unter Einschluss beispielsweise von Gewerkschaften, zugunsten streng marktkonformer Regularien der Interessendurchsetzung. Forschungen hierzu stehen noch aus, beispielsweise zu einer möglichen Homologie zwischen dem Allmachtanspruch marktbasierter Interessenvermittlungen und direkt-demokratisch-plebiszitären Formen der Entscheidungsfindung. Doch auch andere Politikmuster einer vermeintlichen politischen Alternativlosigkeit begünstigten nach Müller das Entstehen populistischer Bewegungen, etwa die anscheinend unpolitischen Technokraten-Regierungen, die in Italien und Griechenland während der 2000er und 2010er Jahre finanzwirtschaftliche Zwänge exekutierten.

Eine sozialhistorische Herangehensweise könnte sich neben der Untersuchung der von Müller benannten Erfolgsbedingungen vor allem drei lohnenden Forschungsfeldern widmen: Erstens zeigen sich populistische Bewegungen immer wieder in bestimmten sozialen und/oder regionalen Milieus verwurzelt<sup>110</sup> – ein Paradebeispiel ist die italienische *Lega Nord*.<sup>111</sup> Die Form dieses Milieuzusammenhangs, vor allem die Kommunikationswege und die Mobilisierungsmechanismen zwischen den Organisationen oder Gliederungen der Bewegung und den betreffenden Trägermilieus dürften von erheblicher Bedeutung für die Stabilität und die Kampagnenfähigkeit populistischer Gruppierungen sein. Zweitens ist die Binnenorganisation populistischer Parteien oder Bewegungen für ihren Erfolg von großer Bedeutung. Und drittens ist die politische Kultur als Faktor für Sieg oder Niederlage zu berücksichtigen. Politikwissenschaftliche Studien haben mit Recht darauf hingewiesen, dass rechtspopulistische Parteien in der Bundesrepublik vor dem Auftauchen der AfD immer wieder an dem Problem gescheitert sind, sich von alt- oder neonazistischen Gruppen abgrenzen zu müssen, ohne das eigene Wählerpotenzial zu schwächen. Dieser Abgrenzungszwang ist Teil der (west-)deutschen politischen Kultur.<sup>112</sup>

Für das Entstehen populistischer Bewegungen werden Modernisierungskrisen, das Zerbröckeln sozialer Absicherungen durch eine neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik oder die wachsende Entfremdung zwischen polyglotten Eliten und Globalisierungsverlierern verantwortlich gemacht.<sup>113</sup> In Lateinamerika oder Italien spielt zweifellos auch Korruption als Ursache für das Anwachsen populistischer

<sup>110</sup> Im deutschen Fall reproduzierte die Europawahl 2019 die Grenzen von vor 1990; auch hier existieren also deutliche sozial-räumliche Muster. Vgl. David Begrich, AfD: Die neue Macht im Osten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2019, S. 9–12.

<sup>111</sup> Vgl. Antonia Gohr, Die Lega Nord – Eine Herausforderung für Italien, Frankfurt a. M. 2001.

<sup>112</sup> Vgl. Decker, Rechtspopulismus, und Süddeutsche Zeitung vom 10.2.2016: „Überdross am liberalen Alltag“.

<sup>113</sup> Vgl. Puhle, Agrarbewegungen.

scher Bewegungen eine große Rolle.<sup>114</sup> Doch wird man in zeithistorischen Untersuchungen populistische Bewegungen in funktionierenden demokratischen Systemen von solchen unterscheiden müssen, in denen weite Teile der Bevölkerung faktisch von der politischen Teilhabe ausgeschlossen waren, wie dies in Lateinamerika oder in Indien wiederholt oder zumindest zeitweise der Fall gewesen ist.<sup>115</sup>

Bisherige Arbeiten haben vor allem das Wählerreservoir populistischer Parteien erforscht, bemerkenswerterweise jedoch deren Mitgliederschaft und ihren Aktivistinnen und Aktivisten verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Während sich die sozialstrukturelle Lage und die politischen Motive der Wählerschaft nur indirekt erschließen lassen – das Material der einschlägigen Studien besteht üblicherweise aus Umfragedaten und Wahlergebnissen –, scheint eine Untersuchung über die Funktions- und Mandatsträger sowie über das Führungspersonal der Parteien zu einem größeren Erkenntnisgewinn zu führen. Insbesondere auf zwei Fragen ließen sich so Antworten finden: Welche populistischen Bewegungen sind eher Phänomene der mittleren und unteren Klassenmilieus der Gesellschaft? Welche Rolle spielten – und spielen – Teile der geschmähten Eliten in der Führung und in den (finanziellen) Unterstützerkreisen dieser Bewegungen? Dieser Fragehorizont verspricht außerdem neue Erkenntnisse im Hinblick auf bislang ungelöste Probleme der Populismus-Forschung. Sind es tatsächlich vor allem die ökonomischen oder kulturellen Modernisierungsverlierer, die sich populistischen Bewegungen anschließen und ihr Gesicht prägen? Eine stärkere Beachtung der politischen Praxis dürfte helfen, diese und andere Fragen zu beantworten; prosopografische oder Lokal- und Regionalstudien bieten sich hierfür an.

Schon von der französischen Boulanger-Bewegung der 1880er Jahre ist bekannt, dass sie neue Formen der politischen Massenkommunikation in bislang unbekanntem Ausmaß nutzte. Gleiches gilt für die *Populist Party* in den USA oder den Poujadismus in den 1950er Jahren.<sup>116</sup> Daher ist die Relevanz mediengeschichtlicher Fragestellungen für die Geschichte des Populismus unbestritten. Die technischen, nicht zuletzt aber auch die ökonomischen Möglichkeiten des späten 20. Jahrhunderts dürften das Verhältnis des Populismus zur massenmedialen Kommunikation jedoch noch einmal dynamisiert haben.<sup>117</sup> Personifiziert wird diese Entwicklung am prominentesten durch Silvio Berlusconi, der längst ein erfolgreicher Medienunternehmer war, bevor er seine geballte mediale Macht im politi-

<sup>114</sup> Vgl. Taggart, *Populism in Western Europe*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*.

<sup>115</sup> Als Überblick vgl. Nikolaus Werz, *Alte und neue Populisten in Lateinamerika*, in: Ders. (Hrsg.), *Populismus*, S. 45–64; Carlos de La Torre, *Populism in Latin America*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 195–213; Jakob Rösel, *Populistische Politik in Indien*, in: Werz (Hrsg.), *Populismus*, S. 65–87, und Christophe Jaffrelot/Louise Tillin, *Populism in India*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 179–194.

<sup>116</sup> Vgl. Grattan, *Populism's Power*; Patrick H. Hutton, *Popular Boulangism and the Advent of Mass Politics in France, 1886–90*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 85–106, und James G. Shields, *An Enigma Still. Poujadism Fifty Years On*, in: *French Politics, Culture and Society* 22 (2004), S. 36–56.

<sup>117</sup> Johannes Hillje, *Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen*, Bonn 2017.

schen Feld Italiens einsetzte.<sup>118</sup> Doch jenseits des Aufstiegs einzelner Medienzaren dürfte eine andere Entwicklung in den vielen populistischen Bewegungen innerhalb und außerhalb Europas weitaus breitenwirksamer geworden sein, nämlich deren zunehmend arbeitsteilig gestaltete Beziehung zu den (Massen-)Medien.

Drei Aspekte dieser Kommunikationsarbeit seien hier genannt: Erstens hat die Privatisierung des Fernsehens (in Europa) die Komplizenschaft vor allem zwischen Fernsehsendern und populistischen Parteien enorm verstärkt, während die neuen sozialen Medien den populistischen Bewegungen gleichzeitig eine relative Unabhängigkeit von den Qualitätsmedien verschafften.<sup>119</sup> Während die Sender – angetrieben von marktbedingter Sensationsgier und nicht selten im Modus der Entrüstung – über symbolische Grenzverletzungen breit berichten und den Populisten damit die politisch notwendige Aufmerksamkeit verschaffen, liefern diese den Massenmedien die Anlässe und das Material für aktuelle und spektakuläre Berichterstattung.<sup>120</sup> In denselben Kontext gehört auch die Transformation des (fernseh-)journalistischen Felds, in dem unter vollständiger Vernachlässigung des pädagogischen Selbstverständnisses früherer Jahrzehnte von privaten Wirtschaftsunternehmen produzierte Infotainment-Formate selbst an Sender der öffentlichen Hand verkauft werden.<sup>121</sup> Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass derartige Dynamiken offensichtlich nicht ursächlich mit dem Aufkommen des Populismus verbunden sind und auch telegenen Politikerinnen und Politikern der etablierten Parteien zugutekommen können – es sei denn, man qualifiziert bereits die Nutzung derartiger Formate per se als populistisch.

Zweitens – und damit zusammenhängend – ist der gezielte Kauf massenmedialer Präsenz und Expertise zwar kein ganz neues und schon gar kein auf populistische Bewegungen beschränktes Phänomen, aber es gewinnt hier vermutlich doch eine neue Qualität. Vom Engagement spezialisierter *spin-doctors* zur Beeinflussung der veröffentlichten Meinung über den Kauf von Fernseh- und Radiowerbung – oder gleich ganzen Sendern – bis hin zum Erwerb digitaler Einflusstechniken zur Identifizierung, Adressierung und Manipulation möglicher Unterstützerinnen und Unterstützer durch das sogenannte *Microtargeting* sind alle diese kostenintensiven Investitionen ohne die Existenz der modernen Märkte für massenmediale Kommunikationsmittel undenkbar. Perspektivisch ist dabei auch zu fragen, inwieweit populistische Bewegungen mit Hilfe der Medien eigene organisatorische Defizite kompensieren. Jedenfalls begünstigen derartige Strategien eine Hierarchie-

<sup>118</sup> Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen vgl. Alexander Stille, *Citizen Berlusconi*, München 2006.

<sup>119</sup> Vgl. ausführlich Hillje, *Propaganda 4.0*.

<sup>120</sup> Knapp beschrieben bei Paula Diehl, *Rechtspopulismus und Massenmedien. Eine explosive Mischung*, in: Jennifer Schellhoh u. a. (Hrsg.), *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte – Populismus – Islamismus – War on Terror*, Bielefeld 2018, S. 87–96.

<sup>121</sup> Vgl. die Schriften Pierre Bourdieu: *Politik, Sozialwissenschaften und Journalismus und Im Banne des Journalismus*, in: Ders., *Politik*, S. 265–290 und S. 291–303, sowie *Über das Fernsehen*, Frankfurt a. M. 2015.

rung der politischen Willensbildung ebenso wie die Verschleierung und Zentralisierung politischer Macht zulasten der innerverbandlichen Demokratie.<sup>122</sup>

Drittens besteht weithin Übereinstimmung darüber, dass die gezielte Verschiebung des im legitimen politischen Diskurs Sagbaren durch kalkulierte Tabubrüche und die zugespitzte Neu- oder Umcodierung bestimmter politisch-sozialer Begriffe zum sprachlich-medialen Arsenal populistischer Strategien gehört.<sup>123</sup> Damit sind wichtige Themen benannt, die den vielbeschworenen Wandel des Politischen widerspiegeln, wobei insbesondere die Transformation der politischen Massenkommunikation und das Wechselverhältnis zwischen Politik und Medien in den Blick genommen werden sollte.

Die Frage nach der Binnenorganisation populistischer Parteien und Bewegungen stellt ein klassisches Untersuchungsfeld der politischen Sozialgeschichte dar. Der Anspruch dieser Parteien, eine grundsätzliche Alternative zur etablierten Konkurrenz darzustellen, hat dazu beigetragen, sie als Bewegungen zu bezeichnen, ohne dass die organisationsstrukturellen Konsequenzen dieser Klassifizierung bislang hinreichend deutlich geworden wären. Die Politikwissenschaft hat allerdings immer wieder die Bedeutung des charismatischen Führers hervorgehoben.<sup>124</sup> Noch in den 2000er Jahren hat man das Fehlen einer solchen Figur sogar für den Misserfolg populistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik verantwortlich gemacht.<sup>125</sup> In der Tat scheint die Willensbildung in populistischen Parteien, ganz im Gegensatz zu ihrer basisdemokratischen beziehungsweise plebiszitären Rhetorik, auf sehr kleine Führungszirkel – bis hin zu quasi-autokratischen Parteichefs wie Silvio Berlusconi oder Geert Wilders – beschränkt zu sein. Letzterer ist bekanntlich das einzige Mitglied seiner *Partij voor de Vrijheid* und rekrutiert beispielsweise Abgeordnete aus dem Unterstützerkreis der Partei, ohne dafür irgendeinem Gremium verantwortlich zu sein.<sup>126</sup>

Gleiches gilt für die Kontrolle der Parteifinanzen. Angesichts der hohen Kosten der intensiven Mediennutzung und den oft nur wenigen zahlenden Mitgliedern sind populistische Parteien in hohem Maß auf Spenden angewiesen. Je mehr diese von persönlichen Kontakten abhängen und je laxer die innerparteiliche Kontrolle ausfällt, desto stärker laden finanzielle Abhängigkeiten zu Intransparenz und Missbrauch ein. Kommt es in diesem Zusammenhang zu Gerichtsverfahren, können diese einen Ausgangspunkt für empirisch belastbare Untersuchungen zur inneren Machtverteilung und zum Finanzgebaren populistischer Bewegungen bilden. Offenbleiben muss beim bisherigen Forschungsstand nämlich, wie tagespolitische

<sup>122</sup> Vgl. Crouch, Postdemokratie.

<sup>123</sup> Vgl. Poier/Saywald-Wedl/Unger, Themen der Populisten.

<sup>124</sup> Vgl. Moffitt, Global Rise, S. 51–69. Nicht wenige politikwissenschaftliche Darstellungen populistischer Bewegungen sind auf die Zentralfiguren fokussiert. Vgl. dazu die Beiträge über populistische Parteien in Werz (Hrsg.), Populismus.

<sup>125</sup> Vgl. Decker, Rechtspopulismus, S. 147–160, und ders., Populistische Herausforderung, in: Ders. (Hrsg.), Populismus, S. 18.

<sup>126</sup> Vgl. Paul Lucardie, Populismus im Polder. Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn, in: Werz (Hrsg.), Populismus, S. 177–194.

Manöver vollzogen werden und wie strategisch-programmatische Richtungsentscheidungen zustande kommen.

Generell ist hier die Frage aufgeworfen, ob die Organisationsform eines autoritären Populismus eine Antwort auf die Erosion der Mitgliederparteien und damit auf überkommene Partizipationsformen darstellt. Doch ist hier der Befund nicht eindeutig, gibt es doch Parteien, in denen das Führungspersonal immer wieder durch ordentliche Wahlen ausgetauscht wird; das gilt etwa für Populisten in der Bundesrepublik, aber auch in Skandinavien. Populistische Parteien scheinen also keineswegs auf autoritäre Organisationsmodelle festgelegt zu sein, es ist beim gegenwärtigen Forschungsstand aber nicht zu erkennen, inwieweit ihre Organisationskulturen eher von nationalspezifischen Pfadabhängigkeiten, von ihrem Anspruch auf alternativ-plebiszitäre Dynamik oder von mehr oder weniger kontingenten dritten Faktoren geprägt werden.

Auch die Programmatik der populistischen Parteien in Europa ist bei allen Ähnlichkeiten keineswegs einheitlich; darauf hat zuletzt Philip Manow eindringlich hingewiesen.<sup>127</sup> Selbst bei den sogenannten Rechtspopulisten lässt sich eine erhebliche Spannung beobachten. Verfechten die einen eine markt- oder gar neoliberale Programmatik auf den Gebieten Wirtschafts- und Sozialpolitik, bemühen sich die anderen darum, Wählerinnen und Wählern ein Angebot zu machen, die auf der Verliererseite der globalisierten Transformationsprozesse stehen<sup>128</sup> und besonders auf eine inklusive Sozialpolitik angewiesen sind. Dieser Widerspruch lässt sich offenbar zumindest partiell durch die propagandistische Behauptung des Missbrauchs von Sozialleistungen durch Migrantinnen und Migranten oder zumindest deren ungerechtfertigte Bevorzugung überbrücken, ohne dass bislang klar wäre, ob diese Argumentationsmuster nur funktional verwendet werden oder ob sie autochthone Reflexe xenophober Ideologie beinhalten. Auch hier sind von der empirischen Forschung zeitgebundene, Veränderungen unterworfenen Mischungsverhältnisse und Grauzonen zu erwarten. Dabei ist in (West-)Europa möglicherweise ein historisches Muster erkennbar, nach dem sich rechts- beziehungsweise wirtschaftsliberale Parteien in neonationalistische Bewegungen transformieren können und dabei gegebenenfalls ihre wirtschaftsliberale Programmatik über Bord werfen.

Überhaupt stellt sich die Frage nach der Relevanz, nach der jeweiligen Ausformung und nach der historischen Verwurzelung sozialpolitischer, fremdenfeindlicher und nationalistischer Diskurse in der Weltanschauung des Rechtspopulismus. So ist momentan nicht nur die Wirkmächtigkeit antisemitischer Überlieferungen in den europäischen Gesellschaften ungeklärt, sondern es muss

<sup>127</sup> Vgl. Manow, Politische Ökonomie, S. 38–69 und S. 103–138.

<sup>128</sup> Vgl. Gilles Ivaldi/Marc Swyngedouw, Rechtsextremismus in populistischer Gestalt. Front National und Vlaams Blok, in: Decker (Hrsg.), Populismus, S. 121–143; Hans Jörg Hennecke, Das Salz in den Wunden der Konkordanz. Christoph Blocher und die Schweizer Politik, in: Werz (Hrsg.), Populismus, S. 145–162, und Ralf Ptak, Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder. Krise(n) und Rechtspopulismus, in: Butterwegge/Hentges/Lösch (Hrsg.), Weg, S. 64–75.

auch noch offen bleiben, ob es sich bei der derzeit dominierenden islamfeindlichen Propaganda im Wesentlichen um Aktualisierungen, Umcodierungen, Übersetzungen und Überschreibungen lang etablierter antisemitischer Stereotype handelt.<sup>129</sup> Angesichts des Umstands, dass sich auch in den migrantischen Gemeinschaften erhebliche antisemitische Potenziale finden, die gewissermaßen in Konkurrenz zum gleichsam einheimischen Antisemitismus stehen, ist die These naheliegend, dass daraus längst Überbietungs-Dynamiken eines neuen Rassismus entstanden sind – auch hier liegen weite Untersuchungsfelder vor der zeithistorischen Forschung. Erst wenn diese bestellt sind, werden belastbare Aussagen darüber möglich sein, ob die Ideenwelt des (Rechts-)Populismus überhaupt wesentlich über ein xenophobes Fundament hinausreicht oder ob sein Kern in einem nationalspezifischen Amalgam aus Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und anti-elitären Affekten zu suchen ist.<sup>130</sup> Letztlich werden diese Fragen nicht ohne eine historische Einbettung der populistischen Bewegungen in die politische Ideengeschichte Europas zu beantworten sein.

Sowohl die programmatische Analyse als auch die Untersuchung der Binnenorganisation populistischer Bewegungen versprechen fundierte Einsichten in die politischen Tiefenströmungen der europäischen Nachkriegsgesellschaften, weil sie eine wesentliche Dimension des politischen Wandels reflektieren, nämlich die fortschreitende Delegitimation der Entscheidungen demokratischer Repräsentativorgane. Diese manifestierte sich in der Bundesrepublik beispielsweise im Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren, in den Forderungen nach mehr zivilgesellschaftlicher Teilhabe, aber auch in der sinkenden Wahlbeteiligung.<sup>131</sup>

Als ausgesprochen ambivalent erscheinen die Haltungen der verschiedenen populistischen Bewegungen gegenüber allen Fragen der Geschlechterordnung. Rechtspopulistische Bewegungen propagieren häufig sogenannte traditionelle Familienbilder, flankiert von Bekenntnissen zum Vorrang vermeintlich normaler sexueller Orientierungen. Gleichwohl findet man unter den Führungsfiguren populistischer Bewegungen auch Frauen wie Marine Le Pen, Sarah Palin, Pia Kjaersgaard oder Beatrix von Storch und offen homosexuell lebende Politikerinnen und Politiker wie Pim Fortuyn oder Alice Weidel. Populistische Politikerinnen ver-

<sup>129</sup> Vgl. dazu Wolfgang Benz (Hrsg.), *Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“*, Berlin 2009.

<sup>130</sup> Vgl. Rensmann, *Populismus und Ideologie*, in: Decker (Hrsg.), *Populismus*; Thomas Hellmuth, „Patchwork“ der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich, in: Gabriella Hauch/Thomas Hellmuth/Paul Pasteur (Hrsg.), *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, Innsbruck 2002, S. 9–43; Canovan, *Taking Politics*, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*; MacRae, *Populism*, in: Ionescu/Gellner (Hrsg.), *Populism*, und Wiles, *Syndrome*, in: Ebenda.

<sup>131</sup> Vgl. die Beiträge zum Rahmenthema *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012). Zu den europaweit sinkenden Wahlbeteiligungen vgl. Streeck, *Gekaufte Zeit*, S. 87–90. Als Datengrundlage für die Bundesrepublik vgl. <http://www.mpifg.de/projects/demokratie/Wahlen.asp> [26.4.2021].

binden dabei einen durchaus robusten Entscheidungs- und Propagandastil mit dem massenmedial verbreiteten Bild einer fürsorglichen Hausfrau und Mutter.<sup>132</sup> Feministinnen oder Aktivistinnen und Aktivisten der LGBTQIA\*-Bewegung schlägt hingegen nicht selten vehemente Ablehnung entgegen, wenn sie mit universalistischen Argumenten individuelle Freiheits- und Persönlichkeitsrechte einklagen.<sup>133</sup>

Die Auseinandersetzung mit der Einwanderung von Muslimen, die häufig noch patriarchalischere Geschlechterrollen praktizieren, als sie von populistischen Kreisen propagiert werden, verleiht dieser Ambivalenz eine zusätzliche Dynamik.<sup>134</sup> Denn gerade die stark asymmetrische Geschlechterordnung migrantisch geprägter Gemeinschaften, die sich auch in den nachfolgenden Generationen reproduziert, dient den Populisten dazu, die eigene Kultur und Lebensweise von allem Fremden abzugrenzen; dazu skandalisieren sie vor allem – aber nicht nur – sexuelle Übergriffe und Gewalttaten.<sup>135</sup> Angesichts einer derart starken Kontextabhängigkeit stellt sich die Frage, welche Relevanz antifeministische Einstellungen und ganz allgemein Fragen der Geschlechterordnung für das gesellschaftspolitische Profil der unterschiedlichen Populismen besitzen: Führen Traditionalisten, die auf angeblich natürlichen Sozial- und Geschlechterordnungen beharren, Rückzugsgefechte nach der Erosion überkommener sozialmoralischer Instanzen, oder sind solche Positionen nicht vielmehr Ausdruck spezifischer moderner Bewegungen?

Als ausgesprochen schwierig darf abschließend das Verhältnis von Populismus und Nationalismus gelten. Die Politikwissenschaft außerhalb Frankreichs hat dieses Problem bislang nur gestreift, nämlich als Komplementärverhältnis, bei dem sich die „dünne Ideologie“ des Populismus mit einer „dicken Ideologie“ wie dem Nationalismus verbindet.<sup>136</sup> Möglicherweise würde ein strenger politikwissenschaftlicher Populismus-Begriff tatsächlich seine Trennschärfe verlieren, wenn er in seinem begrifflichen Gehalt mit Elementen des Nationalismus angereichert werden müsste.<sup>137</sup> Dass derartige Sorgen nicht unbegründet sind, zeigt Klaus Krae-

<sup>132</sup> Vgl. Sahar Abi-Hassan, *Populism and Gender*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 426–444, hier S. 435 f.

<sup>133</sup> Vgl. Gabriella Hauch, „Neue Wege in viele Richtungen“. Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs von 1986 bis 2000, in: Dies./Hellmuth/Pasteur (Hrsg.), *Populismus*, S. 63–91.

<sup>134</sup> Vgl. Sarah C. Dingler/Zoe Lefkofridi/Vanessa Marent, *The Gender Dimension of Populism*, in: Heinisch/Holtz-Bacha/Mazzoleni (Hrsg.), *Political Populism*, S. 345–360.

<sup>135</sup> Vgl. Peter Widmann, *Rechte Dogmen für die Mitte*. „Islamkritik“ als Ersatzkommunikation am Beispiel von Hans-Peter Raddatz, in: Benz (Hrsg.), *Islamfeindschaft*, S. 91–102.

<sup>136</sup> Vgl. beispielsweise Cathrine Thorleifsson, *Nationalist Responses to the Crises in Europe. Old and New Hatreds*, London/New York 2019; Reinhold Vetter, *Nationalismus im Osten Europas. Was Kaczynski und Orban mit Le Pen und Wilders verbindet*, Bonn 2017. Eine Ausnahme scheint mir darzustellen: Joseph Sterphone, „Mut zu Deutschland!“ On the Populist Nationalism of the Alternative für Deutschland, in: Fernando Lopez-Alves/Diane E. Johnson (Hrsg.), *Populist Nationalism in Europe and the Americas*, New York 2019, S. 99–115.

<sup>137</sup> Wenn überhaupt, so erscheint Nationalismus als untergeordnete Funktion des Populismus; vgl. Benjamin de Cleen, *Populism and Nationalism*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford*

mer, der dafür plädierte, den Begriff Rechtspopulismus ganz aufzugeben, und stattdessen von „Neonationalismus“ gesprochen hat.<sup>138</sup> Damit definierte er einerseits „das Nationale“ als alles überragende, exkludierende Leitunterscheidung“, das heißt als Kern der Weltanschauung dieser Bewegungen. Andererseits verstand er diesen „Neonationalismus“ als „politisch-soziale Gegenbewegung [...], die den Prozess der Transnationalisierung europäischer Gesellschaften aufhalten oder sogar umkehren will“. Hier sah Kraemer auch die neue Qualität dieses Nationalismus begründet, blendete damit aber freilich gleich zwei zentrale Momente der aktuellen politikwissenschaftlichen Populismus-Diskussion aus: Hier ist, erstens, Muddes weithin geteilte Konzeptionalisierung des Populismus als „dünne Ideologie“ zu nennen, denn der Nationalismus stellt seit dem 19. Jahrhundert zweifellos eine umfassende Integrationsideologie mit breit gefächerten politisch-ideellen und kulturellen Angeboten dar. Und zweitens gerät bei Kraemer der Antagonismus zwischen Volk und Elite als zentrales Bestimmungsmerkmal des Populismus aus dem Blick.

Tatsächlich spricht vieles für die Arbeitshypothese, dass unter dem Begriff Populismus in den europäischen Gesellschaften häufig nichts anderes als ein möglicherweise erneuerter Nationalismus rubriziert wird, wobei das Neue noch genauer zu bestimmen wäre.<sup>139</sup> In Europa wird intensiver als in anderen Teilen der Welt über die Zukunft des Nationalstaats diskutiert. Die Beschränkung der Souveränität durch supranationale Organisationen wie die Europäische Union, der Fluss von Kapital und Waren in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, der Verlust der eigenen Währung, transnationale Zahlungsverpflichtungen und die grenzüberschreitende Migration bezeichnen einschneidende Entwicklungen. Die Krise der Repräsentation geht also mit einer Krise der Souveränität einher; empirische Untersuchungen der einen Dimension dürfen die andere nicht unterschlagen.<sup>140</sup>

Für einen großen Teil der populistischen Bewegungen in Europa scheint die Verteidigung der Autonomie des Nationalstaats prägend und ursächlich gewesen zu sein. Das schließt die Frage nach der mangelhaften Repräsentation relevanter Bevölkerungsgruppen in den etablierten Institutionen und Organisationen nicht aus, sondern stellt sie nur umso dringlicher. Insofern ist Manows Forderung nach einer differenzierteren Ursachenanalyse für die Anziehungskraft populistischer

---

Handbook of Populism, S. 342–362, und Sergiu Gherghina/Sergiu Miscoiu/Sorina Soare, How Far Does Nationalism Go? An Overview of Populist Parties in Central and Eastern Europe, in: Heinisch/Holtz-Bacha/Mazzoleni (Hrsg.), Political Populism, S. 193–207. Für die französische Forschung vgl. Paul Pasteur, Von Boulanger zu Le Pen. Populismus und Nationalpopulismus in Frankreich, in: Hauch/Hellmuth/Pasteur (Hrsg.), Populismus, S. 45–62; Nicolas Roquigny, Der französische Front National. Nationalpopulismus und Elemente des Irrationalen, in: Ebenda, sowie die bereits zitierten Werke von Rosanvallon.

<sup>138</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Klaus Kraemer, Sehnsucht nach dem nationalen Container. Zur symbolischen Ökonomie des neuen Nationalismus in Europa, in: Leviathan 46 (2018), S. 280–302; die Zitate finden sich ebenda, S. 282.

<sup>139</sup> Vgl. Rolf-Ulrich Kunze, Nationalismus. Illusionen und Realitäten. Eine kritische Bestandsaufnahme, Stuttgart 2019.

<sup>140</sup> So etwa bei Crouch, Postdemokratie; vgl. auch Linden/Thaa (Hrsg.), Krise.

Parteien nicht nur zuzustimmen, sondern über das von ihm behandelte Feld der Politischen Ökonomie hinaus zu erweitern. Angesichts der reichen Erträge der historischen Forschung zur Kultur-, Sozial-, Erfahrungs- und Emotionsgeschichte des Nationalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert eröffnet ein Rückgriff auf deren Fragehorizont ein enormes Potenzial für die Untersuchung (neo-)national-populistischer Phänomene unserer Zeit. Denn die Nationalismus-Forschung hat bekanntlich ein differenziertes Analyseinstrumentarium entwickelt, das Historikerinnen und Historikern leichter zugänglich erscheinen mag als der politikwissenschaftlich geprägte Populismus-Begriff.<sup>141</sup> Perspektivisch wäre danach zu fragen, welche Relevanz populistischen Phänomenen in einem zumindest in Ansätzen postnationalen Stadium moderner Gesellschaften zukommt – einem Stadium, das Ernest Gellner 1999 noch als fünfte und letzte Phase der nationalstaatlichen Entwicklung betrachtet hat, in der Wohlstand und eine partizipationsfreundliche Integrationspolitik eine gewisse Extremismusresistenz bewirkten.<sup>142</sup>

### **VII. Fazit: Zeithistorische Perspektiven auf den Populismus und die Geschichte der Demokratie**

Wie lassen sich diese Befunde zusammenfassen? Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass in der Politikwissenschaft kein Konsens über die Bestimmung des Populismus-Begriffs besteht; es konkurrieren vielmehr unterschiedliche Definitionen miteinander. Zweifellos lauert hier eine Gefahr für Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker, deren wichtigstes Ziel es in der Regel nicht ist, Organisationen, Personen und Handlungspraktiken zu katalogisieren und mit wohlfeilen Etiketten zu versehen. Ihnen geht es vielmehr in erster Linie darum, die empirisch untersuchten Phänomene in ihren historischen Kontext einzubetten. Nicht wenigen politikwissenschaftlichen Werken liegen zwar internationale Vergleiche zugrunde, doch hat das Bemühen um einen kohärenten, gut abgrenzbaren Populismus-Begriff dazu geführt, dass gerade die vergleichende Populismus-Forschung oft nur das gefunden hat, was sie suchte – nämlich die Bedrohungen der liberalen Demokratie –, wodurch Übergangsphänomene zwischen Populismus und Nicht-Populismus aus dem Blick geraten sind. Doch so notwendig ein trennscharfer Populismus-Begriff ist, der etwa die Grenze zu faschistischen Bewegungen zieht, so problematisch erscheint eine strikte Unterscheidung zwischen Populismus und extremistischen Organisationen, Netzwerken und Ideen unserer Tage. Gerade hier verstellen vorschnelle Festlegungen den Blick auf Grauzonen, Übergänge, Transfers und Aneignungen, ganz abgesehen von den normativen Schwierigkeiten, die hier entstehen.

Die Probleme, die diese normative Dimension politikwissenschaftlich-publizistischer Begriffsbildung aufwirft, werden nirgends so deutlich wie bei der Frage

<sup>141</sup> Die zeithistorische Forschung in der Bundesrepublik hat diese Impulse nur zögerlich aufgenommen; zur Einführung vgl. Rolf-Ulrich Kunze, *Nation und Nationalismus*, Darmstadt 2005.

<sup>142</sup> Vgl. Ernest Gellner, *Nationalismus. Kultur und Macht*, Berlin 1999.

nach der Gefahr, die vom Populismus für die liberale Demokratie auszugehen scheint. Gelegentlich reproduzieren diese Warnungen nur den Abscheu der liberal gesinnten Eliten vor den angeblich ungebildeten Massen, sobald diese die politische Bühne betreten.<sup>143</sup> Doch selbst wenn man Pierre Rosanvillons Überlegungen zum Populismus als zu sperrig einschätzt, so hat er jedenfalls einen Weg vorgeschlagen, um populistische Phänomene in die Geschichte der euro-atlantischen Demokratie einzuordnen und ihre Entstehungsbedingungen konkretisieren zu können. Der Wandel des Politischen, der herkömmliche Politikmuster in Frage stellt und das Aufkommen des Populismus begünstigt, sollte jedenfalls über mehr als ein paar Jahre zurückverfolgt werden, und es erscheint plausibel, in den Jahren um 1980 anzusetzen, als der Zerfall des Ostblocks oder die neoliberale Revolution noch Zukunftsmusik waren.<sup>144</sup> Hier kann eine zeithistorische Populismusforschung als Sonde dienen, um die Tektonik moderner Gesellschaften genauer zu bestimmen, weil sie die Transformation des politischen Felds unmittelbar zum Gegenstand hat. Das betrifft die Binnenstruktur – also Parteien, Wählerbindungen, Ideologien und *cleavages* – ebenso wie die Beziehungen zu anderen Handlungsfeldern, besonders zum ökonomischen und dem der medialen Massenkommunikation.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier die vorgeschlagenen, einander berührenden oder sich überlagernden Untersuchungsperspektiven noch einmal kurz zusammengefasst: Erstens sollte sich die zeithistorische Forschung mit dem kaum hinterfragten und bislang noch nicht in ein Forschungsprogramm übersetzten, geradezu paradigmatischen Credo der bisherigen Begriffsbildungen auseinandersetzen, wonach der manichäische Gegensatz zwischen Volk und Elite den Kern eines jeden Populismus darstelle. So überzeugend diese Behauptung als Ausgangshypothese für weitere Analysen erscheint, so wirft sie doch die Frage auf, wie eine gelungene politische Integration durch Eliten aussehen mag, welche Bedingungen dafür erfüllt werden müssen und welche Faktoren sie begünstigen. Zweitens ist es notwendig, den Volksbegriff als zentralen Bezugspunkt des Populismus zu problematisieren. Hier bietet sich der Anschluss an Taggarts „heartland“ an, wobei vergleichende ideengeschichtliche Studien einen ersten Zugriff ermöglichen könnten.

Drittens verdienen die Erfolgsbedingungen populistischer Parteien und Bewegungen einige Aufmerksamkeit; damit ist eine konsequente Kontextualisierung und Historisierung dieser Phänomene angesprochen. Viertens bereitet die Suche nach der Anhängerschaft populistischer Bewegungen und Parteien offensichtlich große Schwierigkeiten. Deshalb sollte der Blick von den Wählerinnen und Wählern weg auf Mitgliedschaft, Abgeordnete sowie auf Funktionsträgerinnen und Funktionsträger gerichtet werden. Hier dürften mikrohistorische Zugänge den größten Erfolg versprechen, vor allem wenn sie einige der skizzierten Leitfragen

<sup>143</sup> Dies wird besonders deutlich bei Mounk, Zerfall, und Strenger, Liberale Eliten.

<sup>144</sup> Zur Signatur der 1980er Jahre vgl. Dietmar Süß, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 3–20.

zu Organisationsentwicklung und Mobilisierungspraktiken mit denjenigen zu den politisch-ideellen Zielsetzungen und Motiven kombinieren. Eine große Herausforderung für die historische Forschung stellt, fünftens, die Untersuchung der Beziehungen zwischen den Populisten und den Medien der Massenkommunikation dar, weil sich hier hohe konzeptionelle Ansprüche mit Problemen des Quellenzugangs verschränken.

Ein geradezu klassisches Thema der politischen Sozialgeschichte ist, sechstens, die Binnenorganisation populistischer Parteien. Die Programmatik der Populisten müsste, siebtens, in die etablierten Felder der Ideengeschichte eingeordnet werden. Schließlich wird erst die historische Forschung zeigen können, wie dünn die „dünne Ideologie“ des Populismus wirklich ist, und ob es sich dabei nicht vielmehr um einen erneuerten Nationalismus, einen populären Konservatismus oder um eine Mischung aus beidem handelt. Achters stellt sich die Frage nach der Relevanz von Fragen der Geschlechterordnung für die populistische Mobilisierung. Darüber hinaus bedarf es, neuntens, einer Klärung des Verhältnisses von Populismus und Nationalismus. Hier bündeln sich geradezu die skizzierten Vorschläge. Immerhin können die Vertreter des Nationalismus auf ein umfangreiches Arsenal an Einstellungen, Phantasmagorien, Topoi, politisch-ideellen Referenzpunkten, Vordenkern, Netzwerken, Traditionen, Mobilisierungsweisen und politisch-literarische Kanons zurückgreifen. Gerade ideengeschichtliche Ansätze, wie sie sich für die Frühgeschichte der Bundesrepublik als außerordentlich fruchtbar erwiesen haben, können hier weiterführen, indem sie Kontinuitäten und Brüche rekonstruieren.<sup>145</sup>

Angesichts der enormen Erwartungen der Populisten an den Nationalstaat und der anhaltenden Diskussion über die komplexe Interdependenz von Souveränität und Verflechtung in einer globalisierten – und europäisierten<sup>146</sup> – Welt überrascht es wenig, wenn in der politikwissenschaftlichen Forschung sogar der Vorschlag gemacht wurde, den Begriff Populismus durch den Terminus „Neonationalismus“ zu ersetzen. Gerade in diesem Zusammenhang ist aber möglichst genau zu bestimmen, wie schwer der Faktor Xenophobie für das Entstehen und den Erfolg populistischer Bewegungen wiegt. Auf diesem Untersuchungsfeld, das naturgemäß eine längere zeitliche Perspektive verlangt, ist historische Expertise besonders vonnöten. Diese Liste ist sicher lückenhaft und ergänzungsbedürftig, aber sie mag Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker dazu ermuntern, die Chancen einer historischen Populismus-Forschung zu ergreifen.

<sup>145</sup> Vgl. Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999; Alexander Gallus/Axel Schildt (Hrsg.), *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930*, Göttingen 2011; Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, und Riccardo Bavaj, *Intellectual History*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 13.9.2010; [docupedia.de/zg/bavaj\\_intellectual\\_history\\_v1\\_en\\_2010](http://docupedia.de/zg/bavaj_intellectual_history_v1_en_2010) [26.4.2021].

<sup>146</sup> Vgl. Kiran Klaus Patel, *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*, München 2018.

„SS-Mann, deine Ehre heißt Treue!“ Mit diesem Leitspruch bedankte sich Hitler angeblich bei Kurt Daluege für die entschlossene Niederschlagung der Revolten der Stennes-SA vom August 1930 und April 1931 durch die Berliner SS. Nach der gescheiterten Rebellion des Obersten SA-Führers Ostdeutschlands Walter Stennes zeichnete die SS ein Selbstbild von unbedingter Standhaftigkeit und Einsatzbereitschaft – ein Narrativ, das auch heute in der Zeitgeschichtsforschung noch weitverbreitet ist und das Sascha Steger in das Reich der Legenden verweist. Daluege und die Berliner SS hätten bei den Ereignissen fast nur eine passive Rolle gespielt. Infolge des fehlgeschlagenen Aufstands sei aber der Legalitätskurs Hitlers gestärkt worden, und die SS habe einen Elitestatus etablieren können.

Sascha Steger

## Kurt Daluege, die Stennes-Revoluten 1930/31 und der Aufstieg der SS

### I. Mythen und blinde Flecken

Am 1. April 1931 stürmten und besetzten rebellierende Angehörige der Sturmabteilung (SA) die Berliner Geschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und die Redaktionsräume der Gauzeitung *Der Angriff*. Sie verkündeten ihre Abspaltung von Adolf Hitler und kritisierten sein „jämmerliches Legalitätsgefasel, die Koalitionsbestrebungen mit den einst so verachteten Spießbürgerparteien“<sup>1</sup> sowie die finanzielle Vernachlässigung der Parteiarmee. Die Revolte bedeutete die Eskalation eines schon lange schwelenden Konflikts zwischen der Parteileitung der NSDAP in München und dem Obersten SA-Führer Ostdeutschlands (OSAF-Ost) Walter Stennes. Bereits 1930 hatte dieser die politische und wirtschaftliche Benachteiligung der SA gegenüber der Politischen Organisation beanstandet und das Gaubüro der NSDAP verwüsten lassen, nachdem seine Forderungen nach Reichstagsmandaten für SA-Führer zurückgewiesen worden wa-

<sup>1</sup> Bundesarchiv Berlin (künftig: BArchB), NS 26/83, Flugschrift „Wie es zur Stennes-Aktion kam“, verfasst von Walter Stennes und Walter Jahn, 1931, und Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (künftig: GStA PK), I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 325, Walter Stennes, Wie es zur Stennes-Aktion kam, veröffentlicht in drei Teilen (National-Sozialistisches Montagsblatt vom 20.7.1931, 10.8.1931 und 17.8.1931). Zur Entstehungsgeschichte der Flugschrift: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), ZS 1447, Stennes an Helmut Krausnick, 15.11.1956. – Die Schreibweise des Vornamens differiert in Quellen und Literatur. In Stennes' Geburtsurkunde (Standesamt Bad Wünnenberg, Geburtseintrag Walter Stennes, 12.4.1895), an der sich dieser Aufsatz orientiert, steht „Walter“. Stennes selbst zog die Schreibweise Walther vor.

ren.<sup>2</sup> Im Zuge dieser ersten Stennes-Revolve übernahm Hitler persönlich den Oberbefehl über die SA und beendete die Auseinandersetzung, indem er der Sturmabteilung größere finanzielle Mittel in Aussicht stellte. Die Konflikte verstärkten sich indes bis zum Frühjahr 1931, erhielten eine ideologische Dimension und führten schließlich zum endgültigen Bruch zwischen Stennes und Hitler.

Während sich ein großer Teil der ostdeutschen SA zunächst Stennes anschloss, stellte sich die Schutzstaffel (SS) unter ihrem Anführer Kurt Daluege gegen ihn.<sup>3</sup> Daluege, der im Dritten Reich zum Chef der Ordnungspolizei und einem der höchsten SS-Generäle aufsteigen sollte, hatte sich während der Parteikrise als loyal erwiesen. Die nationalsozialistische Geschichtsschreibung schmiedete aus seiner Treue einen Mythos, der die Schutzstaffel zum zuverlässigsten Werkzeug des „Führers“ stilisierte. So schrieb der SS-Journalist Gunter d'Alquen später in Anspielung auf die Stennes-Revolve, die SS erfüllte „als das Instrument unbedingtester Einsatzmöglichkeit des Führers ihre verschiedenartigen Aufgaben. Sie verdiente sich in jener Zeit das Wort Adolf Hitlers: ‚SS-Mann, deine Ehre heißt Treue!‘“<sup>4</sup> Dieser Leitspruch stammte angeblich aus einem Dankesbrief Hitlers an Daluege, in dem er ihn „mein tapferer Kurt“ genannt und ihm und der SS das Verdienst für die Niederschlagung der Stennes-Revolve zugeschrieben habe.<sup>5</sup> Vermutlich in bewusster Abgrenzung zur scheinbar illoyalen SA erwählte sich die Schutzstaffel nach der Beendigung des Aufstands das Motto „Meine Ehre heißt Treue“.<sup>6</sup>

Das später von der SS verbreitete Narrativ, die Stennes-Revolve seien durch das tatkräftige Einschreiten der Schutzstaffel unter Führung Dalueges beendet

<sup>2</sup> Vgl. Bastian Hein, *Elite für Volk und Führer? Die allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925–1945*, München 2012, S. 78. Auch: GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 53711, Strafsache gegen Döberich und Genossen wegen Hausfriedensbruch u. a., 9.9.1930.

<sup>3</sup> Vgl. Hein, *Elite*, S. 81, und Caron Cadle, *My Honor is Loyalty. The Biography of S.S. General Kurt Daluege*, unveröffentlichte Bachelorarbeit, Princeton 1979, S. 83.

<sup>4</sup> Gunter d'Alquen, *Die SS. Geschichte, Aufgabe und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP*, Berlin 1939, S. 11.

<sup>5</sup> Die Erzählung über den Brief Hitlers an Daluege findet sich in zahlreichen Studien. Allerdings weisen die Autoren das Schreiben nicht nach, und auch mir ist es nicht gelungen, es in den überlieferten Quellen ausfindig zu machen. Schon 1933 wurde über die Entstehungsgeschichte des SS-Mottos gestritten, weil das Dankschreiben entweder verloren gegangen war oder so nie existiert hat. Die einzige Danksagung Hitlers im Zusammenhang mit den Stennes-Revolve, die sich durch Quellen belegen lässt, findet sich im April 1931 in einer Ausgabe des „Völkischen Beobachters“, in der der „Führer“ allerdings sowohl der SS als auch der SA für ihre Treue dankte; Caron Cadle, *Kurt Daluege – Der Prototyp des loyalen Nationalsozialisten*, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Die braune Elite*, Bd. 2: 21 weitere biographische Skizzen, Darmstadt 1993, S. 66–80, hier S. 70, und Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Bindlach 1990, S. 67. In den Quellen: BArchB, R 8048/234, *Völkischer Beobachter* vom 23.4.1931: „Danksagung des Obersten Führers an die SA und SS“; GStA PK, VI. HA, Nachlass (künftig: NL) Daluege, Nr. 65, Daluege an die SS-Gruppe Ost, 11.4.1933.

<sup>6</sup> Am 9.10.1931 wies Himmler in einem SS-Befehl darauf hin, dass der Schutzstaffel das Tragen eines neuen Koppelschlösses mit der Prägung „Meine Ehre heißt Treue“ genehmigt worden sei; Brandenburgisches Landeshauptarchiv (künftig: BLHA), Pr. Br. Rep. 61 C, NSDAP Glied 4, SS-Befehl Nr. 50.

worden, ist bis heute verbreitet. Das liegt nicht zuletzt daran, dass es beispielsweise von Heinz Höhne in seiner als Standardwerk geltenden Studie „Der Orden unter dem Totenkopf“ schon 1967 aufgegriffen und immer wieder bemüht wurde, um den Aufstieg der SS zu erklären. Auch Bastian Hein maß der Schutzstaffel unter Daluege in seiner 2012 erschienenen Studie „Elite für Volk und Führer?“ eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Parteikrise zu.<sup>7</sup> Die Standardwerke zur Geschichte der SA von Peter Longerich und Daniel Siemens beschränken sich dagegen auf eine knappe Darstellung der Rebellionen und thematisieren die Rolle der SS nicht eingehend.<sup>8</sup> Eine kritische und quellenbasierte Gesamtdarstellung der Stennes-Revolten, die sowohl den Verlauf der Parteikrise als auch die Rolle der SS unter der Führung Dalueges in den Blick nimmt, fehlt bislang. Der vorliegende Beitrag schließt diese Forschungslücke und analysiert die Ursachen und den Ablauf der Stennes-Revolten, wobei die SS unter Daluege besondere Beachtung verdient. Dadurch ist es möglich, ein tieferes Verständnis dafür zu erlangen, wie der Elitestatus der Schutzstaffel entstand. Darüber hinaus soll der Aufsatz einen Beitrag zur Geschichte der SA und der innerparteilichen Konflikte im Vorfeld der Machtübernahme leisten. Nicht zuletzt gilt es, die frühe Karriere des SS-Führers Kurt Daluege zu beleuchten – eines hochrangigen NS-Funktionärs, dessen steiler Aufstieg im Dritten Reich auf seinen Einsatz bei den Stennes-Revolten zurückgeführt wird, dem die Forschung aber kaum Aufmerksamkeit geschenkt hat.<sup>9</sup>

## II. Dalueges Eintritt in die SS und die Gerüchte über eine nachrichtendienstliche Überwachung der SA

Kurt Daluege, geboren am 15. September 1897, war einer der frühesten Anhänger Hitlers in der Reichshauptstadt. Er begann seine NS-Karriere als Frontbannführer und gründete im März 1926 die Berliner SA, die bald darauf die Schlüsselrolle in dem vom Berliner Gauleiter Joseph Goebbels aufgebauten Propagandaapparat übernahm, der auf eine Strategie der provokant-dynamischen Agitation setzte.<sup>10</sup> Die Kampftruppe machte durch lärmendes Auftreten und brutale Saalschlachten auf sich aufmerksam und konnte ihre Mitgliederzahl binnen Jahresfrist auf 800

<sup>7</sup> Vgl. Hein, *Elite*, S. 81.

<sup>8</sup> Vgl. Peter Longerich, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989, S. 103 f. und S. 110 f., sowie Daniel Siemens, *Sturmabteilung. Die Geschichte der SA*, München 2019, S. 104 f. Patrick Moreau (*Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930–1935*, Stuttgart 1985, S. 80) schilderte den Verlauf und das Ende der SA-Erhebungen, ohne die SS als Akteur hervorzuheben.

<sup>9</sup> Vgl. Cadle, Kurt Daluege, in: Smelser/Syring/Zitelmann (Hrsg.), *Braune Elite*, Bd. 2, S. 69.

<sup>10</sup> Vgl. Bernhard Sauer, *Goebbels „Rabauken“*. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: *Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin*, Berlin 2006, S. 107–164, hier S. 113, und Julius Karl von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA*, München/Berlin 1937, S. 38.

Männer verdoppeln.<sup>11</sup> Trotz dieser Erfolge beim Aufbau einer schlagkräftigen Organisation wurde Daluege 1927 nicht zum Führer des neu geschaffenen SA-Gebiets Ost ernannt, das alle Sturmabteilungen östlich der Elbe umfasste. Den Vorzug erhielt der bekannte Freikorpskämpfer und Polizeihauptmann a. D. Walter Stennes, der zuvor in der NS-Bewegung nicht in Erscheinung getreten war.<sup>12</sup>

Wenig später, am 21. Juni 1928, legte Daluege sein Amt als Berliner SA-Chef nieder und trat schließlich im Juli 1930 aus der Sturmabteilung aus.<sup>13</sup> Über die Gründe für diesen Rückzug schweigen die Quellen. Es ließe sich spekulieren, dass die entgangene Beförderung und der sich andeutende konfrontative Kurs von Stennes den Ausschlag gaben – belegen lässt sich dies aber nicht.<sup>14</sup> Höhne hingegen schrieb, Daluege sei auf Befehl Hitlers als SA-Chef zurückgetreten, um fortan die SS der Reichshauptstadt zu führen, und charakterisierte ihn sogar als „Wachhund“, der in den Reihen der politischen Feinde der NSDAP spionierte und ab 1929 ein SS-Geheimdienstbüro unterhalten haben soll:

„Hitler stützte sich immer mehr auf den Wachhund-Instinkt des Kurt Daluege, der die SA verlassen hatte und im Frühjahr 1929 zum Chef der Berliner Schutzstaffel aufgestiegen war. [...] Im Auftrage Hitlers beobachtete er jede Bewegung der Berliner SA-Führung. Unweit des Sportpalastes [...] schuf Daluege, wie einer seiner Mitarbeiter aufzeichnete, ‚eine Zentrale für besonders zuverlässige SS-Kameraden und solche, die es werden wollten‘.“<sup>15</sup>

Diese Darstellung deckt sich allerdings nicht mit den überlieferten Quellen. Aus diesen geht hervor, dass Daluege erst am 25. Juli 1930 in die SS eintrat und seine Laufbahn vermutlich als einfacher SS-Mann ohne Kommando begann.<sup>16</sup> Der Chef der Gruppe, der sich Daluege im Sommer 1930 anschloss, war Kurt Wege.<sup>17</sup> Wege

<sup>11</sup> Vgl. Martin Schuster, *Die SA in der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in Berlin und Brandenburg 1926–1934*, Berlin 2005, S. 124 f., und Engelbrechten, *Braune Armee*, S. 71–74.

<sup>12</sup> Vgl. Schuster, *SA*, S. 46, und Sauer, *Rabauken*, S. 114.

<sup>13</sup> Vgl. Cadle, *My Honor*, S. 75. Und: BArchB, R 9361/III 520594, SS-Offizierakte Kurt Daluege.

<sup>14</sup> Vgl. Sauer, *Rabauken*, S. 154, und Cadle, *My Honor*, S. 75 f.

<sup>15</sup> Höhne, *Orden*, S. 62 f. Vgl. hierzu auch Robert Lewis Koehl, *The SS. A History 1919–45*, Stroud 2012, S. 55, und Cadle, Kurt Daluege, in: Smelser/Syring/Zitelmann (Hrsg.), *Braune Elite*, Bd. 2, S. 69.

<sup>16</sup> Aus Dalueges SS-Offizierakte kann entnommen werden, dass er ab dem 25.7.1930 Dienst als SS-Oberführer verrichtete. Die Ernennung zum Oberführer durch Himmler wurde jedoch erst am 26.2.1931 rückwirkend für den 25.7.1930 vorgenommen; BArchB, R 9361/III 520594, SS-Offizierakte Kurt Daluege, Ernennung Dalueges zum SS-Oberführer, 26.2.1931.

<sup>17</sup> Dies geht u. a. aus einem Bericht der preußischen Politischen Polizei hervor, die die NS-Bewegung mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwachte und V-Männer in Schlüsselstellungen positionieren konnte. Wie effektiv die Überwachung war, zeigt ein Schreiben Stennes' an Röhm vom Februar 1931, in dem sich der OSAF-Ost darüber beklagte, dass die Polizei früher im Besitz der neuesten SA-Befehle sei als er selbst; GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (LKPA), Abteilung I A, über die Schutzstaffeln der NSDAP an den Preußischen Minister des Innern (Pr.MdI), 12.4.1929, und BArchB, NS 26/325, Stennes an Röhm, 28.2.1931. Die Akte NS 26/325 ist

gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Berliner SS und befehligte den Bereich vom 18. September 1929 bis zum 1. März 1931.<sup>18</sup> Als Daluege der Schutzstaffel beitrug, verfügte diese in der Reichshauptstadt über etwa 50 Mitglieder und hatte ihr Hauptquartier ebenso wie die SA in der NSDAP-Gaugeschäftsstelle in der Hede-mannstraße 10.<sup>19</sup>

Die Studien, die über nachrichtendienstliche Aktivitäten der SS unter Dalueges Leitung vor und während der Stennes-Revolten berichten, beziehen sich auf zwei Quellen, die bei näherer Betrachtung hierzu keine Erkenntnisse liefern können.<sup>20</sup> Zunächst wird ein undatiertes Bericht eines anonymen SS-Manns über die Entstehung der SS-Gruppe Ost herangezogen, der allein schon wegen seines beschönigenden Inhalts fragwürdig ist:

„Der Stennes-Putsch war durch das tatkräftige Einschreiten der Berliner SS. niedergeschlagen. Neben dem Sportpalast als Nachbar der ‚Stennesen‘ hatte sich Kurt Daluege [...] eine Zentrale für besonders zuverlässige SS-Kameraden [...] geschaffen. [...] Es war das Geheimnis eines Kurt Daluege, wie er es verstand, Prominente aus Staatsverwaltung und Wirtschaft nach und nach an sich zu ziehen. [...] Allerdings kamen die meisten der ersten Interessenten als Anonymen [sic!], daslag [sic!] eben im Wesen des ganzen Aufbaues dieser Nachrichten-zentrale, wie man sie schlechthin bezeichnen kann. [...] Kurt Daluege wirkte durch seine kraftvolle Gestalt, durch seinen scharfen und doch gütigen Blick auf jeden [...] so fesselnd, daß der Freund unserer Bewegung sich ihm wie einem unmittelbar Beauftragten unseres Führers sofort rückhaltlos verschrieb [...]. Kurt Daluege [stieg] am 30. Januar 1933 mit Adolf Hitler in [sic!] die Macht. [...] Zu jeder Tages- oder Nachtzeit gleich frisch, schien er übernatürliche Kräfte zu besitzen.“<sup>21</sup>

Der Bericht ist nach der Machtübernahme im Januar 1933 entstanden und schildert retrospektiv den Aufbau der SS-Gruppe Ost und ihres Nachrichtendienstes. Ein Bezug zwischen der Spitzeltätigkeit der Schutzstaffel und den Stennes-Revolten

---

nicht mehr auffindbar. Dankenswerterweise hat mir Caron Cadle Kopien der darin enthaltenen Dokumente zur Verfügung gestellt.

<sup>18</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die Gliederung der SS in Preußen nach dem Stand vom Juli 1930/Juli 1931 an den Pr.MdI, 1.8.1930 und 27.8.1931, sowie BArchB, R 9361/III 562422, SS-Offizierakte Kurt Wege.

<sup>19</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die Gliederung der SS in Preußen nach dem Stand vom Februar 1930/Okttober 1930 an den Pr.MdI, 11.2.1930 und 5.11.1930, sowie Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die Umorganisation der SS an den Pr.MdI, 17.6.1931.

<sup>20</sup> Vgl. Höhne, Orden, S. 62–67; Bernhard Sauer, Alte Kämpfer und starke Bande. Kurt Daluege und Herbert Packebusch, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), S. 977–996, hier S. 980 und S. 991; ders., Rabauken, S. 128; Klaus Mies-Baron, Heinrich Himmler. Aufstieg des Reichsführers SS (1900–1933), Göttingen 2011, S. 457, und Cadle, Kurt Daluege, in: Smelser/Syring/Zitelmann (Hrsg.), Braune Elite, Bd. 2, S. 69 f.

<sup>21</sup> BArchB, NS 19/1934, Bericht eines anonymen SS-Manns über die Tätigkeit Dalueges als Führer der SS-Gruppe Ost, undatiert.

wird nicht hergestellt. Im Gegenteil: Aus den Aufzeichnungen geht hervor, dass geheimdienstliche Aktivitäten in den Räumlichkeiten in der Potsdamer Straße 71 – „neben dem Sportpalast“ – aufgenommen wurden, die die SS wiederum erst im Mai 1931 bezog, nachdem die Stennes-Revolten bereits beendet worden waren.<sup>22</sup> Dort befand sich Dalueges SS-Gruppe, wie im Bericht beschrieben, in direkter Nachbarschaft zum Hauptquartier der rebellierenden Stennes-SA, die sich nach ihrer Abspaltung von der NSDAP in der Potsdamer Straße 70a einquartiert hatte. Die räumliche Nähe der verfeindeten Parteien entbehrt indes nicht einer gewissen Ironie – insbesondere, weil die Post des „SS-Geheimdienstbüros“ oft versehentlich bei den Stennes-Leuten landete, wie Kurt Wege in einem Brief an die SA-Gruppenführung Ost verärgert feststellte.<sup>23</sup>

Die zweite Quelle, die als Beleg für die Spitzeltätigkeit der SS vor und während der Stennes-Revolten herangezogen wird, ist ein Schreiben, das Daluege im Juli 1938 – als er bereits zum Chef der Ordnungspolizei aufgestiegen war – an Joseph Goebbels und Heinrich Himmler richtete.<sup>24</sup> Darin bat er, seinen alten Kameraden Herbert Packebusch zu rehabilitieren, der kurz zuvor als leitender Angestellter bei der Reichsrundfunkkammer entlassen worden war. Daluege schrieb, Packebusch habe für ihn in der „Kampfzeit“ im SA-Hauptquartier spioniert, sodass „ich allein über die Massnahmen von Stennes fortlaufend unterrichtet war und damals erfolgreich die Revolte mit zusammenhauen konnte“.<sup>25</sup> Die Aussage Dalueges muss aus drei Gründen angezweifelt werden: Erstens sollte der Brief Packebuschs Leistungen als „alter Kämpfer“ hervorheben, um seine Chancen auf Wiedereinstellung zu erhöhen. Zweitens nutzte Daluege das Schreiben vor allem zur Profilierung, indem er seine eigenen Verdienste um die Niederschlagung der Stennes-Revolten herausstellte. Entscheidender ist jedoch drittens, dass der Ablauf der SA-Erhebung zeigt, dass sowohl die SS als auch die Reichsleitung der NSDAP von den beiden Revolten überrascht worden waren und Daluege demnach über keine alarmierenden Berichte aus Stennes' Umfeld verfügt haben konnte.<sup>26</sup>

<sup>22</sup> BArchB, NL 263/426, Aus den Mitteilungen des LKPA, Abteilung IA, Nr. 9, 1.5.1931.

<sup>23</sup> BLHA, Pr. Br. Rep. 61 C, NSDAP Glied 3, SS-Oberführer Wege an die SA-Gruppenführung Ost, 13.5.1931.

<sup>24</sup> BArchB, R 9361/V 107752, Daluege an Goebbels, 20.7.1938, und Daluege an Himmler, 20.7.1938. Vgl. auch Sauer, Rabauken, S. 156, und ders., Alte Kämpfer, S. 980 f.

<sup>25</sup> BArchB, R 9361/V 107752, Daluege an Goebbels, 20.7.1938.

<sup>26</sup> Die Frage, ob es Daluege gelang, einen Spitzel in Stennes' Stab einzuschleusen, ist nicht eindeutig zu beantworten. Aus den Quellen geht hervor, dass Packebusch im Februar 1931 zur SA-Standartengruppe 4 in Berlin gehört hatte und danach in Stennes' Stab wechselte. Inwiefern er hier binnen weniger Tage in den inneren Kreis des OSAF-Ost vordringen konnte, ist fraglich – allein schon deshalb, weil die langjährige Freundschaft zwischen Daluege und Packebusch kein Geheimnis war. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Partei nicht über Stennes' konfrontativen Kurs informiert war und darüber diskutierte. Gerüchte über die angespannte Situation in der SA kursierten spätestens nach der ersten Stennes-Revolution, und der OSAF-Ost machte aus seinem konfrontativen Kurs gegen die NSDAP-Parteiführung auch kein Geheimnis. Einen Bericht über Stennes' Absichten erhielt die Oberste SA-Führung in München am 8.9.1930 von Leonardo Conti, der seinen Austritt aus der SA damit begründete, er könne es nicht verantworten, „unter einem Manne zu arbeiten, dessen Organisationspläne [...] die Ein-

Es zeigt sich, dass ein SS-Nachrichtendienst unter Führung Dalueges vor und während der Stennes-Revolten nicht existierte. Erst nach der zweiten SA-Erhebung und dem Umzug der Berliner SS in die Potsdamer Straße im Mai 1931 lassen sich Belege für eine organisierte Nachrichtendiensttätigkeit finden. Allerdings beobachtete die SS auch dann nicht die Parteigenossen der SA, sondern vor allem die preußische Polizei und prominente Politiker wie den Sozialdemokraten Otto Wels, um eine „Säuberung“ der Polizei nach der Machtübernahme vorzubereiten und Material für die Untersuchungsausschüsse der NSDAP im Preußischen Landtag zu sammeln.<sup>27</sup> Daluege war im Untersuchungszeitraum demnach kein „Wachhund“ Hitlers. Vielmehr deutet ein Bericht der preußischen Politischen Polizei darauf hin, dass er nach seinem Wechsel zur SS im Juli 1930 vor allem damit befasst war, seine guten Kontakte zur Berliner Gauleitung für die Schutzstaffel zu verwenden und sie später als Inspekteur zu professionalisieren.<sup>28</sup>

### III. Stennes-Revolte 1930

Stennes zettelte bereits im August 1928, kurz nach seiner Ernennung zum SA-Führer, einen Konflikt mit der NSDAP-Führung an, forderte größere finanzielle Unterstützung für seine Männer und bezeichnete Hitler und den Obersten SA-Führer Franz Pfeffer von Salomon vor der versammelten Berliner Sturmabteilung als „Lumpen“.<sup>29</sup> Vehement brachte er die problematische Lage der SA angesichts der immer aufwendigeren Wahlkämpfe der NSDAP zur Sprache. Mit seiner kritischen Haltung war Stennes nicht allein: Im Herbst 1930 resümierte der süddeutsche SA-

---

heit der Gesamtbewegung bedrohen“. Zudem nahm Conti während der ersten Stennes-Revolte Fühlung mit Goebbels auf und berichtete von den „katastrophalen Zuständen“ in den Reihen der SA. Goebbels scheint von den Schilderungen jedoch nicht sonderlich alarmiert gewesen zu sein, da er davon überzeugt war, die Männer der SA durch seine Wahlkampfrede im Sportpalast für sich gewonnen zu haben. Es ist hierbei bemerkenswert, dass erste Gerüchte über das Vorhandensein eines SS-Nachrichtendienstes bereits im Februar 1931 aufkamen. Die preußische Geheimpolizei leitete infolgedessen Ermittlungen ein, kam allerdings ebenfalls zu dem Ergebnis, es sei unzutreffend, „dass Dr. Goebbels die SS zu einem politischen Nachrichtendienst mit dem Zwecke der Zersetzung und Bespitzelung der SA ausgebaut hätte“; BArchB, R 9361/III 546583, SS-Offizierakte Herbert Packebusch, SA-Standarte 4 an den SS-Abschnitt III (Ost), 16.11.1931; BArchB, NS 26/325, Entlassungsgesuch Leonardo Contis an OSAF, 8.9.1930; GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die angebliche Auflösung der Berliner SS an den Pr.MdI, 14.2.1931. Vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 2/1: Dezember 1929–Mai 1931, bearb. von Anne Munding, München 2005, Eintrag vom 30.8.1930, S. 228 f., hier S. 228.

<sup>27</sup> GStA PK, VI. HA, NL Daluege, Nr. 76–78, Sammlung von V-Mann-Berichten. Zum Spitzelbüro und zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit Dalueges nach der Niederschlagung der Stennes-Revolten vgl. Bernhard Sauer, Othmar Toifl (1898–1934). Kurt Dalueges geheimnisvoller Nachrichtenmann, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 64 (2016), S. 833–853.

<sup>28</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die Umorganisation der SS, 17.6.1931.

<sup>29</sup> Zit. nach Sauer, Rabauken, S. 119. Zu Franz Pfeffer von Salomon vgl. Mark A. Frasncka, Franz Pfeffer von Salomon. Hitlers vergessener Oberster SA-Führer, Göttingen 2016.

Führer August Schneidhuber, der „Führer“ habe seinen „Konnex“ zur SA verloren, weil er ihr weder Anerkennung noch Dank zuteilwerden ließ – und das, obwohl „90 % der gesamten Parteiarbeit“ auf ihren Schultern laste.<sup>30</sup> Dass sich die Reichsleitung der NSDAP zeitgleich eine neue Parteizentrale im repräsentativen Münchner Barlow-Palais leistete, empfanden viele SA-Männer, die ihren Dienst unentgeltlich verrichteten, als Ausdruck von „Bonzentum“.<sup>31</sup>

Stennes sah seine Männer im Vorfeld der Reichstagswahl am 14. September 1930 von einer Kampftruppe zu einer reinen „Klebekolonie“ herabgewürdigt und verlangte einen Monat vor dem Urnengang als Gegenleistung für die kräftezehrende Wahlkampfarbeit drei Reichstagsitze für SA-Vertreter aus seinem Befehlsbereich. Hitler bestand jedoch auf den Grundsatz der „Unvereinbarkeit der SA-Führereigenschaft und Mandat“<sup>32</sup> und lehnte die Forderung des OSAF-Ost ab. Daraufhin fuhr Stennes mit einer Delegation nach München, um sein Anliegen persönlich vorzutragen, wurde aber nicht zum Parteichef vorgelassen und kehrte unverrichteter Dinge nach Berlin zurück. Dort legte er seine Forderungen schließlich Goebbels vor, der sie als eine „Frechheit ohnegleichen“<sup>33</sup> empfand und versuchte, die Angelegenheit auf die Zeit nach der Reichstagswahl zu verschieben. Doch schon am nächsten Tag zeigte sich, dass Stennes entschlossen war, eine Entscheidung noch während des Wahlkampfs zu erzwingen: Er kündigte einen SA-Streik an und drohte damit, den Saalschutz für eine Goebbels-Rede im Sportpalast zu verweigern.<sup>34</sup>

In der Literatur heißt es, Daluege habe kurzerhand die Berliner SS mobilisiert und die Sturmabteilungen ersetzt, um die wichtige Propagandaveranstaltung abzusichern und sie trotz des Streiks stattfinden zu lassen.<sup>35</sup> Diese Darstellung ist nicht vollkommen zutreffend. Nachdem Stennes seine Drohung ausgesprochen hatte, wurde nicht Daluege, sondern SS-Führer Wege beauftragt, den Saalschutz für die Goebbels-Rede am 29. August 1930 zu organisieren. Hierzu kommandierte er seine Schutzstaffel ab, die allerdings nicht über genügend Kräfte verfügte, um die Sicherheit der Redner zu gewährleisten. Deshalb musste Wege die SS durch freiwillige Parteihelfer verstärken.<sup>36</sup> Stennes rief währenddessen seine streikenden SA-Einheiten zu einem Appell in der Berliner Hasenheide zusammen, wo es zu einer überraschenden Entwicklung kam. Weil die Gauleitung ihre Entschlossenheit signalisiert hatte, sich nicht erpressen zu lassen, verkündete er, seine Forderungen nach Reichstagsmandaten seien vorerst nicht durchzusetzen. Er werde sich daher unter-

<sup>30</sup> BArchB, NS 23/509, Stellungnahme August Schneidhubers zur geplanten Umorganisation der SA, 19.9.1930.

<sup>31</sup> Vgl. Werner Bräuninger, *Hitlers Kontrahenten in der NSDAP. 1921–1945*, München 2004, S. 127.

<sup>32</sup> Hierzu und zum Folgenden: BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam.

<sup>33</sup> Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 30.8.1930, S. 228.

<sup>34</sup> Vgl. Charles Drage, *Als Hitler nach Canossa ging*, Berlin 1982, S. 113.

<sup>35</sup> Vgl. Cadle, *My Honor*, S. 80.

<sup>36</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Rundschreiben des SS-Brigadeführers Ost Wege an alle Parteifunktionäre des Gaus Groß-Berlin der NSDAP, 17.9.1930.

ordnen und den SA-Boycott beenden.<sup>37</sup> Danach marschierten Stennes und seine Männer zum Sportpalast und nahmen an der Wahlkampfveranstaltung teil.<sup>38</sup>

Ob Daluege an der Organisation des Saalschutzes beteiligt war, kann nicht belegt werden. Er traf sich jedoch nach der Veranstaltung mit Goebbels, um über die finanziellen und politischen Forderungen von Stennes zu beraten. In seinem Tagebuch brachte der Berliner Gauleiter das Gespräch auf den Punkt: „[Daluege] sieht die Sache ganz klar: eine Rebellion von Stennes, zum Zwecke der Zerschlagung der Partei.“ Diese Vermutung war durchaus richtig, obwohl es zunächst so schien, als seien die Konflikte zwischen dem OSAF-Ost und der Parteileitung beigelegt oder zumindest vertagt worden.

Durch die Sportpalastrede am Vortag bestärkt, brach Goebbels am 30. August 1930 zu weiteren Wahlkampfterminen in Dresden und Breslau auf. Währenddessen hielt Stennes eine Versammlung der Berliner SA-Führer ab, auf der beschlossen wurde, doch an den eigenen Forderungen festzuhalten und sie mit Gewalt durchzusetzen. Umgehend gab der OSAF-Ost den Befehl, die Gaugeschäftsstelle der NSDAP anzugreifen und zu besetzen.<sup>39</sup> Die diensthabende SS-Wache verweigerte der anrückenden SA den Zutritt und berief sich dabei auf einen Befehl des stellvertretenden Berliner Gauleiters Franz Wilke.<sup>40</sup>

Nun ging die SA gewaltsam vor, brach die Tür auf, drang in das Gebäude ein und trieb die Verteidiger bis in das Büro des Gauleiters zurück. Dort schlugen die Angreifer mit Stuhlbeinen und Fäusten auf die SS-Männer ein und verletzten sie schwer. Die Schlägerei konnte erst durch Einsatzkräfte der Berliner Polizei beendet werden, die die Wachen kurz zuvor angefordert hatten.<sup>41</sup> Daluege war in die Ereignisse um die Erstürmung der Gaugeschäftsstelle nicht involviert, obwohl ihm in der Literatur eine entscheidende Rolle zugeschrieben wird. Es seien Dalueges Männer gewesen, so etwa Höhne, die „zum ersten Mal für ihren Führer auf SA-Kameraden eingeschlagen“ hätten.<sup>42</sup> Tatsächlich aber war das genaue Gegenteil der Fall: die SA hatte die SS-Posten verprügelt – und Daluege war weder als Kommandant noch als Wachposten beteiligt, wie sich aus Prozess- und Polizeiakten verlässlich rekonstruieren lässt.<sup>43</sup>

<sup>37</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam; vgl. auch Longerich, Bataillone, S. 103 f.

<sup>38</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 30.8.1930, S. 228 f.; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 229.

<sup>39</sup> Stennes schrieb später über die Zusammenkunft, plötzlich sei ein SS-Mann im Nebenzimmer aufgegriffen worden, der im „höheren Auftrag“ die Besprechung des OSAF-Ost bespitzeln sollte. Somit sei allen Anwesenden klar gewesen, die Partei habe sich gegen die SA verschworen. Stennes zielte offensichtlich darauf ab, seinen Konfrontationskurs gegen die „verlogene Parteileitung“ zu rechtfertigen. Zugleich stützte er damit seine Erzählung, die Parteiführung habe sich mit der SS verschworen, um die SA „zu bespitzeln und zu verhetzen“; BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam, und GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 53711, Strafsache gegen Döberich, 9.9.1930.

<sup>40</sup> Vgl. Schuster, SA, S. 128.

<sup>41</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 53711, Strafsache gegen Döberich, 9.9.1930.

<sup>42</sup> Höhne, Orden, S. 65.

<sup>43</sup> Insgesamt waren fünf SS-Männer (Max Henze, Walter Kern sowie Brass, Badura und Lorenz) beteiligt; GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Rundschreiben des SS-Brigadeführers

Die Nachricht vom Angriff der SA auf das Parteibüro erreichte Goebbels noch in der Nacht vom 30. auf den 31. August 1930, als er sich wegen einer Wahlkampfveranstaltung in Breslau aufhielt.<sup>44</sup> Er informierte Hitler telefonisch über die Revolte, bevor er nach Berlin zurückkehrte. Der „Führer“ entschied, persönlich in die Ereignisse einzugreifen, traf am Morgen des 31. August in Berlin ein und zog mit seiner Entourage zunächst von einem Sturmlokal zum nächsten, um Gewissheit über die Stimmung an der SA-Basis zu erlangen.<sup>45</sup> Am Abend verhandelte Hitler mit einigen Vertretern der Sturmabteilung und Goebbels in dessen Wohnung. Stennes war ebenso wenig wie ein Vertreter der SS zu der Versammlung eingeladen worden, sodass die Besprechung zu keinem entscheidenden Ergebnis führte.<sup>46</sup>

Am 1. September um vier Uhr morgens schließlich konferierten auch Stennes und Hitler; sie vereinbarten die Einführung einer Partei-Sondersteuer, die allein zugunsten der SA verwendet werden sollte. Zudem teilte der Parteichef mit, dass er künftig selbst den Oberbefehl über die Sturmabteilung übernehmen werde.<sup>47</sup> Die von Stennes geforderten Reichstagsmandate verweigerte Hitler zwar weiterhin, dennoch erklärte sich der OSAF-Ost zu einer Einigung bereit. Dieser „Burgfrieden“<sup>48</sup> wurde noch am selben Abend mit Pathos im Kriegervereinshaus verkündet. Dort beschwor Hitler die Einheit von Partei und SA und versprach den Männern der Sturmabteilung größeren Rechtsschutz und bessere Bezahlung.<sup>49</sup> Diese Nachricht sei, so geht es aus einem Polizeibericht hervor, mit „große[m] Jubel“ begrüßt worden – und die Revolte habe ein augenblickliches Ende gefunden.<sup>50</sup> Zufrieden notierte Goebbels am Abend des 1. September in sein Tagebuch: „Stennes hat sich unterworfen. [...] Die Rebellion ist unterdrückt. [...] Alles in Butter. Das ist das Ende des Stennes-Putsches.“<sup>51</sup>

#### IV. Der Aufstieg Daluoges zum Führer der ostdeutschen SS und das Verhältnis zwischen SA und SS 1930/31

Für Bastian Hein war die Stennes-Revolte von 1930 der „Geburtshelfer“ der SS, die als Folge des Aufstands einen Sonderstatus erlangt habe. Hitler habe ihr die Rolle

Wege an alle Parteifunktionäre des Gaus Groß-Berlin der NSDAP, 17.9.1930, und GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 53711, Strafsache gegen Döberich, 9.9.1930.

<sup>44</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 1.9.1930, S. 229–231, hier S. 229 f.

<sup>45</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam.

<sup>46</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 1.9.1930, S. 230. Und: BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam, sowie BArchB, NS 19/2817, Gedächtnisprotokoll Himmlers zur Absetzung des OSAF Pfeffer von Salomon, 24.5.1941.

<sup>47</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 1.9.1930, S. 230 f.

<sup>48</sup> Zit. nach Ralf Georg Reuth, Goebbels. Eine Biographie, München 2005, S. 173.

<sup>49</sup> Vgl. Longerich, Bataillone, S. 104.

<sup>50</sup> Rede auf SA-Versammlung in Berlin, 1.9.1930, in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 3: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September 1930, Teil 3: Januar 1930 – September 1930, hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann, München u. a. 1995, Dok. 100, S. 378 f. (Zitat S. 378).

<sup>51</sup> Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 1.9.1930, S. 230 f.

eines parteiinternen Polizeidiensts zuerkannt und ihren Aufbau als sein persönliches „Steckenpferd“ vorangetrieben.<sup>52</sup> Darüber hinaus sei die Verstärkung der SS als Teil einer langfristigen Strategie der NSDAP-Reichsleitung betrieben worden, um die SA zu disziplinieren und Stennes zu entmachten. Hitler habe diese Aufgabe in die Hände Dalueges gelegt, der „die ostdeutsche SS gegen den hinhaltenden Widerstand Stennes“ ausgebaut habe.<sup>53</sup>

In der Tat lässt sich nach der ersten SA-Erhebung ein starkes Anwachsen der Schutzstaffel feststellen. Konnte die SS Ende des Jahres 1929 reichsweit circa 2.000 Mitglieder verzeichnen, waren es Ende 1930 bereits 2.700 – ein Jahr später stieg die Zahl der SS-Männer explosionsartig auf etwa 15.000 an.<sup>54</sup> Die meisten Neuzugänge kamen aus der SA und wechselten entweder freiwillig zur SS, wurden abgeworben oder ohne ihre Zustimmung abkommandiert. Otto Wagener, der vom 3. September 1930 bis zum 5. Januar 1931 als Stabschef der SA fungierte, berichtete in seinen Memoiren, Hitler habe 1929 oder 1930 festgelegt, an welchen „Brennpunkten“ im Reich neue SS-Verbände aufzustellen seien.<sup>55</sup> Die örtlichen Sturmabteilungen seien dann verpflichtet worden, einige Männer an die neuen Schutzstaffeln abzugeben.<sup>56</sup>

Diese Praxis sorgte selbstverständlich für Unmut in den Reihen der SA. Im niederschlesischen Liegnitz, so der Bericht eines Bezirksführers der NSDAP, habe sich ein Standartenführer geweigert, Männer an die SS abzugeben: „Hier soll nun endlich die SS aufgestellt werden. [Der Standartenführer] äusserte vor dem Sturm 7: Er würde jeden aus der SA werfen, falls er versuchte, zur SS überzutreten. Wenn sie Soldaten bleiben wollten, dann müssten sie in der SA bleiben, wollten sie aber Polizisten werden, dann müssten sie zur SS gehen.“<sup>57</sup> In Berlin meldete ein SS-Mitglied im November 1930, die SA-Führer hätten das Motto verkündet: „Schlagt die SS, wo ihr sie trifft.“<sup>58</sup> Vor allem Stennes verfolgte das Anwachsen der SS auf Kosten der SA und insbesondere das Abwerben seiner Männer mit Sorge: „Es ist höchst bedenklich, wenn die neu aufzustellenden SS-Verbände ihre Werbung mit unlauteren Mitteln betreiben und außerdem versuchen, die SA zu zersetzen.“<sup>59</sup>

Allerdings vergrößerte sich nicht nur die SS nach der ersten Stennes-Revolte – vielmehr wuchs die gesamte NS-Bewegung in dieser Zeit von einer rechtsextremen

<sup>52</sup> Hein, *Elite*, S. 81; vgl. auch Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 6.3.1931, S. 357 f., hier S. 358.

<sup>53</sup> Hein, *Elite*, S. 81.

<sup>54</sup> Vgl. Detlef Mühlberger, *Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement*, London u. a. 1991, S. 182.

<sup>55</sup> Otto Wagener, *Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932*, hrsg. von Henry A. Turner, Kiel <sup>2</sup>1987, S. 75.

<sup>56</sup> Vgl. Hein, *Elite*, S. 64 f.

<sup>57</sup> BArchB, NS 23/1249, Bericht des Bezirksführers Friedrich (Liegnitz) an die NSDAP-Reichsleitung, 5.1.1931.

<sup>58</sup> Landesarchiv Berlin (künftig: LAB), A-Rep. 244-03, Nr. 229, Meldung eines anonymen SS-Manns, 8.11.1930.

<sup>59</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam, und BArchB, NS 26/325, Stennes an Röhm, 28.2.1931.

Splittergruppe zu einer Massenorganisation heran.<sup>60</sup> Die Weltwirtschaftskrise und die radikale Propaganda der NSDAP bescherten der Partei bei der Reichstagswahl im September 1930 gewaltige Stimmgewinne und machten sie zur zweitstärksten politischen Kraft. Die SA profitierte von diesem Erfolg und konnte allein zwischen Januar und April 1931 von 88.000 auf 119.000 Mitglieder wachsen. Bis zum Jahresende stieg die Zahl der Sturmänner sogar auf 260.000 an.<sup>61</sup> Auf ein SS-Mitglied kamen zum Zeitpunkt der zweiten Stennes-Revolution demnach etwa 17 SA-Männer. Die von Stennes geäußerte Kritik, die SS wollte die SA durch Abwerbung zersetzen, entbehrt angesichts dieser Zahlen jeglicher Grundlage. Auch in Berlin vergrößerte sich die SS nicht schneller als andere NS-Organisationen und stellte quantitativ keine ernsthafte Konkurrenz für die SA dar.

Aus Polizeiberichten geht hervor, dass sich im Februar 1930 fünf Berliner SS-Stürme mit etwa 50 Mitgliedern formiert hatten. Außerhalb der Reichshauptstadt gab es in Ostdeutschland in dieser Phase keine weiteren SS-Formationen. Im Oktober 1930 erhöhte sich die Zahl der Berliner SS-Mitglieder auf 75, drei Monate später waren es schließlich 110.<sup>62</sup> Zum Zeitpunkt der zweiten Stennes-Revolution im April 1931 hatte die Organisation 200 Mitglieder. Die Steigerung zwischen Oktober 1930 und April 1931 bedeutete eine knappe Verdreifachung der Kräfte. Zusammen mit den Staffeln außerhalb der Reichshauptstadt zählte die ostdeutsche SS etwa 420 Mann.<sup>63</sup> Dieser Erfolg wird jedoch durch das Wachstum der Berliner SA in diesem Zeitraum relativiert, die sich von 2.200 Mitgliedern auf über 5.000 vergrößerte.<sup>64</sup>

Dalueges Anteil an der Verstärkung der SS zwischen den Stennes-Revolutionen lässt sich nur schwer ermessen. Er übernahm die Führung des SS-Abschnitts III – also aller SS-Einheiten östlich der Elbe – offiziell erst ab dem 1. März 1931.<sup>65</sup> Es liegen demnach nur 31 Tage zwischen der Beförderung Dalueges und der zweiten Stennes-Revolution. Der ihm zugeschriebene Einfluss auf den Ausbau der ostdeutschen SS vor der SA-Erhebung muss demnach zumindest kritisch hinterfragt werden.

Die SS war der SA nachgeordnet – nicht nur, was das Kräfteverhältnis betraf. Seit 1926 bildete die SS lediglich eine Unterorganisation der SA. Vor dem Hintergrund der kurz zuvor beendeten ersten Stennes-Revolution verkündete Hitler jedoch am 7. November 1930, SA und SS hätten verschiedene Aufgaben, weswegen die Hierarchien der beiden Parteiorganisationen voneinander zu trennen seien.<sup>66</sup> Die Ein-

<sup>60</sup> Vgl. Longenrich, Bataillone, S. 78 f.

<sup>61</sup> Vgl. Mues-Baron, Himmeler, S. 453.

<sup>62</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die Gliederung der SS in Preußen nach dem Stand vom Januar 1931 an den Pr.MdI, 24.2.1931.

<sup>63</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die Gliederung der SS in Preußen nach dem Stand vom Februar 1930/April 1931 an den Pr.MdI, 11.2.1930 und 12.5.1931.

<sup>64</sup> Vgl. Schuster, SA, S. 51.

<sup>65</sup> BArchB, R 9361/III 520594, SS-Offizierakte Kurt Daluege, Beauftragung Dalueges mit der Führung des SS-Abschnitts III (Ost) mit Wirkung vom 1.3.1931, 26.2.1931.

<sup>66</sup> BArchB, NS 23/509, Anordnung Hitlers über die Aufgaben von SA und SS, 7.11.1930.

führung eines eigenen Dienstwegs ermöglichte es der SS fortan, sich stärker von anderen NS-Organisationen abzuheben und das eigene elitäre Profil zu schärfen. Diesen bedeutenden Schritt nahm Stennes als weiteren Beweis dafür, dass sich die Parteileitung mit der SS verschworen hatte, um die SA „zu bespitzeln und zu verhetzen“. Es sei offensichtlich, dass „Hitler und seine Kamarilla“ den schrittweisen Abbau der SA geplant hätten und die Kompetenzen der SA auf die SS übertragen wollten.<sup>67</sup> Himmler verkündete angesichts der erweiterten Befugnisse seiner Truppe im Dezember 1930 gar die „restlose Trennung von SS und SA in Organisation und Aufgabenbereich“ und forderte intern, mit den anderen Gruppierungen der NS-Bewegung in einen „kameradschaftlichen Wettstreit“ zu treten.<sup>68</sup> Der ehrgeizige Wunsch des Reichsführers, die SS im Rahmen dieses Konkurrenzverhältnisses vollständig von der SA zu trennen, erfüllte sich allerdings vorerst nicht.<sup>69</sup>

Um die weiterhin schwelenden Spannungen zwischen der Partei und der SA endgültig beizulegen, berief Hitler Anfang 1931 Ernst Röhm zum Stabschef der SA.<sup>70</sup> Denn trotz der großzügigen Versprechungen des „Führers“ und der Einführung einer SA-Sondersteuer im Zuge der ersten Stennes-Revolute hatte sich die prekäre Finanzlage vieler Stürme nicht gebessert, sondern zwischenzeitlich sogar verschlechtert. Gleichzeitig schien der Ausbau der SS voranzuschreiten, der nach Ansicht der Sturmmänner auf ihre Kosten betrieben wurde.<sup>71</sup> Darüber hinaus sorgte der Antiparlamentarismus vieler SA-Führer und das unklare Verhältnis zwischen den Kämpfern der Parteiarmee und den Mandats- und Funktionsträgern der NSDAP für Konfliktpotenzial in der Bewegung: Hitler definierte die SA als Hilfsorganisation der Partei, wohingegen die SA-Führer stets ihre Autonomie verteidigten und eine unabhängige, soldatische Ausrichtung forderten. Auch Röhm plädierte für eine selbstständige „nationalsozialistische Wehrbewegung“, genoss als „alter Kämpfer“ vermeintlich den Respekt vieler Sturmmänner und war aufgrund seines zwischenzeitlichen Exils in Bolivien nicht in Flügelkämpfe verwickelt.<sup>72</sup> Dem Anschein nach hatte er gute Voraussetzungen, die Streitigkeiten zu beenden.

Dennoch deuteten sich unverzüglich Konflikte zwischen den SA-Führern und ihrem designierten Stabschef an – teilweise wohl wegen der kursierenden Gerüchte über Röhm's Homosexualität.<sup>73</sup> Entscheidender war jedoch, dass Röhm eine grundlegende Umstrukturierung der SA plante; es ging ihm darum, die Parteimi-

<sup>67</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam.

<sup>68</sup> BArchB, NS 19/1934, SS-Befehl Nr. 20, 1.12.1930.

<sup>69</sup> Die SS blieb dem Stabschef der SA untergeordnet. Erst am 20.7.1934 erklärte Hitler die SS zu einer eigenständigen Organisation in Anerkennung ihrer „Verdienste“ während des sogenannten Röhm-Putschs; vgl. Hein, *Elite*, S. 89. Zur Geschichte des „Röhm-Putschs“ vgl. Longenrich, *Bataillone*, S. 206, und Siemens, *Sturmabteilung*, S. 225–254.

<sup>70</sup> Vgl. Longenrich, *Bataillone*, S. 107 f.

<sup>71</sup> BArchB, NS 23/509, Bericht über Aussprache zwischen SA-Führern und Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz über Finanzierung der SA, 30.11.1930.

<sup>72</sup> Vgl. Longenrich, *Bataillone*, S. 108 f.

<sup>73</sup> Hitler musste im Februar 1931 wegen der kursierenden Gerüchte über Röhm's Homosexualität intervenieren und legte in einem Erlass fest, das Privatleben der Sturmmänner solle nicht diskutiert werden; vgl. ebenda, S. 109 f., und Moreau, *Nationalsozialismus*, S. 74.

liz stärker zu zentralisieren, den Einfluss der regionalen SA-Führer zu beschneiden und deren Handlungsspielraum einzuschränken.<sup>74</sup> Stennes sollte dabei die Kontrolle über Ostpreußen, Danzig, Mecklenburg und die Altmark verlieren.<sup>75</sup> In einem Beschwerdebrief an Röhm kritisierte der OSAF-Ost daraufhin, es sei wichtiger, die finanzielle Situation der SA zu verbessern, als ihre Schlagkraft durch organisatorische Veränderungen zu schwächen. Das Schreiben endete mit einer Drohung: „Niemand regiert auf die Dauer ungestraft gegen die Ansicht des besten Bestandteiles des Volkes – in diesem Fall gegen die Stimmung der SA.“<sup>76</sup>

Die wachsende Gefahr durch Stennes, so heißt es in der Literatur, sei der Grund gewesen, Daluege mit Wirkung zum 1. März 1931 zum Führer der ostdeutschen SS zu ernennen und ihn damit zum direkten Gegenspieler des OSAF-Ost zu machen.<sup>77</sup> Darüber hinaus sei er aus persönlichen Gründen besonders motiviert gewesen, mit Stennes abzurechnen, weil seit 1927 eine Konkurrenzsituation zwischen den beiden Männern geherrscht habe.<sup>78</sup> In der Tat ist davon auszugehen, dass sich Daluege wegen der entgangenen Beförderung zurückgesetzt fühlte. Belastbare Belege für eine offen ausgetragene, persönliche Feindschaft lassen sich aber nicht finden.<sup>79</sup> Im Gespräch mit dem Historiker Albrecht Tyrell äußerte sich Stennes 1968 zwar negativ, aber auch sehr zurückhaltend über Daluege. Die Berliner SA sei unter dessen Kommando eine Truppe „wilder Schläger“ ohne Disziplin gewesen – von einer langjährigen Rivalität hingegen berichtete der ehemalige OSAF-Ost nicht und erwähnte Daluege auch bezüglich der SA-Erhebungen mit keinem Wort.<sup>80</sup>

Tatsächlich wurde Daluege nicht mit der Führung des ostdeutschen SS-Abschnitts beauftragt, um einen Racheplan gegen Stennes zu realisieren, sondern weil sich sein Vorgänger Wege als zu soldatisch und undiplomatisch im Umgang mit dem OSAF-Ost erwiesen und Konflikte zwischen SA und Partei provoziert hatte.<sup>81</sup> Einem Bericht der preußischen Polizei kann entnommen werden, dass Stennes deshalb bereits im Herbst 1930 versucht habe, Wege abzusetzen.<sup>82</sup> Goebbels, der in seiner Funktion als Berliner Gauleiter schon aus praktischen Gründen an einem guten Verhältnis zwischen SA und Partei interessiert sein musste, wandte

<sup>74</sup> Vgl. Engelbrechten, Braune Armee, S. 159.

<sup>75</sup> Vgl. Schuster, SA, S. 129, und Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA, 2., durchgesehene und um ein Nachwort ergänzte Aufl., Köln/Weimar/Wien 2009, S. 170.

<sup>76</sup> BArchB, NS 26/83, Stennes an Röhm, 28.2.1931.

<sup>77</sup> Vgl. Höhne, Orden, S. 62; Cadle, My Honor, S. 78, und Hein, Elite, S. 79 f.

<sup>78</sup> Vgl. Cadle, My Honor, S. 78.

<sup>79</sup> Die einzige Äußerung Dalueges über sein Verhältnis zu Stennes findet sich in einem Schreiben an den Stabschef der SA, Viktor Lutze, vom März 1941. Darin betonte Daluege seine Verbundenheit mit der SA, wenngleich er „seinerzeit wegen der Auseinandersetzung mit Stennes vor seinem Putsch zur SS gegangen“ sei. Die Aussage ist wegen des großen zeitlichen Abstands und der offensichtlichen Absicht, den Übertritt zur SS nachvollziehbar zu begründen, kritisch zu betrachten; BArchB, R 19/5174, Daluege an Viktor Lutze, 24.3.1941.

<sup>80</sup> IfZ-Archiv, ZS 1447, Befragung Stennes' durch Albrecht Tyrell, 29.7.1968.

<sup>81</sup> Vgl. Hein, Elite, S. 79.

<sup>82</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A, über die angebliche Auflösung der Berliner SS an den Pr.MdI, 14.2.1931.

sich daher zunehmend von Wege ab. Spätestens Ende 1930 war das Verhältnis zwischen den beiden zerrüttet. Goebbels notierte in seinen Tagebüchern wiederholt, Wege halte „saudumme“ Reden und sei „unbrauchbar“.<sup>83</sup> Die von Stennes geäußerten Vorbehalte gegen die SS veranlassten Goebbels schließlich, die Absetzung Weges zu betreiben. Am 20. Januar 1931 resümierte der Berliner Gauleiter in seinem Tagebuch: „Die Frage der S.S. wird sehr ernst. Wege muß verschwinden. So ein Feldwebeltyp ist für diesen schweren und diffizilen Posten nicht geeignet. S.S. d. h. Elitetruppe, sie muß auch Eliteführer haben und mit der S.A. Führung konform gehen. Sonst ist's eine Quelle ewiger Stänkereien.“<sup>84</sup>

Drei Tage später schließlich konferierten Stennes, Goebbels und Röhm über das Verhältnis von SA und SS und besprachen in diesem Zusammenhang auch die Eignung des bisherigen Abschnittsführers Wege.<sup>85</sup> Goebbels, der nach einem „Eliteführer“ für die ostdeutsche SS verlangt hatte, setzte sich für die Berufung Dalueges ein, weil er mit ihm zuvor bereits erfolgreich zusammengearbeitet hatte und dieser als Gründer der Berliner SA über hohes Ansehen bei den Sturmmännern verfügte. Die Entscheidung, ihn mit dem Oberbefehl über die ostdeutsche SS zu betrauen, fiel kurz nach dieser Zusammenkunft, sodass davon auszugehen ist, dass auch Stennes mit der Beförderung Dalueges einverstanden war.<sup>86</sup> Die „leidige SS-Frage“,<sup>87</sup> die Goebbels am 23. Januar noch beklagt hatte, schien genau einen Monat später geklärt zu sein.<sup>88</sup>

Schon am Tag seiner Berufung am 1. März 1931 ließ Daluege erkennen, dass er Zusammenstöße zwischen seinen SS-Männern und ihren SA-Kameraden nicht tolerieren würde. Hiervon zeugt der am gleichen Tag herausgegebene Abschnittsbefehl Nr. 4 der SS-Gruppe Ost:

„Jede Unterhaltung von SS-Männern und SS-Führern mit SA-Männern und Führern und civilen Pg. & Pgn. über den Zweck [...] der SS verbiete ich strengstens, auch bei unsachlichen Angriffen. Ausgenommen hiervon ist die spezielle Aufklärung eines einzelnen zur Werbung. Sollten Angriffe in kleineren Zusammenkünften erfolgen, so verlassen die Angehörigen der SS unverzüglich und stillschwei-

<sup>83</sup> Goebbels charakterisierte Wege in seinen Tagebüchern ausschließlich negativ. So notierte er am 20.9.1930: „Auf der [Geschäftsstelle] gestern wieder einen tollen Ärger mit Wege, der ein saudummes Rundschreiben herausgegeben hat“; Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 20.9.1930, S. 242 f., hier S. 242. Am 31.12.1930 schrieb er: „[Am Abend] rase ich noch schnell nach Südende zur S.S., wo Wege eine saudumme Rede hält“; ebenda, Eintrag vom 31.12.1930, S. 314. Am 3.2.1931 schließlich urteilte Goebbels: „Mit der S.A. stehe ich sehr gut. S.S. macht mir Sorge. Wege unbrauchbar“; ebenda, Eintrag vom 3.2.1931, S. 337 f., hier S. 338.

<sup>84</sup> Ebenda, Eintrag vom 20.1.1931, S. 329 f., hier S. 329.

<sup>85</sup> Vgl. ebenda, Eintrag vom 23.1.1931, S. 331 f., hier S. 331.

<sup>86</sup> Die Ernennung Dalueges zum Führer des SS-Abschnitts Ost erfolgte zum 1.3.1931, wurde aber bereits am 26.2. genehmigt – am gleichen Tag wie seine rückwirkend zum 25.7.1930 vorgenommene Ernennung zum SS-Oberführer; BAArch, R 9361/III 520594, SS-Offizierakte Kurt Daluege, Ernennungsurkunde Dalueges zum Führer des SS-Abschnitts III (Ost) durch Heinrich Himmler, 26.2.1931, und Ernennung Dalueges zum SS-Oberführer, 26.2.1931.

<sup>87</sup> Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 23.1.1931, S. 331.

<sup>88</sup> Vgl. ebenda Eintrag vom 23.2.1931, S. 350.

gend den Kreis mit dem kurzen Bemerkten, daß die SS die Befehle Adolf Hitlers ausführt [...]. SA, Parteigenossenschaft und SS sind ein einheitlicher, unlösbarer Block, der durch unnötige Redereien nur erschüttert werden könnte.“<sup>89</sup>

Intention dieser ersten Anordnung Dalueges war es, das angespannte Verhältnis zwischen SA und SS nicht weiter zu belasten. Er revidierte damit die Vorgabe seines Vorgängers Wege, der noch am 14. Dezember 1930 befohlen hatte, dass Konflikte mit SA-Männern zwar zu vermeiden seien, sich die SS aber bei Angriffen „mit der Faust“ verteidigen solle.<sup>90</sup>

Die Formulierungen des Befehls lassen indes vermuten, SS-Angehörige wären regelmäßig Anfeindungen vonseiten der SA ausgesetzt gewesen. In der Tat ist anzunehmen, dass es im Kontext der Verstärkung der Schutzstaffel zu zahlreichen Aggressionen von SA-Männern gegenüber den als „Sonntags-Soldaten“ diffamierten SS-Angehörigen kam. Dabei deutete die SA insbesondere das aufkeimende elitäre Image der Schutzstaffel als einen Vorwand für deren feiges und unsoldatisches Auftreten. Dies lässt sich exemplarisch anhand eines Artikels in der SA-Zeitung *Sprachrohr* zeigen:

„Eine Frage an die SS. Vor der [...] Saalschlacht [...] ruft Meinshausen an, und fragt, ob genügend SA-Deckung vorhanden sei. Als ihm das bestätigt wird, erscheint er erst. Als die Klopperei los ging, ertönt mit einem Mal der Ruf SS. (Sonntags-Soldaten) hinter die Bühne. S.S. ist nicht versichert! So ist es richtig. Die SA-Proleten lassen sich den Schädel einschlagen, dabei die Jüngsten, die ihr Handgeld noch nicht weghaben, immer feste voran, während die Sonntags-soldaten sich in die hinterste Ecke verkriechen und dort Versteck spielen. Der Name Schutzstaffel rührt allem Anschein nach daher, dass ihre Mitglieder bei tatsächlicher Fühlungnahme mit dem Gegner, rückwärts staffeln, um sich zu schützen.“<sup>91</sup>

Über die praktische Umsetzung von Dalueges Abschnittsbefehl zur Vermeidung von Konflikten zwischen SS und SA ist nichts bekannt. Es ist aber zu bezweifeln, dass er konsequent ausgeführt werden konnte. Bereits im Dezember 1930 hatte Daluege Vorgänger den Berliner SS-Männern verboten, „ausgesprochene SA-Lokale“<sup>92</sup> zu besuchen – dennoch teilten sich die beiden Parteiorganisationen weiterhin ein gemeinsames Sturmlokal in Berlin-Neukölln.<sup>93</sup>

<sup>89</sup> BArchB, NS 19/1934, SS-Abschnittsbefehl Nr. 4, gez. Kurt Daluege, 1.3.1931.

<sup>90</sup> LAB, A-Rep. 244-03, Nr. 229, Befehl des SS-Brigadeführers Ost Wege, 14.12.1930. Bernd Kessinger schrieb in seinem Aufsatz *Zum Verhältnis von SS und SA in Berlin-Neukölln. Ein lokaler Einblick zur Zeit der Stennes-Revolution 1930/31*, in: Yves Müller/Reiner Zilkenat (Hrsg.), *Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)*, Frankfurt a. M. u. a. 2013, S. 321–328, hier S. 325 f., fälschlicherweise, dieser Befehl sei von Daluege herausgegeben worden.

<sup>91</sup> BLHA, Pr. Br. Rep. 61 C, NSDAP Glied 2, *Sprachrohr*, April 1931; Hans Meinshausen fungierte zwischen 1930 und 1933 als Stellvertreter des Berliner Gauleiters Joseph Goebbels.

<sup>92</sup> LAB, A-Rep. 244-03, Nr. 229, Befehl des SS-Brigadeführers Ost Wege, 14.12.1930.

<sup>93</sup> Vgl. Kessinger, *Verhältnis*, in: Müller/Zilkenat (Hrsg.), *Bürgerkriegsarmee*, S. 326.

## V. Stennes-Revolte 1931

Während Goebbels Ende Februar 1931 noch glaubte, er habe einen dauerhaften Frieden mit Stennes geschlossen, kam es nur einen Monat später zu einer Wende, die den Streit zwischen dem OSAF-Ost und Hitler um den Legalitätskurs der Partei zur Existenzfrage machte: Am 28. März erließ Reichspräsident Paul von Hindenburg die Notverordnung „zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“, die es der Regierung ermöglichte, Versammlungen aufzulösen und politische Vereinigungen zu verbieten, sollten diese zu Gewalt aufrufen oder sich staatsfeindlich betätigen.<sup>94</sup> Stennes' aktivistisch-revolutionärer Kurs bedrohte demnach die Existenz der NSDAP, die mit einem erneuten Parteiverbot zu rechnen hatte.<sup>95</sup>

Dass Stennes weiterhin an seinen Überzeugungen festhielt, konnte Röhm im März 1931 erkennen, als er mit ihm in Berlin konferierte. Goebbels berichtete, Stennes sei dem Stabschef im Verlauf des Gesprächs „dumm gekommen“ und dieser habe nun „eine Sauwut“ auf ihn. Röhm habe deshalb die Absetzung des OSAF-Ost gefordert und alle dafür erforderlichen Maßnahmen getroffen.<sup>96</sup> Stennes wiederum schrieb rückblickend, die Besprechung sei „in aller Offenheit und in freundlicher Atmosphäre“ geführt und mit einem Handschlag beendet worden.<sup>97</sup> Nach der Abreise des Stabschefs habe Stennes jedoch „aus absolut sicherer Quelle“ erfahren, dass Röhm nur in Berlin gewesen sei, um die Voraussetzungen für die Suspendierung des OSAF-Ost zu schaffen. Darüber habe der Stabschef mit Daluege und Himmler gesprochen und erklärt, Hitler beabsichtige, „zunächst Stennes, dann aber auch Goebbels, rücksichtslos abzubauen“.<sup>98</sup> Ob es im Vorfeld von Stennes' Absetzung wirklich Geheimabsprachen zwischen Röhm und der SS-Führung um Daluege und Himmler gegeben hat, lässt sich allerdings nicht feststellen.

Vor dem Hintergrund der neuen Notverordnung berief Hitler für den 31. März 1931 eine Parteiführerversammlung in Weimar ein. Die Anwesenden diskutierten die Frage, wie mit Stennes zu verfahren sei, der nach wie vor davon überzeugt war, die „Machtergreifung“ könne mit militärischen Mitteln gelingen. Zu der Konferenz waren alle höheren SA-Führer beordert worden – die Anwesenheit des OSAF-Ost und seiner Unterführer war hingegen nicht erwünscht.<sup>99</sup> Daluege nahm nachweislich an der Besprechung teil.<sup>100</sup> Bereits am Abend des 31. März wurde der Entschluss gefasst, Stennes zu neutralisieren: Er sollte von seiner Truppe getrennt und nach München in den Führungsstab der SA versetzt werden.<sup>101</sup> Während über sein Schicksal entschieden wurde, befand sich der OSAF-Ost auf einer Inspektions-

<sup>94</sup> Vgl. Longerich, Bataillone, S. 111.

<sup>95</sup> Vgl. Mues-Baron, Himmler, S. 456.

<sup>96</sup> Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 25.3.1931, S. 370 f., hier S. 370.

<sup>97</sup> IfZ-Archiv, ZS 1447, Handschriftliche Aufzeichnungen Stennes', 29.7.1968.

<sup>98</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam.

<sup>99</sup> Vgl. Schuster, SA, S. 130.

<sup>100</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 2.4.1931, S. 376–378, hier S. 377.

<sup>101</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam, und BArchB, R 8048/234, Berliner Lokalanzeiger vom 1.4.1931: „Um Stennes“.

reise in Stettin, woraus geschlossen werden kann, dass er seine bevorstehende Absetzung nicht vorhersah.<sup>102</sup> Noch in der Nacht vom 31. März auf den 1. April wurden die Ergebnisse der Weimarer Führertagung dann aber telefonisch an die Berliner SA und die Presse durchgestochen, was den Plan der Parteiführung zunichtemachte, Stennes zunächst nach Weimar zu bestellen und ihn so zu isolieren.<sup>103</sup> Als Stennes am nächsten Morgen von seiner Dienstreise zurückkehrte, so schilderte er es in seinen Memoiren, erfuhr er von den Aktivitäten gegen ihn aus der Zeitung.<sup>104</sup> Allerdings sorgten widersprüchliche Meldungen für Verwirrung: Während der *Berliner Lokalanzeiger* in seiner Morgenausgabe die Absetzung verkündete, verbreitete die Goebbels-Zeitung *Der Angriff* eine gegenteilige Meldung.<sup>105</sup> Im Laufe des Tags erhielt der OSAF-Ost schließlich einen Eilbrief der Parteileitung, der ihn im Unklaren über seine Entlassung ließ und ihn aufforderte, sich mit einigen seiner SA-Führer in Weimar zu melden.<sup>106</sup> Stennes kam diesem Befehl nicht nach und spielte die letzte Karte aus, die ihm in dieser Situation noch geblieben war: Er mobilisierte seine Stürme und ließ ein weiteres Mal die Berliner Gaugeschäftsstelle sowie die Redaktion des *Angriff* besetzen.

Die SA-Zeitung *Sprachrohr* illustrierte die Besetzung der Parteiräume: „Eine prachtvolle Stimmung herrschte. Die einmütig herrschende Meinung war: ‚Wir lassen uns lieber rausschiessen, freiwillig gehen wir nicht.‘“<sup>107</sup> Nach der Besetzung fertigten die Rebellen umgehend ein Flugblatt an, in dem sie verkündeten, die NS-Bewegung in ihrem Befehlsbereich übernommen zu haben. Der endgültige Bruch zwischen Stennes und der NSDAP-Reichsleitung war damit vollzogen.<sup>108</sup> In der Literatur heißt es, die Besetzung der Gaugeschäftsstelle durch Stennes' SA-Männer sei, wie bereits bei der ersten Rebellion, unter Anwendung von Gewalt geschehen.<sup>109</sup> Für eine handgreifliche Auseinandersetzung zwischen der Berliner SS und Stennes' Rebellen gibt es jedoch keine Belege. Es zeigt sich vielmehr, dass die zweite Stennes-Revolution in ihrem gesamten Verlauf von Gewaltlosigkeit geprägt war.

Daluge hielt sich während dieser kritischen Phase nicht in Berlin auf, sondern war bereits am 31. März nach Weimar abgereist, um an der Parteiführerversammlung teilzunehmen. Er verblieb dort zunächst in beratender Funktion bei Hitler, wie Goebbels notierte, und demonstrierte seine Unterstützung für den Parteifüh-

<sup>102</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam.

<sup>103</sup> Die SA-Führer aus Stennes' Befehlsbereich trafen sich noch in der Nacht vom 31.3. auf den 1.4.1931 zu einer Besprechung, auf der beschlossen wurde, die Entscheidung der Weimarer Führertagung nicht anzuerkennen; BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam, und BArchB, NS 26/325, Daluge an Röhm, 1.4.1931.

<sup>104</sup> Vgl. Drage, Als Hitler nach Canossa ging, S. 128.

<sup>105</sup> BArchB, R 8048/234, Berliner Lokalanzeiger vom 1.4.1931: „Um Stennes“. Vgl. auch *Der Angriff* vom 1.4.1931: „Hauptmann Stennes nicht abgesetzt! Eine Erklärung an die Presse“.

<sup>106</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam.

<sup>107</sup> BLHA, Pr. Br. Rep. 61 C, NSDAP Glied 2, Sprachrohr, April 1931.

<sup>108</sup> Vgl. Longerich, Bataillone, S. 111, und Drage, Hitler, S. 128.

<sup>109</sup> Vgl. Longerich, Bataillone, S. 111; Mües-Baron, Himmler, S. 457; Kessinger, Verhältnis, in: Müller/Zilkenat (Hrsg.), Bürgerkriegsarmee, S. 327; Cadle, My Honor, S. 84, und Moreau, Nationalsozialismus, S. 80.

rer: „Daluege [sic!] ist in Weimar. Stramm für den Chef.“<sup>110</sup> Dort erhielt er am Morgen des 1. April auch die Information aus Berlin, dass sich die Stennes-SA zu einer Versammlung getroffen habe und sich dem durchgesickerten Absetzungsbefehl nicht beugen werde.<sup>111</sup>

Bevor Hitler im Laufe des 1. April mit Goebbels nach München aufbrach, um dort Maßnahmen gegen die Aufständischen zu treffen, betraute er Daluege mit der Aufgabe, die besetzte Gaugeschäftsstelle und die Redaktion des *Angriff* von Stennes zurückzufordern. Hierfür erteilte er Daluege nicht etwa den Befehl, seine SS gegen die Rebellen in den Kampf zu schicken, sondern übergab ihm – und dies ist bezeichnend für den Verlauf der Revolte – eine schriftliche Vollmacht, Stennes durch Verhandlung und, wenn nötig, durch rechtliche Schritte aus dem Parteibüro zu vertreiben.<sup>112</sup> Mit diesem Schreiben begab sich der SS-Führer zurück in die Reichshauptstadt und konnte schon am 2. April die Herausgabe des Parteibüros und der Redaktion des *Angriff* erreichen – ohne Gewalt und ohne den Einsatz seiner SS-Männer. Einem Bericht der Preußischen Geheimpolizei ist zu entnehmen, dass der rebellierenden SA mit der Polizei gedroht worden sei und sie sich daraufhin aus den besetzten Gebäuden zurückgezogen habe.<sup>113</sup> Nach der Räumung zog Stennes mit einigen seiner Anhänger in die Berliner Matthäikirchstraße 16 und schlug dort ein neues Hauptquartier in einem gemieteten Büro auf.<sup>114</sup>

Die SA-Zeitung *Sprachrohr* zeichnete mit sarkastischem Unterton ein anderes Bild über das Ende der Revolte:

<sup>110</sup> Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 2.4.1931, S. 377.

<sup>111</sup> Am Abend des 1.4.1931 verfasste Daluege einen kurzen Bericht über den Ablauf der Stennes-Revolte (BArchB, NS 26/325, Daluege an Röhm, 1.4.1931). Er erklärte, ihm seien noch in der Nacht vom 31.3. auf den 1.4. vertrauliche Informationen über die Berliner SA-Tagung zugespielt worden und der Aufstand sei schon in den Tagen zuvor abzusehen gewesen. Weiter vermutete Daluege, dass Stennes mit „uns feindlich eingestellten Staats-Organen“ zusammenarbeite, weil er die Nachricht über seine Absetzung nur durch die Überwachung der Telekommunikation erhalten haben könne. Es lässt sich nicht feststellen, ob Daluege tatsächlich über so umfassende Informationen über Stennes' Absichten verfügte. Zumindest scheinen sie die Ereignisse in Weimar nicht sonderlich beeinflusst zu haben, da man weder Gegenmaßnahmen traf – etwa die Aktivierung der Berliner SS –, noch eine sofortige Rückreise Dalueges nach Berlin angeordnet wurde. Goebbels erwähnte Dalueges Berichte nicht. Es ist zu vermuten, dass Daluege den Bericht an Röhm im Anschluss an die Ereignisse des Tages anfertigte, um den Parteiausschluss von Stennes und seinen Vertrauten vorzubereiten; vgl. Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 2.4.1931, S. 377.

<sup>112</sup> BArchB, R 9361/III 520594, SS-Offizierakte Kurt Daluege, Vollmacht Hitlers an Daluege, 1.4.1931.

<sup>113</sup> BArchB, NL 263/426, Bericht über die Stennes-Revolte an den Berliner Polizeipräsidenten. Moreau (Nationalsozialismus, S. 80) schrieb, die Berliner Polizei habe die Parteiräume gestürmt und sie einer aus München herbeigeeilten SS-Reserve übergeben, wofür es jedoch keine Belege gibt; vgl. auch Kessinger, Verhältnis, in: Müller/Zilkenat (Hrsg.), Bürgerkriegsarmee, S. 327.

<sup>114</sup> Vgl. Drage, Hitler, S. 130 f. Und: BArchB, NL 263/426, Aus den Mitteilungen des LKPA an den Berliner Polizeipräsidenten, 1.5.1931, sowie IfZ-Archiv, ZS 1447, Handschriftliche Aufzeichnungen von Walter Stennes, 29.7.1968.

„Kurze Zeit nach der Besetzung verhandelte Dr. Meinshausen mit Stennes über den Abzug der SA. Stennes [willigte] in den Abzug ein, [nachdem] Meinshausen ihm sein Ehrenwort gab, die Gaugeschäftsstelle von Berliner SA besetzen zu lassen. Meinshausen gab das Ehrenwort. 2 Stunden später fuhr der Horst-Wessel-Sturm auf 20 Taxen vor, und [der] Sturmführer lief mit gezogenen Pistolen in die Gaugeschäftsstelle und beförderte die noch verbliebenen Stennes-Leute mit Volldampf an die Luft. Die Erbsen der SA-Küche, ursprünglich für die Stennes SA. bestimmt, wanderten in die Mägen des Horst-Wessel-Sturms. Dr. Meinshausen aber grinste. So hielt ein nationalsozialistischer Führer sein Ehrenwort.“<sup>115</sup>

An der vom *Sprachrohr* verbreiteten Darstellung über die „Rückeroberung“ der Räumlichkeiten in der Hedemannstraße ist bemerkenswert, dass weder Dalugee noch die SS als Akteure Erwähnung finden. Als Verhandlungsführer tritt stattdessen der stellvertretende Gauleiter Meinshausen auf, der nicht die Polizei zu Hilfe gerufen, sondern den hitlertreuen Horst-Wessel-Sturm mobilisiert und die Rebellen durch einen Trick vertrieben habe.<sup>116</sup> Aus Stennes' Aufzeichnungen und den überlieferten Polizeiberichten geht dagegen eindeutig hervor, dass die Besetzung des Gaubüros durch die Drohung mit der Berliner Polizei beendet wurde. Es ist davon auszugehen, dass das *Sprachrohr* den Artikel mit einer phantasievollen Pointe enden ließ, um die Verlogenheit der „Parteibonzen“ herauszustellen. Die Involvierung der verhassten „Systempolizei“ und die Anwesenheit des von Hitler mit einer Vollmacht ausgestatteten Dalugee dürften aus demselben Grund verschwiegen worden sein.<sup>117</sup>

Die Erkenntnis, dass die Rückeroberung der besetzten Gaugeschäftsstelle gewaltlos und ohne Beteiligung der Berliner SS vonstattenging, wirft die Frage auf, inwiefern die SS während der zweiten Stennes-Revolt überhaupt in die Geschehnisse involviert war. Anhand der Monatsmeldung des SS-Trupps 2 vom April 1931 wird ersichtlich, dass die Berliner SS von der SA-Erhebung vollkommen überrascht wurde und erst mehrere Stunden nach der Eroberung des Parteibüros zum Appell antrat: „1. April: Alarmbereitschaft, 11 Uhr Führerbesprechung, Erkundung eines geeigneten Alarmlokals, ab 17 Uhr Beginn der Alarmbereitschaft, 19 Uhr 26 Mann zur Stelle. 2. April: Alarmbereitschaft. 3. April: Kommandos in den Räumen der Gauleitung in der Hedemannstraße sowie in denen des *Angriff*. Nachmittags gegen 3 Uhr Besetzung der Räume Hedemannstraße.“<sup>118</sup>

<sup>115</sup> BLHA, Pr. Br. Rep. 61 C, NSDAP Glied 2, Sprachrohr, April 1931; die Interpunktion wurde stillschweigend korrigiert.

<sup>116</sup> Vgl. Schuster, SA, S. 131.

<sup>117</sup> BArchB, NL 263/426, Aus den Mitteilungen des LKPA an den Berliner Polizeipräsidenten, 1.5.1931, und IfZ-Archiv, ZS 1447, Handschriftliche Aufzeichnungen von Walter Stennes, 29.7.1968.

<sup>118</sup> LAB, A-Rep. 244-03, Nr. 229, Monatsmeldung des Berliner SS-Trupps 2, April 1931. Der SS-Trupp 2 umfasste etwa 40 Mann unter der Führung von Otto Schlockermann; LAB, A-Rep. 244-03, Nr. 229, Monatsmeldung des Berliner SS-Trupps 2, Mai 1931, und GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317, Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin, LKPA, Abteilung I A,

Diesem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, dass sich der SS-Trupp 2 in den ersten beiden Tagen der Stennes-Revolte zwar stets in Alarmbereitschaft befand, aber abgesehen von einer Führerbesprechung und einem Appell keine nennenswerten Aktivitäten entfaltete. Erst einen Tag nach der Rückgewinnung der Gaugeschäftsstelle wurde der Trupp zur Wache in den Partearäumen eingesetzt. Dies sei notwendig gewesen, so der SS-Führer Otto Schlockermann, um „etwaige brachiale Handlungen der Gegenseite von vorneherein im Keime zu ersticken“.<sup>119</sup> Zu einem Zusammenstoß zwischen SA-Männern und Angehörigen des SS-Trupps 2 kam es während der Stennes-Revolte jedoch nicht. Das Narrativ vom Kampf der SS, die – zahlenmäßig weit unterlegen – gegen die aufständische SA vorgegangen sei und die „Revolte zusammenhauen konnte“,<sup>120</sup> gehört somit in das Reich der Legende.

Dass Stennes' Kontrahenten nicht auf Gewalt setzten, sondern stattdessen einen Polizeieinsatz ins Kalkül zogen, ist bemerkenswert. Neben der Tatsache, dass die SS nicht über genügend Männer verfügte, um es mit der SA aufnehmen zu können, zeigt sich hier die strikte Umsetzung des vorgeblichen Legalitätskurses der NSDAP. Eine blutige Auseinandersetzung zwischen SA und SS hätte wegen der Notverordnung vom 28. März 1931 die Existenz der Partei bedroht und die Strategie der Selbstverharmlosung torpediert. Somit waren die Ereignisse nicht nur unspektakulär und wenig heldenhaft, sondern vollzogen sich sogar unter indirekter Einbeziehung der verhassten „Systempolizei“. Dalueges Vorgehen lief dem strengen Freund-Feind-Denken der Nationalsozialisten zuwider, die auch die Polizei als Gegner betrachteten.<sup>121</sup> Eine Zusammenarbeit mit der Staatsmacht galt als Verrat. Dieser Vorwurf wurde von der NS-Bewegung aber nicht gegen Daluege, sondern gegen Stennes erhoben, der vom *Völkischen Beobachter* nach dem 1. April 1931 wiederholt wegen seiner früheren Tätigkeit als Polizeihauptmann diffamiert wurde. Man bezeichnete ihn abfällig als „Polizeispitzel“, um ihn als „Todfeind der Bewegung“ charakterisieren zu können.<sup>122</sup>

## VI. Die Rolle der SS bei der „Säuberung“ der Partei von Stennes-Anhängern

Schon am 4. April 1931 resümierte Goebbels, die erst drei Tage zuvor ausgebrochene SA-Revolte habe ein jähes Ende gefunden, und die Rebellen strömten „in hellen Scharen zur Partei zurück“.<sup>123</sup> Diese als „zwangsläufig“ beschriebene Entwicklung war zunächst jedoch nicht vorauszusehen gewesen. Denn die von Stennes

---

über die Gliederung der SS in Preußen nach dem Stand vom April 1931 an den Pr.MdI, 12.5.1931.

<sup>119</sup> Ebenda.

<sup>120</sup> BArchB, R 9361/V 107752, Daluege an Goebbels, 20.7.1938.

<sup>121</sup> Zum Verhältnis der NS-Bewegung zur Polizei vgl. Hsi-Huey Liang, *Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik*, Berlin/New York 1977, S. 124, und Longerich, *Bataillone*, S. 121 f.

<sup>122</sup> BArchB, R 8048/234, *Völkischer Beobachter* vom 8.4.1931: „Sag mir, wer dich lobt“ (Adolf Hitler).

<sup>123</sup> Goebbels-Tagebücher, I/2-1, Eintrag vom 4.4.1931, S. 378 f., hier S. 378.

ausgerufene Erhebung gegen die NSDAP-Reichsleitung war in ihren ersten Stunden durchaus erfolgreich: Der Großteil der SA-Führer seines Befehlsbereichs stellte sich anfangs hinter den OSAF-Ost und mit ihnen etwa ein Drittel aller ostdeutschen SA-Männer.<sup>124</sup> Auch nachdem Stennes von Daluege mit einer einstweiligen Verfügung aus dem Gaubüro und der Redaktion des *Angriff* vertrieben worden war, gab er seinen Kampf gegen den „Verrat am Nationalsozialismus“<sup>125</sup> nicht verloren und unternahm im April 1931 weiterhin große Anstrengungen, seine nun rasch schwindende Anhängerschaft zu stabilisieren. Glaubt man Bastian Hein, erdachte Hitler eine Doppelstrategie, um die Revolte endgültig niederzuschlagen; Ziel sei es gewesen, Partei und SA von hartnäckigen Stennes-Anhängern zu säubern, aber zugleich möglichst viele abtrünnige Nationalsozialisten zurückzugewinnen.<sup>126</sup>

Die Aufgabe, die meuternden SA-Männer zurückzuholen und zu reorganisieren, legte Hitler in die Hände des ehemaligen Führers der Schwarzen Reichswehr, Paul Schulz, der hierzu kommissarisch zum OSAF-Ost ernannt wurde. Zur „Säuberung“<sup>127</sup> der Partei habe man sich, so Hein, auf Dalueges SS gestützt, die Verräter in den eigenen Reihen durch die Beobachtung von Stennes-Veranstaltungen auffindig machen sollte.<sup>128</sup> Auf diese Weise seien schließlich 1.000 Parteiausschlüsse vorbereitet worden. Als Beleg für die Überwachungstätigkeit der SS dient der Bericht des NSDAP-Bezirksleiters Martin Albrecht aus Frankfurt an der Oder, der den Verlauf einer Stennes-Versammlung dokumentierte; dieser Bericht wurde am 15. April 1931 vom Gauleiter der Ostmark, Wilhelm Kube, an Hermann Göring weitergeleitet.<sup>129</sup> Der Bericht solle helfen, so bemerkte Kube, die „Schwindelpropaganda der Stennes-Gruppe“ im *Völkischen Beobachter* publik zu machen.<sup>130</sup> Sein Zweck war also nicht, den Parteiausschluss von „Stennesen“ vorzubereiten, sondern die SA-Führung und das Parteivolk über den Verlauf der Veranstaltung und den Inhalt der Redebeiträge zu informieren. Es ist demnach nicht über-

<sup>124</sup> Mües-Baron, Himmler, S. 457, schätzte, dass sich der Revolte zeitweilig etwa 9.000 SA-Männer allein in Berlin, Pommern und Schleswig-Holstein anschlossen. Vgl. auch Hein, *Elite*, S. 81.

<sup>125</sup> BArchB, NS 26/83, Wie es zur Stennes-Aktion kam.

<sup>126</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Hein, *Elite*, S. 81.

<sup>127</sup> *Völkischer Beobachter* vom 3.4.1931: „Schärfster Kampf gegen Saboteure in der N.S.D.A.P.“ (Adolf Hitler).

<sup>128</sup> In der Literatur heißt es, Daluege sei hierzu formal zu Schulz' Adjutanten ernannt worden – ein solches Unterstellungsverhältnis kann jedoch nicht eindeutig belegt werden. Lediglich in einem Polizeibericht vom Mai 1931 ist von Daluege als Adjutant die Rede. Im Zuge der Machtübernahme fiel dieses Dokument in die Hände Dalueges, der als Kommissar zur besonderen Verwendung in das preußische Innenministerium berufen wurde; vgl. Hein, *Elite*, S. 81, und Sauer, Rabauken, S. 128. Daluege selbst nahm später in dem Schreiben Unterstreichungen vor und kommentierte die Passage über die Reorganisation der SA als „Unsinn!“; BArchB, NS 26/2540, Aus den Mitteilungen des LKPA, Abteilung IA, Nr. 9, 1.5.1931.

<sup>129</sup> BArchB, NS 23/1249, Wilhelm Kube an Hermann Göring, 15.4.1931, und Bericht Martin Albrechts an Paul Schulz, undatiert. Bei Hein, *Elite*, S. 82, firmiert das Schreiben irrtümlich als undatiertes und anonymes Bericht eines SS-Manns.

<sup>130</sup> BArchB, NS 23/1249, Kube an Göring, 15.4.1931.

raschend, dass die Schilderung keine näheren Informationen über die Teilnehmer der Versammlung enthält und ausschließlich die Redner und höheren SA-Führer wie Stennes und Josef Veltjens – ehemals Gausturmführer Brandenburg – identifiziert.<sup>131</sup>

Aus dem Bericht geht weiterhin hervor, dass neben Albrecht ein weiterer „Parteigenosse“ sowie „ca. 25 Mann SS anwesend“ waren. Die Gegenwart der SS-Männer auf der Stennes-Veranstaltung war indes weder unerwünscht noch geheim. Albrecht schrieb, er und seine „Parteigenossen“ hätten sich sogar mit Diskussionsfragen an der Veranstaltung beteiligt:

„Einige unserer Parteigenossen stellten einige Fragen, die allerdings niemals eingehend und gründlich beantwortet wurden, wodurch wir den Eindruck gewinnen mussten, dass man auf der gegnerischen Seite die Beantwortung dieser Fragen [...] absichtlich unterliess. M. E. war es immerhin gut, dass wir zahlreich zur Stelle waren, da man von gegnerischer Seite die Agitation doch nicht vielleicht so treiben konnte, wie man gerne wollte.“

Diese Quelle lässt somit nicht auf eine Beteiligung der ostdeutschen SS an der Überwachung und Verfolgung der Stennes-Anhänger schließen. In den Korrespondenzen über die im Zuge der Stennes-Revolten veranlassten Parteiausschlüsse von SA-Rebellen finden sich folgerichtig keine Hinweise auf ein Zuarbeiten der SS.<sup>132</sup> Bezeichnenderweise ist auch kein Abschnittsbefehl Dalueges überliefert, der die Überwachung von Stennes-Veranstaltungen zentral angeordnet hätte.

Schließlich entkräften auch die Tätigkeitsprotokolle des Berliner SS-Trupps 2 die These von der systematischen Beobachtung der Stennes-Versammlungen. Truppführer Schlockermann gab in seinem Monatsbericht für April 1931 klar zu erkennen, dass ihm kein Überwachungsbefehl mitgeteilt worden sei. Er schrieb stattdessen, er wolle seine Zeit darauf verwenden, mit der „SA zur Wiederherstellung des alten kameradschaftlichen Verhältnisses Fühlung“ aufzunehmen.<sup>133</sup> In den Aufzeichnungen finden sich dementsprechend keine Hinweise auf Bespitzelungen. Schlockermann führte in den Monatsberichten zwar an, die Aktionen der „politischen Gegner“ überwacht zu haben – die Stennes-Bewegung wird in diesem Zusammenhang jedoch nicht einmal erwähnt.<sup>134</sup>

In Wahrheit fand die SA-Führung weitaus einfacher heraus, welche Formationen abtrünnig geworden waren: Eine Anordnung Röhms vom 4. April 1931 legte

<sup>131</sup> BArchB, NS 23/1249, Bericht Albrechts an Schulz, undatiert; die folgenden Zitate finden sich ebenda.

<sup>132</sup> BArchB, R 187/561, Bericht des Gauleiters von Brandenburg, Ernst Schlange, an Hermann Göring über Parteiausschlüsse im Kontext der Stennes-Revolte, 15.4.1931. Zu Parteiausschlüssen im Befehlsbereich des OSAF-Ost: BArchB, NS 23/1249, Sammlung zur „Stennes-Meuterei“.

<sup>133</sup> LAB, A-Rep. 244-03, Nr. 229, Monatsmeldung des Berliner SS-Trupps 2, April 1931.

<sup>134</sup> LAB, A-Rep. 244-03, Nr. 229, Monatsmeldungen des Berliner SS-Trupps 2, April und Mai 1931.

fest, dass alle SA-Führer bis hinunter zum Sturmführer im Gruppenbereich Ost bis zum 12. April erklären müssten, „ob sie bedingungslos für Hitler sind“.<sup>135</sup> Obwohl es in den ersten Stunden der Revolte den Anschein hatte, als sei sie erfolgreich, konnte der kommissarische OSAF-Ost Schulz anhand der Treuekundgebungen bereits am 25. April 1931 melden: „Eine geschlossene Einheit hat sich überhaupt nicht für Stennes erklärt. Es handelt sich lediglich um geringfügige Absplitterungen aus den einzelnen Stürmen der Gaustürme Berlin und Brandenburg.“<sup>136</sup> Zusätzlich denunzierten sowohl SA-Führer als auch Parteiangehörige die „Stennesen“ bei Schulz oder Göring, wenngleich die Zahl der so initiierten Ausschlussverfahren niedrig blieb.<sup>137</sup> Insgesamt wurden etwa 500 SA-Männer ausgeschlossen, wobei auffallend viele höhere SA-Führer betroffen waren, die zumeist in enger persönlicher Verbindung zu Stennes standen. Schon am 17. April 1931 konnte eine hitlertreue, 3.100 Mann starke Berliner SA im Sportpalast als Symbol für die Einheit der NS-Bewegung präsentiert werden.<sup>138</sup>

## VII. Fazit

Der Kampf der zahlenmäßig kleinen, aber treuen und entschlossenen SS-Formationen unter Dalueges Führung gegen die rebellierende Stennes-SA ist ein Mythos. Weder hat die SS in Berlin im Vorfeld der Rebellion einen Nachrichtendienst zur Bespitzelung politischer Gegner unterhalten noch mit Gewalt die besetzten Parteibüros zurückerobert. Entgegen der verbreiteten Darstellungen präsentieren sich die Stennes-Revoluten in ihrem Ablauf als unspektakuläre Parteistreitigkeiten und Machtproben, die spontan und ohne langfristiges Konzept angestoßen wurden, um die Lösung lang schwelender Konflikte zu erzwingen.

Die erste Revolte fand ihren Höhepunkt im Überfall eines SA-Sturms auf das von der SS bewachte Berliner Büro der NSDAP und konnte durch von den Verteidigern gerufene Einsatzkräfte der Polizei beendet werden. Als Reaktion übernahm Hitler selbst den Oberbefehl über die SA und versprach die Zuteilung größerer Finanzmittel. Daraufhin endete die Rebellion, ohne dass die grundsätzlichen Streitpunkte zwischen SA und Partei geklärt werden konnten. Stennes verfolgte

<sup>135</sup> BLHA, Pr. Br. Rep. 61 C, NSDAP Glied 2, Brigadebefehl Nr. 1/31 des Brigadeführers des Gausturms Brandenburg, 5.4.1931, und BArchB, NS 26/325, Anordnung III des Politischen Kommissars Oberost an alle Gaue der Gruppe Osten, 17.4.1931. Ein Verzeichnis über die Treuekundgebungen der Sturmabteilungen ist im Bundesarchiv überliefert; BArchB, NS 23/1249, Sammlung zur „Stennes-Meuterei“.

<sup>136</sup> BArchB, NS 23/1249, Bericht des kommissarischen OSAF-Ost Schulz an SA-Stabschef Röhm, 25.4.1931.

<sup>137</sup> Für den gesamten Gau Brandenburg konnte Ernst Schlange am 15.4.1931 lediglich elf auszuschließende Rebellen melden; BArchB, R 187/561, Bericht Gauleiter Schlanges an Göring über Parteiausschlüsse im Kontext der Stennes-Revolte, 15.4.1931.

<sup>138</sup> So wurden u. a. der Berliner Gausturmführer Ernst Wetzell, der brandenburgische Gausturmführer Josef Veltjens und Stennes' Adjutant Walter Jahn ausgeschlossen; vgl. Longe- rich, *Bataillone*, S. 111; *Höhne, Orden*, S. 66; *Sauer, Rabauken*, S. 129, und *Reichardt, Kampf- bünde*, S. 172.

weiterhin eine außerparlamentarische Machteroberungsstrategie und riskierte damit im Schatten der Notverordnung „zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ vom März 1931 ein erneutes Verbot der NSDAP. Auf einer Krisentagung der NS-Führung wurde deshalb kurzerhand Stennes' Absetzung beschlossen. Von dieser Maßnahme überrumpelt, ließ der Geschasste ein weiteres Mal die Berliner Parteigebäude besetzen, verkündete seine Erhebung in eilig angefertigten Druckschriften und bemühte sich um die Gewinnung einer großen Anhängerschaft. Erst jetzt eilte Daluege mit einer von Hitler unterschriebenen Vollmacht nach Berlin und erzwang noch am selben Tag den Abzug der Rebellen, indem er ihnen mit der Polizei drohte. Die vorübergehend zu Stennes übergelaufenen SA-Stürme kehrten daraufhin rasch in den Schoß der Partei zurück und konnten bereits zwei Wochen nach der Erhebung im Berliner Sportpalast versammelt werden, um ihre Treue zu Hitler zu demonstrieren.

Trotz ihres schnellen Endes und des wenig spektakulären Ablaufs stellen die Stennes-Revolten aus drei Gründen eine der bedeutendsten Machtproben zwischen SA und Parteiführung dar. Erstens gewannen die Aufstände zumindest kurzfristig eine große Zahl von Unterstützern und zogen überregional Aufmerksamkeit auf sich. Sie waren allein schon deshalb schlagzeilenträchtig, weil sie Konflikte in der aufstrebenden NS-Bewegung offenlegten, die sich nach außen hin als „einheitlicher, unlösbarer Block“ präsentierte.<sup>139</sup> Zweitens wurden im Zuge der Rebellion zahlreiche SA-Männer – insbesondere Führungsfiguren –, die eine militärische Machteroberungsstrategie verfolgten, aus der Partei ausgeschlossen, sodass der Legalitätskurs der NSDAP nachhaltig bestätigt wurde.<sup>140</sup> Schließlich begründete die SS, drittens, seither ihren Elitestatus und ihre fortschreitende institutionelle Abgrenzung von der SA mit ihrem angeblichen Beitrag zur Niederschlagung der Revolte und der von Daluege demonstrierten Hitler-Treue in der Parteikrise.

Darüber hinaus sind die Stennes-Revolten ein anschaulicher Ausdruck des immensen Gegensatzes zwischen politischen und militärischen Konzeptionen in der NS-Bewegung, der auch nach der Machtübernahme nicht aufgelöst werden konnte. Erst die Liquidierung der SA-Führung am 30. Juni 1934 schuf klare Verhältnisse. Die Mordaktion wurde von der SS exekutiert, die daraufhin von Hitler zu einer eigenständigen Organisation erklärt wurde. Die kaltblütige Effizienz der SS während des „Röhm-Putschs“ diente der Historiografie als Schablone für die Interpre-

<sup>139</sup> BArchB, NS 19/1934, SS-Abschnittsbefehl Nr. 4, gez. Kurt Daluege, 1.3.1931. Kleinere Konflikte ähnlichen Charakters, die wie bei den Stennes-Revolten vor allem finanzielle Ursachen hatten, entstanden in den Jahren vor der Machtübernahme in vielen norddeutschen Industriestädten. Hervorgehoben werden soll außerdem die Revolte des SA-Führers Wilhelm Stegmann, die sich 1932 in Franken ereignete und mit dem Austritt von 2.000 bis 3.000 NSDAP-Mitgliedern endete; vgl. Siemens, Sturmabteilung, S. 106 f., und Longerich, Bataillone, S. 163 f.

<sup>140</sup> Im Mai 1931 bekräftigte Hitler vor Gericht, dass er weiterhin zu seinen Legalitätsbekundungen stehe, die er im September 1930 im Leipziger Hochverratsprozess abgegeben habe. Er stellte sogar eine Verbindung zwischen dem Erfolg der NS-Bewegung und diesem Kurs her, indem er den Misserfolg von Stennes' militärischer Strategie thematisierte; vgl. Schuster, SA, S. 130 f., und Reichardt, Kampfbünde, S. 155.

tation der Stennes-Revoluten.<sup>141</sup> Der SS unter Dalueges Führung wurde bei der Beendigung der SA-Erhebungen so retrospektiv eine entscheidende Rolle zuerkannt. Der Ursprung dieser Fehlinterpretation aber liegt zweifelsohne in der geschickten Selbstdarstellung der SS nach den Stennes-Revoluten, die damit überspielte, dass sich ihr Beitrag während der Krise darauf beschränkt hatte, den Ereignissen zu meist tatenlos zuzusehen und sich den Rebellen zumindest nicht anzuschließen. Tatsächlich beweisen die Tätigkeitsberichte eines Berliner SS-Trupps, dass sogar SS-Männer vereinzelt zu Stennes überliefen.<sup>142</sup> Demnach kann auch die viel beschworene Standfestigkeit der SS in diesem Zeitraum nicht als unumstößliche Tatsache gelten. Wenngleich Dalueges Treue zu Hitler außer Frage stand, widersprach sein Vorgehen gegen die Rebellen eindeutig dem Selbstbild der SS, die gewaltsames Handeln verherrlichte, sich als eine weltanschauliche, rassische und maskuline Elite definierte und sich nicht durch Worte, sondern durch Taten auszeichnete.<sup>143</sup> Es ist bezeichnend, dass gerade das wenig ruhmreiche Vorgehen gegen die Stennes-Revoluten Anlass für den Wahlspruch gegeben hat: „SS-Mann, deine Ehre heißt Treue!“<sup>144</sup>

<sup>141</sup> So schrieb etwa Robert Lewis Koehl, *The Black Corps*, Madison 1983, S. 45: „Foreshadowing the plot against Röhm, Hitler's tactics with Stennes included an intensive wooing to catch him off guard, an effort to divide his followers among themselves and from him, [...] and afterwards a vilification campaign.“ Vgl. auch Bruce Campbell, *The SA Generals and the Rise of Nazism*, Lexington 1998.

<sup>142</sup> LAB, A-Rep. 244–03, Nr. 229, Monatsmeldung des Berliner SS-Trupps 2, April 1931. Vgl. auch Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 62 (1975), S. 339–379, hier S. 344 f., der angedeutet hat, dass sich SS-Männer der zweiten Stennes-Revolution anschlossen.

<sup>143</sup> Vgl. Hein, *Elite*, S. 102 f.

<sup>144</sup> D'Alquen, *SS*, S. 11.

Der Vernichtungskrieg, den das Deutsche Reich zwischen 1941 und 1944 in der Sowjetunion führte, traf die Ukraine besonders hart. Dass es trotz der radikalen Ausplünderung des Lands und einer mörderischen Besatzungsherrschaft zumindest zeitweise gelang, antisowjetische Stimmungen zu erzeugen und nationalistisch konnotierte Erwartungen zu wecken, lag auch an einer Propagandastrategie, die die Hungersnot von 1932/33 mit ihren Millionen Toten zum Thema machte. Wie eine sorgfältige Analyse der Propaganda- und Besatzungspresse zeigt, öffnete sich 1941/42 ein diskursiver Raum, in dem erstmals, wenngleich begrenzt und propagandistisch manipuliert, öffentlich über die Verbrechen des Stalinismus und insbesondere über die große Hungersnot gesprochen werden konnte. Gezielte Schuldzuweisungen dienten dabei nicht zuletzt dazu, den Hass gegen die jüdische Bevölkerung zu schüren, und hier zeigt sich, dass die NS-Propaganda in der Ukraine ein toxisches Erbe hinterlassen hat.

Tanja Pentter und Dmytro Tytarenko

## Der Holodomor, die NS-Propaganda in der Ukraine und ihr schwieriges Erbe

### I. Erinnerung und Politik

Im Holodomor,<sup>1</sup> der großen Hungersnot der Jahre 1932/33, die im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion unter Stalin stand, kamen fast vier Millionen Menschen in der Ukraine um. Neben der Ukraine hatte vor allem Kasachstan hohe Bevölkerungsverluste durch die Hungersnot zu beklagen, wo über ein Drittel der Gesamtbevölkerung den Tod fand und die Hungersnot im Zusammenhang mit der zwangsweisen Sesshaftmachung der kasachischen Nomaden stand. Ebenfalls von der Hungersnot betroffen waren das Don- und Kuban-Gebiet im nördlichen Kaukasus sowie die russischen Regionen an der mittleren und unteren Wolga, einschließlich der Autonomen Republik

<sup>1</sup> Der ukrainische Begriff Holodomor bedeutet Tötung durch Hunger. Er findet sich erstmals als Bezeichnung für die Hungersnot in tschechischen Publikationen der ukrainischen Diaspora; vgl. den Beitrag „Hladomor v SSSR“ in der Prager Zeitschrift „Vecernik P.L.“ aus dem Jahr 1933. Erst seit Ende der 1980er Jahre fand der Begriff auch in der Ukraine selbst breitere Verwendung; vgl. Anne Applebaum, *Red Famine. Stalin's War on Ukraine*, New York 2017, S. XXVI und S. 363, sowie Jaroslav Hrycak, *Čhto i koli vperše vzyv termin „Holodomor“?*; [uamoderna.com/blogy/yaroslav-griczak/etymology-holodomor](http://uamoderna.com/blogy/yaroslav-griczak/etymology-holodomor) [12.5.2021]. – Für Unterstützung bei den Recherchen zu diesem Beitrag danken wir Mike Högele und Florian Zippel. Die gemeinsame Arbeit an diesem Beitrag wurde durch ein Forschungsstipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung für Dmytro Tytarenko ermöglicht. Alle Übersetzungen aus dem Russischen und Ukrainischen stammen von der Autorin bzw. vom Autor.

der Wolgadeutschen. Die absolute Zahl der ukrainischen Hungertoten überstieg die der anderen Nationalitäten bei weitem. Die Hungerkatastrophe war nicht durch natürliche Faktoren verursacht worden, sondern menschengemacht, und ihre wichtigste Ursache lag in der brutalen Politik der staatlichen Getreiderequisitionen. In der Ukraine fiel die Hungersnot zudem zeitlich mit Säuberungsaktionen der sowjetischen Geheimpolizei gegen ukrainische Eliten in Politik, Wissenschaft, Kirche und Kultur zusammen, was später Vermutungen beförderte, Stalin habe die Hungersnot gezielt als Waffe gegen die ukrainische Bevölkerung eingesetzt, um ihren Widerstand zu brechen.<sup>2</sup>

In der postsowjetischen Ukraine wurde der Holodomor zu einem wichtigen Faktor der Nationsbildung und stellt heute einen zentralen Bestandteil in der aktuellen Erinnerungskultur dar.<sup>3</sup> Dabei dominiert in der ukrainischen Öffentlichkeit und Forschung zumeist die Genozid-Frage, und der Holodomor wird nicht selten im gleichen Atemzug wie der Holocaust genannt. Unter Präsident Viktor Juščenko wurde der Holodomor per Beschluss des Parlaments in Kiew<sup>4</sup> zum Genozid am ukrainischen Volk erklärt;<sup>5</sup> zugleich versuchte die Regierung, auch im Ausland Unterstützung für diese Sprachregelung zu finden.<sup>6</sup> Jüngster Ausdruck der Bedeutung, die man in der Ukraine der internationalen Anerkennung des Holodomor als Völkermord beimisst, ist die Petition Nr. 89118, die 2018 aus Anlass des 85. Jahrestags der Hungersnot beim Petitionsausschuss des Bundestags einging und die über 56.000 Menschen unterzeichnet hatten. Darin wurde der Bundestag

<sup>2</sup> Zum Holodomor vgl. auch das von Gerhard Simon und Rudolf Mark herausgegebene Themenheft der Zeitschrift Osteuropa (54/2004) mit dem Titel: Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR; Andrij Makuch/Frank E. Sysyn (Hrsg.), Contextualizing the Holodomor. The Impact of Thirty Years of Ukrainian Famine Studies, Edmonton/Toronto 2015; David R. Marples, Holodomor. Causes of the 1932–1933 Famine in Ukraine, Saskatoon 2011; R. W. Davies/Stephen G. Wheatcroft, The Industrialisation of Soviet Russia, Bd. 5: The Years of Hunger. Soviet Agriculture, 1931–1933, Basingstoke/New York 2004; Andrea Graziosi, Stalinism, Collectivization and the Great Famine, Cambridge 2009; Wsevolod W. Isajiw (Hrsg.), Famine-Genocide in Ukraine 1932–1933. Western Archives, Testimonies and New Research, Toronto 2003, und Bohdan Klid/Alexander J. Motyl (Hrsg.), The Holodomor Reader. A Sourcebook on the Famine of 1932–1933 in Ukraine, Edmonton/Toronto 2012.

<sup>3</sup> Zur Erinnerungskultur bezüglich des Holodomor in der Ukraine vgl. Wifried Jilge, Geschichtspolitik in der Ukraine, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8–9/2007, S. 24–30; Gerhard Simon, Analyse – 80 Jahre Holodomor. Die Große Hungersnot in der Ukraine, 28.11.2013; [www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/174179/analyse-80-jahre-holodomor-die-grosse-hungersnot-in-der-ukraine?p=all](http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/174179/analyse-80-jahre-holodomor-die-grosse-hungersnot-in-der-ukraine?p=all) [12.5.2021]; Tatiana Zhurzhenko, „Capital of Dispair“. Holodomor Memory and Political Conflicts in Kharkiv after the Orange Revolution, in: East European Politics and Societies 25 (2011), S. 597–639, und Georgij Kas'ianov, Holodomor and the Building of a Nation, in: Russian Social Science Review 52 (2011), S. 71–93.

<sup>4</sup> Ukrainisch: Kyïv.

<sup>5</sup> Gesetz der Ukraine Nr. 376-V vom 28.11.2006: „Pro Holodomor 1932–1933 rokiv v Ukraïni“ („Über den Holodomor 1932–1933 in der Ukraine“); [zakon.rada.gov.ua/laws/show/376-16](http://zakon.rada.gov.ua/laws/show/376-16) [12.5.2021].

<sup>6</sup> Mehrere Staaten, darunter Australien, Kanada, Polen und die des Baltikums, erkannten die Hungersnot offiziell als Völkermord an. Das europäische Parlament stufte den Holodomor 2008 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein, aber nicht als Genozid.

aufgefordert, durch Beschluss sich der Einschätzung anzuschließen, dass der Holodomor ein Genozid am ukrainischen Volk gewesen sei – verursacht durch das sowjetische Regime unter Stalins Führung.<sup>7</sup> Dabei geht es nicht zuletzt darum, den Holodomor stärker in die europäische und globale Erinnerungskultur bezüglich der Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts zu integrieren.

Während Anne Applebaums Buch zum „Red Famine“ in der internationalen Expertengemeinschaft breit rezipiert und diskutiert worden ist,<sup>8</sup> hat die Forschung zur ukrainischen Hungersnot in der deutschen Geschichtswissenschaft nur wenig Aufmerksamkeit gefunden.<sup>9</sup> Einer weiteren Öffentlichkeit ist sie hierzulande immer noch wenig bekannt, obwohl es sich um eine der großen Katastrophen der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert und – gemessen an der Zahl der Todesopfer – um eines der größten Einzelverbrechen des Stalinismus handelt.<sup>10</sup>

In unserem Beitrag soll es nicht um die in der Forschung bereits andernorts viel diskutierte Frage gehen, ob der Holodomor ein Genozid am ukrainischen Volk gewesen ist.<sup>11</sup> Vielmehr gilt es, einen kaum beachteten Aspekt deutsch-ukrainischer Verflechtungsgeschichte näher zu beleuchten, der im Zusammenhang mit der späteren Wahrnehmung der ukrainischen Hungersnot steht: Die erste öffentliche Thematisierung der Hungerkatastrophe in der Ukraine, über die in der Vorkriegsowjetunion nicht öffentlich gesprochen werden durfte, fand nämlich während der deutschen Besatzungsherrschaft zwischen 1941 und 1944 in der NS-Propagandapresse statt. In der Sowjetunion hatte man die Erinnerung an die

<sup>7</sup> Die Petition Nr. 89118 ging am 14.12.2018 beim Petitionsausschuss des Bundestags ein. Eine frühere Petition mit demselben Anliegen, die allerdings nur 116 Unterzeichner gefunden hatte, war vom Bundestag bereits abgelehnt worden; vgl. Petition 67499 vom 6.9.2016; [epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2016/\\_09/\\_06/Petition\\_67499.html](http://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2016/_09/_06/Petition_67499.html) [12.5.2021].

<sup>8</sup> Vgl. die Beiträge in Roundtable on Soviet Famines, in: *Contemporary European History* 27 (2018), S. 432–481.

<sup>9</sup> Eine Ausnahme ist das schon zitierte Themenheft der Zeitschrift *Osteuropa* aus dem Jahr 2004. Vgl. außerdem Barbara Falk, *Sowjetische Städte in der Hungersnot 1932/33. Staatliche Ernährungspolitik und städtisches Alltagsleben*, Köln/Weimar/Wien 2005; *Der ukrainische Hunger-Holocaust. Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33 an 7 Millionen ukrainischen Bauern im Spiegel geheimgehaltener Akten des deutschen Auswärtigen Amtes*, hrsg. und eingeleitet von Dmytro Zlepko, Sonnenbühl 1988; Stephan Merl, *War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt?*, in: Guido Hausmann/Andreas Kappeler (Hrsg.), *Ukraine. Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*, Baden-Baden 1993, S. 145–166, und Stephan Merl, *Kollektivierung und Bauernvernichtung*, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991, S. 103–132. Für einen Überblick vgl. Guido Hausmann, *Verweigerte Verflechtung. Die ukrainische Hungersnot 1932/33 in der deutschsprachigen Historiographie*, in: Alfred Eisfeld/Guido Hausmann/Dietmar Neutatz (Hrsg.), *Hungersnöte in Russland und der Sowjetunion 1891–1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte*, Essen 2017, S. 25–37.

<sup>10</sup> Vgl. Guido Hausmann/Tanja Penter, *Instrumentalisiert, verdrängt, ignoriert. Der Holodomor im Bewusstsein der Deutschen*, in: *Osteuropa* 70 (2020), S. 193–214.

<sup>11</sup> Vgl. dazu zuletzt die differenzierte Diskussion bei Applebaum, *Red Famine*, S. 346–360, und Andrii Portnov, *Der Holodomor als Genozid. Historiographische und juristische Diskussionen*, in: *Osteuropa* 70 (2020), S. 31–49.

Hungeropfer tabuisiert, und das öffentliche Sprechen darüber konnte sogar als Vaterlandsverrat, antisowjetische Propaganda oder konterrevolutionäre Agitation angeprangert und sanktioniert werden.<sup>12</sup> Die trotz des Ausmaßes der Katastrophe überschaubare Berichterstattung über die Hungersnot im Ausland hatte die Bevölkerung in der Sowjetunion aufgrund der strengen Zensur nicht erreicht.<sup>13</sup> Anders als in den Jahren 1921 bis 1923 hatte die Sowjetregierung nicht um internationale Hilfe gebeten, sondern die Millionen von Hungertoten auch gegenüber dem Ausland kategorisch geleugnet.

Es erscheint geradezu grotesk, dass es die Nationalsozialisten waren, die mit klarer propagandistischer Intention die ukrainische Bevölkerung über den Holodomor und andere Verbrechen informierten, so dass man zumindest ansatzweise von einer ersten, spezifischen Phase der Auseinandersetzung mit Stalins Herrschaft sprechen kann, die freilich im Kontext der menschenverachtenden deutschen Terrorherrschaft in den besetzten Gebieten stand. Im Rest der Sowjetunion begann die Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus unter ganz anderen Rahmenbedingungen erst nach Stalins Tod unter dem neuen Generalsekretär Nikita Chruschtschew. Allerdings erwähnte selbst Chruschtschew die Hungersnöte in den Jahren der Kollektivierung nicht, als er im Februar 1956 in einer aufsehenerregenden Geheimrede<sup>14</sup> radikal mit dem Personenkult um Stalin abrechnete und dabei auch einige seiner Verbrechen anprangerte. Dieses Thema konnte erst während der Perestrojka der ausgehenden 1980er Jahre beziehungsweise nach dem Ende der Sowjetunion öffentlich gemacht werden.

Die Ukraine unterscheidet sich somit von anderen Hungerregionen der Sowjetunion wie Kasachstan, wo die Hungerkatastrophe mit ihren immensen Menschenverlusten erst aufgearbeitet werden konnte, nachdem die Sowjetunion zerfallen war.<sup>15</sup> In der Ukraine war es dagegen möglich, an frühere Auseinandersetzungen mit der Hungersnot anzuknüpfen und dabei auch auf Studien aus den Reihen der ukrainischen Diaspora in Europa und Nordamerika zurückzugreifen, die nach 1945 entstanden waren.<sup>16</sup> Damit drängen sich zwei Fragen auf: Welches Bild der

<sup>12</sup> Vgl. Vasyl' T. Maljarenko, *Reabilitacija represovanych. Zakonodavstvo ta sudova praktika*, Kiew 1997, S. 20–24.

<sup>13</sup> Zur Berichterstattung im Ausland vgl. Applebaum, *Red Famine*, S. 296–319; Teresa Cherfas, *Reporting Stalin's Famine*. Jones and Muggerridge – A Case Study in Forgetting and Rediscovery, in: *Kritika* 14 (2013), S. 775–804; Andreas Kappeler, *Das Echo des Holodomor. Die Hungersnot 1932/33 in der österreichischen Presse*, in: *Osteuropa* 70 (2020), S. 123–143, und Hausmann/Penter, *Instrumentalisiert*.

<sup>14</sup> Rede des Ersten Sekretärs des CK der KPSS, Nikita S. Chruschtschew auf dem XX. Parteitag der KPSS („Geheimrede“) und der Beschluss des Parteitages „Über den Personenkult und seine Folgen“, 25.2.1956; [www.1000dokumente.de/?c=dokument\\_ru&dokument=0014\\_ent&object=translation&l=de](http://www.1000dokumente.de/?c=dokument_ru&dokument=0014_ent&object=translation&l=de) [12.5.2021].

<sup>15</sup> Vgl. Robert Kindler, *Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan*, Hamburg 2014; Sarah Cameron, *The Hungry Steppe. Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan*, Ithaca/London 2018, und Niccolò Pianciola, *Stalinismo di frontiera. Colonizzazione agricola, sterminio dei nomadi e costruzione statale in Asia centrale (1905–1936)*, Rom 2009.

<sup>16</sup> Vgl. Frank Sysyn, *The Ukrainian Famine of 1932–33. The Role of the Ukrainian Diaspora in Research and Public Discussion*, in: Levon Chorbajian/George Shirinian (Hrsg.), *Studies in*

Hungersnot von 1932/33 vermittelte die NS-Propaganda? Und welche Spuren hat der besatzungspolitisch induzierte Diskurs in der postsowjetischen Erinnerungskultur hinterlassen?<sup>17</sup>

## II. Der Holodomor in der NS-Propaganda in Deutschland

Die nationalsozialistische Propagandapresse hatte seit 1933 über die Hungersnot in der Sowjetunion berichtet. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 hatte sich die deutsche Presselandschaft rapide verändert, denn die Nationalsozialisten verfügten bald über die Mittel, um Zeitungen jederzeit verbieten zu lassen.<sup>18</sup> Im Vorfeld der Reichstagswahl inszenierten sich die Nationalsozialisten als Kämpfer gegen den Marxismus und übten harte Kritik an der Sowjetunion. Am 2. März 1933 ging Hitler bei einer Wahlkampfrede im Berliner Sportpalast auch auf den dort herrschenden Hunger ein:

„Der Marxismus in der Praxis ist die beste Widerlegung des Marxismus in der Theorie. Hat dieser Marxismus dort, wo er hundertprozentig gesiegt hat, dort wo er wirklich und ausnahmslos herrscht, in Russland, die Not beseitigt? Die Wirklichkeit spricht hier geradezu eine erschütternde Sprache. Millionen von Menschen sind verhungert in einem Lande, das eine Kornkammer sein könnte für die ganze Welt. Millionen von Menschen sind verelendet, in einem Land, das vor Überschuss heute überfließen könnte.“<sup>19</sup>

Hitlers Rede führte zu schweren diplomatischen Verstimmungen, und die sowjetische Regierung reagierte mit einer Protestnote an den deutschen Außenminister.<sup>20</sup> In den folgenden Monaten blieb die Lage zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion angespannt. Sie war geprägt von wechselseitigem Taktieren, wobei

---

Comparative Genocide, Basingstoke/New York 1999, S. 182–215, und Frank Sysyn, Thirty Years of Research on the Holodomor. A Balance Sheet, in: Makuch/Sysyn (Hrsg.), Contextualizing the Holodomor, S. 1–13.

<sup>17</sup> Zu den unterschiedlichen Erinnerungskulturen in der Ukraine und in Kasachstan vgl. Robert Kindler, Opfer ohne Täter. Kasachische und ukrainische Erinnerung an den Hunger 1932/33, in: Osteuropa 62 (2012), S. 105–120.

<sup>18</sup> Vgl. Konrad Dussel, Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presselenkung?, in: VfZ 58 (2010), S. 543–561. Zur Gleichschaltung der deutschen Presse 1933 vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, 3., überarbeitete Aufl., München 1999, S. 21–23; NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit (NSPV). Edition und Dokumentation, 7 Bde., München u. a. 1984–2001; Jürgen Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970, und David Welch (Hrsg.), Nazi-Propaganda. The Power and the Limitations, London 1983.

<sup>19</sup> Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe) vom 4.3.1933: „Die Sportpalastkundgebung – Hitlers vernichtende Abrechnung mit den Arbeitverrättern“. Möglicherweise bezog sich Hitler hier gar nicht auf die aktuelle Hungersnot, von der er vermutlich noch gar keine genaue Kenntnis hatte, sondern auf die frühere sowjetische Hungersnot zwischen 1921 und 1923.

<sup>20</sup> Vgl. Schreiben des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 5.3.1933, in: Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven, Bd. 1:

beide Seiten ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen hatten.<sup>21</sup> Im Juli 1933 erschienen mehrere Meldungen in der deutschen Presse, die die Situation der Russlanddeutschen angesichts der Hungersnot anprangerten und vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in Auftrag gegeben worden waren.<sup>22</sup> Der *Völkische Beobachter*, das Sprachrohr der Nationalsozialisten, berichtete: „Ungeheures Elend in Sowjet-Rußland – Eine Million Wolgadeutsche vor dem Hungertode – Große Hilfsaktion des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“<sup>23</sup> und „In sechs Monaten 100.000 Deutsche in Sowjet-Rußland verhungert – Cholera und Typhus wüten unter den Wolgadeutschen“.<sup>24</sup> Bereits im Juni hatten – sehr zum Missfallen der sowjetischen Regierung – Privatleute in Berlin eine Ausstellung mit Hungerbriefen von Russlanddeutschen organisiert.<sup>25</sup> Zugleich hatte die Sowjetregierung im eigenen Land eine Pressekampagne gegen NS-Deutschland gestartet, in der sie „Hunger und Elend im faschistischen Deutschland“ brandmarkte.<sup>26</sup>

Die NS-Regierung lenkte und instrumentalisierte die Berichterstattung über die Hungersnot in der Sowjetunion in der deutschen Presse, wie aus entsprechenden Erlassen des Reichspropagandaministeriums ersichtlich wird.<sup>27</sup> Phasenweise verbot das Ministerium entsprechende Negativberichte, um die Beziehungen zur Sowjetunion zu entspannen. Im nächsten Moment wurden dann aber wieder gezielt Meldungen in der Presse lanciert und politisch eingesetzt.<sup>28</sup> Die Nationalsozialisten griffen das Motiv auch nach dem Ende der Hungersnot vereinzelt noch in propagandistischer Absicht auf und übernahmen dabei Berichte aus der antikomunistischen amerikanischen Presse.<sup>29</sup> Insgesamt fand die Hungersnot in der Sow-

30. Januar 1933–31. Dezember 1934, Teilband 1: Januar 1933–Oktober 1933, hrsg. von Sergej Slutsch/Carola Tischler, München 2014, Dok. 24, S. 190–192.

<sup>21</sup> Zu den wirtschaftlichen Beziehungen vgl. Patricia Flor, *Die Sowjetunion im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Außenhandel, Wirtschaftsbeziehungen und Industrialisierung 1928–1933*, Berlin 1995.

<sup>22</sup> Vgl. *Vossische Zeitung* vom 4.7.1933 (Abendausgabe): „Rußlanddeutsche in höchster Not. Jeder im Reich muss helfen!“, und vom 6.7.1933 (Morgenausgabe): „Für die ‚Brüder in Not‘“, sowie *Völkischer Beobachter* (Berliner Ausgabe) vom 5.7.1933: „Brüder in Not – Ein Aufruf des Evangelischen Oberkirchenrats“. Zur Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vgl. Gabriele Toepser-Ziegert, *Einführung, Maßnahmen und Instrument der Presselenkung im Nationalsozialismus*, in: NSPV, Bd. 1: 1933, bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert, München u. a. 1984, S. 21–129, hier S. 44.

<sup>23</sup> *Völkischer Beobachter* (Berliner Ausgabe) vom 2./3.7.1933, Erstes Beiblatt.

<sup>24</sup> *Völkischer Beobachter* (Berliner Ausgabe) vom 5.7.1933, Erstes Beiblatt.

<sup>25</sup> Vgl. Aufzeichnungen der Unterredung des bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, 3.7.1933, in: *Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941*, Bd. 1/1, Dok. 135, S. 493–497, hier S. 496.

<sup>26</sup> Vgl. *Pravda* vom 7.7.1933: „Golod i niščeta v fašistskoj Germanii“, und vom 8.7.1933: „Golod i razorenje mass – sputniki germanskogo fašizma“.

<sup>27</sup> Vgl. dazu die Quellensammlung in NSPV, Bd. 1.

<sup>28</sup> Vgl. *Völkischer Beobachter* (Berliner Ausgabe) vom 18.8.1933: „Hungerhölle Sowjetrußland – Das Massensterben im Sowjet ‚Paradies‘“.

<sup>29</sup> Vgl. *Völkischer Beobachter* (Berliner Ausgabe) vom 25.1.1935: „Über die Sowjetrussische Hungerkatastrophe“. Der amerikanische Verleger William Hearst, Verfasser dieses Zeitungs-

jetunion in Deutschland aber nur noch wenig Aufmerksamkeit,<sup>30</sup> und auch die Zahl der deutschsprachigen Buchpublikationen zum Thema blieb überschaubar.<sup>31</sup> Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 änderte daran nichts. Erst 1943 mit Beginn der Katyń-Propagandakampagne<sup>32</sup> erschienen wieder einzelne Berichte in der NS-Presse, die die Hungerkatastrophe 1932/33 im Kontext weiterer Verbrechen Stalins zumindest am Rande erwähnten.<sup>33</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die NS-Propaganda in ihrer deutschlandweiten und internationalen Berichterstattung auch in den Kriegsjahren vergleichsweise wenig Gebrauch von der Möglichkeit machte, die Hungerkatastrophe 1932/33 gegen die Sowjetunion in Stellung zu bringen. Dabei verfügte die NS-Regierung

---

artikels, sympathisierte zeitweilig mit den Nationalsozialisten und traf Hitler 1934 in Deutschland. Seit Mitte der 1930er Jahre veröffentlichten Hearsts Zeitungen in den USA anklagende Berichte über die Hungersnot in der Ukraine mit zahlreichen Fotos; vgl. *Chicago American* vom 25.2.1935: „Six Million Perish in Soviet Famine“, und *New York Evening Journal* vom 19.2.1935: „Hunger Diet Cripples Russbabes“.

<sup>30</sup> Vgl. *Völkischer Beobachter* vom 11.9.1938. Am 12.1.1939 berichtete der „*Völkische Beobachter*“ über eine angebliche neue Hungerkatastrophe aufgrund von Trockenheit, die über zwei Millionen Menschen in weiten Teilen der Sowjetunion betreffe.

<sup>31</sup> Unter den deutschsprachigen Publikationen zur Hungersnot ist vor allem das Buch des deutsch-baltischen Nationalitätenpolitikers und promovierten Staatswissenschaftlers Ewald Ammende (*Muss Russland hungern? Menschen- und Völkerschicksale in der Sowjetunion*, Wien 1935) hervorzuheben, in dem er die Ursachen und das Ausmaß der Hungersnot sowie die Verschleierungsmethoden der Sowjetregierung detailliert darlegte. Das Buch enthält zudem einige der wenigen zeitgenössischen Fotos zur Hungersnot, die der österreichische Ingenieur Alexander Wienerberger 1933 in Charkiv aufgenommen hatte. Fotodokumente von hungernden sowjetischen Bauern finden sich auch in der Veröffentlichung des „Russlandheimkehrers“ Alfred Laubenheimer, *Die Sowjetunion am Abgrund! Mit zahlreichen Originalaufnahmen des Verfassers u. a.*, Berlin 1933. Weitere Publikationen gingen insbesondere auf das Hungersterben unter der russlanddeutschen Bevölkerung ein und verfolgten das Ziel, Spenden zu sammeln; vgl. Adolf Ehrh, *Brüder in Not. Dokumente der Hungersnot unter den deutschen Volksgenossen in Rußland*, im Auftrage des Reichsausschusses „Brüder in Not“, Berlin 1933. Unter den deutschen Ostexperten, die über die Hungersnot publizierten, ist insbesondere der Agrarexperte Otto Schiller zu nennen, der als landwirtschaftlicher Sachverständiger an die deutsche Botschaft in Moskau berufen worden war und die Hungerkatastrophe im Nordkaukasus mit eigenen Augen sah; vgl. Otto Schiller, *Die Krise der sozialistischen Landwirtschaft in der Sowjetunion*, Berlin 1933, und ders., *Die Landwirtschaftspolitik der Sowjets und ihre Ergebnisse. Berichte des früheren Landwirtschaftlichen Sachverständigen bei der Deutschen Botschaft in Moskau*, Berlin 1943.

<sup>32</sup> Nachdem die Deutschen im Frühjahr 1943 ein Massengrab mit den Leichen der von der sowjetischen Geheimpolizei NKVD (*Narodnyj Komissariat Vnutrennich Del*) erschossenen polnischen Offiziere bei Katyń entdeckt hatten, entfachte Joseph Goebbels einen regelrechten Propagandakrieg gegen die Sowjetunion, mit dem er mehrere Ziele verfolgte: Er wollte die Glaubwürdigkeit der nationalsozialistischen Gräuelpopaganda stärken, einen Keil zwischen die Alliierten treiben, die Unterstützung der polnischen Zivilbevölkerung im Generalgouvernement gewinnen und von den deutschen Massenverbrechen in den besetzten Gebieten ablenken; vgl. Claudia Weber, *Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyń*, Hamburg 2015.

<sup>33</sup> Vgl. *Völkischer Beobachter* vom 12.7.1943 und vom 6.11.1943; in einem Bericht der Zeitung vom 11.6.1943 über die „Mordseuche des Bolschewismus“ wurde zudem die sowjetische Hungersnot zwischen 1921 und 1923 erwähnt.

durchaus über gute Informationsquellen zum Hungersterben: einerseits aus den Berichten der deutschen Auslandsvertretungen in der Sowjetunion und andererseits über Berichte von sogenannten Russlandheimkehrern, die seit 1935 von der Geheimen Staatspolizei umfassend zu ihrem bisherigen Leben vernommen worden waren. Diese Vernehmungen dienten sowohl dazu, die Loyalität zum NS-Staat zu überprüfen, als auch nachrichtendienstlich wichtige Erkenntnisse über Innenpolitik, Gesellschaft, Alltagsleben und Infrastrukturen der Sowjetunion zu gewinnen. Unter den „Heimkehrern“ waren mehrere Tausend Russland- und Ukraine-deutsche, zumeist bäuerliche Kolonisten, die den deutschen Polizeibehörden ausführlich über ihre Hungererfahrungen berichteten.<sup>34</sup>

### III. Die deutsche Besatzungspresse in der Ukraine

Im Krieg gegen die Sowjetunion war die Propaganda gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung und den Soldaten der Roten Armee ein bedeutender Faktor der deutschen Besatzungspolitik und Kriegführung; entsprechend groß war der Aufwand, der dafür betrieben wurde.<sup>35</sup> Eine zentrale Rolle bei der Konzeption und Umsetzung der NS-Politik in den besetzten sowjetischen Gebieten spielte Alfred Rosenberg, einer der führenden Ideologen der NSDAP und als Minister für die besetzten Ostgebiete zuständig. Rosenbergs Ministerium legte die allgemeinen Richtlinien für die Propaganda über den gesamten Besatzungszeitraum hinweg verbindlich fest, das Propagandaministerium unter Joseph Goebbels hatte dagegen nur geringen Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Propaganda.<sup>36</sup>

<sup>34</sup> 1939 schätzte die Geheime Staatspolizei die Zahl der seit 1930 nach Deutschland zurückgekehrten Russlanddeutschen auf 8.500; vgl. Wilhelm Mensing, Sowjetbürger werden oder packen – Stalin und der Exodus der Russlanddeutschen im Spiegel der Akten des Auswärtigen Amts, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2015), S. 217–236.

<sup>35</sup> Vgl. Babette Quinkert, Aufruf zur Kooperation. Die deutsche Propaganda gegenüber sowjetischen Soldaten und Zivilisten, in: Dies./Jörg Morré (Hrsg.), Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944. Vernichtungskrieg, Reaktionen, Erinnerung, Paderborn 2014, S. 196–215, und Babette Quinkert, Propaganda und Terror in Weißrussland 1941–1944. Die deutsche „geistige“ Kriegführung gegen Zivilbevölkerung und Partisanen, Paderborn 2009. Zur NS-Propaganda im Generalgouvernement vgl. Lars Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945, Osnabrück 2006. Zur Propaganda gegenüber der Roten Armee vgl. Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978.

<sup>36</sup> Vgl. Quinkert, Aufruf zur Kooperation, in: Dies./Morré (Hrsg.), Besatzung, S. 210; Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005; Volker Koop, Alfred Rosenberg. Der Wegbereiter des Holocaust – Eine Biographie, Köln/Weimar/Wien 2016; Andreas Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu ...“. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941–1945, München 2006, und Hanns Christian Löhr, Kunst als Waffe. Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg. Ideologie und Kunstraub im „Dritten Reich“, Berlin 2018. Rosenbergs erst 2013 aufgefundene Tagebuchaufzeichnungen verdeutlichen, dass er durchgängig eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Umsetzung des Holocaust spielte und als radikaler Antisemit die deutsche Vernichtungspolitik bis zuletzt unterstützte; vgl. Alfred Rosenberg, Die Ta-

Rosenberg sah die Hauptaufgabe der deutschen Politik im Osten Europas darin, nationale Formationen aus dem riesigen Gebiet der Sowjetunion herauszubrechen, ihnen eine begrenzte Teilautonomie unter deutscher Oberhoheit zuzubilligen und sie gegen Moskau zu mobilisieren, um so „das Deutsche Reich für Jahrhunderte von der östlichen Bedrohung zu befreien“.<sup>37</sup> In seinen Ausführungen zur „ukrainischen Frage“ vom September 1941 forderte Rosenberg in diesem Zusammenhang, die Ukraine als Gegengewicht zu Russland zu instrumentalisieren.<sup>38</sup> Allerdings wurde diese Politik nicht starr verfolgt, sondern immer wieder flexibel an die jeweilige Kriegssituation angepasst, so dass antirussische Tendenzen aus taktischen Gründen zeitweilig auch zurückgestellt werden konnten.<sup>39</sup> Rosenberg konnte auf teils hochrangige Experten zählen, die über entsprechendes Wissen über die Situation in den besetzten Gebieten und über Stalins Verbrechen der 1930er Jahre verfügten.<sup>40</sup> Auch über das Ausmaß und die Umstände der Hungersnot 1932/33 in der Ukraine besaßen die deutschen Behörden in Grundzügen Kenntnis, wie aus den Berichten der deutschen diplomatischen Vertretungen in Charkiv, Kiew und Moskau an das Auswärtige Amt ersichtlich ist.<sup>41</sup>

Theodor Oberländer, einer der ausgewiesenen Ostexperten, der zur akademischen Elite des Dritten Reichs gehörte, leistete ebenfalls seinen Beitrag zur Begründung einer nationalsozialistischen Ukrainepolitik. Er hatte seit 1933 das Institut für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg geleitet und war während des Zweiten Weltkriegs in der Abteilung für Nachrichten- und Abwehrwesen des Oberkommandos der Wehrmacht sowie als Führungsoffizier deutsch-ukrainischer und deutsch-kaukasischer Freiwilligenverbände an der Ostfront im Einsatz.<sup>42</sup> Oberländer konstatierte am Vorabend des Kriegs, die sowjetischen Führer

---

gebücher von 1934 bis 1944, hrsg. und kommentiert von Jürgen Matthäus/Frank Bajohr, Frankfurt a. M. 2015.

<sup>37</sup> Ernst Piper, Al'fred Rozenberg: rasovaja ideologija vojny protiv slavjanskich narodov, in: Aleksandr Ju. Vatlin/Tat'jana A. Nekrasova/Tat'jana Ju. Timofeeva (Hrsg.), Ljudi meždu narodami. Dejstvujuščie lica rossijsko-germanskoj istorii XX v. Materialy konferencii rossijskich i nemeckich istorikov, 25–29 aprelja 2009, Moskau 2010, S. 87–96, hier S. 90.

<sup>38</sup> Vgl. Frank Grelka, Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, Wiesbaden, 2005, S. 357, und M.V. Koval', Ukraïns'ki kultura ta її dijači v polityci nacysts'kych kolonizatoriv, in: Ukraïns'kyj istoryčnyj žurnal 9/1993, S. 13–27, hier S. 13–15; [history.org.ua/LiberUA/journal\\_1993\\_9/journal\\_1993\\_9.pdf](http://history.org.ua/LiberUA/journal_1993_9/journal_1993_9.pdf) [6.7.2021].

<sup>39</sup> Vgl. Quinkert, Aufruf zur Kooperation, in: Dies./Morré (Hrsg.), Besatzung, S. 210.

<sup>40</sup> Zur Rolle des Ostexperten Gustav Hilger vgl. Jörn Happel, Der Ost-Experte. Gustav Hilger – Diplomat im Zeitalter der Extreme, Paderborn 2018.

<sup>41</sup> Vgl. die Dokumentation Hunger-Holocaust, und Paolo Fonzi, Non-Soviet Perspectives on the Great Famine. A Comparative Analysis of British, Italian, Polish, and German Sources, in: Nationalities Papers 48 (2020), S. 444–459.

<sup>42</sup> Nach dem Krieg war Oberländer von 1953 bis 1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. 1959 begann eine massive Propagandakampagne in der Deutschen Demokratischen Republik und anderen osteuropäischen Staaten gegen Oberländer als NS- und Kriegsverbrecher, die einen politischen Skandal auslöste und zu Oberländers Rücktritt führte. Vgl. Philipp-Christian Wachs, Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt a. M./New York 2000, und Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im

hätten hervorragende Bedingungen für die deutsche Herrschaft geschaffen, da die Bevölkerung mit Hunger und Not aus den 1930er Jahren bereits bestens vertraut sei.<sup>43</sup> Basierend auf seinen Beobachtungen im besetzten Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) erstellte Oberländer mehrere Memoranden, in denen er unter anderem festhielt, dass die ukrainische Bevölkerung den sowjetischen Machthabern die Hungersnot von 1933 noch nicht verziehen habe, und prognostizierte, dass im Falle einer erneuten großen Hungersnot unter deutscher Herrschaft die Ukrainer auch diese nicht vergessen würden.<sup>44</sup>

In den besetzten Gebieten waren es neben den Propagandakompanien und -abteilungen der Wehrmacht die Propaganda- und Presseabteilungen der Zivilverwaltung, die die NS-Propaganda vor Ort organisierten. Seit 1942 griffen die Abteilungen dann immer stärker auch auf einheimische „Hilfspropagandisten“ zurück, darunter auch einige Frauen.<sup>45</sup> Die deutsche Besatzungspolitik zielte primär auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine, der die Rolle einer Kolonie zugeacht war. Zu diesem Zweck entwickelten und erprobten die beteiligten Akteure eine Vielzahl von politischen Instrumenten, mit denen die Bevölkerung mobilisiert, Sympathien für die Besatzer erzeugt und die Feindmoral zerstört werden sollten. Die deutsche Propaganda richtete sich dabei zum einen an die Soldaten der Roten Armee, die sich ergeben und auf die Seite der Wehrmacht wechseln sollten,<sup>46</sup> und zum anderen an die Zivilbevölkerung. Für die Bevölkerung der besetzten Ukraine entwickelte das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete eine eigenständige Propagandarichtlinie, die folgende Schwerpunkte vorsah: Hervorhebung der Traditionen des ukrainischen Unabhängigkeitskampfes, Schüren des Hasses gegen Moskau, Wachhalten der Erinnerung an die Opfer der Hungersnot

---

Osten, Göttingen 2000. Eine exzellente Analyse dieses Falls findet sich bei Kai Struve, *The Case of Theodor Oberländer in 1959/60 – an Entangled History of Propaganda, Politics, and Holocaust Memory in East and West*, in: Anna Koch/Stephan Stach (Hrsg.), *Remembering Across the Iron Curtain*, Berlin i.E.

<sup>43</sup> Vgl. Theodor Oberländer, *Der Osten und die deutsche Wehrmacht. Sechs Denkschriften aus den Jahren 1941–43 gegen die NS-Kolonialthese*, Asendorf 1987, S. 52.

<sup>44</sup> Vgl. ebenda, S. 51–62 und S. 63–84. Dazu das Memorandum im Bundesarchiv-Militärarchiv (künftig: BArch-MA), RH 19 V/95, Bl. 35–44, Theodor Oberländer: Die Ukraine und die militärischen (psychologischen) Erfordernisse der weiteren Operationen im Osten, besonders im Kaukasus. Vgl. auch Frank Golczewski, *Ukrainische Reaktionen auf die deutsche Besetzung 1939/1941*, in: Wolfgang Benz/Johannes Houwink ten Cate/Gerhard Otto (Hrsg.), *Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation*, Berlin 1996, S. 199–211.

<sup>45</sup> Vgl. Quinkert, *Aufruf zur Kooperation*, in: Dies./Morré (Hrsg.), *Besatzung*, S. 197 f.; das Zitat findet sich auf S. 198. Wir danken Babette Quinkert für den Hinweis, dass einige der weiblichen „Hilfspropagandisten“ gefangen genommene Rotarmistinnen waren.

<sup>46</sup> In einer vom Reichsaußenministerium erstellten Flugschrift (154 Z) an die Rotarmisten hieß es beispielsweise: „Dein Feind hinter der Front ist Stalin, Beria und ihr blutiges NKWD! [...] Wißt ihr, dass während des Hungerjahres 1933 bis 1934 die Bauernschaft 7 910 000 Menschen durch den Hungertod verloren hat?“ Zit. nach Buchbender, *Erz*, S. 86 f.

sowie an den Vernichtungskampf der Bolschewiki gegen die ukrainischen Bauern.<sup>47</sup>

Zu den wichtigsten Propagandainstrumenten der Deutschen im besetzten Gebiet zählte die Besatzungspresse. Sie war das zentrale Organ, über das die deutschen Behörden mit der Bevölkerung kommunizierten; hier fanden sich Bekanntmachungen, Aufrufe und Anordnungen sowie Informationen, zu denen gleich die gewünschten Deutungen mitgeliefert wurden.<sup>48</sup> Zwischen 1941 und 1944 erschienen innerhalb der heutigen Grenzen der Ukraine insgesamt 453 legale – lokal, regional oder überregional angelegte – Periodika.<sup>49</sup> Die meisten Presseorgane erschienen in ukrainischer Sprache, denn eine Richtlinie des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete zum Sprachengebrauch in der Ukraine legte fest, dass Zeitungen und Druckerzeugnisse grundsätzlich in Ukrainisch erscheinen sollten und Ausnahmen zugunsten der russischen Sprache nur dort zu dulden waren, wo die Mehrheit der Bevölkerung Russisch sprach.<sup>50</sup> Als Nachrichtenquellen standen den

<sup>47</sup> Bundesarchiv Berlin (künftig: BArchB), R 6/206, Bl. 159, Zusätzliche Richtlinien zur Propaganda in der Ukraine, 16.12.1942.

<sup>48</sup> Zum Teil finden sich in der Presse auch offizielle Bekanntmachungen und Anordnungen, die in den Archiven nicht mehr erhalten sind. Darüber hinaus spiegeln die Presseveröffentlichungen das, wenngleich stark eingeschränkte, gesellschaftliche und kulturelle Leben einer Region unter der Besatzungsherrschaft wider; sie können somit zur Untersuchung des Besatzungsalltags dienen. Seit Beginn der 1990er Jahre ist in der ukrainischen Forschung ein verstärktes Interesse an den Periodika festzustellen; vgl. Dmytro M. Tytarenko, *Presa schidnoï Ukraïny periodu nimec'ko-fašysts'koï okupacii jak istorične džerelo (1941–1943rr.)*, Diss., Donezk 2002; Aleksandr I. Kruglov/Ju. M. Ljachovyckyj/Ju. G. Subočeva (Hrsg.), *Evrejskij genocid na Ukraine v period okupacii v nemeckoj dokumentalistike*, Charkiv 1996; Mikhail I. Tyaglyy, *The Role of Antisemitic Doctrine in German Propaganda in the Crimea, 1941–1944*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 18 (2004), S. 421–459, und Ivan-Pavlo Chymka (John-Paul Himka), „*Krakivs'ki visti*“ pro evreiv, 1943. Do istorii Ukraïns'ko-evrejs'kych vidnosyn v roky Druhoï svitovoï vijny, in: *Filosofs'ka i sociolohična dumka* 5–6 (1994), S. 195–208.

<sup>49</sup> Weitere 104 legale Periodika erschienen in Gebieten Weißrusslands, Polens und Russlands, die zum Reichskommissariat Ukraine, zum Generalgouvernement oder zu den Territorien unter Militärverwaltung gehörten. Diese vorläufigen Zahlenangaben beruhen auf einer Datenbank des Ukrainischen Zentrums zur Erforschung der Geschichte des Holocaust in Kiew, die im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Die antisemitische Doktrin in der Propaganda in der besetzten Ukraine: Gebiete unter Zivil- und Militärverwaltung sowie Transnistrien (1941–1944)“ entstanden ist. Diese Datenbank umfasst bibliografische Angaben zu den Periodika sowie Angaben zu Herausgebern und Chefredakteuren, Erscheinungshäufigkeit und Auflagenzahl, Seitenzahl, Sprache und aktuellen Fundorten; vgl. Julija Smiljanskaja, *Presa okupacionnogo perioda v Ukraïne: Sozdanie, struktura i predvaritel'nyj analiz bazy dannyh*, in: *Naukovi zapysky* 31/2006, S. 25–50; B. I. Černjakov, *Okupacijna i lehal'na periodyčna presa v Ukraïni. 1941–1944*, Kiew 2005; Kostjantyn Kurylyšyn, *Ukraïns'ka lehal'na presa periodu nimec'koï okupacii (1939–1944 pp.)*: Istoriko-bibliohrafična doslidžennja u 2 t., Lemberg 2007, und Tytarenko, *Presa schidnoï Ukraïny*.

<sup>50</sup> BArchB, R 6/206, Bl. 88 f., Richtlinie für den Sprachengebrauch in der Ukraine, 15.1.1942. Im Reichskommissariat Ukraine wurde nur eine Zeitung in russischer Sprache zugelassen, weil Reichskommissar Koch die ukrainische Sprache ostentativ bevorzugte. In den Gebieten unter Militärverwaltung, insbesondere im Donbass, erschienen mehrere Zeitungen in russischer Sprache; vgl. Karel C. Berkhoff, *Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under*

Besatzungszeitungen vor allem Radiomitteilungen aus Berlin, Informationen des Ostraumartikeldiensts, das Material des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) sowie deutsche Zeitungen zur Verfügung. Die Übernahme der deutschen Propaganda in der Ukraine brachte allerdings einige Probleme mit sich, wie den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten vom September 1942 zu entnehmen ist:

„Ein großer Nachteil fast aller aus Berlin oder Rowno einlaufenden Mitteilungen sei die mangelnde Kenntnis der Verfasser über die wirkliche Lage in der Ukraine. Schrifttum, das ohne umfassende Kenntnis über die derzeitige Situation von Land und Mensch abgefasst wird, sei wirkungslos. Ein weiterer Nachteil dieses aus den Zentralstellen einlaufenden Materials sei die Vorstellung ihrer Verfasser, dass die ehemalige Sowjetbevölkerung rückständig und beschränkt sei und aus halben Analphabeten bestünde. Als Auswirkung dieser falschen Vorstellung zeige sich, dass die Propaganda von den Lesern oft nicht ernst, ja mit Ironie und Spott aufgenommen werde.“<sup>51</sup>

An anderer Stelle kritisierte ein Propagandaoffizier der Wehrmacht, die Propaganda müsse viel „elastischer“ sein, um auf die Argumente der feindlichen Propaganda sofort und schlagfertig antworten zu können. Dies gehe jedoch nicht, solange die Propaganda von Berlin aus geleitet würde, zumal oft mit veralteten Mitteln und von Emigranten, die mit der heutigen Situation in der Ukraine nicht mehr vertraut seien.<sup>52</sup>

Große Probleme warf auch die häufig unzureichende Übersetzung des DNB-Materials auf. Um die genannten Probleme zu beheben, ging man mancherorts dazu über, auch lokale und regionale Nachrichten in die Presse aufzunehmen, welche die Bevölkerung am meisten interessierten.<sup>53</sup> Die Handhabung der deutschen Propaganda war von Ort zu Ort sehr unterschiedlich und hing vor allem von den zuständigen Ortskommandanturen und den deutschen Propagandastaffeln ab. Manchmal setzten zudem auch die Sicherheitspolizei und der Sicherheitsdienst in den besetzten Gebieten Propagandisten ein, um die Bevölkerung bei der Ausschaltung von Widerstandsgruppen zur Mithilfe aufzurufen.

Die Besatzungsbehörden verstanden zunehmend, dass die deutsche Propaganda am wirkungsvollsten war, wenn sie an die lokalen Verhältnisse angepasst wurde. Das betraf vor allem die antisemitische Propaganda. Die Ereignismeldungen berichteten dazu im Oktober 1941: „Auch hinsichtlich der antijüdischen Propaganda wird es notwendig sein, diese russischen Verhältnissen anzupassen. Denn ungeachtet eines an sich natürlichen Antisemitismus des Russen ist er jedoch hierbei nicht

Nazi Rule, Cambridge/London 2004, S. 193 f., und Tanja Penter, Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953, Essen 2010, S. 249–261.

<sup>51</sup> BArchB, R 58/222, Bl. 84 f., Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 21, 18.9.1942.

<sup>52</sup> BArch-MA, RW 4/818, Bericht des Majors Kaldor über Fragen der Wehrmachtpropaganda, 21.3.1943.

<sup>53</sup> National Archives and Records Administration (künftig: NARA), T 501/33, Bericht der Propagandaabteilung U, 27.8.1942.

auf die rassische, sondern eher auf die soziale Frage anzusprechen.<sup>54</sup> Wie Michail Tjaglyj am Beispiel der Krim gezeigt hat, fanden sich in der antisemitischen Propaganda später auch lokale und regionale Motive wieder, mit denen man an ältere Traditionen des Antisemitismus anknüpfen wollte.<sup>55</sup>

Die Redaktionen der Zeitungen setzten sich aus einheimischen Journalisten zusammen, die jedoch unter der strengen Kontrolle und Zensur der zuständigen deutschen Propagandastaffeln standen.<sup>56</sup> Gleichwohl konnten diese einheimischen Kräfte die deutsche Kulturpolitik und Propaganda auf lokaler Ebene in begrenztem Maße mitgestalten und diese an den kulturellen Erfahrungshorizont der sowjetischen Leserschaft anpassen. Sie erfüllten dabei eine wichtige Vermittlerrolle, die es noch systematisch zu erforschen gilt. So wurden die neuen deutschen Propagandainhalte von den Journalisten manchmal in alte sowjetische Formen verpackt. Der Personenkult um Stalin wurde einfach durch den Hitler-Kult ersetzt, und im Rückgriff auf die sowjetische Vorstellung von einer strahlenden Zukunft lieferte die Presse der Bevölkerung nun neue Zukunftsvisionen als Ausgleich für die elende Realität.<sup>57</sup>

Eine wichtige Rolle bei der Organisation der Besatzungspresse spielten von Sommer bis Herbst 1941 zunächst Vertreter der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN),<sup>58</sup> die Hitler als Partner im Kampf gegen die Sowjetherrschaft ansahen und mit deutscher Hilfe einen unabhängigen Staat ausrufen wollten. Die OUN-Mitglieder versuchten, Einfluss auf die neu geschaffenen Organe der lokalen Selbstverwaltung auszuüben, die Gründung von Besatzungszeitungen zu initiieren und deren Propagandainhalte mitzugestalten. All dies diente auch dem Ziel, das nationale Bewusstsein in der ukrainischen Bevölkerung zu fördern und eine ukrainische Staatlichkeit zu popularisieren. Die Hungersnot von 1932/33 bot sich den OUN-Aktivist\*innen als Thema geradezu an, um die ukrainische Bevölkerung für den nationalen Befreiungskampf zu mobilisieren; dieses Thema hatte die OUN auch zuvor schon für politische Zwecke genutzt: So hatte beispielsweise 1933 ein Mitglied der OUN in L'viv den sowjetischen Diplomaten Aleksej Majlov aus Rache für die Hungeropfer in der Ukraine getötet.<sup>59</sup> Bei der deutschen Besatzungsverwal-

<sup>54</sup> BArchB, R 58/218, Bl. 269, Ereignismeldung UdSSR Nr. 121, 22.10.1941.

<sup>55</sup> Vgl. Tyaglyj, *Rolle*.

<sup>56</sup> NARA, T 77/1103, Kriegstagebuch (KTB) 2 der Wirtschaftsinspektion Süd (WiS), 17.12.1941, und BArch-MA, RW 31/421, Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Don-Donetz vom Januar 1943. Vgl. auch Tytarenko, *Presja schidnoï Ukraïny*. Zur Rolle einheimischer Journalisten vgl. auch die Zeiteugenerinnerungen, in: Oleg V. Budnickij (Hrsg.), „Sveršilos' Prišli nemcy!“. Idejnyj kollaboracionizm v SSSR v period Velikoj Otečestvennoj vojny, Moskau 2012, S. 283–289.

<sup>57</sup> Vgl. Penter, Kohle, S. 249–261.

<sup>58</sup> Vgl. Franziska Bruder, „Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!“ Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948, Berlin 2007; Olena Petrenko, *Unter Männern. Frauen im ukrainischen nationalistischen Untergrund 1944–1954*, Paderborn 2018.

<sup>59</sup> Vgl. Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*, Paderborn 2010, S. 644; Petrenko, *Unter Männern*, S. 64. Der Attentäter Mykola Lemyk, ein Student, war von Stepan Bandera ausgewählt und instruiert worden.

tung und den Sicherheitskräften rief die Verbreitung potenziell gefährlicher nationalistischer Propaganda Besorgnis hervor. Wenn es zu Interessenkonflikten kam, weil die OUN-Materialien den Zielen der deutschen Besatzungspolitik zuwiderliefen, wurden die Nationalisten von den deutschen Besatzern schnell wieder aus den Redaktionen entfernt. Nur in einzelnen Zeitungsredaktionen konnten Angehörige der OUN einen starken Einfluss gewinnen und diesen auch über einen längeren Zeitraum behalten.<sup>60</sup>

Ein zentrales, immer wiederkehrendes Thema der Besatzungspropaganda war die Diskreditierung des Sowjetsystems, indem die dort herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in düsteren Farben beschrieben und den angeblichen Errungenschaften des Nationalsozialismus gegenübergestellt wurden. In der Besatzungspresse konnten die Sowjetbürger erstmals öffentlich vom „Terror unter Stalin“,<sup>61</sup> von der „großen Hungersnot 1932/33“, vom „Moskauer Imperialismus“, von der „Russifizierung der Ukraine“, der „Zerstörung der ukrainischen Kultur durch die Bolschewiki“ oder von der „Sklaverei in den Lagern des GULag“ lesen. Zum ersten Mal erfuhr ein breiteres Publikum von den Arbeitslagern am Oberlauf des Flusses Kolyma, wo Hunderttausende von GULag-Häftlingen unter menschenverachtenden Bedingungen in arktischer Kälte nach Gold schürfen mussten.<sup>62</sup>

Ein neues Motiv der deutschen Propaganda war die Integration der Ukraine in das „gerade geborene, neue Europa“.<sup>63</sup> Unter der Führung Adolf Hitlers sollte die Ukraine ihren Platz im Kreis der „europäischen Familie“ finden. Dieses Europa stand dabei als Inbegriff für Modernität, Fortschritt und Wohlstand, im Gegensatz zum rückständigen und armseligen Sowjetstaat. Als greifbares Zukunftsprojekt wurde der Sowjetbevölkerung der Bau einer „transeuropäischen Autobahn“ in Aussicht gestellt, welche die Ukraine mit Westeuropa verbinden sollte.<sup>64</sup> Die Ukraine sollte wieder zum „Brotkorb“ werden, zum „wichtigsten Zentrum landwirtschaftlicher Produktion in Europa“.<sup>65</sup> Dieses Ziel sollte durch die Übernahme der bewährten deutschen Anbaumethoden erreicht werden. Im Tausch gegen ihre landwirtschaftlichen Produkte sollte die Ukraine die Industriegüter des Westens erhalten. Den Umstand, dass das NS-Regime der Ukraine im neuen Europa bes-

<sup>60</sup> Vgl. Dmytro Tytarenko, NS-Propaganda im Militärverwaltungsgebiet der Ukraine. Ziele, Mittel und Wirkungen, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 66 (2018), S. 620–650, hier S. 626 f.

<sup>61</sup> Dieses und die folgenden Zitate finden sich in Doneckij vestnik vom 30.11.1941, 11.12.1942, 14.2.1943, 24.2.1943, 2.7.1942 und 5.3.1942.

<sup>62</sup> Vgl. Doneckij vestnik vom 14.7.1943.

<sup>63</sup> Doneckij vestnik vom 25.12.1941; die folgenden Zitate finden sich in den Ausgaben vom 28.5.1942 und 4.1.1942.

<sup>64</sup> Diese Zukunftspläne entsprachen den Visionen Hitlers. Im April 1942 sprach Hitler beispielsweise im Kreise seiner Vertrauten über Pläne für Doppeldecker-Expresszüge, die mit einem Tempo von 200 Stundenkilometern auf vier Meter breiten Gleisen zwischen Oberschlesien und dem Donezbecken verkehren sollten; vgl. Ian Kershaw, Hitler, Bd. 2: 1936–1945, München 2002, S. 675.

<sup>65</sup> Doneckij vestnik vom 31.5.1942.

tenfalls den Status einer Kolonie zubilligte, verschwieg die Propaganda wohlweislich.

Angesichts des allgemeinen Informationsmangels und der relativ geringen Verbreitung von Publikationen war die Nachfrage nach den Pressepublikationen recht hoch, was sowjetische Untergrundberichte<sup>66</sup> ebenso festhielten wie Berichte der deutschen Besatzungsverwaltung. Im Januar 1943 hieß es beispielsweise im Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd: „Die Nachfrage nach Zeitungen und Zeitschriften ist weiterhin äußerst lebhaft. An den Zeitungskiosken in den Großstädten stehen Menschen in Schlangen.“<sup>67</sup> An anderer Stelle berichtete die Oberfeldkommandantur Donez von einem „Kulturhunger“ der Bevölkerung und davon, dass „die Zeitungen an den Verkaufsständen den Verkäufern buchstäblich aus den Händen gerissen“ würden.<sup>68</sup>

#### IV. Enthüllungen über die Hungersnot in der Besatzungspresse

Die Hungersnot von 1932/33 stellte eines der wichtigsten Motive für die NS-Propaganda in der Ukraine dar. Zahlreiche Originalbeiträge publizistischer und literarischer Natur wurden dazu in der Zeitung *Nova Ukraïna* veröffentlicht, die seit Dezember 1941 regelmäßig in Charkiv erschien. Das Gebiet Charkiv hatte in der Hungersnot 1932/33 zu den ukrainischen Regionen mit den größten Todeszahlen gehört.<sup>69</sup> In der Redaktion der Zeitung arbeiteten mehrere erfahrene Journalisten, darunter fünf Mitglieder der sowjetischen Vereinigung der Schriftsteller der Ukraine, die bereits seit der Vorkriegszeit in der Redaktion tätig gewesen waren.<sup>70</sup> Allein in der *Nova Ukraïna* erschienen nicht weniger als 80 Artikel, die direkt der

<sup>66</sup> Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Ob'ednan' Ukraïny (Zentrales Staatsarchiv der gesellschaftlichen Vereinigungen der Ukraine, künftig: CDAHOU), Fond (Bestand, künftig: F.) 1, Opy (Findbuch, künftig: Op.) 23, Sprava (Akte, künftig: Sp.) 123, Bl. 99, Informacija tov. Macko o položenii na territorii, vremenno okkupirovannoj nemeckimi vojskami, 1942g.

<sup>67</sup> BArch-MA, RW 31/421, Lagebericht der WiS vom Januar 1943.

<sup>68</sup> BArch-MA, RH 22/206, Bl. 50, Monatlicher Lagebericht der Oberfeldkommandantur Donez, 20.11.1942. Der Vollständigkeit halber ist hier zu erwähnen, dass die Zeitungen für die Bevölkerung nicht nur eine Informations- und Unterhaltungsfunktion besaßen, sondern angesichts des chronischen Papiermangels auch als Verpackungsmaterial oder zur Herstellung von selbstgemachten Notizheften für Schulkinder dienten.

<sup>69</sup> Vgl. N. M. Levčuk, Rajonna diferenciacija vrat naselennja Ukraïny unaslidok holodu v 1933 roci, in: Holod v Ukraïni u peršij polovini XX stolittja: pryčyny ta naslidky (1921–1923, 1932–1933, 1946–1947). Materialy mižnarodnoï naukovoï konferencii, Kiev 2013, S. 261.

<sup>70</sup> Archiv Služby Bezpeky Ukraïny u Charkivs'kij oblasti (Archiv des Sicherheitsdiensts der Ukraine im Gebiet Charkiv, künftig: ASBUChO), Sp. 022954, Bl. 109–118, Obvinitel'noe zaključenie po delu E. Odriny, 12.3.1944; ASBUChO, Sp. 035567, Bl. 37, Protokol doprosa L. Topčija ot 28.10.1945. Einige Autorinnen bzw. Autoren versuchten, sich mit ihren Enthüllungen über die Verbrechen der Sowjetregierung den Deutschen anzudienen, um Repressalien für ihre frühere sowjetische Propagandatätigkeit zu vermeiden. ASBUChO, Sp. 035567, Bl. 19, Protokol doprosa L. Topčija ot 12.10.1945; ASBUChO, Sp. 036717, T. 2, Bl. 7, Protokol doprosa V. Borovogo ot 14.5.1945.

Hungersnot gewidmet waren oder Verweise darauf enthielten, darunter neun Leitartikel.<sup>71</sup>

Die publizierten Materialien enthielten Informationen über das offizielle Verschweigen der Hungersnot in der Sowjetunion,<sup>72</sup> über die Niederschlagung von Aufständen hungernder Bauern,<sup>73</sup> das Ausmaß des Massensterbens und die Schwierigkeiten der Beseitigung der Leichenberge<sup>74</sup> oder über schockierende Fälle von Kannibalismus.<sup>75</sup> Auch die Verfolgung von Agronomen, die der Sowjetstaat später für die Probleme der Kollektivierung sowie die Hungersnot verantwortlich machte, wurde auf den Seiten der Besatzungspresse thematisiert.<sup>76</sup> In einigen Ausgaben veröffentlichten die Redaktionen auch Erinnerungen von Zeitzeugen.<sup>77</sup> Die Enthüllungen über die Hungersnot erreichten Leserinnen und Leser in der gesamten Ukraine, auch in den ehemals polnischen und nun westukrainischen Gebieten, die davon gar nicht betroffen gewesen, in die aber bereits während der Hungerkatastrophe einzelne Informationen durchgesickert waren.<sup>78</sup> Dass die Tragödie weit schlimmer war, erfuhr die westukrainische Bevölkerung dann erst aus der NS-Propaganda,<sup>79</sup> und einige Personen äußerten in der Presse ihre Fassungslosigkeit über die neuen Enthüllungen.<sup>80</sup>

<sup>71</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 28.12.1941: „Džerelo žyttja narodu“, vom 11.1.1942: „Brat-bratovi!“, vom 18.1.1942: „My ne zabuly“, vom 28.1.1942: „Pohrabovana zemlja“, vom 26.2.1942: „Povertaemo pohrabovane“, vom 4.3.1942: „Vy peremohly!“, vom 9.5.1942: „Vysoka čest' ahronoma“, vom 8.8.1942: „Majbutne ukraïns'koho chliboroba“, und vom 8.11.1942: „Ukraïna i bol'sevyky“.

<sup>72</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 24.11.1941: „Toho nikoly ne zabuty“.

<sup>73</sup> Vgl. Nove ukraïns'ke slovo vom 13.2.1943: „Popivka“.

<sup>74</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 30.11.1941: „Ujarmlene seljanstvo“, vom 30.1.1942: „Zrujnovani sela“, vom 26.2.1942: „Povertaemo pohrabovane“, vom 5.5.1942: „Spovid' Faryseja“, und vom 12.9.1942: „Na Kubani“.

<sup>75</sup> Deržavnyj Archiv Černihivskoj oblasti (Staatsarchiv des Gebiets Černihiv, künftig: DAČO), F. P-3004, Op. 1, Sp. 31, Bl. 1, Zajavlenie Černigovskomu gorodskomu staroste ot akademičeskogo pensionera, byvshego docenta Černigovskogo pedagogičeskogo instituta Baran-Butoviča Stepana Gavriloviča, 18.9.1941.

<sup>76</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 9.5.1942: „Vysoka čest' ahronoma“.

<sup>77</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 24.11.1941: „Toho nikoly ne zabuty“, vom 8.3.1942: „Dobryj den', Charkove!“, vom 20.3.1942: „Moï dumky“, vom 23.4.1942: „Vidrodžennja sela“, vom 16.5.1942: „Typy Bamlahu“, vom 31.7.1942: „Vražennja novoho žyttja“, und vom 22.11.1942: „Joho druž“.

<sup>78</sup> In den damals polnischen Regionen, in denen ethnische Ukrainer aber die Bevölkerungsmehrheit stellten, waren Hilfskomitees für die Unterstützung der Hungernden in der Ukraine eingerichtet worden. Zudem hatten einige politische Parteien und Organisationen der Ukrainer in Polen dieses Thema aufgegriffen; vgl. Viktor V. Kondrašın, Chlebozagotovitel'naja politika v gody pervoj pjatiletki i ee rezul'taty (1929–1933 gg.), Moskau 2014, S. 259–261.

<sup>79</sup> Zur Berichterstattung zum Holodomor in den Propagandazeitungen vgl. L'vivs'ki Visti, Vil'ne Slovo (Drohobyč), Krakivs'ki Visti, in: Kostjantyn Kurylyšin, Ukraïns'ke žyttja v umovach nimec'koï okupacii (1939–1944 pp.): za materialamy ukraïnomovnoï lehal'noï presy, Lemberg 2010, S. 141–146. Es handelte sich hauptsächlich um Nachdrucke aus Zeitungen, die in der Zentral- und Ostukraine veröffentlicht worden waren, und nur vereinzelt um originale Berichte.

<sup>80</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 20.10.1942: „U svitli zanepadu i ruïny“.

Die in der Besatzungspresse publizierten Materialien vermittelten eine erste Vorstellung von der großen Zahl der Hungertoten. Verschiedene Autorinnen und Autoren nannten hier Opferzahlen, die zwischen fünf,<sup>81</sup> sieben<sup>82</sup> und acht<sup>83</sup> Millionen lagen. Manchmal wurden die Hungertoten auch einfach in die allgemeine Statistik der Opfer der bolschewistischen Politik eingerechnet: „mehrere zehn Millionen Ukrainer, die gefoltert und getötet worden waren.“<sup>84</sup> In einer Propaganda-Ausstellung mit dem Titel „Die Ukraine unter dem Sowjetjoch“, die 1942 in Charkiv gezeigt wurde, versuchte man, diese Zahlen für den Besucher noch eindrucksvoller zu visualisieren. Dort hieß es, im Jahr 1933 seien jeden Tag 23.000 Hungernde gestorben.<sup>85</sup>

Viele Artikel in der nationalsozialistischen Besatzungspresse betonten den Charakter der Hungersnot. Diese sei „künstlich von den Bolschewiken geschaffen“,<sup>86</sup> „von den roten Bestien angerichtet“,<sup>87</sup> „bewusst initiiert und auf teuflische Weise von der Besatzungsmacht des Roten Moskauer geleitet“ worden.<sup>88</sup> Einige Propagandistinnen und Propagandisten hoben auch das besondere Leiden der ukrainischen Nation in der Hungersnot hervor, indem sie den „kriminellen Versuch verurteilten, das ukrainische Volk physisch zu zerstören“,<sup>89</sup> oder die „systematische Vernichtung des ukrainischen Volks“ anprangerten.<sup>90</sup> In einem weiteren Artikel hieß es: „Wir Ukrainer haben mit dem Bolschewismus eine besonders große offene Rechnung.“<sup>91</sup> Einige der Pressepublikationen vertraten somit zumindest implizit bereits das Argument des gezielten bolschewistischen Völkermords an den Ukrainern, ohne den Genozid-Begriff zu verwenden, der zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht in Gebrauch war. Allerdings war der Begriff Völkermord in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert bekannt. Zudem hatte Anfang der 1920er Jahre bereits eine begrenzte internationale Debatte über den Völkermord an den Armeniern im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren gegen jungtürkische Täter stattgefunden.<sup>92</sup>

<sup>81</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 30.11.1941: „Z čoho bol'shevyky počaly, tym i zakinčyly“, vom 25.3.1942: „Charkiv – ukraïns'ke misto“, und vom 20.4.1943: „Deržavnyj muž i voenačal'nyk Adol'f Hitler“.

<sup>82</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 9.4.1943: „Zasivajmo lany“.

<sup>83</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 16.4.1942: „Likvidacija kolchoziv i novyj zemel'nyj lad na seli“.

<sup>84</sup> Nova Ukraïna vom 11.4.1943: „Na ščo pracjue seljany“.

<sup>85</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 8.11.1942: „Zlydenne žyttja v sovchozach“.

<sup>86</sup> Nova Ukraïna vom 24.2.1942: „Ostriv Prirva“.

<sup>87</sup> Nova Ukraïna vom 3.2.1942: „U Pokrovs'komu monastyri“.

<sup>88</sup> Nova Ukraïna vom 11.1.1942: „Brat-bratovi!“

<sup>89</sup> Haluzevyj Deržavnyj Archiv Služby Bezpeky Ukraïny (Hauptstaatsarchiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine, künftig: HDA SBU), Sp. P-16402, Bl. 188–193 (hier Bl. 190), Ukraïns'ke Polissja vom 7.12.1941: „Na novyj istoričnyj šljach“ (Fedor Baran-Butovič, handschriftliche Kopie).

<sup>90</sup> Nova Ukraïna vom 21.10.1942: „Den' vyzvolennja Ochtyrščyny“.

<sup>91</sup> Nova Ukraïna vom 8.11.1942: „Ukraïna i bol'shevyky“.

<sup>92</sup> Vgl. Taner Akçam, *The Young Turks' Crime Against Humanity. The Armenian Genocide and Ethnic Cleansing in the Ottoman Empire*, Princeton/Oxford 2012, und Mihran Dabag, *Der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich*, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. 33–55.

Die Artikel nannten verschiedene Ursachen für die Hungersnot: Die Beschlagnahme von Getreide, um die Exporte zu steigern und „um zu zeigen, dass die Sowjets über genügend Nahrungsmittel verfügten, um die ganze Welt zu ernähren“,<sup>93</sup> der Wunsch, die Bauernschaft zu disziplinieren, sowie das Bestreben, die gesellschaftliche Schicht der Großbauern (*Kulaken*) „mit einem Federstrich zu zerstören“.<sup>94</sup> Zugleich wurde angeführt, dass die Politik der sowjetischen Führung gegenüber den ukrainischen Bauern darauf zielte, „alles bis dahin Bestehende, Individuelle und Rassische zu zerstören“.<sup>95</sup> Die Verwendung des Rassenbegriffs, der in der Sowjetunion nicht gebräuchlich war, in Bezug auf die ukrainische Bevölkerung scheint hier eine deutsche Übertragung zu sein.

Kaum überraschend, fanden auch antisemitische Deutungsmuster breite Verwendung: So wurde die Verantwortung für die Hungersnot von 1932/33 oftmals nicht nur den Bolschewiki als politischer Klasse, sondern auch den Juden angelastet; sie seien die „Hauptverantwortlichen sowohl für den Bolschewismus als auch für die Verfolgung der Bauern“.<sup>96</sup> Die Hungersnot in der Ukraine sei „auf sadistische Weise von den Moskauer Juden ausgedacht und organisiert worden“,<sup>97</sup> hieß es in der Propagandapresse. Bereits im Vorfeld des Angriffs auf die Sowjetunion gehörte es zu den zentralen Propagandazielen, Pogrome an Juden auszulösen und Morde an sowjetischen Funktionären zu initiieren. So hieß es in den „Politischen Richtlinien für die Propaganda“ des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete vom Mai 1941:

„Dass die Juden selbstverständlich von uns als Hauptschuldige hingestellt werden, wird sicher von der gesamten Bevölkerung begrüßt werden. Die Judenfrage kann zu einem erheblichen Teil dadurch gelöst werden, dass man der Bevölkerung einige Zeit nach Inbesitznahme des Landes freie Hand lässt. Ebenso werden voraussichtlich die radikalsten bolschewistischen Funktionäre von der Bevölkerung selbst erledigt werden oder sind dann geflohen.“<sup>98</sup>

Ein weiteres antisemitisches Stereotyp in der Besatzungspresse lautete, dass Juden selbst nicht unter der Hungersnot gelitten hätten, wie folgender Presseartikel verdeutlicht:

„Nur ein Teil der Bevölkerung bekam den Hunger nicht zu spüren. Das waren die Juden. Sie nutzen still und heimlich die Dienste von ‚Torgsin‘, in deren Läden es alles gab, was man sich nur wünschen konnte, einschließlich Lebensmit-

<sup>93</sup> Nova Ukraïna vom 30.11.1941: „Ujarmlene seljanstvo“.

<sup>94</sup> Nova Ukraïna vom 5.5.1942: „Spovid' Faryseja“.

<sup>95</sup> Nova Ukraïna vom 28.12.1941: „Džerelo žyttja narodu“.

<sup>96</sup> Nova Ukraïna vom 2.7.1942: „Svjaščenyj obov'jazok ukraïns'koho seljanstva“.

<sup>97</sup> Nova Ukraïna vom 8.11.1942: „Ukraïna i bol'sevyky“.

<sup>98</sup> Zit. nach Quinkert, Aufruf zur Kooperation, in: Dies./Morré (Hrsg.), Besatzung, S. 201.

teln. Aber sie konnten nur mit Gold und ausländischen Währungen gekauft werden, und den Juden fehlte es weder an Gold noch an Dollar.“<sup>99</sup>

Zentrale Topoi der nationalsozialistischen Propaganda aufgreifend, wurde in einer Reihe von Publikationen die Schuld für die Hungersnot explizit dem „semitisch-asiatischen Bolschewismus“<sup>100</sup> und dem „Moskauer Dschingis Khan“<sup>101</sup> zugesprochen. Einen solchen Ansatz verfolgten häufig auch die Ideologen der OUN und stießen damit bei einem Teil der Bevölkerung auf offene Ohren.<sup>102</sup>

Antisemitische Beiträge waren in der Besatzungspresse generell weit verbreitet. Die Juden wurden darin als äußerst gefährliche Bedrohung, als Verursacher des Zweiten Weltkriegs, als größter Feind nicht nur des deutschen, sondern auch des ukrainischen und russischen Volks präsentiert. Zur Illustration seien hier einige Artikelüberschriften angeführt, die in der Besatzungspresse im Donbass erschienen:<sup>103</sup> „Söhne Israels – Söhne der Niedertracht“, „Das Judentum und der Marxismus“, „Die zweite Front gegen das Judentum“, „Das jüdische Geschäft“, „Die Juden und der Bolschewismus“, „Warum der Bolschewismus eine Erscheinung jüdischen Ursprungs ist“, „Die sowjetische Industrie in jüdischen Händen“, „Am Krieg sind die Juden schuld“.

Ganz überwiegend wurde die Hungersnot auf dem Territorium der Ukraine thematisiert, nur wenige Veröffentlichungen beleuchteten die Hungerkatastrophe in anderen Regionen der Sowjetunion: auf dem russischen Kuban,<sup>104</sup> im Kaukasus,<sup>105</sup> in Kasachstan<sup>106</sup> und in der Wolgaregion.<sup>107</sup> Dabei lag auch hier das besondere Augenmerk auf den ukrainischen Opfern: Es wurde betont, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung des Nordkaukasus aus Ukrainern bestand, und der Kuban wurde allgemein als eine Region beschrieben, „die territorial und ethnographisch eine Ergänzung der Ukraine“ darstelle.<sup>108</sup> Nur in einzelnen Publikatio-

<sup>99</sup> Zit. nach Karel C. Berkhoff, *The Great Famine in Light of the German Invasion and Occupation*, in: *Harvard Ukrainian Studies* 30 (2008), S. 165–181, hier S. 166. „Torgsin“ war das Akronym einer Handelskette für den staatlichen Handel mit Ausländern, die von 1929 bis 1936 in der Sowjetunion bestand. Auch Sowjetbürger konnten gegen Devisen in diesen Läden einkaufen.

<sup>100</sup> HDA SBU, Sp. P-16402, Bl. 188–193 (hier Bl. 191), *Ukrains'ke Polissja* vom 7.12.1941: „Na novyj istoričnyj šljach“.

<sup>101</sup> *Nova Ukraïna* vom 21./22.6.1942: „Na ridnim poli“.

<sup>102</sup> Vgl. Kai Struve, *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin/Boston 2015, S. 81 und S. 186–198, sowie Berkhoff, *Harvest*, S. 72.

<sup>103</sup> *Doneckij vestnik* vom 11.1.1942, 13.1.1943, 12.3.1943, 30.5.1943, 4.7.1943 und 25.7.1943, sowie *Marijupil'ska hazeta* vom 11.2.1942, 6.6.1943, 8.8.1942 und 5.3.1943.

<sup>104</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 12.9.1942: „Na Kubani“.

<sup>105</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 19.6.1942: „Kavkaz čekae“.

<sup>106</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 18.4.1942: „Cukrovarnja v Kazachstani (iz spohadiv pro mynule)“, und vom 5.7.1942: „Perekynčyk“.

<sup>107</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 5.1.1943: „Za šyrmoju Stalins'koï konstytcii“.

<sup>108</sup> *Nova Ukraïna* vom 19.6.1942: „Kavkaz čekae“.

nen fand die Hungersnot von 1921/22 als „die erste Hungersnot“<sup>109</sup> unter der Herrschaft der Bolschewiki Erwähnung.

### V. Die erste wissenschaftliche Untersuchung der Hungersnot von Stepan Sosnovyj

Den ernsthaftesten Versuch, die Bedingungen und Umstände der Hungersnot von 1932/33 wissenschaftlich zu analysieren und die Zahl der Opfer zu berechnen, stellte eine Untersuchung des Charkiver Agrarökonomen Stepan Sosnovyj dar, die am 8. November 1942 in der Zeitung *Nova Ukraina* in Teilen veröffentlicht wurde.<sup>110</sup> Wiederabdrucke oder Auszüge, oft mit geänderten Titeln, publizierten in der Folge auch andere Zeitschriften.<sup>111</sup> Zudem entwickelten die lokalen Abteilungen der OUN ein zunehmendes Interesse an Sosnovyjs Veröffentlichung und nahmen diese als Grundlage für eigene Publikationen.<sup>112</sup>

In den 1930er Jahren hatte Stepan Sosnovyj im Staatlichen Planungsamt der ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in Charkiv gearbeitet. Während der Besatzungszeit war er Leiter des Statistikamts der Stadtverwaltung in Charkiv und veröffentlichte eine Reihe von Artikeln in der Zeitung *Nova Ukraïna*.<sup>113</sup> Für die Zusammenarbeit mit den Deutschen verurteilte ihn ein sowjetisches Gericht 1950 zu 25 Jahren Lagerhaft und Zwangsarbeit, Sosnovyj wurde aber im Zuge der Amnestie unter Chrusčev bereits nach sechs Jahren vorzeitig entlassen. Er starb 1961 im Alter von 66 Jahren in Kiew.<sup>114</sup>

Sosnovyjs Untersuchung war die erste mit wissenschaftlichen Methoden erstellte Publikation zur Hungersnot der Jahre 1932/33 in der Ukraine und zeichnete sich durch eine kritische Analyse der verfügbaren sowjetischen Statistikquellen aus. Basierend auf der Auswertung von Volkszählungsmaterialien der Jahre 1926 und 1939 sowie weiterer ihm zugänglicher sowjetischer Statistiken kam der Autor zu dem Schluss, dass die direkten Verluste der ukrainischen Bevölkerung durch Hunger 4,8 Millionen Menschen betragen hätten. Hinzu zählte er weitere Menschenverluste in Höhe von 2,7 Millionen als Folge des Geburtenrückgangs. Ins-

<sup>109</sup> Nova Ukraïna vom 11.1.1942: „Brat-bratovi!“, und vom 17.7.1942: „Svjato peremohi“.

<sup>110</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 8.11.1942: „Pravda o golode na Ukraine v 1932–1933 godach“.

<sup>111</sup> Vgl. Nižyns'ki visti vom 5.12.1942; Marijupil'ska hazeta vom 14.1.1943; Sums'kyj visnyk vom 24.1.1943, und Doneckij vestnik vom 31.1.1943.

<sup>112</sup> Archiv Služby Bezpeky Ukraïny u Donec'kij oblasti (Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k, künftig: ASBUDO), Sp. 36824-pf., Bl. 236 f., Protokol doprosa N.V. Fenenko, 15.3.1946.

<sup>113</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 26.7.1942: „Statystyka s'ohodni“, vom 25.3.1942: „Charkiv – ukraïns'ke misto“, und vom 7.5.1942: „Vidbudova mis'koho gospodarstva“.

<sup>114</sup> Vgl. Oleksandr Saltan, Istoryčna cinnist' doslidžennja ahronoma-ekonomista Stepana Sosnovoho u vysvitlenni podij Holodomoru na špal'tach hazety „Nova Ukraïna“, in: Studii Holodomoru/Holodomor Studies 1 (2018); [www.holodomorstudies.com/research6.html](http://www.holodomorstudies.com/research6.html) [25.6.2021].

gesamt berechnete der Wissenschaftler auf dieser Grundlage für die Ukraine ein Bevölkerungsdefizit von 7.466.000 Menschen.<sup>115</sup>

Sosnovyj lag mit seinen Berechnungen der Opferzahlen damit höher als heutige Forscher. Ukrainische Demografen hatten zuletzt 2015 eine Opferzahl von circa 4,5 Millionen Menschen berechnet, davon 3,9 Millionen direkte Hungertote und 0,6 Millionen aufgrund ausgebliebener Geburten.<sup>116</sup> Die genaue Zahl der Opfer ist schwer zu ermitteln, da die sowjetischen Behörden in den Hungerjahren angewiesen worden waren, die Hungertoten nicht zu dokumentieren.

Sosnovyj legte den Deutschen 1944 eine über 100 Seiten umfassende Untersuchung zur „Bevölkerungsdynamik in der Ukraine von 1917 bis 1941“ vor, die umfangreiche Statistiken umfasste und für den Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg vollständig ins Deutsche übersetzt wurde.<sup>117</sup> Auf dem Titelblatt des Manuskripts stand die handschriftliche Notiz: „Bei Veröffentlichung den Namen des Autors nicht nennen, nur ‚Prof. So‘.“ Mit klaren Worten beschrieb der Wissenschaftler Sosnovyj in seiner Arbeit die Ursachen der Hungerkatastrophe:

<sup>115</sup> Vgl. Nova Ukraïna vom 8.11.1942: „Pravda o golode na Ukraine v 1932–1933 godach“. An anderer Stelle schrieb er von 4,5 bis fünf Millionen direkten Hungertoten und weiteren Menschenverlusten in Höhe von 2,5 Millionen als Folge des Rückgangs der Geburtenrate; Central'nyi Deržavnyj Archiv vyščych orhaniv vłady ta upravlinnja Ukraïny (Zentrales Staatsarchiv der obersten Regierungs- und Verwaltungsorgane der Ukraine, künftig: CDAVOVU), F. 3676, Op. 1, Sp. 36. Bl. 27, „Die Bevölkerungsdynamik der Ukraine in den Jahren 1917–1941, Verfasser: Prof. Sosnowy“. Es handelt sich hier um die für den Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg (Hauptarbeitsgruppe Ukraine) erstellte deutsche Übersetzung des über hundert Seiten umfassenden Manuskripts. Das Original wurde unseres Wissens bisher nicht gefunden. Als Übersetzer wird Obereinsatzführer (OEF) Wöhl angegeben. Zudem wurde auf dem Deckblatt vermerkt, OEF Kurzweil habe eine technische Bearbeitung vorgenommen, Christel Boye dagegen habe eine maschinenschriftliche Kopie erstellt sowie die zahlreichen Tabellen bearbeitet und überprüft. Die Qualität der Übersetzung und der Grad der Bearbeitung durch die Angehörigen des Einsatzstabs lässt sich ohne den Originaltext nicht genau feststellen. Für den Hinweis auf dieses wichtige Dokument danken wir Frank Sysyn.

<sup>116</sup> Vgl. Omelian Rudnytskyi u. a., *Demography of a Man-Made Human Catastrophe: The Case of Massive Famine in Ukraine, 1932–1933*, in: *Canadian Studies in Population* 42 (2015), S. 53–80. Vor der Öffnung der ehemaligen sowjetischen Archive lagen die Schätzungen der Historikerinnen und Historiker zur Zahl der Hungertoten in der Ukraine oft weit auseinander und reichten von zwei Millionen bis zu sieben oder sogar zehn Millionen. Eine sowjetische Volkszählung hatte zwar 1937 bereits zutage gefördert, dass in der gesamten Sowjetunion über acht Millionen Menschen fehlten; davon waren die meisten Opfer der Hungersnot in der Ukraine, Russland und Kasachstan (sowie ihre ungeborenen Kinder). Die Ergebnisse der Volkszählung wurden von Stalin und seinen Nachfolgern jedoch 50 Jahre unter Verschluss gehalten, die verantwortlichen Leiter der Volkszählung auf Stalins Befehl hingerichtet. Vgl. dazu Applebaum, *Red Famine*, S. 280 f. Für eine differenzierte Diskussion der Opferzahlen vgl. auch Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2010, S. 73–74. Snyder ging davon aus, dass in der Ukraine nicht weniger als 3,3 Millionen Sowjetbürger am Hunger und seinen Folgen starben.

<sup>117</sup> CDAVOVU, F. 3676, Op. 1, Sp. 36, „Die Bevölkerungsdynamik der Ukraine in den Jahren 1917–1941“; die folgenden Zitate finden sich ebenda, Bl. 27 und Bl. 30. Zitiert wird aus der deutschen Übersetzung des russischen Originals.

„Im Jahre 1929 begann die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Bauern wehren sich hartnäckig dagegen; sie sehen in der Kollektivierung ein Mittel, sie im Namen der ihren Interessen völlig fremden Weltrevolution zu versklaven. Die Antwort der sowjetischen Regierung mit dem Ziele, die unbotmäßige bäuerliche Bevölkerung kleinzukriegeln, bestand darin, dass sie in den Jahren 1932–1933 in der Ukraine absichtlich eine fürchterliche Hungersnot förderte. Millionen Menschen starben und Millionen strebten in die Städte. Gleichzeitig vollzog sich eine Terroraktion gegen die Intelligenz, insbesondere in den Jahren 1937, 1938. Der Kampf gegen die ‚Volksschädlinge‘ zog sich ohne Unterbrechung durch die ganze Zeit.“

Im Ergebnis des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ bilanzierte Sosnowyj Bevölkerungsverluste von beinahe acht Millionen Menschen, wobei es freilich nicht nur Verlierer gab: Während die Bevölkerungszahl auf dem Land zurückging, kam es zu einem starken Bevölkerungszuwachs in den Städten.

Die große Bedeutung, die die Deutschen der Untersuchung beimaßen, kam in dem einleitenden Kommentar des Haupteinsatzführers (HEF) Rudolf Proksch zum Ausdruck. Darin hieß es: „Diese Arbeit stellt, vorausgesetzt, dass die einzelnen Zahlenangaben der Wirklichkeit entsprechen, einen der entscheidenden [sic!] politischen Beiträge unserer bisher abgelieferten Arbeiten dar.“<sup>118</sup> Man könne anhand der Untersuchung „die biologische Aktivität des Ukrainertums erkennen und daraus gewisse Schlüsse auf die bevölkerungspolitische Lage dieses Raumes nach Abschluss des gegenwärtigen Kriegs ziehen“. Zudem ließe sich „die völkische Einheitlichkeit des ukrainischen Raumes erkennen (Ukrainer: 80 v. H. der Gesamtbevölkerung)“ sowie der hohe jüdische Anteil mit 1.574.000 Menschen oder 5,4 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Von besonderer Bedeutung waren, wie Proksch hervorhob, Sosnowyjs Befunde aus den Charkiver Volkszählungsdaten des Jahrs 1939 „über die berufliche Gliederung der Bevölkerung und die Stellung des Judentums innerhalb der einzelnen Berufssparten“. Dabei kam Sosnowyj unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Erwerbstätigkeit bei den Juden, insbesondere bei den jüdischen Frauen, niedriger liege als bei der ukrainischen und russischen Stadtbevölkerung, was seiner Ansicht nach auf „ein höheres Lebensniveau und eine geringere Notlage“ schließen lasse. Während die erwerbstätige Bevölkerung bei den Ukrainern und Russen zu zwei Dritteln aus Arbeitern und nur zu einem Drittel aus Angestellten bestehe, seien bei den Juden drei Viertel Angestellte und nur ein Viertel Arbeiter.<sup>119</sup> Sosnowyj bewerte-

<sup>118</sup> CDAVOVU, F. 3676, Op. 1, Sp. 36, Bl. 1, Vorbemerkung von HEF Proksch, Bialystok, 25.5.1944. Durchschläge des Manuskripts sollten direkt an Friedrich Wilhelm Burgdörfer – nationalsozialistischer Bevölkerungswissenschaftler, Rassenkundler und Honorarprofessor der Universität München – sowie an Dr. Gerhard Wunder gehen, der für den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg den Aufbau der sogenannten Ostbücherei aus Beständen staatlicher russischer Bibliotheken betreute. Die folgenden Zitate finden sich ebenda, Bl. 1–3.

<sup>119</sup> CDAVOVU, F. 3676, Op. 1, Sp. 36, Bl. 81–85, „Die Bevölkerungsdynamik der Ukraine in den Jahren 1917–1941“; das folgende Zitat findet sich ebenda, Bl. 85.

te dies mit klar antisemitischem Unterton: „Ein Kommentar dazu ist überflüssig. Die Juden vermieden grundsätzlich die physische Arbeit und zogen den Beruf des Angestellten vor. Sehen wir sie aber doch auf dem Sektor der physischen Arbeit, dann aber vorzugsweise nur dort, wo es sich um leichtere Arbeit handelte.“ Es muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben, ob Sosnovyjs antisemitische Bemerkungen Ausdruck eigener Überzeugungen waren oder vielmehr das strategische Ziel verfolgten, sich bei den Deutschen anzudienen. Es ist auch nicht ganz auszuschließen, dass es sich hier um eine nachträgliche Bearbeitung des deutschen Übersetzers handelte.

Als Wissenschaftler konnte Sosnovyj die neue politische Situation unter nationalsozialistischer Herrschaft nutzen, um seine Erkenntnisse über die Hungersnot erstmals einem breiteren ukrainischen Lesepublikum zugänglich zu machen. Zweifellos halfen die sachlichen und differenzierten Zeitungsartikel Sosnovyjs den Lesern in der besetzten Ukraine, das ganze Ausmaß der Tragödie von 1932/33 zu verstehen. Über die mehr als 12.000 registrierten Hungertoten unter deutscher Herrschaft in Charkiv,<sup>120</sup> von denen Sosnovyj als Mitglied der Stadtverwaltung ebenfalls gewusst haben muss, konnte er hingegen nicht publizieren.

Die Deutschen waren also an zuverlässigen, wissenschaftlich ermittelten Daten zur Bevölkerungsstruktur in den besetzten sowjetischen Gebieten interessiert, gedachten sie diese doch einerseits in der Besatzungspresse propagandistisch auszuschlachten und andererseits ihre eigenen bevölkerungspolitischen Planungen daran auszurichten. Dem deutschen Lesepublikum wurde Sosnovyjs Untersuchung zur Hungersnot indes vorenthalten, und die Rezeption blieb zunächst auf die besetzte Ukraine beschränkt. Erst nach Kriegsende druckte die von der ukrainischen Diaspora im bayerischen Neu-Ulm herausgegebene ukrainische Zeitung *Ukrains'ki visti* (Ukrainische Nachrichten) 1950 einen Artikel Sosnovyjs nach.<sup>121</sup> 1953 erschien zudem in Kanada ein ins Englische übersetzter Artikel aus seiner Feder über die Hungersnot im ersten Band der Dokumentensammlung „The Black Deeds of the Kremlin“.<sup>122</sup>

## VI. Die Hungersnot in Kunst und Kultur

Die Hungersnot von 1932/33 fand nicht nur in dokumentarischen Presseberichten und Zeitzeugenerinnerungen Erwähnung, sondern wurde auch literarisch aufgegriffen, die ebenfalls in der Besatzungspresse veröffentlicht wurden.<sup>123</sup> Beispiels-

<sup>120</sup> Vgl. dazu Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, 2., durchgesehene und ergänzte Aufl., Hamburg 2002, S. 328–346, und Anatolij V. Skorobohatov, Charkiv u časy nimec'koï okupacii (1941–1943), Charkiv 2004.

<sup>121</sup> Vgl. *Ukrains'ki visti* (Neu-Ulm) 371, H. 10, vom 2.2.1950 und 372, H. 11, vom 5.2.1950.

<sup>122</sup> Vgl. Stepan Sosnovyj, The Truth about the Famine, in: *The Black Deeds of the Kremlin. A White Book*, hrsg. von der Ukrainian Association of Victims of Russian Communist Terror, Bd. 1, Toronto 1953, S. 222–225.

<sup>123</sup> Zum Kulturleben in der Ukraine in den Gebieten unter deutscher Militärverwaltung vgl. Dmytro Tytarenko, *Kul'turni procesy v Ukraïni u roky nacysts'koï okupacii (zona vijs'kovoï administracii)*, Lemberg/Donetsk 2014.

weise erschien 1943 in der Zeitung *Nova Ukraïna* ein Zyklus von Gedichten zur Hungersnot. Obwohl ihre Gesamtzahl eher gering war, haben drastische poetische Bilder wie „Alles verschwand im hungrigen Feuer/Mütter verschlingen ihre Kinder“<sup>124</sup> zweifellos die emotionale Wirkung der Propaganda verstärkt – und sie enthielten nicht selten auch schrille antisemitische Untertöne.

Zu erwähnen ist hier mit Ulas Samčuks<sup>125</sup> Roman „Marija“ auch die erste literarische Verarbeitung der Hungersnot, die bereits 1933 im damaligen Polen veröffentlicht werden konnte. Der Roman war den zahlreichen Müttern gewidmet, die in der Hungersnot umgekommen waren. 1941 erreichte der Roman dann auch das Lesepublikum in den besetzten sowjetischen Gebieten; die 15.000 in Rivne gedruckten Exemplare waren schnell ausverkauft. Ulas Samčuk reiste in die Zentral- und Ostukraine und hielt an verschiedenen Orten öffentliche Lesungen ab, die zumindest ansatzweise den Charakter öffentlicher Gedenkveranstaltungen an den Holodomor trugen.<sup>126</sup>

Das Theater wurde ebenfalls von der nationalsozialistischen Propaganda instrumentalisiert. Es gehörte zu den Aufgaben der Propagandaabteilung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, das Theater als politisches Indoktrinationsmittel zu etablieren und damit zur „kulturpolitischen Durchdringung des Raumes“ beizutragen.<sup>127</sup> Unter den Theaterstücken antisowjetischen Inhalts, die während der Besatzungszeit aufgeführt wurden,<sup>128</sup> war mindestens eines – „Marko Ottava“ – dem ukrainischen Dorfleben während der Hungersnot gewidmet. Geschrieben hatte es Aleksej Sennik (1909–1968), bekannt unter seinem Pseudonym Aleksej Saporožskij,<sup>129</sup> der aus einem Dorf im Gebiet Zaporizžja stammte. Im Dezember 1942 wurde das Stück im Theater von Dneprodzeržinsk uraufgeführt. Als es nach mehreren Vorstellungen auf Anordnung des Stadtkommissars (vermutlich seiner ukrainisch nationalistischen Inhalte wegen) abgesetzt und verboten wur-

<sup>124</sup> Nova Ukraïna vom 25.1.1943: „1933 rik“; das hier zitierte Gedicht wurde von Oleksa Andrijiwicz Veretenčenko (1918–1993; Pseudonym: Oleksa Rozmaj) verfasst, der 1944 nach Deutschland und 1949 in die USA emigrierte und heute zu den bekannteren ukrainischen Literaten zählt.

<sup>125</sup> Ulas Samčuk (1905–1987) war ein ukrainischer Schriftsteller und Publizist, der in Breslau und Prag studiert hatte. Er hatte die Sowjetukraine während der Hungersnot bereist und die Erfahrungen 1934 in seinem Roman „Marija“ verarbeitet. Von 1941 bis 1943 arbeitete er in Rivne als Redakteur der deutschen Propagandazeitung „Volyn“. 1944 floh er zunächst mit den Deutschen ins Reich, um 1948 nach Kanada zu emigrieren.

<sup>126</sup> Vgl. Berkhoff, *Great Famine*, S. 166 f.

<sup>127</sup> Bogusław Drewniak, *Das Theater im NS-Staat. Szenarium deutscher Zeitgeschichte, 1933–1945*, Düsseldorf 1983, S. 33.

<sup>128</sup> ASBUDO, Sp. 25651, Bl. 14 (Rückseite), Protokol doprosa P.T. Sbytnewa ot 12.5.1946; ASBUDO, Sp. 34980-pf, Bl. 68, Protokol doprosa N.T. Antonceva ot 19.2.1945; ASBUDO, Sp. 29032, Bl. 193, Obvinitel'noe zaključenie po delu F.M. Vokar', 24.3.1944; vgl. auch Dnipropetrovs'ka hazeta vom 15.5.1942: „Sovets'kyj kalejdoskop (satyryčna p'esa molodoho avtora K. Švecha)“; *Istoriya ukraïns'koho teatru*, T. 2: 1900–1945, Kiew 2009, S. 785.

<sup>129</sup> Viktor Kulenko, *Dneprodzeržinskie kraevedy rasskazali o svoem zemljake Aleksee Sennike; www.gorod.dp.ua/news/100341* [20.7.2018].

de, kam es zu Protesten, wie einem deutschen Bericht zu entnehmen ist: „Die Bevölkerung, welche das Stück mit Begeisterung aufgenommen hatte, fasste dieses Verbot als einen Beweis für die negative Einstellung der Deutschen zu den Tatsächlichkeiten des ukrainischen Lebens auf.“<sup>130</sup>

Auch im Propaganda-Kino schenkten die Besatzer dem Leben der Bauern in der Sowjetunion eine gewisse Aufmerksamkeit. Die Zentralfilmgesellschaft Ost mbH produzierte seit November 1942 16 Propagandafilme, von denen mindestens zwei („Der letzte Hammerschlag“ und „Das Knüppelchen“) das sowjetische Kolchossystem einer vernichtenden Kritik unterzogen.<sup>131</sup> Ein Zeitzeuge aus dem Donbass erinnerte sich noch über 60 Jahre später detailliert an die Handlung des Films „Knüppelchen“, der auf ihn offenbar einen bleibenden Eindruck hinterlassen hatte, weil er im scharfen Kontrast zu den Sehgewohnheiten und kulturellen Erfahrungen der Sowjetbürger im Stalinismus der 1930er Jahre stand.<sup>132</sup>

## VII. Die Hungerpolitik unter deutscher Besatzungsherrschaft

Zu den Widersprüchen der deutschen Ukrainepolitik gehörte es, dass die Besatzer einerseits die tödliche Hungersnot unter Stalin in der Besatzungspresse propagandistisch anprangerten, andererseits aber in den besetzten Gebieten selbst eine grausame Politik des Hungers betrieben. Dabei bevorzugte das deutsche Besatzungsregime in der Ukraine beim Zugang zu Nahrungsmitteln die Land- gegenüber der Stadtbevölkerung, was einer Umkehr der sowjetischen Versorgungspolitik der 1930er Jahre gleichkam. Die verantwortlichen Planungsstäbe waren sich der Tatsache bewusst, dass die landwirtschaftliche Produktion entscheidend vom guten Willen der Bevölkerung zur Mitarbeit abhing. Dahinter stand die Einsicht, dass „man nicht hinter jedem Pflug einen Polizisten laufen lassen kann“.<sup>133</sup> In den ukrainischen Großstädten und Industrieregionen verfolgten die deutschen Besatzer dagegen eine Hungerstrategie, die darauf abzielte, nicht nur die Versorgung der Truppe aus dem besetzten Land sicherzustellen, sondern auch ein Höchstmaß an Lebensmitteln ins Reich abzutransportieren, weil man der deutschen Bevölkerung auch in Kriegszeiten keine allzu großen Einschränkungen zumuten wollte.

<sup>130</sup> BArchB, R6/302, Bl. 113, Bericht des Vertreters des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete bei der Heeresgruppe B, Dezember 1942.

<sup>131</sup> BArchB, R 55/506, Bl. 271–276, Zentralfilmgesellschaft Ost mbH, Bericht der Geschäftsführung für die Mitglieder des Aufsichtsrats, November 1942. Vgl. auch Ralf Forster, Deutsche Filmpropaganda im „Ostraum“. Die Zentral-Filmgesellschaft Ost (ZFO) 1941–1945, in: Hans-Michael Bock/Jan Distelmeyer/Jörg Schöning (Hrsg.), Träume in Trümmern. Film – Produktion und Propaganda in Europa 1940–1950, München 2009, S. 46–64, hier S. 48.

<sup>132</sup> Interview mit S. Ivan Andreevič (geb. 1925), der unter deutscher Besatzung in Stalino (Dонец'k) lebte; aufgezeichnet von Dmytro Tytarenko im Oktober 2004.

<sup>133</sup> Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (Rußländisches Staatliches Militärarchiv, künftig: RGVA), F. 700, Op. 1, Sp. 49, Bl. 64, Programm für die Ostbesprechung unter Vorsitz des Reichsmarschalls (undatiert), und RGVA, F. 700, Op. 1, Sp. 49, Bl. 69 f., Vermerk der Geschäftsgruppe Ernährung beim Beauftragten für den Vierjahresplan, 27.11.1942.

„Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere“<sup>134</sup> – so hatte Hermann Göring mehrfach erklärt.

Mit Zustimmung Hitlers, Görings, Rosenbergs und führender Wehrmachtstellen wurde der Hungerplan zur Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion.<sup>135</sup> Im Zuge dieser Hungerpolitik sollte die Bevölkerung der besetzten Gebiete einfach sich selbst überlassen werden; der millionenfache Hungertod entsprach dabei dem Kalkül einer menschenverachtenden Politik.<sup>136</sup> Es war vor allem der wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz vor Ort sowie für den Einsatz im Deutschen Reich, der zu einem Politikwechsel führte; die Hungerpolitik gegenüber der gesamten Stadtbevölkerung wandelte sich nun zunehmend zu einer selektiven Hungerpolitik gegenüber allen Nicht-Arbeitenden.

Die Zahl der Hungeropfer unter deutscher Besatzung kann aufgrund fehlender Quellen sowie der Schwierigkeit, Todesursachen eindeutig auf Hunger zurückzuführen, nur grob geschätzt werden. Diese Schätzungen rechnen mit Hunderttausenden und gehen in die Millionen, wenn man auch diejenigen mitberücksichtigt, die dem Hunger nur mittelbar zum Opfer fielen.<sup>137</sup> In Charkiv forderte der „Hungerwinter“ 1941/42 mindestens 12.000 Opfer. Das war aber nur die registrierte Mindestzahl, während die Dunkelziffer vermutlich weit höher lag.<sup>138</sup> Auch für Kiew

<sup>134</sup> Zit. nach Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a. M. 2005, S. 197.

<sup>135</sup> Zur Hungerpolitik mit differenzierter Diskussion neuerer Forschungsliteratur vgl. Karel C. Berkhoff, „Wir sollen verhungern, damit Platz für die Deutschen geschaffen wird“. Hungersnöte in den ukrainischen Städten im Zweiten Weltkrieg, in: Quinkert/Morré (Hrsg.), *Besatzung*, S. 54–75; Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, durchgesehene Ausgabe, Frankfurt a. M. 1993, S. 331–393; Rolf-Dieter Müller, *Das Scheitern der wirtschaftlichen „Blitzkriegstrategie“*, in: Horst Boog u. a., *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart 1983, S. 936–1029, hier S. 989–1022; Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998; ders., *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 44–80 und S. 265–319; William Moskoff, *The Bread of Affliction. The Food Supply in the USSR During World War II*, Cambridge u. a. 1990; *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 287–360; Christoph Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*, Bd. 1, Göttingen 2011, S. 178–209 und S. 555–585; Gesine Gerhard, *Food and Genocide. Nazi Agrarian Politics in the Occupied Territories of the Soviet Union*, in: *Contemporary European History* 18 (2009), S. 45–65, und Alex J. Kay, *Exploitation, Resettlement, Mass Murder. Political and Economic Planning for German Occupation Policy in the Soviet Union, 1940–1941*, New York/Oxford 2006. Zur Aushungerung Leningrads vgl. Jörg Ganzenmüller, *Das belagerte Leningrad 1941–1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern*, Paderborn 2005.

<sup>136</sup> In der NS-Führung rechnete man mit einem „Bevölkerungsverlust“ von 30 Millionen Menschen; vgl. Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2009, S. 66.

<sup>137</sup> Vgl. ebenda, S. 199.

<sup>138</sup> Charkiv wurde von der deutschen Militärverwaltung systematisch abgeriegelt und gleichsam in ein Hungerghetto verwandelt; vgl. *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 328–346, und Skorobohatov, Charkiv.

geht die Forschung von einer beträchtlichen Zahl Hungertoter aus.<sup>139</sup> Aus einzelnen Bergbausiedlungen im Donbass berichteten Standortkommandanturen im März 1942 ebenfalls von „deutlichen Anzeichen des langsamen Verhungerns“.<sup>140</sup> Insgesamt wies der Donbass aber eine signifikant geringere Zahl an Hungertoten auf, was vor allem darauf zurückzuführen war, dass die „Hamsterfahrten“ der Stadtbevölkerung hier, anders als in Charkiv und Kiew, von den Besatzungsbehörden nicht unterbunden, sondern zunächst mehr oder weniger geduldet wurden.<sup>141</sup>

Zu den unzähligen Opfern der selektiven Hungerpolitik zählten zudem die sowjetischen Kriegsgefangenen.<sup>142</sup> Zahlreiche Zeitzeugen erinnerten sich noch Jahrzehnte später an die extreme Auszehrung und Erschöpfung sowjetischer Kriegsgefangener und das Massensterben unter ihnen durch eine gezielte Hungerpolitik.<sup>143</sup> In der Wahrnehmung der Bevölkerung wandelte sich der Hunger zu einem untrennbaren Attribut des Kriegs und der Besatzung. Eine Zeitzeugin aus der Region Černihiv notierte im Dezember 1941 in ihr Tagebuch: „Welch ein Grauen – innerhalb von sechs Monaten verwandelte sich ein Teil des Landes in ein Grab, wo Hunger, Tod und Gewalt regieren.“<sup>144</sup>

Die Politik der deutschen Besatzer zerstörte zunehmend nicht nur die Hoffnungen auf eine Auflösung der Kolchosen, sondern verkehrte auch den Mythos von der Wehrmacht als „Befreier“ bald in ihr Gegenteil. Auch führende Vertreter der Wehrmacht und des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete erkannten im Dezember 1942, dass der Stimmungsumschwung mit den Misshandlungen der Bevölkerung seitens der Truppe und vor allem den „gnadenlosen Beschlagnahmungen“ in Verbindung stand,<sup>145</sup> die freilich schon seit geraumer Zeit im Gange waren.

Der Hunger unter deutscher Herrschaft durfte in der ukrainischen Presse durchaus thematisiert werden. Manche Artikel zogen sogar Parallelen zwischen

<sup>139</sup> Vgl. Berkhoff, *Harvest*, S. 164–186.

<sup>140</sup> NARA, T 77/1103, KTB 2 der WiS, Anlage 18, Bericht der 198. Infanterie-Division zur Ernährungslage der Zivilbevölkerung.

<sup>141</sup> Vgl. Penter, Kohle, S. 179–195.

<sup>142</sup> Zum Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen vgl. u. a. Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Neuausgabe, Bonn 1997; Jörg Osterloh, *Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie*, Dresden 1995; Karel C. Berkhoff, *The „Russian“ Prisoners of War in Nazi-Ruled Ukraine as Victims of Genocidal Massacre*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 15 (2001), S. 1–32; Christian Hartmann, *Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“*. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: *VfZ* 49 (2001), S. 97–158; Felix Römer, *Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42*, Paderborn 2008; Reinhard Otto/Rolf Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im System der Konzentrationslager*, Wien/Hamburg 2019.

<sup>143</sup> Vgl. Dmytro Tytarenko/Tanja Penter, *Opyt nacistskoj okkupacii v Donbasse: svidetel'stvujut očevidy*, Donezk 2013, S. 90–108.

<sup>144</sup> DAČO, F. R-1429, Op. 1, Sp. 181, Bl. 4, *Dnevnik učitel'nicy iz s. Kosačevki Osterskogo pajona Černigovskoj oblasti (1941–1944)*, Eintrag vom 28.12.1941.

<sup>145</sup> BArchB, R 58/225, Bl. 243, *Mitteilungen des Kommandostabs des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD*, Dezember 1942.

dem aktuellen Nahrungsmittelmangel und der Hungersnot der 1930er Jahre. Die Verantwortung dafür wurde allerdings ausschließlich den sowjetischen Behörden zugeschoben, die nicht nur die Katastrophe von 1932/33 künstlich erzeugt hätten, sondern auch 1941 durch den Abtransport und die Vernichtung von Nahrungsmitteln beim Rückzug der Roten Armee eine gezielte Hungerkrise hätten hervorrufen wollen.<sup>146</sup> An die ukrainische Landbevölkerung wurden auch Flugblätter mit dem Aufruf „Bauern, schützt Euer Korn!“ verteilt, die einen vermeintlich jüdischen NKVD-Mitarbeiter zeigten, der sich anschickte, das Getreide anzuzünden.<sup>147</sup>

Die wahren Ursachen des Hungers, die vor allem in der gezielten Hungerpolitik der Deutschen lagen, wurden verschleiert. Über Charkiv, das besonders stark unter Hunger litt, hieß es in der Besatzungspresse: „Wie in allen bedeutenden ukrainischen Städten haben die Bolschewiki in Charkiv beim Rückzug alles geplündert, um mehrere Millionen Menschen Hunger und Not zu überlassen.“<sup>148</sup> Vor diesem Hintergrund versuchten die Redaktionen zugleich, ein positives Image der deutschen Besatzungsbehörden zu konstruieren, die angeblich alles getan hätten, um die Folgen der Hungersnot zu minimieren.<sup>149</sup> Als zentrales Moment galt dabei die vermeintlich uneingeschränkte Erlaubnis, „Hamsterfahrten“ aus den Städten aufs Land zu unternehmen, im Gegensatz zum strengen Verbot für die Bauern 1932/33, in die Städte zu flüchten. So konstatierte die *Nova Ukraïna*: „Tausende von Charkivern sind mit Zustimmung und Unterstützung des deutschen Kommandos dem drohenden Hungertod entkommen, weil sie auf der Suche nach Brot ins Dorf gegangen sind.“<sup>150</sup> De facto war aber das Gegenteil der Fall gewesen, und umfangreiche Polizeisperren sowie die Praxis, Lebensmittel zu konfiszieren, hielten die Städter vom Tauschhandel mit dem Landvolk ab. Tausende von Hungertoten in Charkiv fanden in der Zeitung keine Erwähnung.<sup>151</sup> Eine zentrale Botschaft der deutschen Propaganda bestand in der schamlosen Lüge, dass das Reich dem ukrainischen Volk Leben, Freiheit, Ordnung, Grundeigentum und Brot gebracht habe: „In der Zeit der deutschen Besatzung hat niemand gehungert, niemand ist aus Mangel an Nahrung umgekommen.“<sup>152</sup>

<sup>146</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 14.3.1942: „Do sil's'kohospodars'koï praci!“, vom 19.3.1942: „Proty bol'shevysts'koï pošesty“, vom 25.3.1942: „Dlja našoho zdorov'ja“, vom 25.4.1942: „Nova doba – novi ljudy“, vom 7.5.1942: „Vidbudova mis'koho hospodarstva“, vom 2.6.1942: „Nimec'ke vjys'ko dopomahaє nam“, vom 1.10.1942: „Bjužet našoho mista“, vom 8.10.1942: „Na porozi zymy“ (Viktor Carynyk), vom 30.12.1942: „Hromads'ke charčuvannja“, und vom 8.12.1942: „Dlja vidbudovy sil'skoho hospodarstva“.

<sup>147</sup> Die Abbildung des Flugblatts bei Quinkert, Aufruf zur Kooperation, in: Dies./Morré (Hrsg.), *Besatzung*, S. 200.

<sup>148</sup> *Nova Ukraïna* vom 3.5.1942: „Charkiv s'ohodni“.

<sup>149</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden *Nova Ukraïna* vom 20.3.1942: „Moï dumky“.

<sup>150</sup> *Nova Ukraïna* vom 25.3.1942: „Dlja našoho zdorov'ja“.

<sup>151</sup> Vgl. dazu Verbrechen der Wehrmacht, S. 328–346, und Berkhoff, Hungersnöte, in: Quinkert/Morré (Hrsg.), *Besatzung*.

<sup>152</sup> BAArch-MA, RH 19 V/95, Bl. 4 f., Richtlinien für die Behandlung der ukrainischen Frage in Presse und Propaganda (Abschrift; Anlage zum Schnelldienst Nr. 93/44 vom 22.4.1944) – Anlage zu Oberkommando der Heeresgruppe A/Oberquartiermeister/Nr. 7906 /44 g.

Der Zugang zu Nahrungsmitteln war dabei auf dem Land deutlich besser als in der Stadt.<sup>153</sup> Wie Karel Berkhoff gezeigt hat, verfügte der Großteil der Bauern in der besetzten Ukraine im Durchschnitt – bei regionalen und lokalen Unterschieden – über mehr Lebensmittel als in der Vorkriegszeit, was vor allem auf die extreme Armut unter der Sowjetherrschaft hinweist.<sup>154</sup> Die Stadtbevölkerung versuchte, ihr Überleben durch den Tauschhandel mit der Landbevölkerung zu sichern, und nahm dafür Fußmärsche über mehrere hundert Kilometer in Kauf. So erinnerte sich Alexandra Pronjakina an die Besatzungszeit im Donbass: „Die Leute marschierten wie auf einer Demonstration, einer hinter dem anderen mit ihren Wägelchen die lange Hauptstraße entlang. Die Bauern hatten schon die Nase voll von uns, besonders die, die direkt an der Straße wohnten, wenn da so eine Armee kam und bat: ‚Gebt uns Brot! Gebt uns Wasser zu trinken!‘“<sup>155</sup> Landwirtschaftliche Produkte konnten zu ungewöhnlich hohen Preisen oder im Tausch gegen Gebrauchsgüter unter der Hand an die hungernden Stadtbewohner veräußert werden. Aber auch Dienststellen der Wehrmacht oder der deutschen Zivilverwaltung kauften, unter Umgehung der zuständigen Ernährungsabteilungen, Lebensmittel zu vergleichsweise hohen Preisen direkt bei der Landbevölkerung ein.<sup>156</sup> Aussagen von Zeitzeugen bestätigen dies: „Nein, im Dorf litt niemand unter Hunger. In der Stadt wurde gehungert. Aber das Dorf hat die Stadt miternährt, obwohl es den Stadtbewohnern das letzte Hemd auszog und ihnen die letzten Stiefel wegnahm. Im Dorf hatte man sein Auskommen mit Hühnern, Getreide, Kartoffeln, Roten Rüben.“<sup>157</sup>

Einige Stadtbewohner verglichen die neue Situation unter deutscher Herrschaft mit der Hungersnot der Jahre 1932/33 und deuteten sie als Umkehr der Verhältnisse. Tatjana Fesenko aus Kiew schrieb in ihren Erinnerungen:

„Das Dorf nahm Rache. Es rächte sich für all die Jahre, in denen die Hungersnot auf den Feldern der Ukraine wandelte und die Köpfe zehntausender ukrainischer Kinder verblasst wie geschnittene, blasse Blumen, herabhängen ließ [...] Die Stadt kannte die schrecklichen Bilder der vom Hunger aussterbenden Dörfer, in denen einst wohlhabende Bauern zu Kannibalen wurden, nicht. Und das Dorf entwickelte einen Hass auf die Stadt.“<sup>158</sup>

Auch in der Propagandapresse wurden diese Gegensätze zwischen Stadt und Land immer wieder aufgegriffen. So schrieb der Chefredakteur von *Nova Ukraïna*, Petro Sahajdačnyj, in einem Leitartikel mit dem Titel „Bruderschaft“, dass „unser Dorf

<sup>153</sup> Vgl. Penter, Kohle, S. 179–195.

<sup>154</sup> Vgl. Berkhoff, Harvest, S. 127–131.

<sup>155</sup> Interview mit Aleksandra Pronjakina (geb. 1927), die unter deutscher Besatzung in Stalino (Donec'k) lebte, aufgezeichnet von Tanja Penter im Juni 2001 in Donec'k.

<sup>156</sup> Vgl. den Runderlass über „unerlaubte Lebensmitteleinkäufe“ vom 10.6.1942 im Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine I (1942), S. 142 f.

<sup>157</sup> Interview mit Fedor Egorovič Repa (geb. 1925) aus dem Dorf Novobachmutovka im Gebiet Donec'k, aufgezeichnet im Oktober 2004 von Dmytro Tytarenko.

<sup>158</sup> Tat'iana Fesenko, *Povest' krivyh let*, New York 1963; zit. nach Berkhoff, *Great Famine*, S. 176.

während der Moskauer bolschewistischen Zerstörung unseres Landes besonders stark gelitten hat“ und dass „es mit Hass auf die Stadt blickt, die bis vor kurzem Träger dieser verhassten Macht war“.<sup>159</sup> Auch regionale Unterschiede und Ressentiments spiegelten sich in der Besatzungspresse wider. So wurde in einem anderen Beitrag der Zeitung *Nova Ukraïna* die These vertreten, dass der Donbass als neuer Heldenort der Bolschewiki vollständig mit allem Nötigen versorgt worden sei, während in den Dörfern und Städten der gesamten Ukraine die Menschen massenhaft verhungert seien.<sup>160</sup>

Spannungen zwischen Stadt und Land wurden von den deutschen Besatzern durchaus positiv registriert, weil sie glaubten, es sei für sie nur von Vorteil, „wenn die verschiedenen Bevölkerungsteile sich für den unausbleiblichen Hunger in der Zukunft gegenseitig für verantwortlich halten“.<sup>161</sup> Vereinzelt versuchte die Propagandapresse aber auch, gegen diese Entwicklung zu arbeiten, indem sie die Bauern aufforderte, „im Lichte der nationalen Interessen und aus Gründen der Solidarität die Zusammenarbeit zwischen dem Dorf und der Stadt zu stärken“<sup>162</sup> und „die Brüder in den Städten mit Nahrung zu versorgen“.<sup>163</sup> Auch in den Städten appellierte die Besatzungspresse an die gesellschaftliche Solidarität und Wohltätigkeit der Bevölkerung und verwies gern auf die Verantwortung der Kommunalverwaltungen bei der Versorgung bedürftiger Bevölkerungsgruppen, um von der deutschen Hungerpolitik abzulenken.<sup>164</sup> Zugleich berichtete die Propagandapresse darüber, dass die Sowjetbevölkerung jenseits der Frontlinien bereits hungere und die Menschen dort für ihre Lebensmittelkarten fast nichts erhielten.<sup>165</sup> Die deutschen Propagandastaffeln in der Ukraine versuchten, den Holodomor gezielt propagandistisch zu instrumentalisieren, um die wahren Ursachen des grassierenden Hungers zu verschleiern.

Auf Dauer war diese Strategie aber nicht erfolgreich, und es mehrten sich die Anzeichen für einen Stimmungsumschwung der Bevölkerung, die schon im Winter 1941/42 sichtbar wurden. Im Mai 1943 berichtete ein NKVD-Agent aus dem besetzten Kiew, dass der Hunger in der Stadt neue folkloristische Ausdrucksfor-

<sup>159</sup> *Nova Ukraïna* vom 11.1.1942: „Brat-bratovi!“

<sup>160</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 19.7.1942: „Luhans'ke zvil'nenol!“ Das deckte sich nicht ganz mit den Tatsachen, denn insbesondere die ländlichen Regionen des Donbass waren ebenfalls stark von der Hungersnot 1932/33 betroffen, während nur die Industriearbeiterschaft eine privilegierte Versorgung genoss. Insgesamt lag die Todesrate im Donbass allerdings deutlich niedriger als in anderen ukrainischen Regionen; vgl. Penter, Kohle, S. 96–108.

<sup>161</sup> Zit. nach Müller, Scheitern, in: Boog u. a., *Deutsches Reich*, Bd. 4, S. 1005. Für den Donbass: BArch-MA, RW 31/431, Lagebericht der WiS vom März 1942, wo auf die „Benachteiligung des Städtlers“ eingegangen wird.

<sup>162</sup> *Nova Ukraïna* vom 11.1.1942: „Brat-bratovi!“

<sup>163</sup> *Ukraïns'kyi holos* (Proskuriv) vom 30.4.1942, S. 3; zit. nach Berkhoff, *Great Famine*, S. 176.

<sup>164</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 28.2.1942: „Misto i selo“, vom 15.10.1942: „Suspil'na solidarnist“, vom 22.10.1942: „V im'ja suspil'noï solidarnosti“, vom 8.12.1942: „Dlja vidbudovy sil'skoho hospodarstva“, vom 24.12.1942: „Čy čuly vže?“, und vom 30.12.1942: „Zoloti serca“.

<sup>165</sup> Vgl. *Nova Ukraïna* vom 31.12.1942: „Problema chliba u sovetiv“, vom 6.6.1942: „Sovety bojat'sja holodu“, vom 21.1.1943: „Zymove peklo v Leninhradi“, und vom 27.3.1943: „Holod i zlydni u sovetiv“.

men in der Bevölkerung geschaffen habe. Zu den neuen Sprichwörtern, die in der Stadt und in den umliegenden Dörfern kursierten, zählte beispielsweise das folgende: „Was schaffte Hitler in einem Jahr, was Stalin nicht in 25 Jahren schaffte? Antwort: Er bringt absolut alle dazu, die Sowjetmacht zu lieben.“<sup>166</sup>

### VIII. Die deutsche Propaganda und die Etablierung neuer Gedenkpraktiken

Mehrere Zeitzeugen berichteten davon, dass man unter den spezifischen Bedingungen der deutschen Besatzungsherrschaft erstmals über die Opfer der Hungersnot sprechen konnte. Michail Lisohorov, der unter deutscher Besatzung in der Stadt Lubny im Gebiet Poltava lebte, berichtete in seinem Tagebuch von Gesprächen mit benachbarten Dorfbewohnern über die Zahl der Hungertoten, die unter der Sowjetherrschaft unmöglich gewesen wären.<sup>167</sup> Das war kein Zufall, denn die Besatzungsmacht sah im öffentlichen Gedenken an die Hungeropfer von 1932/33 ein Instrument, um die Abneigung gegen Moskau zu vertiefen und die „neue Ordnung in Europa“ zu unterstützen.<sup>168</sup> Während die Deutschen mit ihrer brutalen Vernichtungspolitik massenhaft neue Opfer produzierten, die verschwiegen wurden und für die in der Öffentlichkeit kein Platz war, förderten sie zugleich das öffentliche Andenken an die Opfer des Stalinismus – auch dieser Aspekt zählt zu den Widersprüchen der deutschen Besatzungsherrschaft.

In der Besatzungspresse fanden die neuen Gedenkpraktiken vereinzelt Erwähnung: Im Juli 1943 kam es beispielsweise im Zentrum des Dorfs Marčenki, Gebiet Sumy, auf Initiative der Einwohnerschaft zur Errichtung eines Kreuzes und einer Grabstätte, um an 138 Hungertote zu gemahnen.<sup>169</sup> Die christlich konnotierte Praxis, Kreuze an Weggabelungen aufzustellen, um an historische Ereignisse zu erinnern, derer öffentlich nicht gedacht werden durfte, war in der Ukraine schon in vorrevolutionärer Zeit gängig gewesen. Unter deutscher Besatzung bekam diese Tradition eine neue Stoßrichtung: Das Gedenken an die Opfer der Hungersnot und der Großen Säuberungen 1937/38 wurde nun als der „offensichtliche Beweis für den Hass der ukrainischen Bauernschaft auf die Bolschewiki“<sup>170</sup> angesehen und nachdrücklich propagiert.

Auf lokaler Ebene hatten die Verwaltungen die Aufgabe, sich um die Pflege von Friedhöfen zu kümmern, um so den häufig in anonymen Massengräbern bestatteten Hungertoten endlich den Respekt zu zollen, den sie unter der Sowjetherrschaft nicht erfahren hatten.<sup>171</sup> Die verschiedenen Gedenkpraktiken trugen zu

<sup>166</sup> Valerij A. Smolij u. a., Kyiv. Vijnna, Vlada, suspil'stvo 1939–1945, Kiew 2014, S. 567.

<sup>167</sup> Wissenschaftliche Bibliothek „Volodymyr H. Korolenko“ Charkiv, Abteilung für seltene Bücher, F. R-1017, Tagebuch von Michail Lisohorov, Eintrag vom 26.4.1942.

<sup>168</sup> Nova Ukraïna vom 8.11.1942: „Ukraïna i bo''ševyky“.

<sup>169</sup> Vgl. Holos Ochtyrščyny vom 30.7.1943.

<sup>170</sup> Nova Ukraïna vom 4.9.1942: „V pam'jat' vyzvolennja“.

<sup>171</sup> Deržavnyj Archiv Donec'koï oblasti (Staatsarchiv des Gebiets Donec'k), F. R-1803, Op. 1, Sp. 1, Bl. 58, Rasporjaženie po Snežnjanskomu rajonnomu upravleniju Nr. 7, g. Snežnoe, maj

sammen mit den Presseberichten zweifellos dazu bei, dass die Hungersnot als Verbrechen des Stalinismus zum ersten Mal in die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit rückte. Im Ergebnis war ein Teil der Bevölkerung vom künstlichen Charakter der Hungersnot überzeugt und glaubte zudem, dass die Sowjetführung den Hunger gezielt als Waffe gegen die Ukrainer eingesetzt hatte. So notierte der Zeitzeuge Lisohorov aus der Region Poltava im April 1942 in sein Tagebuch:

„Es erstaunte mich, als Weißrussen erzählten, dass es in den Jahren 1932/33 keinen Hunger in Weißrussland gegeben habe und dass dort jetzt Ukrainer leben, die sich aufgrund des Hungers dorthin verirrt hatten. Man muss es nun glauben, dass der größte Hunger speziell in der Ukraine hervorgerufen wurde (und auch in Zentralasien,<sup>172</sup> wie Pavel sagte), und wahrscheinlich schrieb auch die Zeitung<sup>173</sup> die Wahrheit, dass sich die Vernichtung durch die Entkulakisierung und die Deportationen auf die Ukrainer am schlimmsten ausgewirkt hat.“<sup>174</sup>

Welche Wirkung entfaltete die NS-Propaganda in der Bevölkerung? Nach Ansicht des russischen Agrarhistorikers Viktor T. Aniskov war der Einfluss der Enthüllungen über die Verbrechen des Stalinismus auf die allgemeine Stimmungslage erheblich.<sup>175</sup> In Ermangelung alternativer Informationsquellen konnte die Propaganda in der Bevölkerung „Unsicherheit über den Sieg der Roten Armee, ein bedrückendes Gefühl der Hoffnungslosigkeit und manchmal den Wunsch, sich an die neue Ordnung anzupassen“,<sup>176</sup> befördern, wie ein sowjetischer Untergrundbericht mit Besorgnis festhielt. Zugleich konstatierten NKVD-Untergrundberichte aus den besetzten Gebieten aber auch, dass Teile der Bevölkerung ihren alten Überzeugungen trotz allem treu geblieben seien. So hielten einige Bauern Stalin mit Blick auf die Hungersnot weiterhin für unschuldig und glaubten, er habe erst im Nachhinein von der Katastrophe Kenntnis erhalten. Es kursierte sogar das Gerücht, Stalin habe sich in einer Radioansprache bei den Ukrainern entschuldigt. Er habe nichts über das Ausmaß der Hungersnot gewusst und würde die Schuldigen bestrafen. In Teilen der Bevölkerung schienen solche Märchen durchaus verbreitet zu sein, was wiederum auf die Grenzen der deutschen Propagandabemühungen verweist.<sup>177</sup>

---

1943 g. Leider ist der Zugang zu diesen Archivbeständen auf dem Territorium der Volksrepublik Doneck für Historikerinnen und Historiker heute praktisch kaum noch möglich.

<sup>172</sup> Dies bezieht sich auf die Hungersnot in Kasachstan.

<sup>173</sup> Es handelt sich hier vermutlich um die Zeitung „Ridne slovo“ (Lubny).

<sup>174</sup> Wissenschaftliche Bibliothek „Volodymyr H. Korolenko“ Charkiv, Abteilung für seltene Bücher, F. R-1017, Tagebuch von Michail Lisohorov, Eintrag vom 26.4.1942.

<sup>175</sup> Viktor T. Aniskov, *Krest'janstvo protiv fašizma, 1941–1945. Istorija i psihologija podviga*, Moskau 2003, S. 261.

<sup>176</sup> CDAHOU, F. 1, Op. 23, Sp. 123, Bl. 99, *Informacija tov. Macko o položenii na territorii, vremenno okkupirovannoj nemeckimi vojskami*, 1942 g.

<sup>177</sup> Vgl. Berkhoff, *Great Famine*, S. 172 f.

## IX. Die Erinnerung an den Holodomor und das Erbe der deutschen Besatzungsherrschaft

Die Tatsache, dass in der Ukraine unter deutscher Besatzungsherrschaft erstmals, wengleich begrenzt und propagandistisch manipuliert, öffentlich über die Verbrechen des Stalinismus und insbesondere über die Hungersnot 1932/33 gesprochen werden konnte, stellt ein wichtiges, von der Forschung bisher kaum wahrgenommenes Kapitel der deutsch-ukrainischen Verflechtungsgeschichte im 20. Jahrhundert dar. Die Gleichzeitigkeit von Hunger- beziehungsweise Vernichtungspolitik und gezielt gesteuerter Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus gehört zu den Ambivalenzen und Widersprüchen der deutschen Besatzungsherrschaft in der Ukraine. Zugespitzt könnte man von einer spezifischen Form der Entstalinisierung sprechen, die sich freilich in einem menschenverachtenden, rassenideologisch aufgeladenen politischen und handlungspraktischen Kontext vollzog und damit wenig mit der eigentlichen Entstalinisierung in der Sowjetunion unter Nikita Chrusčev gemein hatte. Eine wichtige, noch wenig erforschte Vermittlerrolle bei der Umsetzung des Propagandaauftrags der Deutschen spielten dabei einheimische Publizistinnen und Publizisten in den Zeitungsredaktionen, die die nationalsozialistischen Botschaften an die lokalen Verhältnisse und Erfahrungshorizonte ihrer Leserschaft anpassten und sich dafür manchmal alter sowjetischer Formen bedienten, die nun mit neuen Inhalten gefüllt wurden.

Welche Spuren hat diese besatzungspolitisch induzierte Erinnerungspolitik hinterlassen? Die Analyse der Propaganda- und Besatzungspresse hat ein janusköpfiges Bild zu Tage gefördert: Einerseits wurde ein relativ genaues Bild der Hungerkatastrophe vermittelt, das verschiedene Ursachen des Hungers richtig benannte und auch Erinnerungen von Zeitzeugen einbezog. Dies galt vor allem für Ursachen, Opferzahlen und die Verantwortung der sowjetischen Regierung. Die deutsche Besatzungsmacht ermöglichte die erste wissenschaftliche Untersuchung von Stepan Sosnovyj und sorgte dafür, dass seine Ergebnisse in der Ukraine weite Verbreitung fanden. Die Presse griff bislang tabuisierte Themen wie die gewaltsame Niederschlagung von Hungerrevolten, die Verfolgung von Wissenschaftlern und Spezialisten oder Fälle von Kannibalismus auf. Auch literarische Verarbeitungen der Hungersnot waren willkommen, solange sie den deutschen Interessen dienten, ebenso neue Praktiken des Gedenkens an die Hungeropfer. Vereinzelt erfuhren die Leserinnen und Leser in der Besatzungspresse sogar von den Kollektivierungs-Hungersnöten in anderen Teilen der Sowjetunion.

Andererseits zeigte sich aber auch die rassenideologische Instrumentalisierung des Hungermotivs in Form gezielter Desinformation: So wurden die ukrainischen Opfer und die Leiden der ukrainischen Nation unter der Sowjetherrschaft besonders betont, die Hungeropfer in anderen Teilen der Sowjetunion aber marginalisiert. In der These vom zielgerichteten Versuch Stalins, das ukrainische Volk durch Hunger physisch zu zerstören, war der Völkermord-Vorwurf zumindest implizit bereits angelegt. Einzelne Artikel der Propaganda- und Besatzungspresse übertrugen zudem das Konzept des rassistisch motivierten Mords auf sowjetische Verbrechen an Ukrainern. Erwartungsgemäß wurden zudem die gängigen antisemiti-

schen Stereotype der Nationalsozialisten auf die Hungersnot projiziert, so dass die Verantwortung dafür auf die Juden zurückfiel, die mit den Bolschewiki gleichgesetzt wurden. Jüdische Hungeropfer schwieg man tot. Eine wirkliche Debatte über Opfer und Täter fand somit unter der nationalsozialistischen Herrschaft nicht statt. Im Vordergrund stand vielmehr die systematische Hetzkampagne gegen die jüdische Bevölkerung im Zeichen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.

Darüber hinaus diente die Hungersnot 1932/33 den Besatzern als Propagandamotiv, um die wahren Ursachen des Hungers unter deutscher Herrschaft vor der Bevölkerung zu verschleiern. Zwar konnte der Hunger – im Unterschied zur sowjetischen Praxis – in der Besatzungspresse bis zu einem gewissen Grad offen thematisiert werden, die Verantwortung wurde aber allein der Sowjetführung zugeschrieben, die beim Rückzug der Roten Armee den Abtransport oder die Vernichtung von Nahrungsmitteln angeordnet hätte. Moskau, so wurde unterstellt, habe 1941 wie schon 1932 geplant, Hunger als Waffe gegen die ukrainische Bevölkerung einzusetzen. Die deutsche Propaganda konnte zunächst zweifellos eine beachtliche Mobilisierungswirkung entfalten, doch mit zunehmender Dauer der Besatzung kam es zu einem allgemeinen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung. Dabei zeigte sich, dass der deutschen Propaganda angesichts menschenverachtender Ausbeutungspolitik Grenzen gesetzt waren. Der Besatzungspresse kam im Alltag zweifellos ein wichtiger Stellenwert zu. Dennoch kann man vermuten, dass sich die Bevölkerung – an die sowjetischen Verhältnisse anknüpfend – auf Flüsterpropaganda als zuverlässigstes Mittel der Informationsbeschaffung verließ.

Der Holodomor und seine Behandlung in der NS-Propaganda hatten eine interessante Nachgeschichte in der Zeit des Kalten Kriegs.<sup>178</sup> Man denke nur daran, dass sich die Lager für ukrainische Displaced Persons in Deutschland in den späten 1940er Jahren zeitweilig zu Zentren für die Konzeptionalisierung und Erinnerung an den Holodomor entwickelten<sup>179</sup> oder dass in den 1980er Jahren in Nordamerika vom sowjetischen Geheimdienst beeinflusste Publikationen erschienen, die Fake News über die ukrainische Hungerkatastrophe verbreiteten und sie plakativ zum Mythos der Nationalsozialisten erklärten.<sup>180</sup> Das wirft noch einmal die Frage auf, welche Spuren die nationalsozialistische Propaganda zur Hungersnot von 1932/33 im kollektiven Gedächtnis hinterlassen hat. Manche ukrainische Historiker haben ihr eine zentrale Rolle bei der ideologischen Formatierung der Bevölkerung zugewiesen und betont, dass einige antisemitische Stereotype, „die bis heute im Bewusstsein vieler Bewohner der Ukraine existieren und von Generation zu Generation weitergegeben werden, gerade in den Jahren der Besatzung im Bewusstsein der Menschen verfestigt worden sind“.<sup>181</sup> Diese Stereotype zu dekonstru-

<sup>178</sup> Vgl. Applebaum, *Red Famine*, S. 320–345, und Hausmann/Penter, *Instrumentalisiert*.

<sup>179</sup> Vgl. Jan-Hinnerk Antons, *Ukrainische Displaced Persons in der britischen Zone. Lagerleben zwischen nationaler Fixierung und pragmatischen Zukunftsentwürfen*, Essen 2014.

<sup>180</sup> Vgl. Douglas Tottle, *Fraud, Famine, and Fascism. The Ukrainian Genocide Myth from Hitler to Harvard*, Toronto 1987.

<sup>181</sup> Vgl. Julija Smiljanskaja, *Pressa okkupacionnogo perioda v Ukraine: Sozdanie, struktura i predvaritel'nyj analiz bazy dannyh*, in: *Naukovi zapysky*, vypusk 31, Kiew 2006, S. 25–50, hier

ieren, ihre Entstehungskontexte zu bestimmen und den Anteil der NS-Propaganda daran herauszuarbeiten, bleibt nicht zuletzt in der aufgeheizten Situation des russisch-ukrainischen Konflikts eine wichtige Aufgabe der Historiografie – der ukrainischen wie der deutschen.

---

S. 25; hier heißt es weiter: „Häufig enthalten aktuelle antisemitische Veröffentlichungen und manchmal sogar Unterrichtsmittel Materialien, die sich kaum von denen unterscheiden, die seinerzeit vom Propaganda-Institut des Dr. Goebbels zusammengestellt worden sind. Deshalb stellt die wissenschaftliche Analyse der Presse der Besatzungszeit in der Ukraine eine aktuelle Aufgabe sowohl für die Historiker als auch für die Pädagogen und letztendlich für alle Bürger der Ukraine dar.“

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – so steht es im Grundgesetz. Die Umsetzung dieses Verfassungsgrundsatzes erwies sich jedoch als langwieriger Prozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist, denn das demokratische Gleichberechtigungspostulat traf auf eine ungleiche Geschlechterordnung. Deutungskämpfe um die Ordnung der Gesellschaft in der Demokratie waren daher immer auch Deutungskämpfe um die Ordnung der Geschlechter. Die sechs Autorinnen und Autoren diskutieren das Spannungsverhältnis von Geschlecht und Demokratie in der Geschichte der Bundesrepublik und zeigen, welche Widersprüche und Konflikte ihm entsprangen. Sie vermessen ein bislang kaum beachtetes Forschungsfeld und zeigen an ausgewählten Beispielen aus den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten, dass geschlechtergeschichtliche Fragen ins Herz der Demokratiegeschichte führen.

Isabel Heinemann und Martina Steber

## Geschlecht und Demokratie

Deutungskämpfe um die Ordnung der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Deutungskämpfe um die Ordnung der Geschlechter prägten die Geschichte der bundesrepublikanischen Demokratie. Vorstellungen von einer je nach Standpunkt natürlichen oder auch gerechten Geschlechterordnung gingen in das Grundgesetz ein, sie formten die politische Praxis, die sich in den demokratischen Institutionen entfaltete, und sie strukturierten alltägliche Aneignungen demokratischer Prinzipien, wenn Demokratie als Lebensform ernst genommen wurde. Gleichzeitig waren diese Vorstellungen von Beginn an umstritten. Denn Debatten über die Geschlechterordnung werfen stets jene zentralen Probleme auf, die sich in jeder Demokratie stellen und die auch die Geschichte der Bundesrepublik durchziehen – bis in die Gegenwart. Wie sollte das demokratische Prinzip von Partizipation realisiert werden, wenn Teilhabechancen auch geschlechtlich ungleich verteilt waren? Welche Bedeutung kam der Kategorie Geschlecht bei der Umsetzung des Repräsentationsgrundsatzes zu? In welcher Weise wurden staatsbürgerliche Rechte geschlechtlich qualifiziert? Wie konstituierten sich Öffentlichkeit und Privatheit in der jungen Demokratie? Und nicht zuletzt: In welchem Verhältnis standen Staat und Gesellschaft in der Demokratie zueinander? Zugleich legten Debatten über die Geschlechterordnung die Widersprüche offen, die liberalen Demokratien grundsätzlich inhärent sind: die Spannungen zwischen ihren Versprechen von Gleichheit und Freiheit, Gerechtigkeit und Individualität, Sicherheit und Wohlstand oder auch Inklusion und Exklusion in der Definition demokratischer Staatsbürgerschaft.

So zentral sie auch sein mögen: In der Geschichtsschreibung zur bundesrepublikanischen Demokratie wurden Deutungskämpfe um die Ordnung der Geschlechter bislang kaum thematisiert – und wenn, dann verblieben sie in ge-

schlechtergeschichtlichen Resonanzräumen.<sup>1</sup> Es ist bezeichnend, dass die großen Erzählungen über die Geschichte der Bundesrepublik – vom „langen Weg nach Westen“ über „Vergangenheitspolitik“, „Westernisierung“ und „Liberalisierung“ bis hin zur „Suche nach Sicherheit“ – ohne die Frage nach der Bedeutung von Geschlecht auskommen.<sup>2</sup> Auch wenn die Forschung wichtige kultur- und sozialhistorische Studien vorgelegt hat,<sup>3</sup> fanden die Ergebnisse der historischen Geschlechterforschung kaum Eingang in zeithistorische Leiterzählungen.<sup>4</sup> Das steht im Ge-

<sup>1</sup> Vgl. Julia Paulus/Eva-Maria Silies/Kerstin Wolff, Die Bundesrepublik aus geschlechterhistorischer Perspektive, in: Dies. (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 2012, S. 11–27; Christine Hikel/Nicole Kramer/Elisabeth Zellmer, *Impulse für eine neue Frauen-Politikgeschichte*, in: Dies. (Hrsg.), *Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert*, München 2009, S. 7–12; Karen Hagemann/Sonya Michel (Hrsg.), *Gender and the Long Postwar. The United States and the Two Germanys, 1945–1989*, Washington 2014; Karen Hagemann/Donna Harsch/Friederike Brühöfener (Hrsg.), *Gendering Post-1945 German History. Entanglements*, New York/Oxford 2019, und Christina von Hodenberg, *Writing Women's Agency into the History of the Federal Republic. „1968“, Historians, and Gender*, in: *Central European History* 52 (2019), S. 87–106. – Die Beiträge der Diskussion „Geschlecht und Demokratie“ verstehen sich zwar als Einheit, aber aus Gründen der Übersichtlichkeit beginnt die Zählung der Fußnoten mit jedem Beitrag neu; dagegen finden sich vollständige bibliografische Angaben nur bei der Erstnennung, ansonsten werden übergreifend Kurztitel verwendet.

<sup>2</sup> Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000; Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: Ders. (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7–49, und Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009. Vgl. auch Axel Schildt, *Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen*, in: Frank Bajohr u. a. (Hrsg.), *Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Göttingen 2016, S. 15–25.

<sup>3</sup> Vgl. Robert G. Moeller, *Protecting Motherhood. Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*, Berkeley/Los Angeles/Oxford 1993; Elizabeth D. Heineman, *What Difference Does a Husband Make? Women and Marital Status in Nazi and Postwar Germany*, Berkeley/Los Angeles/London 1999; Christine von Oertzen, *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969*, Göttingen 1999; Hanna Schissler (Hrsg.), *The Miracle Years. A Cultural History of West Germany, 1949–1968*, Princeton/Oxford 2001; Merith Niehuss, *Familie, Frau und Gesellschaft. Studien zur Strukturgeschichte der Familie in Westdeutschland 1945–1960*, Göttingen 2001; Klaus Naumann (Hrsg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001; Lu Seegers, „Vati blieb im Krieg“. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013, und Bernhard Gotto/Elke Seefried (Hrsg.), *Männer mit „Makel“. Männlichkeiten und gesellschaftlicher Wandel in der frühen Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/Boston 2017.

<sup>4</sup> Vgl. Karen Hagemann, *Gleichberechtigt? Frauen in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft*, in: *Zeithistorische Forschungen* 13 (2016), S. 108–135, und Angelika Schaser, *Der Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung 1990 bis 2015. Wissenschaftliche Professionalisierung im Netzwerk*, Hamburg 2015. Einführend in die zeithistorische Ge-

gensatz zur Historiografie anderer westlicher Demokratien wie zum Beispiel Großbritanniens oder der USA, wo die intersektionale Betrachtung der Zeitgeschichte inzwischen selbstverständlich ist.<sup>5</sup> Die geschlechterhistorische Lücke fällt besonders in der Geschichte der Bundesrepublik auf, während die Kategorie Geschlecht in der Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik und zum NS-Regime im Vergleich dazu um einiges präsenter ist.<sup>6</sup> Aktuelle Versuche, die bundesrepublikanische Demokratie als zwangsläufiges Produkt eines linearen Modernisierungsprozesses darzustellen, in welchem NS-Regime und Holocaust lediglich als Schattenseiten firmieren, verstärken diese Schiefelage zusätzlich. Vor allem verhindern sie die ergebnisoffene Analyse der Auseinandersetzungen um Gleichberechtigung und Partizipationschancen in der Demokratie.<sup>7</sup>

Tatsächlich hat die Vernachlässigung der Kategorie Geschlecht in der zeithistorischen Forschung historische Gründe, die im Kern des Selbstverständnisses der Bundesrepublik liegen. Zwar versteht sich das Modell der westlichen, liberalen Demokratie als geschlechtsneutral, und doch fußt es seit seiner intellektuellen wie politischen Genese im 18. Jahrhundert auf patriarchalischen Voraussetzungen.<sup>8</sup> Die liberale Demokratie versprach staatsbürgerliche Gleichheit und setzte sich gleichzeitig selbst ins Recht, Teilen der Bevölkerung diese Gleichheit zu verwehren.<sup>9</sup> Wer im Namen der Demokratie diskriminierte, berief sich immer auch auf Geschlechterordnungen, etwa wenn das demokratische Gemeinwohl mit Modellen von männlicher und weiblicher Sphärenzuordnung oder heteronormativen Zuschreibungen von Geschlechtscharakteren begründet wurde.<sup>10</sup> Deutlich offenbart der Zusam-

---

schlechtergeschichte vgl. Kirsten Heinsohn/Claudia Kemper, *Geschlechtergeschichte*, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 4.12.2012; docupedia.de/zg/Geschlechtergeschichte [16.3.2021].

<sup>5</sup> Vgl. Karen Hagemann/Jean H. Quataert (Hrsg.), *Gendering Modern German History. Rewriting Historiography*, New York/Oxford 2007; Isabel Heinemann, *Wert der Familie. Ehescheidung, Frauenarbeit und Reproduktion in den USA des 20. Jahrhunderts*, Berlin/Boston 2018, S. 20–24; Sumi Cho/Kimberlé Williams Crenshaw/Leslie McCall, *Toward a Field of Intersectionality Studies. Theory, Applications, and Praxis*, in: *Signs* 38 (2013), S. 785–810; Vrushali Patil, *From Patriarchy to Intersectionality. A Transnational Feminist Assessment of How Far We've Really Come*, in: *Signs* 38 (2013), S. 847–867, und Lucy Delap, *Feminisms. A Global History*, London 2020.

<sup>6</sup> Vgl. Gabriele Metzler/Dirk Schumann (Hrsg.), *Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik*, Bonn 2016; Sybille Steinbacher (Hrsg.), *Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft*, Göttingen 2007; Thomas Kühne, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, und Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), *Geschlechterbeziehungen und „Volksgemeinschaft“*, Göttingen 2018.

<sup>7</sup> Vgl. Hedwig Richter, *Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich*, Berlin 2021, und dies., *Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2020.

<sup>8</sup> Vgl. Carole Pateman, *The Sexual Contract*, Cambridge 1988.

<sup>9</sup> Vgl. Martin Conway, *Western Europe's Democratic Age 1945–1968*, Princeton/Oxford 2020, und Drude Dahlerup, *Has Democracy Failed Women?*, Cambridge/Malden 2018.

<sup>10</sup> Vgl. Karin Hausen, *Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“*. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hrsg.), *Sozialgeschichte der*

menhang von Geschlecht und Demokratie nicht nur solche demokratischen Antinomien, sondern auch die Interdependenz von Staat und Gesellschaft in der Demokratie. Denn die beiden Gestalten, in denen uns die Demokratie in der Moderne begegnet, die Demokratie als Staatsform und Regierungssystem einerseits und die Demokratie als Prinzip gesellschaftlicher und kultureller Ordnung andererseits, sind aufeinander bezogen, mehr noch, sie bedingen sich gegenseitig.<sup>11</sup>

Hier setzt die Diskussion in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* (VfZ) an. Sie geht der Frage nach, wie die Produktion von Geschlecht als sozialer Kategorie mit der Hervorbringung und Praxis von Demokratie in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik verschränkt war. Indem wir eine etablierte Perspektive der Geschlechterforschung („doing gender“, keineswegs jedoch begrenzt auf Performanz)<sup>12</sup> mit einem noch relativ jungen Zugang in der Erforschung zivilgesellschaftlicher Bewegungen („doing democracy“)<sup>13</sup> verknüpfen und beides in die internationale Demokratiegeschichtsschreibung einbetten, plädieren wir für eine Neubetrachtung der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik als geschlechterpolitisches und demokratiethoretisches Laboratorium. Mit der doppelten Perspektive auf Geschlecht und Demokratie lässt sich nicht nur ein präziseres Bild des demokratischen Aufbruchs nach 1945 gewinnen, sondern beide Forschungsfelder lassen sich auch für die jüngere Zeitgeschichte neu fruchtbar machen. Dabei vermag eine demokratiehistorische Perspektive der Geschlechtergeschichte neue Impulse zu geben, indem sie ihre sozial- und kulturgeschichtlichen Ansätze in enge Beziehung zum Politischen setzt.

Die westdeutsche Variante der Demokratie wurde in der Situation des Nachkriegs und des frühen Kalten Kriegs ausformuliert; diese historischen Bedingungen verliehen ihr Züge, die bis in die Gegenwart wirken.<sup>14</sup> Sie versuchte, sich bewusst und entschieden vom Nationalsozialismus abzugrenzen, wenngleich die ambivalente Diskussion um Entnazifizierung und Westbindung, vor allem aber

---

Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363–393, und Ulla Wischermann, Feministische Theorien zur Trennung von privat und öffentlich. Ein Blick zurück nach vorn, in: *Feministische Studien* 21 (2003), S. 23–34.

<sup>11</sup> Vgl. u. a. Temma Kaplan, *Democracy. A World History*, Oxford/New York 2015; Till van Rahden, *Demokratie. Eine gefährdete Lebensform*, Frankfurt a. M./New York 2019, und Andreas Wirsching, *Demokratie und Gesellschaft. Historische Studien zur europäischen Moderne*, hrsg. von Magnus Brechtken u. a., Göttingen 2019. Zur politikwissenschaftlichen Demokratietheorie vgl. Frank Cunningham, *Theories of Democracy. A Critical Introduction*, Abingdon/New York 2001; Manfred G. Schmidt, *Demokratiethorien. Eine Einführung*, 6., erweiterte und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2019, und Thomas Meyer, *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung*, Wiesbaden 2009.

<sup>12</sup> Vgl. Candace West/Don H. Zimmerman, *Doing Gender*, in: *Gender and Society* 1 (1987), S. 125–151; Judith Butler, *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*, New York/London 1990, und dies., *Undoing Gender*, New York/Abingdon 2004.

<sup>13</sup> Vgl. Henrike Knappe, *Doing Democracy Differently. Political Practices and Transnational Civil Society*, Opladen/Berlin/Toronto 2017.

<sup>14</sup> Vgl. Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, S. 284–368; van Rahden, *Demokratie*, und Paul Nolte (Hrsg.), *Transatlantic Democracy in the Twentieth Century. Transfer and Transformation*, Berlin/Boston 2016.

schleppende Restitutionsverfahren und die sehr zögerliche strafrechtliche Ahndung der NS-Gewaltverbrechen auf gravierende Blindstellen der Auseinandersetzung mit dem NS-Regime verweisen.<sup>15</sup> Zudem lieferten die sozialistischen Systeme Osteuropas und besonders der DDR eine Negativfolie, vor der es leichter fiel, die Bundesrepublik trotz aller NS-Kontinuitäten und Belastungsfaktoren als Teil des liberal-demokratischen „Westens“ zu definieren.<sup>16</sup>

So stringent der Weg in die Demokratie nach dem Untergang des NS-Regimes, nach Völkermord und Vernichtungskrieg im Rückblick erscheint, so komplex und offen präsentierte sich die Situation den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen. Unter alliierterm Druck wurde zwar die Demokratisierung zum allgemeinen Ziel erhoben, wie indes die Demokratie über das Regierungssystem hinaus aussehen sollte, wie das demokratische Prinzip in einer noch wenige Jahre zuvor der nationalsozialistischen „Volksgemeinschafts“-Utopie verschriebenen Gesellschaft mit Leben erfüllt werden sollte, blieb offen. Die zweite deutsche Demokratie musste neu erdacht, verhandelt, praktiziert werden, und dies vor dem Hintergrund der gescheiterten Weimarer Republik, des Vorbilds der Demokratien in den USA, in Großbritannien, Frankreich und der Schweiz, des Demokratieprojekts der westalliierten Besatzungsmächte – und der sozialen, ökonomischen, politischen und psychologischen Verwerfungen, die Nationalsozialismus und Totaler Krieg hinterlassen hatten.

In diesem Kontext entwickelte sich eine neue Wissenschaft von der Demokratie. Sie war eine weithin männliche Domäne. Die jungen, von der US-amerikanischen, britischen und französischen Forschung beeinflussten Politikwissenschaftler und Zeithistoriker begriffen es dabei als ihre Aufgabe, der Demokratie nicht nur ein intellektuelles Fundament zu geben, das aus westlichen wie deutschen Traditionen des politischen Denkens schöpfte, sondern auch die deutsche Gesellschaft gleichsam zur Demokratie zu erziehen.<sup>17</sup> Sie gingen zwar von politischen Subjekten in aller Allgemeinheit aus, doch imaginierten sie zuvorderst den männlichen Staatsbürger. Dabei zielten sie besonders auf jene Männer, die in der Öffentlichkeit präsent waren und in verschiedenen Rollen repräsentative Aufgaben übernahmen – als Familienväter oder Vereinsvorstände, als Arbeitgeber oder Gewerkschaftsvertreter, als Verwaltungsfachleute oder wissenschaftliche Experten, als Parteipolitiker oder Amtsinhaber.<sup>18</sup>

Der in der unmittelbaren Nachkriegszeit omnipräsente Ruf nach dem politischen Engagement von Frauen, das entscheidend sei für den Aufbau einer Demo-

<sup>15</sup> Vgl. Constantin Goshler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*, Göttingen 2005; Annette Weinke, *Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle in Ludwigsburg 1958–2008*, Darmstadt 2008, und Andreas Eichmüller, *Keine Generalamnestie. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik*, München 2012.

<sup>16</sup> Vgl. Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, Berlin 2020.

<sup>17</sup> Vgl. Jan-Werner Müller, *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven/London 2011, S. 125–170.

<sup>18</sup> Vgl. Sean A. Forner, *German Intellectuals and the Challenge of Democratic Renewal. Culture and Politics after 1945*, Cambridge u. a. 2017, S. 111 f.

kratie nach dem nationalsozialistischen „Männerstaat“,<sup>19</sup> verhalte rasch und war bald nur noch in den begrenzten Teilöffentlichkeiten von Frauenverbänden und (parti-)politischen Frauenarbeitsgemeinschaften zu hören.<sup>20</sup> Denn der demokratische Staat, der in der Gründung der Bundesrepublik 1949 seine verfassungsmäßige Gestalt fand, baute auf den politischen Strukturen der Weimarer Republik auf. Auch sie waren dominant männlich und selbstredend heteronormativ geprägt, sei es in den Parteien, Verbänden, Kirchen, der Wissenschaft, der Wirtschaft oder in den Staatsbürokratien.<sup>21</sup> Der westdeutsche Aufbruch in die Demokratie nach 1945 ging von der Ungleichheit der Geschlechter aus – selbst wenn mit Artikel 3 (2) des Grundgesetzes die Gleichberechtigung der Geschlechter Verfassungsrang erhielt. Die heftigen politischen Kontroversen, die im Parlamentarischen Rat um die volle Gleichberechtigung geführt wurden, waren 1949 indes nicht beendet, sondern perpetuierten sich in die frühe Bundesrepublik.<sup>22</sup>

Dass unser Blick auf die sozialen Protestbewegungen der 1960er Jahre durch überwiegend von Männern verfasstes Zeitzeugenschrifttum geprägt ist, hat Christina von Hodenberg prägnant hervorgehoben und für die Berücksichtigung weiblicher und nicht-studentischer Erfahrungswelten in einer Phase gesellschaftlichen Umbruchs geworben.<sup>23</sup> Auch die zweite Welle der Frauenbewegung schaffte es kaum ins Rampenlicht zunächst politischer Entscheidungsfindung und später zeit-historischer Aufmerksamkeit. Dabei betrafen ihre Forderungen nach Entscheidungs- und Persönlichkeitsrechten die gesamte Gesellschaft und rührten an das Fundament der Demokratie.<sup>24</sup> Ähnliches gilt für die seit den 1970er Jahren ver-

<sup>19</sup> So Helene Weber (CDU) im Bundestag; Sitzungsprotokoll der 20. und 21. Sitzung, 2.12.1949, S. 624; [dserver.bundestag.de/btp/01/01021.pdf](http://dserver.bundestag.de/btp/01/01021.pdf) [12.5.2021]. Zum Hintergrund vgl. Nori Möding, Die Stunde der Frauen? Frauen und Frauenorganisationen des bürgerlichen Lagers, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 619–647.

<sup>20</sup> Vgl. Angela Icken, Der Deutsche Frauenrat. Etablierte Frauenverbandsarbeit im gesellschaftlichen Wandel, Opladen 2002.

<sup>21</sup> Exemplarisch hierzu die Studien über das Innenministerium und das Auswärtige Amt – allesamt (bis auf die Dienstleistungsebene) weitestgehend frauenfreie Zonen: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018; Maren Richter, „Aber ich habe mich nicht entmutigen lassen“. Maria Daelen – Ärztin und Gesundheitspolitikerin im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019, und Eckart Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

<sup>22</sup> Zu den Debatten im Parlamentarischen Rat vgl. Karin Gille-Linne, Verdeckte Strategien. Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945–1949, Bonn 2011, und Barbara Böttger, Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3. II Grundgesetz, Münster 1990.

<sup>23</sup> Vgl. Christina von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018.

<sup>24</sup> Vgl. Myra Marx Ferree, Feminismen. Die deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive, Frankfurt a. M./New York 2018; Kristina Schulz, Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt a. M./New York 2002; dies. (Hrsg.), The Women's Liberation Movement. Impacts and Outcomes, New

stärkt politisch vertretenen Gleichstellungsansprüche Homosexueller oder von Personen, die sich zu Geschlechtsidentitäten jenseits der binären Form bekannten (LGBTQIA+).<sup>25</sup> Dass sich die bundesrepublikanische Demokratie gerade auch in Auseinandersetzungen um die Ordnung der Geschlechter formte, wird nicht zuletzt in der gegenwärtigen antidemokratischen Agenda des Rechtspopulismus deutlich, die auf der kategorialen Ungleichheit der Geschlechter basiert.<sup>26</sup>

Die VfZ-Diskussion plädiert für ein neues Nachdenken über das Verhältnis von Demokratie und Geschlecht in der Geschichte der Bundesrepublik. Denn in den Deutungskämpfen um Geschlechterordnungen wurden grundsätzliche Probleme der Demokratie verhandelt. Um die Ausdeutung des demokratischen Prinzips rangen Männer mit Frauen, Männer mit Männern und Frauen mit Frauen. Sie argumentierten entweder gezielt mit der Kategorie Geschlecht, vermieden diese bewusst oder stritten sich um geschlechterkodierte Fragen, ohne sie überhaupt als solche zu erkennen. Geschlecht konnte also Gegenstand der Debatte, politisches Argument oder auch vernachlässigte Kategorie sein. Geschlechterordnungen prägten die Weltsicht von Akteurinnen und Akteuren, ob auf bewusstem oder unbewusstem Weg, und verbanden unauflöslich individuelle Erfahrung und politisches Urteil. Deutungskämpfe um die Kategorie Geschlecht bündelten so Annahmen über Normen und Werte, kulturelle und soziale Zugehörigkeiten, aber auch Verdrängtes und Verborgenes wie die Frage der Akzeptanz erweiterter Handlungsräume „arischer“ Frauen in der nationalsozialistischen Gesellschaft oder auch die Haltung zu Rassenpolitik, NS-Verbrechen und Holocaust.

Es geht uns darum, diese Deutungskämpfe aufzudecken, neu zu fokussieren und in ihrer demokratiehistorischen Bedeutung zu analysieren.<sup>27</sup> Der Fokus auf

---

York/Oxford 2017, und Ute Gerhard, *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*, 4., aktualisierte und erweiterte Aufl., München 2020.

<sup>25</sup> Die Abkürzung steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intergender, Agender, Other, manchmal auch nur LGBT. Zur Geschichte von Homosexualität in Deutschland vgl. Benno Gammerl, *Anders fühlen. Schwules und lesbisches Leben in der Bundesrepublik*, München 2021; Michael Schwartz, *Homosexuelle im modernen Deutschland. Eine Langzeitperspektive auf historische Transformationen*, in: VfZ 69 (2021), S. 377–414; Christopher Ewing, „Toward a Better World for Gays“. Race, Tourism, and the Internationalization of the West German Gay Rights Movement, 1969–1983, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 61 (2017), S. 109–134, und Clayton J. Whisnant, *Styles of Masculinity in the West German Gay Scene, 1950–1965*, in: *Central European History* 39 (2006), S. 359–393. Vgl. außerdem die Reihe „Geschichte der Homosexuellen in Deutschland nach 1945“, bislang 7 Bde., Hamburg 2010–2017.

<sup>26</sup> Vgl. Birgit Sauer, *Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 13 (2019), S. 339–352; Valérie Dubslaff, *Women on the Fast Track. Gender Issues in the National Democratic Party of Germany and the French National Front (1980s–2012)*, in: Michaela Köttig/Renate Bitzan/Andrea Pető (Hrsg.), *Gender and Far Right Politics in Europe*, Cham 2017, S. 159–173, und Gabriele Dietze/Julia Roth (Hrsg.), *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*, Bielefeld 2020.

<sup>27</sup> Aktuelle Forschungsimpulse für eine „entangled history“ der Nachkriegsgeschichte beider deutscher Staaten mit besonderem Fokus auf Gender als Leitkategorie für Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur – jedoch ohne demokratiehistorische Blickrichtung – finden sich in

die bundesrepublikanische Demokratiegeschichte bietet den Vorteil, dass geschlechtlich geprägte Normen, Diskurse und Interaktionsräume des Politischen in den Blick rücken, die bislang übersehen wurden. Zugleich lassen sich vermeintlich klassische Periodisierungen hinterfragen: So zeigen sich möglicherweise Parallelen zwischen gemeinhin eher als liberal gedachten Dekaden und solchen, die als stärker konservativ gelten, beziehungsweise werden geschlechterpolitische Beharrungskräfte auch inmitten von Prozessen gesellschaftlicher Liberalisierung und Pluralisierung sichtbar.<sup>28</sup> Welche Bedeutung kam etwa der Kategorie Geschlecht bei der Regulierung von Teilhabe in unterschiedlichen Räumen demokratischer Öffentlichkeit zu? Wie entwarfen Bürgerinnen und Bürger ihren individuellen Platz in der Demokratie, und inwiefern spielten dabei Geschlechterzuschreibungen eine Rolle? Hatte die vergangenheitspolitische Ausrichtung der bundesrepublikanischen Demokratie gleichsam eine gegenderte Schlagseite? Wie wurde Ungleichheit in der Demokratie verhandelt, welche Kategorien (Geschlecht, Ethnie, Schichtzugehörigkeit, Alter, Dis/Ability, Religion) wurden dabei einbezogen und welche nicht? Auf welche Demokratieentwürfe griffen die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen zurück, wenn sie sich um die Stabilisierung und Vertiefung der bundesrepublikanischen Demokratie bemühten, und wie gingen sie mit deren Geschlechtskodierungen um? Wie verbanden sich lebensweltliche Handlungsformen mit den institutionellen Mechanismen und Verfahren der Demokratie, und wie wirkte sich die Kategorie Geschlecht in diesen Zusammenhängen aus?

Die VfZ-Diskussion richtet in einem exemplarischen Modus den Blick auf die ersten drei Jahrzehnte der Bundesrepublik. Dabei konzentrieren sich die Autorinnen und Autoren, die alle dem seit 2018 am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin angesiedelten Arbeitskreis Demokratie und Geschlecht angehören, jeweils auf eine Gelenkstelle des komplexen Beziehungsgefüges von Demokratie und Geschlecht: Kirsten Heinsohn analysiert Demokratieentwürfe, welche die politische Bildung bestimmten, Till van Rahden geht Debatten um das Patriarchat nach, Isabel Heinemann legt die Bedeutung von Konflikten um die Familie für die Demokratiegeschichte der Bundesrepublik frei, Martina Steber untersucht Demokratiekonzepte konservativer Frauen, Julia Paulus fragt nach Raumkonfigurationen und Geschlechterzuschreibungen, und Bernhard Gotto stellt Überlegungen zur Geschlechtergeschichte öffentlicher Verwaltungen an. Die Ergebnisse der Untersuchungen stehen dabei durchaus in Spannung zueinander und fordern umso mehr zur wissenschaftlichen Kontroversen heraus.

Die sechs thesenstarken Beiträge illustrieren anschaulich, wie stark das westdeutsche Demokratieprojekt in den drei ersten Nachkriegsjahrzehnten von Debatten um die Geschlechterordnung bestimmt wurde. Sie verdeutlichen die Vielstimmigkeit des Diskurses und zeigen, welche Spannungen zwischen den Konzepten

---

dem von Karin Hagemann, Konrad Jarausch und Tobias Hof herausgegebenen „Special Issue“ von *Central European History* 53 (2020): *Burdens and Beginnings. Rebuilding East and West Germany after Nazism*.

<sup>28</sup> Vgl. Britta-Marie Schenk, *Behinderung verhindern. Humangenetische Beratungspraxis in der Bundesrepublik Deutschland (1960er bis 1990er Jahre)*, Frankfurt a. M./New York 2016.

bestanden. Verhandelt wurde das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in der Demokratie, wobei Konzepte von der Demokratie als Lebensform mit solchen der repräsentativen Demokratie konkurrierten, ebenso wie demokratische Staatsbürgerschaft, die Stellung der Familie oder der Wert patriarchaler Autoritätsstrukturen in der Demokratie. Die Vielstimmigkeit rührte aus der Dynamik, die das demokratische Versprechen in Gang setzte, wenn Freiheit und Gleichheit für jede einzelne und jeden einzelnen galten. Die individuellen Aneignungen der Demokratie wurden von Ideen über spezifische Geschlechtercharaktere entscheidend geprägt. Dabei zeigt sich nicht zuletzt, dass die Öffentlichkeiten in der frühen Bundesrepublik vielfach als homosoziale Räume strukturiert waren, die klar hierarchisiert wurden und nur beschränkt miteinander kommunizierten – Demokratie klang auch deshalb so vielstimmig. Beispielhaft untersuchen die Beiträge einige dieser Räume: Parlament und Verwaltung, Parteien und Verbände, Medien und Fachwissenschaften, überregionale Foren intellektuellen Austauschs und regional agierende Interessengruppen.

Es waren besonders drei Themen, um welche die Debatten um Geschlecht und Demokratie in der frühen Bundesrepublik kreisten: erstens, die Realisierung des im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigungsgrundsatzes; zweitens, die Bedeutung der Familie; drittens, die Folgen des antitotalitären Konsenses. Erstens wird in den Beiträgen die dynamisierende Wirkung von Artikel 3 (2) des Grundgesetzes deutlich. Dass die Gleichberechtigung Verfassungsrang erhielt, brachte all jene in diskursive Nöte, die gegen die volle Gleichberechtigung eintraten, aus welchen Gründen auch immer. Das galt für das Familienrecht genauso wie für die politische Sphäre, wobei sich die Persistenz patriarchaler Ordnungsvorstellungen in der Konstituierung der demokratischen Öffentlichkeit in besonderem Maße zeigte. Zweitens konnte über das Verhältnis der Geschlechter zueinander nicht gesprochen werden, ohne über die Familie zu sprechen. Die hohe Bedeutung, die der Familie für die Stabilität der Demokratie nach der totalitären Erfahrung zugeschrieben wurde, führte zu einer Festschreibung ungleicher Geschlechterrollen, die erst in den 1970er Jahren rechtlich und nach der Wiedervereinigung kulturell und sozialpolitisch aufgebrochen wurde. Zwar fungierte das Modell der „family democracy“ überall in Westeuropa als Ideal,<sup>29</sup> doch erwies es sich in der Bundesrepublik als besonders langlebig. Drittens strukturierte der antitotalitäre Konsens die Deutungskämpfe um Demokratie und Geschlecht. Dienten die Volkdemokratien Osteuropas als Negativfolie diktatorischer Systeme, die zugleich ein Höchstmaß an Gleichheit postulierten, beruhte die Abgrenzung vom Nationalsozialismus auf persönlichen Erfahrungen und war dementsprechend vielschichtig und oft widersprüchlich. Die Geschichte der bundesrepublikanischen Demokratie ist immer auch eine Nachgeschichte des NS-Regimes, auch im Hinblick auf die Rekonfiguration von Geschlechterordnungen.<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Conway, *Western Europe's Democratic Age*, S. 246 f.

<sup>30</sup> Vgl. Leonie Treber, *Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes*, Essen 2014.

Die Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft und der Aufbau eines demokratischen Staats waren bewusste, gesteuerte und vielfach umkämpfte Prozesse. Im Blick auf Geschlechterordnungen treten die inneren Widersprüche dieses Demokratieprojekts klar hervor. Diese sollten, so meinen wir, verstärkt in die großen Erzählungen zur Geschichte der Bundesrepublik Eingang finden. Die „Westernisierung“ trug zwar entscheidend zur Liberalisierung Westdeutschlands durch eine Aneignung US-amerikanischer und westeuropäischer Demokratie Modelle bei. Doch hinsichtlich der Geschlechterordnung sorgte der Demokratietransfer aus dem „Westen“ im Verein mit dem Rückbezug auf die Moral und Kultur des Kaiserreichs für die Festschreibung von Ungleichheiten, die Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen und einen Mangel an demokratischer Repräsentation.<sup>31</sup> Genauso wenig wie die Erfolgsgeschichte der bundesrepublikanischen Demokratie sich in einem „langen Weg nach Westen“ erschöpfte, wird eine Interpretation der frühen Bundesrepublik gerecht, die ihre Gesellschafts- und Geschlechterordnung als restaurativ und starr beschreibt.<sup>32</sup> Die hier versammelten Diskussionsbeiträge zeigen gerade das Gegenteil: Die ersten drei Jahrzehnte der Bonner Republik stellten sich als lebendiges Laboratorium dar, als eine Zeit der Suche nach Neuem genauso wie eines Strebens nach dem Vertrauten. Der Wertschätzung von Sicherheit korrespondierte eine existenziell erlebte, umfassende Unsicherheit. Die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen schritten zwar auch „rückblickend in die Zukunft“,<sup>33</sup> doch zugleich öffneten sie sich für Neues, nicht zuletzt für die liberale Demokratie. Dies führte zu einer widersprüchlichen Gemengelage, die in den geschlechtskodierten Demokratieentwürfen und Demokratiepraktiken zum Ausdruck kommt.

Eine Zeitgeschichte, die den Interdependenzen von Demokratie und Geschlecht nachgeht und die beiden weitgehend voneinander getrennten Felder der Geschlechter- und der Demokratiegeschichte füreinander fruchtbar macht, verspricht neue Perspektiven auf die deutsche Geschichte im 20. und 21. Jahrhundert. Die folgenden Beiträge laden dazu ein, solche Fragen kontrovers zu diskutieren.

<sup>31</sup> Vgl. Frank Biess/Astrid M. Eckert, Why Do We Need New Narratives for the History of the Federal Republic?, in: *Central European History* 52 (2019), S. 1–18, hier S. 6–10, und Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hrsg.), *Germany and „the West“*. The History of a Modern Concept, New York/Oxford 2015.

<sup>32</sup> Vgl. Moeller, *Motherhood*.

<sup>33</sup> Vgl. Alexander Gallus/Axel Schildt (Hrsg.), *Rückblickend in die Zukunft*. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011.

Kirsten Heinsohn

## Gruppenbild ohne Dame

Demokratie in der frühen Bundesrepublik

Ein Jahr nach Kriegsende hielt der Journalist Oskar Stark einen Vortrag an der Universität Freiburg zum Thema „Wege zur Demokratie in Deutschland“.<sup>1</sup> Stark hatte in den Jahren 1934/35 kurzzeitig zu einer liberalen Widerstandsgruppe in Berlin gehört, war zeitweise beim *Berliner Tageblatt* angestellt und von 1935 bis zum Verbot 1943 Vorsitzender der Redaktionskonferenz der *Frankfurter Zeitung* gewesen. 1946 übernahm der „Preuße aus Bayern“ die gleiche Position bei der neugegründeten *Badischen Zeitung*.<sup>2</sup> Oskar Stark stieß auf ein interessiertes Publikum, schließlich sprach ein bekannter Liberaler, der nicht ins Exil gegangen war, die Lebensbedingungen im nationalsozialistischen Deutschland aus eigener Anschauung kannte und der dabei war, eine der ersten unabhängigen Zeitungen aufzubauen. Er sprach über die Verluste von Souveränität und Moral in Deutschland, darüber, welche „Chance der Nullpunkt“<sup>3</sup> biete, ordnete die Politik der Alliierten ein und gab einen Überblick über die Strukturen der Zonenverwaltung.

Erst ganz zum Schluss kam er auf die Bürger zu sprechen, die die neue Demokratie in Deutschland errichten und tragen sollten. Stark bezeichnete die „Methode der demokratischen Selbstregierung“<sup>4</sup> als „schwerste aller Regierungsformen“, die aber „zugleich auch die vornehmste [sei], weil sie mehr als jede andere der Würde des Menschen entspricht“. Daher sei die Demokratie auch „die männlichste aller Staats- und Volksordnungen [...], nämlich diejenige, deren Gelingen am meisten von der Bewährung spezifisch männlicher Tugenden, wie Zivilcourage, Verantwortungs- und Entscheidungsfreude, Fairneß“ abhängt. Ein Demokrat sei „ein Mann, dem das Wohl des Staates Tag und Nacht auf der Seele brennt, der immer sich engagiert fühlt, wenn es um den Staat, um das Recht, um die öffentliche Sauberkeit und um die Wahrung der Menschenwürde geht, der weiß, daß es kein höheres Gut gibt als die gesicherte Freiheit aller, und der auch bereit ist, dafür gerade zu stehen“.

Andere Stimmen in Journalismus und Publizistik, vor allem aber die Frauenvereine und -verbände, schätzten die Lage gänzlich anders ein: Sie setzten auf die Einbeziehung von Frauen in den demokratischen Aufbau sowie die Berücksichtigung weiblicher Werte, damit in der neuen Demokratie die patriarchale Herrschaft, die im Nationalsozialismus einen Höhepunkt erreicht habe, nachhaltig überwunden

<sup>1</sup> Vgl. Oskar Stark, *Wege zur Demokratie in Deutschland*. Nach einem am 25. Juli 1946 in der Universität Freiburg im Breisgau gehaltenen Vortrag, Freiburg im Breisgau 1947.

<sup>2</sup> *Badische Zeitung* vom 15.6.2016: „Wie Oskar Stark die Redaktion der Badischen Zeitung geprägt hat“. Vgl. auch Horst R. Sassin, *Liberales im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942*, Hamburg 1993, S. 389 f.

<sup>3</sup> Stark, *Wege*, S. 13.

<sup>4</sup> Dieses und alle folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 40 f.

werden könne. Stark dagegen sprach an keiner Stelle über Frauen und ihre Aufgabe für die Demokratie. Er verblieb in einem allgemeinen „wir“, erläuterte die „Aufgaben der Demokraten“ und setzte seine ganze Hoffnung auf die „junge Generation“, die „ihre eigene Aufgabe recht versteht und sich ihr mit dem ganzen männlichen Ernst ergibt, den sie im Krieg bewiesen hat“.<sup>5</sup> Auch er argumentierte vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem NS-Regime, verstand dieses jedoch nicht als verunglückte Männerherrschaft, sondern als „Despotie“ und Willkürherrschaft, mithin als unkontrollierte Machtausübung. Seine Definition der Demokratie als männliche Staatsform zielte darauf, eine geregelte Repräsentation des Mehrheitswillens, die Abwägung und Kompromissfindung im politischen Prozess sowie vor allem aber eine Kontrolle von Macht zu begründen. Zugleich argumentierte er explizit gegen das propagandistische Bild von Demokratie, das völkische Gruppen, viele Konservative und vor allem die Nationalsozialisten seit den 1920er Jahren geprägt hatten.<sup>6</sup> Er zielte auf zwei zentrale Topoi im antidemokratischen Diskurs, als er betonte, ein Demokrat sei kein „windelweicher Schlappschwanz oder ein nur von materiellen Interessen dirigiertes Stehaufmännchen“.<sup>7</sup>

Warum sprach der Journalist Oskar Stark in seiner engagierten, pädagogisch motivierten Rede nicht von Frauen oder Demokratinnen, von weiblichen Tugenden oder spezifisch weiblichen Aufgaben in und für die Demokratie, wie es doch viele andere taten? Er stand mit seinen Auslassungen keineswegs allein. Vielmehr befand er sich in guter Gesellschaft von Wissenschaftlern und Publizisten, die aus ihren homosozial (männlich) geprägten Berufsfeldern heraus argumentierten, wie etwa der Historiker Karl Buchheim, die Juristen Hermann Jahrreiß und Erich Kaufmann oder der Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich, die sich mit Reden in öffentlichen Vorlesungsreihen oder Broschüren für die Erwachsenenbildung an der gesellschaftlichen Debatte beteiligten.<sup>8</sup> Dennoch ist diese Leerstelle auch überraschend, gab es doch gerade in den unmittelbaren Nachkriegsjahren an vielen Orten, insbesondere in Mittel- und Großstädten, überparteiliche Frauenausschüsse, die sich den Aufgaben der „Zusammenbruchgesellschaft“<sup>9</sup> stellten, und die Einbeziehung von Frauen in den politischen Aufbau forderten.<sup>10</sup> Auch gab es schon

<sup>5</sup> Ebenda, S. 47.

<sup>6</sup> Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 3 1992.

<sup>7</sup> Stark, Wege, S. 40 f.

<sup>8</sup> Vgl. Karl Buchheim, Die Demokratie in Deutschland, in: Studium Generale 4 (1951), S. 500–511; Hermann Jahrreiß, Demokratie. Selbstbewußtheit – Selbstgefährdung – Selbstschutz. Zur deutschen Verfassungsproblematik seit 1945, Tübingen 1950; Erich Kaufmann, Grundtatsachen und Grundbegriffe der Demokratie, München 1951, und Carl Joachim Friedrich, Demokratie als Herrschafts- und Lebensform, Heidelberg 1959.

<sup>9</sup> Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982, S. 37.

<sup>10</sup> Vgl. Möding, Stunde, in: Broszat/Henke/Woller (Hrsg.), Stalingrad; Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945–1992, Bonn 1993; Rebecca Boehling, Geschlechterpolitik in der US-Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik, in: Gabriele Clemens (Hrsg.), Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994, S. 69–82; Beate von Miquel, Aufbruch in die Demokratie. Politische Par-

bald nach Kriegsende Frauen, die sich in Parteien organisierten und engagierten, allesamt unter der Maßgabe, die Demokratie in Deutschland aufzubauen.<sup>11</sup> Der gut informierte Journalist Stark stellte jedoch keinen Zusammenhang zwischen diesen Aktivitäten und seinen Ideen für die „Wege zur Demokratie“ her. Ausschlaggebend für diese bezeichnende Leerstelle sind wohl zwei Gründe: zum einen sein Verständnis von Demokratie, zum anderen sein Ansatz, aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus den Aufbau einer Demokratie zu beschreiben.<sup>12</sup>

Starks Rede basierte auf einem sogenannten realistischen Demokratiebegriff, den unter anderem Joseph Schumpeter geprägt hatte.<sup>13</sup> Demokratie ist nach diesem Modell vorrangig ein rationales Verfahren, mit dem handlungsfähige und legitime Regierungen über Wahlen gefunden werden können: „Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volks erwerben.“<sup>14</sup>

Volk wird hier nicht als eine homogene Einheit gedacht, sondern als eine Gruppe von Individuen mit unterschiedlichen Interessen. Die Parteien sorgen für eine gebündelte Artikulation von Interessen, und Wahlen sind entsprechend Marktplätze, auf denen Parteien um die Zustimmung von Wählerinnen und Wählern werben. Das Wahlvolk als heterogene Gruppe mit antagonistischen Interessen zu verstehen, lässt sich bei manchen Theoretikern auf ihre Erfahrungen im angelsächsischen Raum und (konservativen) Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen mit Massenmobilisierungen in den 1920er Jahren zurückführen.<sup>15</sup> Dies war etwa bei Carl

---

tization in evangelischen Frauenverbänden nach 1945, in: Hikel/Kramer/Zellmer (Hrsg.), Lieschen Müller, S. 85–94; Denise Tschardt, Re-educating German Women. The Work of the Women's Affairs Section of British Military Government 1946–1951, Frankfurt a. M. 2003; Hermann-Josef Rupieper, Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945–1952, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 61–91, und Rebecca Boehling, „Mütter“ in die Politik. Amerikanische Demokratisierungsbemühungen nach 1945 – Eine Antwort auf Hermann-Josef Rupieper, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 522–529.

<sup>11</sup> Vgl. Susanne Eyssen, Der Aufbruch der Frauen in der SPD. Die Entwicklung der Frauenarbeitsgemeinschaft (ASF) während der 1970er und 1980er Jahre, Opladen/Berlin/Toronto 2019, S. 149–172; Petra Holz, Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1960, Königstein im Taunus 2004; Birgit Meyer, Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurt a. M. 1997; Susanne Sander, Karrieren und Barrieren. Landtagspolitikerinnen der BRD in der Nachkriegszeit von 1946 bis 1960, Königstein im Taunus 2004, und Elke Schüller, „Frau sein heißt politisch sein“. Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main (1945–1956), Königstein im Taunus 2005.

<sup>12</sup> Vgl. Conway, *Western Europe's Democratic Age*, S. 98–161.

<sup>13</sup> Vgl. Nolte, *Demokratie*, S. 284–293.

<sup>14</sup> Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 10., vervollständigte Aufl., Tübingen 2020, S. 355; das Buch erschien erstmals 1942. Vgl. auch Conway, *Western Europe's Democratic Age*, S. 113–126, und Forner, *Intellectuals*, S. 74–113.

<sup>15</sup> Vgl. Hans J. Lietzmann, Carl Joachim Friedrich (1901–1984). Leben – Werk – Wirkung, in: Wilhelm Bleek/Hans J. Lietzmann (Hrsg.), *Klassiker der Politikwissenschaft*. Von Aristoteles bis David Easton, München 2005, S. 179–191.

Joachim Friedrich der Fall, der schon 1931 eine Professur für Politikwissenschaft in Harvard übernommen hatte. Er beschäftigte sich in einem seiner Hauptwerke mit der Frage, wie eine vernünftig gestaltete Herrschaft des Volks aussehen sollte.<sup>16</sup> Nach 1945 erhielt er eine zweite Professur in Heidelberg. Mit seinen Schriften, vor allem zur Totalitarismustheorie, gehörte er zu den Gründungsvätern des neuen Fachs Politikwissenschaft in Westdeutschland. Friedrich und viele seiner Kollegen wirkten mit ihren Reden und kleinen Schriften als *public intellectuals* und Erzieher zur Demokratie, die vor den Gefahren autoritärer politischer Systeme ebenso warnen wie vor ungezügelter Massenherrschaft und Despotie.<sup>17</sup> Die neue Demokratie nach 1945 sollte eine geregelte und vernunftgesteuerte, vor allem nicht an die Emotionen der Massen appellierende Regierungsform sein.

Alle Teile dieser realistischen Auffassung von Demokratie finden sich paradigmatisch in Starks Rede wieder. So ergibt es auch Sinn, dass er erst am Schluss auf mögliche Wege des Demokratisierungsprozesses von einem Regierungsmodell zu einer Lebensweise verwies. Zwar müsse die Demokratie notwendig von den Bürgern getragen werden, doch sollten diese dazu erst erzogen und politisch aufgeklärt werden. Das Misstrauen gegenüber dem *common man* und vor allem den Massen ist in Starks Rede ständig präsent, wenn auch nicht explizit formuliert. Er sprach wenig von einer Demokratie zur Erleichterung politischer Partizipation, sondern vor allem über Demokratie als Regierungsform, mit der man Interessen über Wahlen repräsentieren und zugleich emotionalisierte Massenpolitik vermeiden könnte.

Grundlage für dieses Demokratiemodell war ein klassischer Politikbegriff, der eine Unterscheidung von Öffentlichkeit/Politik auf der einen und Privatheit/Familie auf der anderen Seite beinhaltete.<sup>18</sup> Viele Zeitgenossen sahen diese Unterscheidung positiv, unter anderem in Abgrenzung zur nationalsozialistischen Diktatur oder zum Kommunismus.<sup>19</sup> Der Vorstellung (vielleicht auch der Erfahrung), dass eine politische Partei Zugriff auf den privaten Bereich, vor allem die Familie, hatte, wurde entgegengestellt, der Staat – und damit die Politik – habe sich aus den privaten Verhältnissen herauszuhalten.<sup>20</sup> Herkunft, persönliche Verhältnisse und das gemeinsame Leben sollten als private Dinge behandelt werden, über die sich die Familie im Rahmen des geltenden bürgerlichen Rechts selbst verständigte. Aus

<sup>16</sup> Vgl. Friedrich, Demokratie – es handelt sich um eine gekürzte Fassung seines Buchs *The New Belief in the Common Man*, Boston 1942.

<sup>17</sup> Vgl. Axel Schildt, *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried, Göttingen 2020.

<sup>18</sup> Vgl. Forner, *Intellectuals*, S. 111, unter Verweis auf die Klassiker der feministischen Analyse Jean Bethke Elshtain, *Public Man, Private Woman. Women in Social and Political Thought*, Princeton 1981, und Pateman, *Contract*.

<sup>19</sup> Vgl. Elizabeth Harvey u. a. (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge u. a. 2019, und Gisela Bock, *Frauen in der europäischen Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 259–281.

<sup>20</sup> Zur Stärkung des Privaten als einem Element für den Erfolg des neuen Modells Demokratie im Europa der Nachkriegszeit vgl. Martin Conway, *Democracy in Postwar Western Europe. The Triumph of a Political Model*, in: *European History Quarterly* 32 (2002), S. 59–84.

der Perspektive eines realistischen Demokratiebegriffs ist die Familie also kein Akteur und auch kein Raum, in dem Demokratie stattfindet, sondern ein gesellschaftlicher Bereich jenseits des Politischen. Politik und Demokratie stehen dem Privaten und der natürlichen Gemeinschaft von Frauen und Männern in Familien (oder anderen Gruppen) paradigmatisch gegenüber. Für Programmierer einer neuen Demokratie nach 1945 wie Stark oder Friedrich war deshalb die Frage nach dem Beitrag von Frauen nicht relevant. Sie waren als Wählerinnen zwar mit gemeint, wenn von Wählern die Rede war, aber ihnen kam konzeptionell keine besondere Funktion oder Stellung in der Demokratie zu.

Das sahen Frauen in Verbänden und Parteien grundsätzlich anders, wenn sie über einen eigenständigen, weiblichen Beitrag zum Aufbau der westdeutschen Demokratie diskutierten. Und auch im Alltag der Nachkriegszeit erwies sich die Theorie als wenig realistisch, bestand doch ein enger Erfahrungszusammenhang zwischen privaten Lebensbedingungen und Politik. Familie wurde in der politischen Theorie zwar als privater Raum gedacht, stand aber in einer modernen, arbeitsteiligen Gesellschaft nicht abseits des Politischen, sondern war ein Teil davon. Dieser Zusammenhang wurde vor allem von der Frauenbewegung theoretisiert und zur Begründung für politische Forderungen genutzt.<sup>21</sup> In der Nachkriegszeit entwickelte sich zudem eine gesellschaftliche Diskussion über die Aufgaben von Frauen und Männern in der Familie, und diese hing eng mit der Frage zusammen, wie aus den Erfahrungen der Vergangenheit sowie der Gegenwart, mit unzähligen zerstörten Familien, alleinerziehenden Müttern und traumatisierten Männern, eine Demokratie entstehen könne.

Standen zunächst politische Versuche im Vordergrund, eine Rückkehr zur Normalität der patriarchalen Familie zu gestalten, setzten bald Prozesse ein, die dieses Modell nachhaltig untergruben.<sup>22</sup> Die Familie avancierte mitunter sogar zum Kernthema für neue (und alte) Männlichkeitskonzepte.<sup>23</sup> Das war ein relativ neues Phänomen, war Männlichkeit doch seit dem 19. Jahrhundert eng mit dem Militär verbunden gewesen, also einem exklusiv männlich geprägten Bereich jenseits des Privaten.<sup>24</sup> Weiblichkeit und die gesellschaftliche Stellung von Frauen waren dagegen traditionell auf den familiären Bereich bezogen, auch wenn es sich um öffentliche Aufgaben handelte. Wie schon 1919 nach der Gewährung des Wahl-

<sup>21</sup> Schon die erste Frauenbewegung thematisierte diese enge Verknüpfung von Politik, Öffentlichkeit und Privatheit, etwa in der Debatte um die Reglementierung der Prostitution. Provokanter stellte dann die zweite Frauenbewegung diesen Zusammenhang im Slogan „Das Private ist politisch“ dar; vgl. Gerhard, Frauenbewegung.

<sup>22</sup> Vgl. Christiane Kuller, Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1949–1975, München 2004.

<sup>23</sup> Vgl. Robert G. Moeller, Heimkehr ins Vaterland. Die Remaskulinisierung Westdeutschlands in den fünfziger Jahren, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 60 (2001), S. 403–436, und Till van Rahden, Wie Vati die Demokratie lernte. Religion, Familie und die Frage der Autorität in der frühen Bundesrepublik, in: Daniel Fulda u. a. (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010, S. 122–152.

<sup>24</sup> Vgl. Stefan Dudink/Karen Hagemann/Anna Clark (Hrsg.), Representing Masculinity. Male Citizenship in Modern Western Culture, New York 2007.

rechts für Frauen wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg behauptet, dass das „Schicksal Deutschlands [...] in der Hand seiner Frauen“<sup>25</sup> liege – schon allein deshalb, weil die Wahlbevölkerung mehrheitlich aus Frauen bestehe. Frauenausschüsse, Frauen in Parteien, aber auch die Besatzungsverwaltungen richteten daher gezielte Aufforderungen an Frauen, sich aktiv am Aufbau der Demokratie und den wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen zu beteiligen.<sup>26</sup> Anna Mosolf, Ministerialrätin im niedersächsischen Kultusministerium, schrieb 1949:

„Nicht um ihrer selbst willen, sondern um der aus Einseitigkeit und Verkrampfung zu lösenden Kultur, um der echten und fruchtbaren Polarität von Mann und Frau willen, die unser soziales Gefüge wieder einrenken muß, darf die Frau nicht der Verantwortung aus dem Wege gehen. [...] Hier muß – aus politischer Verantwortung – die Selbsterziehung der Frauen einsetzen.“<sup>27</sup>

Während Mosolf Demokratie einerseits realistisch als Regierungsform darstellte, verband sie andererseits die politische Aufgabe der Frauen in der Demokratie nicht mit deren eigenen Interessen, sondern mit einer übergeordneten Kulturaufgabe. Sie übernahm dieses Deutungsmuster aus der bürgerlichen Frauenbewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik und übertrug den Anspruch vieler Frauenorganisationen, „geistige Mütterlichkeit“<sup>28</sup> in alle Bereiche des Staats und der Gesellschaft einzubringen, in die neue Bundesrepublik. Dieses Ergänzungsparadigma teilte Mosolf parteiübergreifend mit zeitgenössischen Politikerinnen, auch mit der jüngeren Hannah Vogt, die in der hessischen Zentrale für Heimatdienst tätig war:

„Fragen wir nun nach einem gültigen Richtpunkt für die Leistungen der Frau in der Politik, dann bietet sich uns in der Familie der Inbegriff einer Lebenswirklichkeit, in der der weibliche Einfluß stets ungemindert wirksam war. [...] [Dies] bedeutet, daß wir die glückliche Ergänzung männlichen und weiblichen Wesens, die das Wesen der Familie bestimmt, auch im öffentlichen Leben wirksam machen müssen.“<sup>29</sup>

<sup>25</sup> Annette Kuhn, Frauen suchen neue Wege der Politik, in: Dies. (Hrsg.), Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. 2: Frauenpolitik 1945–1949, Düsseldorf 1986, S. 12–38, hier S. 12.

<sup>26</sup> Vgl. Henry H. Pilgert, Women in West Germany. With Special Reference to the Policies and Programs of the Women's Affairs Branch, Office of Public Affairs, Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Frankfurt a. M. 1952, und Renate Genth (Hrsg.), Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945–1949, Berlin 1996.

<sup>27</sup> Anna Mosolf, Die politische Verantwortung der deutschen Frau in der Gegenwart, in: Die Sammlung 4 (1949), S. 665–669, hier S. 667 f.

<sup>28</sup> Zu dieser Begrifflichkeit vgl. Angelika Schaser, Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 77–83.

<sup>29</sup> Hannah Vogt, Der Auftrag der Frau in der Politik, in: Die Sammlung 4 (1949), S. 712–717, hier S. 716.

Beide Politikerinnen riefen zur Selbsterziehung der Frauen auf und benutzen dafür eine Begrifflichkeit, die in vielen zeitgenössischen Texten vorkam, aber erst zu Beginn der 1950er Jahre von Theodor Litt als eine pädagogische Formel für die staatsbürgerliche Erziehung von Jugendlichen und Erwachsenen popularisiert wurde.<sup>30</sup> Mit dieser Formel arbeiteten auch die neugegründeten Akademien für politische Bildung und insbesondere die 1952 gegründete Bundeszentrale für Heimatdienst, aus der später die Bundeszentrale für politische Bildung hervorging.<sup>31</sup> All diese Einrichtungen entwickelten ihre Bildungsprogramme zuerst für amtliche und ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, die für ihre Aufgaben in der Verwaltung und den Gremien der repräsentativen Demokratie ausgebildet werden mussten – mithin an Gruppen, die in der Bundesrepublik bis weit in die 1970er Jahre hinein mehr oder weniger homosozial, das heißt männlich, geprägt waren.<sup>32</sup> Die Selbsterziehung der Frauen fand mehrheitlich ebenfalls in homosozialen Kontexten statt, nämlich in Frauenorganisationen wie dem Deutschen Frauenrat oder seinen vielen Unterorganisationen sowie in parteinahen Frauengruppen.<sup>33</sup>

Die von den Frauenorganisationen im Sinne des Ergänzungsparadigmas geforderte gemeinsame Arbeit von Männern und Frauen im öffentlichen Leben fand im Bereich der politischen Bildung ebenso eingeschränkt statt wie in anderen politischen Bereichen in der frühen Bundesrepublik.<sup>34</sup> Frauen in der Politik galten in der öffentlichen Meinung sogar eher als Sonderfall, da zum einen nur wenige in öffentlichen Ämtern sichtbar waren und zum anderen die große Masse der Frauen als politisch desinteressiert beziehungsweise ungebildet angesehen wurde. Daher sollten Frauen zwar ebenso wie Männer eine Erziehung zur Demokratie erhalten, zuerst aber ging es um eine Erziehung zur Teilhabe an Politik überhaupt. In einem Bericht aus der amerikanischen Hohen Kommission über ihre Bildungsangebote für Frauen hieß es 1952: „On the whole, the typical German woman since 1945 has been politically indifferent. Although the struggle for existence is less severe than it was in 1945, 1946 and 1947, the indifference remains. She has usually cast her ballot but the larger implications of active citizenship have escaped her.“<sup>35</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Theodor Litt, *Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes*, Bonn <sup>4</sup>1956, und Sonja Levens, *Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich 1945–1975*, Göttingen 2019, S. 66–76.

<sup>31</sup> Vgl. Gudrun Hentges, *Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“*, Wiesbaden 2013, und Thomas Mittmann, *Kirchliche Akademien in der Bundesrepublik Deutschland. Gesellschaftliche, politische und religiöse Selbstverortungen*, Göttingen 2011.

<sup>32</sup> Zur männlichen Prägung der neuen Eliten in den westeuropäischen Demokratien vgl. Conway, *Democracy*.

<sup>33</sup> Vgl. Irene Stoehr/Rita Pawlowski, *Die unfertige Demokratie. 50 Jahre „Informationen für die Frau“*, Berlin 2002.

<sup>34</sup> Vgl. Beate Hoecker, *50 Jahre Frauen in der Politik. Späte Erfolge, aber nicht am Ziel*, in: APuZ 24–25/2008, S. 10–18, und *Freiheit und Verantwortung. Staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein. Referate der 1. Staatsbürgerlichen Konferenz in Kiel am 10. April 1961*, o. O. o. J. (1961).

<sup>35</sup> Pilgert, *Women*, S. 20.

In der frühen Nachkriegszeit wurden Demokratie (im Sinne des realistischen Verständnisses) und Politik weiterhin als männlich geprägte Bereiche verstanden und gelebt. Diese basierten jedoch nicht länger auf traditionellen Männlichkeitskonzepten in Form militärischer Männlichkeit; nun wurde die Aufgabenstellung in der Familie als männliches, führendes Oberhaupt in die erweiterte Familie des Staats übertragen.<sup>36</sup> Frauen waren dagegen vor allem als Wählerinnen angesprochen, die Politik erst erlernen mussten, nicht jedoch als Bürgerinnen mit eigenen, geschlechtsspezifischen Interessen oder als Vertreterinnen einer Familie. Das von den Alliierten konstatierte Demokratiedefizit der Deutschen potenzierte sich in dieser Konstellation noch einmal durch die angebliche politische Unbedarftheit der deutschen Frau – eine Perspektive, die auch von vielen Frauen und Frauenorganisationen geteilt wurde. Die deutsche Frau in der Demokratie wurde als ein doppelt defizitäres Wesen verstanden.

Damit wiederholte sich nach 1945 ein Vorgang, der schon 1918/19 mit der Einführung des Frauenwahlrechts stattgefunden hatte: Die geschlechtliche Kodierung des politischen Raums als männlicher Bereich wurde gerade nicht in Frage gestellt, sondern über eine geschlechtsspezifische Integration von Frauen sowie über eine Verstärkung ihrer Sonderrolle nochmals bestätigt.<sup>37</sup> Dieser Prozess strukturierte das Verständnis von Politik sowie den Zugang zum politischen Raum für Männer und Frauen nachhaltig.<sup>38</sup> Das Demokratieverständnis in der frühen Bundesrepublik ermöglichte über den Bezug auf Familie und Familienaufgaben zwar ein neues Modell von Männlichkeit, aber es verhinderte eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen an Politik und Demokratie – jedenfalls solange ein enger, realistischer Demokratie- und Politikbegriff vorherrschte. Insofern glich die Demokratie in der Bundesrepublik für mindestens zwei Jahrzehnte einem Gruppenbild ohne Dame, oder besser: einer Veranstaltung mit einem gesonderten Damenprogramm.<sup>39</sup> Beklagt wurde die geringe Sichtbarkeit von Frauen in der Demokratie sowie die langsam voranschreitende Umsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes nur von Politikerinnen und Frauenorganisationen. Zeitgenossinnen und Zeitgenossen wiesen zwar darauf hin, dass Demokratie mehr sei als nur eine Regie-

<sup>36</sup> Zum Bild der erweiterten Familie vgl. Die deutsche Gemeinde. Wesen und Wandel einer demokratischen Wirklichkeit, Berlin 1955, S. 18.

<sup>37</sup> Vgl. Kirsten Heinsohn, 1919 – Aufbruch in die Demokratie. Das Wahlrecht für Frauen, in: Zeitgeschichte in Hamburg. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg 2019, Hamburg 2020, S. 98–113, und dies., Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive, Düsseldorf 2010, S. 283–286.

<sup>38</sup> Dieser Kodierungsprozess war kein nationaler Sonderweg Deutschlands, sondern fand in allen europäischen Staaten im 20. Jahrhundert statt, allerdings in unterschiedlichen Phasen; vgl. Blanca Rodríguez-Ruiz/Ruth Rubio-Marín (Hrsg.), The Struggle for Female Suffrage in Europe. Voting to Become Citizens, Leiden/Boston 2012.

<sup>39</sup> Zu den Modi, in denen über die Geschichte von Frauen, Partizipation und Demokratie geschrieben wird, vgl. Siân Reynolds, Lateness, Amnesia and Unfinished Business. Gender and Democracy in Twentieth-Century Europe, in: European History Quarterly 32 (2002), S. 85–109.

rungsform, denn sie bestehe nicht nur aus „einer Summe von abstrakten Formen und Normen“. Sie sei auch „eine Lebensform, in der Staat, Gesellschaft und Individuen zu leben haben, [...] sie muß von den den Staat tragenden und seinen Willen bildenden Menschen vorgelebt werden, um glaubhaft zu sein, um Autorität und Achtung zu erwerben und um ein Ideal hinzustellen, für das sich einzusetzen und – wenn nötig – zu kämpfen verlohnt“.<sup>40</sup>

Aber nicht nur in diesem Appell blieb letztlich unausgesprochen, was denn Demokratie als „Lebensform“ eigentlich genau meinte und welche Aufgabe den Frauen dabei zukam. Dass der „demokratische[...] Aufbruch[...] vor allem die Stunde der Frau sei“ und das (familiäre) Patriarchat im „negative[n] Kontrast“ zu einer demokratischen Gesellschaft stehe, haben sicher manche gedacht und gefordert, den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der 1950er Jahre entsprachen solche Forderungen aber nicht.<sup>41</sup> Sicher, die gesellschaftlichen Rollenvorstellungen über Männer und Väter veränderten sich nach dem Krieg, doch setzte im Leben der meisten Frauen ein nachhaltiger Wandel zur Gleichberechtigung erst in den 1960er Jahren ein, und erst zum Ende der 1970er Jahre bewirkte dieser auch Veränderungen im Politischen, die das lange wirkende „männliche Politikmonopol“<sup>42</sup> beendeten. Die Gründe dafür liegen nicht zuletzt in einem seit den 1960er Jahren veränderten Demokratieverständnis, in dem das realistische Modell von einem weiter gefassten Verständnis abgelöst wurde, unter anderem durch die zunehmend kritische und öffentliche Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte, dem Aufkommen neuer Jugendkulturen und weiteren Prozessen der Liberalisierung. Erst damit wurde aus der geregelten Demokratie der Nachkriegszeit eine „Lebensform“.

---

<sup>40</sup> Kaufmann, Grundtatsachen, S. 16 f.

<sup>41</sup> Vgl. auch Niehuss, Familie.

<sup>42</sup> Ute Frevert, „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995, S. 109.

Till van Rahden

## Im Herbst der Patriarchen

Demokratie und Männlichkeit in der frühen Bundesrepublik

Zu den Bildern des Frühsommers 1945 gehörten gebrochene Wehrmachtsoldaten, die sich wenige Jahre zuvor zu Europas Herrenmenschen hatten aufschwingen wollen. Physisch und psychisch von der totalen Niederlage gezeichnet, in die Reste der zerschissenen Uniform gekleidet, fügten sich die Heimkehrer in die Trümmerlandschaft der „Zusammenbruchsgesellschaft“.<sup>1</sup> „Nicht nur die wirklichen Häuser, die wirklichen Kirchen und Paläste sind eingestürzt und von den Flammen verzehrt“, notierte Marie Luise Kaschnitz nach Kriegsende: „Im Abendhimmel stehen über den Ruinen der Städte geisterhaft die bleichen Ruinenfelder der Werte, die niemand mehr wertet, und des Glaubens, den niemand mehr glaubt.“<sup>2</sup> Zu den verlorenen Idealen zählte die heroische Männlichkeit, die im Schatten der Gewaltherrschaft, des Vernichtungskriegs und der totalen Niederlage nicht nur unglaublich, sondern auch verwerflich geworden war. Im Frühsommer 1945 setzte eine tastende Suche nach der Demokratie ein, zu der vor allem auch bessere und sanftere Männer gehörten.

Wichtiger als das verwahrloste Äußere war der moralische Bankrott. Als Hans Werner Richter 1947 deutsche Kriegsgefangene bat, ihm im Lager verfasste Gedichte zu senden, schickte ihm Wolfdietrich Schnurre ein Sonett über „Heldenväter“, ein Titel, der das seit den Revolutionskriegen vertraute Motiv des tapferen Soldaten aufgreift, der bereit ist, sein Leben für Vaterland und Familie zu opfern. Schnurres vier Strophen dagegen erinnern an die katastrophische Gewaltgeschichte des Kriegs, die Mischung aus biederem Spiel, Morden und Brandschatzen. Sie belegen das, was Richter einleitend festhielt: „Was vor dieser Zeit war, ist nicht mehr faßbar, erscheint wie ein Märchen, das versunken und verklungen ist“.<sup>3</sup> Im Gedicht klingen jene Motive an, die das Bild des Soldaten in der Nachkriegszeit prägten:

„Am Ende habt ihr’s wirklich gut gemeint,  
als ihr von ‚Mut‘ und ‚Ehre‘ überliefert ...  
Doch nur die Mutter hat die Nacht geweint.  
Ihr lagt, vom Skat erschöpft, im Bett und schliefet.

<sup>1</sup> Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982, S. 37.

<sup>2</sup> Marie Luise Kaschnitz, Vom Ich, in: Dies., Menschen und Dinge 1945. 12 Essays, Frankfurt a. M., 1995, S. 7–15, hier S. 14.

<sup>3</sup> Hans Werner Richter, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Deine Söhne Europa. Gedichte deutscher Kriegsgefangener, München 1947, S. 5 f., Zitat S. 5. Wolfdietrich Schnurres Gedicht „Heldenväter“ findet sich ebenda, S. 83.

Wir aber in den Bächen warmen Blutes,  
wir fragten starr da draußen: Kann es sein,  
daß uns das Höchste, Letzte allen Gutes  
ein väterlicher Metzgerblick soll sein?

Wo blieb, als wieder Bajonette blinkten,  
die Vaterfaust, die zornig sie zerbrach?  
Und wo ... seid still, wir fragen in die Leere:

Ich kenne Photos, drauf die Väter winkten,  
feldgrau und froh, mit Blumen am Gewehre ...  
Wir folgten nur, auf Leichen tretend, nach.“

Obleich in den späten 1940er und 1950er Jahren widersprüchliche Tendenzen der Remaskulinisierung zu beobachten waren, stand doch vielen vor Augen, dass es kein Zurück zur Männlichkeit der Freikorps und der Wehrmacht, der Reichsparteitage und des Schwarzen Korps geben konnte.<sup>4</sup> Vor allem in den Jahren nach dem Krieg dominierte die Sicht, Schuld an Nationalsozialismus und Krieg sei vor allem die Herrschaft des Manns.

Kaum hatten die Besatzungsmächte die ersten Zeitungen zugelassen, begann die Debatte darüber, welche Lehren aus dem Dritten Reich für die Ordnung der Geschlechter zu ziehen sei. In der *Süddeutschen Zeitung* argumentierte Ly Poeschel-Sonn Ende 1945, „ohne den geringsten politischen Einfluss“ hätten Frauen nach 1933 zusehen müssen, „wie die so forsch von Männern angeschobene Staatskarre in den Abgrund raste“. Wie zuvor im „Friderizianischen Zeitalter“ „regierte“ auch im „Dritten Reich der Soldatenstiefel“, so die Journalistin weiter: „Wie damals blieb auch diesmal von der ganzen männlichen Aufgeblasenheit nichts als Verarmung, Unterernährung und Elend übrig.“ Kurz: Die „absolute Männerpolitik der letzten zwölf Jahre“ habe mit einem „jämmerlichen Fiasko“ geendet.<sup>5</sup>

Daher müsse die Frau mit gleichen Rechten „am Neubau unseres Staates“ teilhaben. Selbstbewusst wies Poeschel-Sonn der Frau die entscheidende Rolle für den

<sup>4</sup> Helene Rahms, die seit 1953 die Seite „Die Frau“ in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ verantwortete, warnte allerdings am neunten Jahrestag des Kriegsendes, die Ideologie des „soldatischen Heldentums“ existiere in „fein parfümierter und dennoch giftiger Verdünnung“ fort. Mit Begriffen wie „Tapferkeit“ und „Ehre“ werde das „nackte Faktum umkränzt, daß junge Männer abgeschlachtet werden, verbluten, in ihren Wunden elender als Tiere verkommen“. Die meisten Männer hätten nicht verstanden, dass „es realistischer sei, um des Lebens willen zu markten, zu feilschen und zu verhandeln, sich zu ducken und wieder aufzustehen, sich zu beschränken, ja arm zu sein, wenn es Not tut – weil dahinter immer noch Hoffnung ist“; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 8.5.1954: „Mütter denken anders“. Vgl. Robert G. Moeller, *The „Remasculinization“ of Germany in the 1950s*. Introduction, in: *Signs* 24 (1998), S. 101–106; Heide Fehrenbach, *Rehabilitating Fatherland. Race and German Remasculinization*, in: ebenda, S. 107–127, und Roy Jerome (Hrsg.), *Conceptions of Postwar German Masculinity*, Albany 2001.

<sup>5</sup> *Süddeutsche Zeitung* (SZ) vom 14.12.1945: „Die Frau in der Demokratie“.

demokratischen Aufbau zu. Zugleich griff sie Themen auf, die bis weit in die 1960er Jahre hinein die Suche nach Demokratie und demokratischen Lebensformen prägten. Die Frau habe

„es in der Hand, [...] in der Familie, zu demokratischem Denken hinzufügen und demokratischen Geist vorzuleben. Wie sie die kleinen Konflikte der Kinder untereinander zu lösen versteht, schon die Kleinsten lehrt, die besten Leckerbissen mit anderen zu teilen, Verständnis für Kranke und von der Natur Vernachlässigte aufzubringen, Leistungen anderer ohne Neid anzuerkennen, legt sie den Grundstein zum wahren Menschsein, zur Gerechtigkeit, Offenheit, freiwilliger Anerkennung einer vernünftigen Autorität und damit zu lebendiger Demokratie.“<sup>6</sup>

Wer die letzten zwölf Jahre erlebt habe, wisse, stimmte ihr Hermann Kapphahn am gleichen Ort zu, dass „es die Politik der Männer war, die schmachvoll Bankrott gemacht hat“. Der Nationalsozialismus „war wesentlich eine Erfindung, eine Krankheit des Mannes“, so der Münchner Rechtsanwalt Ende Dezember 1945: „Eine in ihren Zielen und Allüren extrem maskuline Ära ist zu Ende gegangen.“ Ziel sei es nun, „das forciert Männliche“ zu verabschieden. Das sei eine schwere Aufgabe. Zwar seien die deutschen Männer an der Wirklichkeit gescheitert. Doch sei „unser ganzes Weltbild [...] immer noch einseitig männlich; altes ‚vaterrechtliches‘ und römisches Erbe“. „Wirkliche Männlichkeit“ könne man nur erreichen, wenn man sich nach dem „sanfte[n] Gesetz der Menschlichkeit“ (Stifter)“ richte. Der deutsche Mann habe den „Geist“ der „geistige[n] und sittliche[n] Mündigkeit“ veraten und „sich ihm durch die Flucht in eine rein vital-willensmäßige Haltung und äußere ‚Tat‘ entzogen“. Nun sei es Aufgabe der Frau, den Mann von seinen „rauhem Kriegersitten“ zu entwöhnen.<sup>7</sup>

Ähnlich argumentierte im selben Jahr auch Felix Schottlaender, der Mitbegründer der Zeitschrift *Psyche*. „Im Gegensatz zu vielen unserer Nachbarn“ seien die Deutschen „eine patriarchal bestimmte Nation gewesen“, so der Psychoanalytiker. „Wo die Frau abhängig und unterjocht ist, wo sie in törichter Bewunderung vor ihrem überlegenen Gebieter versinkt, fehlt der wichtigste Schutz gegen das falsche Heldentum und das ewige Gerede vom Krieg, fehlt die wichtigste Schutzwehr gegen den Terror“. Demokratie setze die „Bereitschaft zur Selbsthilfe in einem reif-

<sup>6</sup> Ebenda. Ähnliche Argumente prägten die frühe verfassungsrechtliche Debatte über die Gleichberechtigung; vgl. dazu Dokument 29 (Aufsätze der KPD zu Verfassungsfragen, 15.6.1946, S. 326–356, hier S. 341), Dokument 41 (Die Debatte über Staatsaufbau und Grundrechte im Verfassungsausschuß, S. 486–573, hier S. 537), Dokument 45 (Die Debatte über die soziale und wirtschaftliche Neuordnung im Verfassungsausschuß, S. 595–639, hier S. 598 f.), Dokument 72 (Stellungnahme der SPD, 23.11.1946, S. 1114–1125, hier S. 1115), Dokument 74 (Stellungnahme der KPD, 7.10.1946, S. 1146–1153, hier S. 1145 und S. 1149), in: Die Entstehung der Hessischen Verfassung von 1946. Eine Dokumentation, bearb. von Helmut Berding/Katrin Lange, Wiesbaden 1996, und Elizabeth Heineman, *The Hour of the Woman. Memories of Germany's „Crisis Years“ and West German National Identity*, in: *The American Historical Review* 101 (1996), S. 354–395.

<sup>7</sup> SZ vom 28.12.1945: „Die Frau im neuen Deutschland“.

gewordenen Volke“ voraus, „das dem Glauben an die väterliche Häuptlingsallmacht entwachsen ist und sich auf seine ihm innewohnende Fähigkeit verläßt, auch große Schwierigkeiten und Gefahren aus eigener Kraft zu meistern“. Daher sei die Frau „der mächtigste Bundesgenosse“ der „echte[n] Demokratie“.<sup>8</sup>

Jenen, die fürchteten, die Gleichberechtigung der Frau werde die Familie zerstören, antwortete die Satirezeitschrift *Der Simpl* im September 1946, sie sollten „unbesorgt“ sein, denn „die Ehe ist älter als das Patriarchat“: „Frauen werden im Genuß der gleichen Rechte wohl kaum neue Gaskammern erfinden, Weltkriege provozieren, die Religion untergraben und finanzielle Ausbeutungssysteme erfinden, und es ist zumindestens unwahrscheinlich, daß sie infolge [der] Gleichberechtigung das Kinderkriegen und Abspülen verlernen.“ Dennoch müsse man der verfassunggebenden Versammlung in Bayern „zugute halten, daß sie die ernste Gefahr, die in der Gleichberechtigung der Frauen liegt, richtig erfaßt hat, nämlich den Triumph der wahren Demokratie“.<sup>9</sup>

Dass die Zeit des demokratischen Aufbruchs vor allem die Stunde der Frau sei, betonten auch konservative Publizisten. Das Ergebnis der „4000-jährigen Männerherrschaft ist eine glatte Katastrophe“, notierte der Herausgeber der *Deutschen Rundschau* Rudolf Pechel im April 1948. „In den letzten 25 Jahren, also in der Zeit einer Generation“, hätten die Männer „zwei große Kriege entfesselt. Das Ergebnis sind Millionen von Toten, Millionen von Verstümmelten“. Statt nun jedoch den „Zusammenbruch der Männerherrschaft“ anzuerkennen, säßen zu viele Männer „auf der aufgetürmten Schädelpyramide in alter Selbstgerechtigkeit und Selbstzufriedenheit“. Angesichts des „totalen Versagens der Männer“ spreche alles dafür, „die Entscheidung über die Menschenschicksale [...] weitgehend in die Hände der Frauen“ zu legen.<sup>10</sup>

Immer mehr schrumpfte die Minderheit derer, die weiterhin glaubten, allein das Leitbild der patriarchalischen Familie weise den Weg in eine gute Demokratie. Die Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus könne allein die Restauration des Patriarchats sein, eine Rückkehr zu jenem hierarchischen Verständnis der Geschlechterrollen, das für das katholische Milieu der 1920er Jahre typisch war.<sup>11</sup> Daher sei allen Versuchen entgegenzutreten, das Familienrecht auf das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu stützen. Auf der Generalversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbunds im Juli 1952 fand das Referat zur Familienrechtsreform „besondere Beachtung“. Idamaria Solltmann rief die katholischen Frauen auf, „die zivile Gesetzgebung“ zu beeinflussen. Laut dem Präsidiumsmitglied des Frauenbunds müsse „die Entscheidungsbefugnis des Ehemannes

<sup>8</sup> Felix Schottlaender, *Zwang und Freiheit. Ein Versuch über die Entstehung des Terrors in Deutschland*, Stuttgart 1946, S. 34 und S. 42 f.

<sup>9</sup> M. Schrimpf, *Der neuralgische Punkt*, in: *Der Simpl. Kunst, Karikatur, Kritik 1* (1946), S. 129.

<sup>10</sup> Rudolf Pechel, *Kein Ausweg?*, in: Ders., *Deutsche Gegenwart. Aufsätze und Vorträge 1945–1952*, zusammengestellt und hrsg. von Madleen Pechel/Klaus Hoche, Darmstadt/Berlin 1953, S. 78–96, hier S. 90–92; zu Pechel vgl. Schildt, *Medien-Intellektuelle*, S. 209–212.

<sup>11</sup> Vgl. Rebecca Heinemann, *Familie zwischen Tradition und Emanzipation. Katholische und sozialdemokratische Familienkonzeptionen in der Weimarer Republik*, München 2004.

beibehalten“ werden, da nur eine „patriarchalische“ Ehe „der göttlichen Ordnung entspreche“.<sup>12</sup>

Die Debatte über den Vorrang des Manns war eng mit den Kontroversen über die Stellung des Vaters in der Familie verbunden. Wer „die führende Stellung des Mannes“ einschränke, befördere die „Abkehr vom Abendland“, warnte Bernhard Spiegel im April 1952 in der katholischen Monatsschrift *Mann in der Zeit*: „Um des Bestandes von Ehe und Familie willen aber Hände weg von der patriarchalischen Ordnung in unserem Familienrecht.“<sup>13</sup> Ein Jahr darauf betonte Gotthard Montesi in *Wort und Wahrheit*, einer katholischen „Monatsschrift für Religion und Kultur“, der „Haß und Aufstand gegen den verständnislosen, spießhaften, tyrannischen Vater“ präge das 20. Jahrhundert. In der „Demokratisierung“ des Ehrechts, die von den Gesellschaftsplanern ‚liberaler‘ und ‚sozialistischer‘ Observanz betrieben wird“, sah Montesi einen Irrweg. Die „Depossedierung, ja Verfemung des Vaters“ gefährde die „ganze Gesellschaft“: „Man will nicht mehr begreifen, was der Vater, als Grundfigur der Menschlichkeit, eigentlich ist und was er für die menschliche Gesellschaftsordnung bedeutet“. Manche „Christen“ fühlten sich „zum Erweis ihrer Fortschrittlichkeit verpflichtet, in das unkritische Geschrei gegen ‚reaktionären Patriarchalismus‘ einzustimmen, wenn irgendwo versucht wird darzutun, daß die Funktion des Vaters überfamiliar ist und sich auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse erstreckt“.<sup>14</sup>

Das Ideal einer patriarchalen Ordnung in Staat und Gesellschaft fand kaum noch Fürsprecher, je länger sich die Debatte über die Gleichberechtigung von Mann und Frau hinzog. Der „patriarchalische Charakter“ des überlieferten Familienrechts liege auf der Hand, notierte Tilde Krawielicki in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Februar 1952. Offen sei allein, welche Reformen besonders dringlich seien. „Eines wird man voraussagen dürfen“, schloss Krawielicki: An die Stelle „der patriarchalisch geordneten Ehe“ werde eine „demokratische“ Form der Ehe treten“.<sup>15</sup> Genauso sollte es kommen. Bereits 1960 notierte der Theologe und spätere Vizepräsident der Evangelischen Kirche von Westfalen Helmut Begemann, das „Patriarchat als Gemeinschaftsform der Familie“ habe „offenbar alle Möglichkeiten verloren, in der modernen Gesellschaft sich weiterhin durchzuhalten“.<sup>16</sup> Aus einem Traumbild der guten Ordnung wurde im Laufe der 1950er und 1960er Jahre ein Schreckbild und ein Leitbegriff der feministischen Kritik an allen Formen männlicher Vorherrschaft.<sup>17</sup>

<sup>12</sup> Zit. nach dem Tagungsbericht des katholischen Frauenbunds in der SZ vom 2.8.1952.

<sup>13</sup> Bernhard Spiegel, Hat Vater nicht mehr das letzte Wort?, in: *Mann in der Zeit*. Zeitung für Stadt und Land, Nr. 4, April 1952, unpaginiert.

<sup>14</sup> Gotthard Montesi, Die Austreibung des Vaters. Ein Exkurs über Autorität und Gewalt, in: *Wort und Wahrheit* 8 (1953), S. 1–4, hier S. 1 f.

<sup>15</sup> FAZ vom 23.2.1952: „Kommt die Gleichberechtigung?“

<sup>16</sup> Helmut Begemann, Strukturwandel der Familie. Eine sozialtheologische Untersuchung über den Strukturwandel von der patriarchalischen zur partnerschaftlichen Familie, Hamburg 1960, S. 11.

<sup>17</sup> Vgl. Gordon J. Schochet, *Patriarchalism in Political Thought. The Authoritarian Family and Political Speculation and Attitudes Especially in Seventeenth-Century England*, Oxford 1975;

Unabhängig von der Frage, welche Vor- und Nachteile das Konzept des Patriarchats als eine analytische Kategorie bietet, spiegelt sich die Umwertung des Patriarchalischen in der Geschichte des Begriffs im 20. Jahrhundert.<sup>18</sup> Aufschlussreich sind die lexikalischen Befunde, da sich in diesen Quellen das „Wissen und Selbstverständnis [...] der publizistisch erfassten Öffentlichkeit“ niederschlägt.<sup>19</sup> Noch in Herders „Staatslexikon“ von 1931 hatte Ernst Karl Winter die Idee der patriarchalischen Ordnung zum Leitbild des „paternalen Staates“ erweitert. Damit knüpfte der Soziologe an ältere Argumente an. In der vorhergehenden Auflage des gleichen Lexikons von 1911 hieß es, die „Patriarchie“ bilde die „natürliche Grundlage“ des „Staates und der Staatsgewalt“.<sup>20</sup> Aber angesichts der demokratischen Revolution sei der Begriff nun weiter zu fassen: „Der bisher herrschende Begriff der Patriarchaltheorie ist zu enge [sic!] geworden, weil er nur die triebhaft erwachsene familia magna umschließt, nicht auch die bewusst nach dem Bild des Familienlebens plastisch geformte Staatsorganisation“. Dank der romantischen Staatstheorie hätte sich der Patriarchalismus zur „Paternaltheorie“ erweitert:

„Unter Patriarchaltheorie verstehen wir die empirisch-physiologisch gefaßte Lehre vom Staat als ‚großer Familie‘, von der ‚organischen Entwicklung‘ des Staates aus der Familie in irgendeiner vorhistorischen Epoche. Unter Paternaltheorie hingegen die Lehre vom familialen und paternalen Strukturcharakter des Staates, zu der sich die Patriarchaltheorie von der Scholastik über das Barock zur Romantik emporgeläutert hat.“

Im „Zeitalter der Lenin und Mussolini, aber auch der kleineren Staatshäupter und Führerpersönlichkeiten in den Staatswesen, die dazwischen liegen,“ schloss Winter, „stehen wir wohl am Scheitelpunkt der demokratischen Ideologie, vielleicht aber auch an der Pforte und Schwelle einer neuen Phase des paternalen Staates und seiner Theorie“.<sup>21</sup>

---

Sylvia Walby, *Theorising Patriarchy*, in: *Sociology* 23 (1989), S. 213–234; Eric Macé, *From Patriarchy to Composite Gender Arrangements? Theorizing the Historicity of Social Relations of Gender*, in: *Social Politics* 25 (2018), S. 317–336, und Klaus Lichtblau/Lorenz G. Löffler, *Patriarchat*, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 7, Darmstadt 2019, S. 203–207.

<sup>18</sup> Claudia Ulbrich hielt den Nutzen des Konzepts für die Geschlechtergeschichte für „fraglich“; dies., *Patriarchat*, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 9, Stuttgart 2009, Sp. 911–916, hier Sp. 916. In den globalen Kulturkämpfen des frühen 21. Jahrhunderts diene der Begriff kaum noch einem feministischen Zweck, betonte Delap, *Feminisms*, S. 98–100.

<sup>19</sup> Reinhart Koselleck, *Einleitung*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1: A–D, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII, hier S. XXV.

<sup>20</sup> Knabenbauer, SJ, *Patriarchie*, in: *Staatslexikon*, hrsg. im Auftrag der Görres-Gesellschaft unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute von Julius Bachem, Bd. 4, Freiburg im Breisgau <sup>4</sup>1911, Sp. 38 f.

<sup>21</sup> E. K. Winter, in: *Paternaltheorie*, in: *Staatslexikon*, hrsg. von Hermann Sacher, Bd. 4, 5., von Grund auf neubearbeitete Aufl., Freiburg im Breisgau 1931, Sp. 64–76, hier Sp. 65 und Sp. 76. Bezeichnenderweise enthält die 6., völlig neu bearbeitete und erweiterte Aufl. des *Staatslexikons* (1957–1963) keine Lemmata zu diesen Schlagwörtern. Stattdessen heißt es im

Vergleichbare Lemmata aus der frühen Bundesrepublik weisen dagegen in die gegenteilige Richtung. Die Demokratie galt hier nicht mehr als eine absterbende Herrschaftsform, sondern als das Versprechen einer besseren Zukunft. Das Patriarchat avancierte nun zum Kennzeichen einer vergangenen Epoche, die Gleichberechtigung der Geschlechter zum Signum einer besseren Zukunft. Das „Evangelische Soziallexikon“ von 1954 sah in der „Monarchie“ die dem „Patriarchalismus“ verwandte Staatsform. Der Staat galt hier „als Besitz der Dynastie“, die „Macht und Herrschaft über Landeskinder“ ausübe. Auch im „Kampf um die Gleichberechtigung wirken patriarchale Tendenzen“: „Es ist kein Zufall, daß die von alters her dem Patriarchalismus verbundenen Mächte des Katholizismus und des konservativen Protestantismus der vollen Gleichberechtigung widersprechen.“<sup>22</sup> Die vierte, neubearbeitete Auflage des „Evangelischen Soziallexikons“ von 1963 enthält ein fast wortgleiches Lemma, nur wurde nun der größere Zusammenhang benannt: „In der industriellen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts ist der Patriarchalismus durch den Prozeß der ‚Fundamentaldemokratisierung‘ (K. Mannheim) aufgelöst worden.“<sup>23</sup>

Im „Katholischen Soziallexikon“, das im darauffolgenden Jahr erschien, hieß es lapidar, das „Prinzip des Patriarchalismus“ habe sich vor allem im „Feudalismus“ entfaltet. Daher entspreche es „weder den objektiven Strukturen des heranwachsenden modernen sozialwirtschaftlichen Lebens noch der Struktur des wirksamen sozialen Bewusstseins“.<sup>24</sup> Wie sehr die patriarchale Ordnung nun als Merkmal einer vergangenen Epoche galt, zeigt die dritte Auflage von „Religion in Geschichte und Gegenwart“. Zwar könne der Patriarchalismus als „das wichtigste vorrationale und vorbürokratische soziale Strukturprinzip gelten“ und reiche bis an die „Schwelle der modernen Zeit“, aber eben nicht darüber hinaus.<sup>25</sup> In der ersten Auflage des „Lexikons für Soziologie“ hieß es 1973 nur knapp, „Patriarchalismus“ sei eine „bedeutungsunscharfe Bezeichnung für die unbeschränkte Herrschaft des Manns in der Familie, der Verwandtschaftsgruppe, der Gesellschaft, sei es [...] durch anerkannte Herrschaftsbeziehung oder durch organisierte Unterdrückung der Frauen“.<sup>26</sup>

Die Kritik am Patriarchalismus richtete sich schon in den 1950er Jahren nicht allein gegen eine hierarchische Ordnung der Geschlechter in der Familie, son-

---

Lemma „Staat“ knapp, „die Patriarchaltheorie (Filmer, Hobbes)“ habe als „familienrechtliche“ Rechtfertigung „der absoluten Monarchie“ gedient; Hans Peters u. a., Staat, in: Staatslexikon, Bd. 7, Freiburg im Breisgau 1962, Sp. 520–563, hier Sp. 530 f.

<sup>22</sup> Ernst Schütte, Patriarchalismus, in: Evangelisches Soziallexikon, im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages hrsg. von Friedrich Karrenberg, Stuttgart 1954, Sp. 805 f. Vgl. auch Hansjürg Rake, Gleichberechtigung von Mann und Frau, in: Ebenda, Sp. 448–451.

<sup>23</sup> Ernst Schütte, Patriarchalismus, in: Evangelisches Soziallexikon, 4., vollständige neu bearbeitete Aufl., Stuttgart 1963, Sp. 961 f.

<sup>24</sup> F. A. Westphalen, Patriarchalismus, in: Katholisches Soziallexikon, Innsbruck 1964, Sp. 819–821, hier Sp. 820 f.

<sup>25</sup> C. Jantke, Patriarchalismus, in: Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5, Tübingen 1961, Sp. 153 f.

<sup>26</sup> Werner Fuchs, Patriarchalismus, in: Lexikon zur Soziologie, Opladen 1973, S. 494.

dern bildete auch für andere Facetten des demokratischen Aufbruchs ein wichtiges Motiv, etwa in den Debatten über die Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft. „Auf dem Weg zum team-work [sic!], der echten, nicht auf Zwang beruhenden Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmer, sei man in Deutschland noch nicht weit fortgeschritten“, betonte 1952 Heinz Joschke. Der Mitarbeiter des Deutschen Handwerksinstituts beklagte, dass der „deutsche Betrieb [...] nach seiner historischen Entwicklung patriarchalisch“ sei. „Das Militärwesen rage tief ins Betriebsleben hinein“, schloss Joschke: „Die Arbeiter seien an Disziplin und Gehorchen gewöhnt, während die Manager früher meist militärischen Rang bekleideten.“<sup>27</sup> Katholiken wiederum sahen in der Sozialpartnerschaft einen klugen Mittelweg zwischen Kommunismus und Kapitalismus. In seinem Leitartikel zu Weihnachten 1956 betonte Hans Kapfinger in der *Passauer Neuen Presse*, „die verantwortliche Zusammenarbeit der Sozialpartner“ bilde die „sittliche Richtlinie für die Betriebe“. In der „modernen industriellen Arbeitswelt“, so der konservative Herausgeber, gehe es „weder um das patriarchalische System noch um den Klassenkampf, sondern es geht um die Partnerschaft“.<sup>28</sup>

Im Begriff des Patriarchalen verdichtete sich das Unbehagen über verwerfliche Traditionsbestände, die in die halbwüchsige Demokratie hineinragten. Je technischer der Arbeitsalltag und je höher das Ausmaß der Arbeitsteilung, argumentierte Jürgen Habermas 1958, desto anachronistischer „sei jene hierarchische Organisation, deren Muster in der katholischen Kirche zuerst, und seit dem Merkantilismus im Heer und in der staatlichen Bürokratie ausgebildet, und von da erst auf den industriellen Großbetrieb übertragen wurde“. Die deutschen Unternehmen seien „mit ihrer hierarchischen Verfassung gleichsam in der Manufakturperiode stecken- und hinter den Anforderungen der industriellen Gesellschaft zurückgeblieben“. Die „neuen Formen horizontaler Zusammenarbeit“ widersprächen „dem vertikalen Befehlsgefüge“. Diesem Konflikt ließe „sich nicht durch Propaganda für patriarchalisch-familiäre Werkverbundenheit beikommen“.<sup>29</sup>

Vor allem in den Debatten über legitime Formen von Autorität und Hierarchie in einer demokratischen Gesellschaft diente das Patriarchale als ein negativer Kontrast, als das Paradigma der fragwürdigen Herrschaft. Als die Diözese Passau im Mai 1946 auf einem Plakat die breite Öffentlichkeit mit „Ihr“ adressierte, diente das der *Passauer Neuen Presse* als Aufhänger für die Glosse „Demokratie im Kleinen“. Der Ton weckte das Unbehagen des Kommentators, da er „keine[r] demokratische[n] Umgangsform“ entspreche. Von der Kirche wie von „unseren Behörden und politischen Parteien möchten wir gerne als erwachsene Individuen respektiert werden, die man mit ‚Sie‘ und nicht mit dem patriarchalischen ‚Ihr‘ anredet. Die amerikanische Militärregierung nennt uns schon lange ‚Sie‘ in ihren Bekanntmachungen.“ Es sei Zeit, „unseren Wortschatz“ zu „entnazifizieren“: „Das

<sup>27</sup> SZ vom 20./21.12.1952: „Menschliche Beziehungen im Betrieb“.

<sup>28</sup> Passauer Neue Presse, Weihnachten 1956: „Soziale Reformen sind die Weihnachtsbotschaft unserer Zeit“.

<sup>29</sup> SZ vom 6./7.9.1958: „Der Mensch zwischen den Apparaten“.

ist Demokratie im Kleinen, aber der Aufbau erfolgt bekanntlich von unten nach oben.<sup>30</sup>

Was für die Umgangsformen im Alltag galt, ließ sich leicht auf andere Bereiche übertragen. Nach den „Schwabinger Krawallen“ von 1962 stellte die Münchner Polizei den Psychologen Rolf Umbach ein, um die Beziehungen zwischen Beamten und der Öffentlichkeit zu verbessern. Dieser veranstaltete einen Malwettbewerb für Kinder zum Thema „Der Polizist von heute“. Die besten 38 Bilder hingen anschließend im 1. Stock des Polizeipräsidiums. „Von dem Pickelhauben-Gendarm alten Stils – dem von den Kindern gefürchteten Vertreter einer patriarchalischen Obrigkeit – ist in den Darstellungen nichts mehr zu spüren“, notierte die *Passauer Neue Presse*. „Der Polizeibeamte verliert sich als autoritative Figur [...] und macht einem technischen Funktionär Platz“, konstatiert Umbach – und griff damit Heinrich Hartmanns gerade erst erschienene Studie über „Funktionale Autorität“ auf.<sup>31</sup>

Als Schreckbild galt das patriarchale Prinzip auch in der Debatte über die „Innere Führung“ bei der Bundeswehr. Gerhard Möbus, seit 1959 Direktor bei der Schule der Bundeswehr für Innere Führung, warnte 1958 davor, den „Begriff der pädagogischen Autorität“ mit einem „autoritären Patriarchalismus oder Paternalismus“ gleichzusetzen. Unterscheide man klar zwischen der „pädagogischen Autorität“ und der fragwürdigen Tradition des Patriarchalen, vermeide man den Trugschluss, dass „das Aufgeben der pädagogischen Autorität [...] nicht nur ein Fortschritt überhaupt sei, sondern auch den Weg der Erziehung zur Demokratie darstelle“.<sup>32</sup> Daran knüpfte Wolf Graf Baudissin 1966 an. Bereits die Wehrmacht habe ihre „patriarchalische Ordnung nur unter den [...] Bedingungen des totalitären Staates“ aufrechterhalten, betonte der stellvertretende Chef des Stabs für Planung und Operation beim Oberkommando Europa der *North Atlantic Treaty Organization*. Die soziale Dynamik der jungen Bundesrepublik habe „jedem Patriarchalismus den Boden entzogen und alle überkommenen Vorstellungen von vorgegebener Autorität illusorisch gemacht“. In der Demokratie sei der „Soldat entmythologisiert und aus dem Naturschutzpark mit obrigkeitsstaatlichen und ideologischen Zäunen heraus in den rauhen Wind der freien Gesellschaft getreten“.<sup>33</sup>

Damit verschwand im Laufe der 1950er und 1960er Jahre ein Leitbegriff der alteuropäischen Politik aus der Sprache der Bundesrepublik, bevor er als Schlagwort der Neuen Frauenbewegung unter umgekehrten Vorzeichen zurückkehrte. Statt als Sinnbild der guten Ordnung diente er nun als theoretisches Konzept oder gar als Schreckbild, um gesellschaftliche Macht- und Unterdrückungsverhältnisse

<sup>30</sup> Passauer Neue Presse vom 7.5.1946: „Demokratie im Kleinen“.

<sup>31</sup> Passauer Neue Presse vom 12.8.1964: „Weder Pickelhauben-Gendarm noch böser ‚Buhmann‘“. Vgl. Heinz Hartmann, Funktionale Autorität. Systematische Abhandlung zu einem soziologischen Begriff, Stuttgart 1964.

<sup>32</sup> Gerhard Möbus, Erziehung in dieser Zeit, Köln 1958, S. 77 f.

<sup>33</sup> FAZ vom 12.4.1966: „Der alte Kasernenhof ist tot. Nur in totalitären Systemen ist blinder Gehorsam noch oberste Soldatentugend“.

in Frage zu stellen.<sup>34</sup> Als „bankrott“ galten nun nicht mehr allein heroische Krieger, sondern das Patriarchat und die „Männerherrschaft“ überhaupt.<sup>35</sup>

Der Herbst ist eine Zeit des Übergangs, gar des Verwelkens. Das galt auch für den Herbst der Patriarchen. Nach dem Grundgesetz waren Männer und Frauen gleichberechtigt, die Republik selbst war ein „sozialer und demokratischer Bundesstaat“. Allerdings blieb strittig, was das konkret bedeutete. Die Verfassung zumindest gab ein politisches Leitbild vor, in dem die junge Demokratie nicht nur als Staats-, sondern auch als Lebensform galt, die mit dem Ideal der männlichen Vorrherrschaft unvereinbar war.<sup>36</sup> Ein herausragendes Datum in der Auseinandersetzung über die Gleichberechtigung war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Juli 1959. Seitdem gibt es keine rechtliche Grundlage mehr für den Vorrang des Vaters. Der Patriarch vertrug sich schlecht mit dieser Idee der Demokratie.<sup>37</sup>

Viele andere Facetten der geschlechtsspezifischen Ungleichheit erwiesen sich jedoch als langlebiger. In der Schule, in der Ausbildung und im Studium, im Familienalltag und der Kinderbetreuung, am Arbeitsplatz und in der Wirtschaft blieben die Rollen von Männern und Frauen ungleich verteilt. Die Rede von der demokratischen Familie klang gut und erklärt zudem, warum es gelang, die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, Vater und Mutter allmählich durchzusetzen. Doch die schönsten Gesetze nutzten wenig, wenn Gegenbegriffe wie Kultur und Natur, Vernunft und Gefühl, privat und öffentlich, Arbeit und Sorge geschlechtsspezifisch aufgeladen blieben und die Arbeitsteilung im Alltag weiterhin bestimmten.<sup>38</sup> Das galt vor allem für die Norm des Vaters als Familienernährer. Es reichte nicht, den Patriarchen in der Sphäre des Rechts zu entmachten.

<sup>34</sup> Vgl. Eva Cyba, Patriarchat. Wandel und Aktualität, in: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hrsg.), Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, 2., erweiterte und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2008, S. 17–22; Ute Gerhard, Patriarchat – Patriarchalismus. Kampfparole und analytisches Konzept, in: Beate Kortendiek/Birgit Riegraf/Katja Sabisch (Hrsg.), Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Bd. 1, Wiesbaden 2019, S. 221–230, und Carol Gilligan/David A. J. Richards, *The Deepening Darkness. Patriarchy, Resistance, and Democracy's Future*, Cambridge 2009.

<sup>35</sup> Vgl. Otto Gmelin/Helene Saussure, *Bankrott der Männerherrschaft. Material zu Problemen der Frauenemanzipation*, Frankfurt a. M. 1971, und zuletzt Carolin Wiedemann, *Zart und frei. Vom Sturz des Patriarchats*, Berlin 2021.

<sup>36</sup> Vgl. Conway, *Western Europe's Democratic Age*, und Paul Betts, *Ruin and Renewal. Civilizing Europe After the Second World War*, New York 2020.

<sup>37</sup> Vgl. Till van Rahden, Demokratie und väterliche Autorität. Das Karlsruher „Stichentscheid“-Urteil von 1959 in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik, in: *Zeithistorische Forschungen* 2 (2005), S. 160–179.

<sup>38</sup> Vgl. Myra Marx Ferree, *The Crisis of Masculinity for Gendered Democracies. Before, During, and After Trump*, in: *Sociological Forum* 35 (2020), S. 898–917; Sherry B. Ortner, *Too Soon for Post-Feminism. The Ongoing Life of Patriarchy in Neoliberal America*, in: *History and Anthropology* 25 (2014), S. 530–549; Carole Pateman, *The Disorder of Women. Democracy, Feminism and Political Theory*, Cambridge/Oxford 1989, S. 118–141, und Lieselotte Steinbrügge, *Das moralische Geschlecht. Theorien und literarische Entwürfe über die Natur der Frau in der französischen Aufklärung*, Stuttgart 2019. Zur frühen Bundesrepublik vgl. Dag-

Nach dem Abschied vom patriarchalen Traum der männlichen Häuptlingsallmacht bestand die große Herausforderung darin, jenseits der Norm der polarisierten Geschlechtscharaktere neue Formen von Männlichkeit und Väterlichkeit zu finden. Manchen Zeitgenossen, wie dem Vater des Schriftstellers Patrick Süskind, stand das vor Augen. Man müsse sich von der Idee verabschieden, betonte Wilhelm Emanuel Süskind 1955 in der *Süddeutschen Zeitung*, dass „der Vater allein die Mächte von ‚Autorität, Erziehung und Führung‘ in der Familie verkörpere“. Das könne die Mutter nämlich ebenso gut. Statt ihre Familien zu ernähren, müssten Väter nun Tugenden pflegen, die ehemals als weiblich galten: „Die Verfeinerung des Liebesgefühls, seine Sublimierung in eine von Person zu Person wechselnde Selbstaufgabe und Verantwortungslust den eigenen Kindern gegenüber“.<sup>39</sup>

---

mar Herzog, *Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2005.

<sup>39</sup> SZ vom 11./12.6.1955: „Und die Frage nach der Frau“.

Isabel Heinemann

## Die patriarchale Familie als „Keimzelle“ der Demokratie – oder deren größte Bedrohung?

Konflikte um den Wert der Familie in der Bundesrepublik

Die zeithistorische Forschung hat bislang kaum nach dem Ort und der *Agency* von Frauen im Prozess der Aneignung und Ausgestaltung der westdeutschen Demokratie gefragt.<sup>1</sup> Das gilt interessanterweise auch für die traditionell als „Trägerin des Staates“ und „wichtigste gesellschaftliche Institution“ sowie in der Vergangenheit oft als genuine Sphäre der Frau apostrophierte Familie.<sup>2</sup> Zwar diskutieren jüngere Studien die Transformationen der (Kern-)Familie und der in ihr aufgehobenen Geschlechterrollen, situieren die Familie selbst jedoch nicht im bundesrepublikanischen Demokratieprojekt. Bisherige Deutungen fokussieren entweder auf die Restauration patriarchaler Familienstrukturen in der Nachkriegszeit, auf Linien soziostrukturellen Wandels, auf kirchliche Leitbilder und staatliche Familienpolitiken oder arbeiten die Schritte eines graduellen normativen Wandels heraus.<sup>3</sup> Lediglich Martin Conway verwies in transnational vergleichender Perspektive auf die Herausbildung von „family democracies“ im Nachkriegseuropa. Was das genau für die Geschichte der westdeutschen Demokratie bedeutet, bleibt jedoch unbestimmt.<sup>4</sup> Hier setzt mein Beitrag an und möchte am Beispiel der Familie Perspektiven für eine Neubetrachtung der Geschlechterordnung entwerfen. Dabei soll insbesondere gefragt werden, wie die Bedeutung der Familie für den jungen Staat in der politisch-rechtlichen Debatte gefasst wurde und welche Folgen dies für die Geschlechterordnung zeitigte. Im Fokus der knappen Analyse stehen neben Famili-

<sup>1</sup> Vgl. die Pionierstudien von Paulus/Silies/Wolff (Hrsg.), *Zeitgeschichte*; Hodenberg, *Achtundsechzig*, und dies., *Writing Women's Agency*, S. 87–92. Für Vergleichsperspektiven auf Frauen in Ost- und Westdeutschland vgl. Jane Freeland, *Women's Bodies and Feminist Subjectivity in West Germany*, in: Joachim C. Häberlen/Mark Keck-Szajbel/Kate Mahoney (Hrsg.), *The Politics of Authenticity. Countercultures and Radical Movements Across the Iron Curtain, 1968–1989*, New York 2018, S. 131–150; Alexandria Ruble, *Children, Church, and Rights. East and West German Protests against Family Law Reforms in the 1950s*, in: Hagemann/Harsch/Brühöfener (Hrsg.), *Gendering*, S. 115–135; Alexandria Ruble, *Creating Post-Fascist Families. Reforming the Civil Code in East and West Germany in the 1950s*, in: *Central European History* 53 (2020), S. 414–431, und Jessica Bock, *Frauenbewegung in Ostdeutschland. Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980–2000*, Halle 2020.

<sup>2</sup> Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArchK), N 1151 (Marie-Elisabeth Lüders)/226, Franz-Josef Wuermeling im Tagesspiegel vom 14.2.1954: „Keine staatlich gelenkte Geburtenpolitik“. Gespräch mit dem Familienminister“ (Adolf Schilling-Bardeleben).

<sup>3</sup> Vgl. Lukas Rölli-Alkemper, *Familie im Wiederaufbau. Katholizismus und bürgerliches Familienideal in der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1965*, Paderborn u. a. 2000, und Christopher Neumaier, *Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken*, Berlin/Boston 2019.

<sup>4</sup> Conway, *Western Europe's Democratic Age*, S. 240–249.

ensoziologie und Initiativen des Bundesfamilienministeriums vor allem die Parlamentsdebatten der 1950er, 1960er und 1970er Jahre.

Meine Grundüberlegung ist, dass die patriarchale Familie, von der Familiensoziologie als Stabilitätsanker inmitten sozialer Umwälzungen ausgemacht, nach 1945 den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen den Transformationsprozess von der NS-Diktatur in die westdeutsche Demokratie erleichterte. Die daraus resultierende Festschreibung einer ungleichen Geschlechterordnung, die erneut Männer als politische Akteure und Frauen als Hausfrauen und Mütter apostrophierte, wurden von Politik und Öffentlichkeit billigend in Kauf genommen, mit Folgen bis zum heutigen Tag. Doch warum konnte eine restaurative Familienordnung über Jahrzehnte als „Keimzelle der Demokratie“ gerahmt werden? Welche Akteurinnen und Akteure wirkten daran mit? Die gemeinhin unter dem Paradigma der Liberalisierung diskutierten Strukturbrüche und Wertewandelprozesse blenden die langfristigen Folgen insbesondere für Frauen bislang aus.

Die Analyse muss bei den sozialen Kriegsfolgen beginnen. Angesichts der alltäglich erfahrbaren Verunsicherungen durch materielle Deklassierung, soziale Fragmentierung und moralische Diskreditierung entwickelte das Leitbild der patriarchalen Familie eine neue Strahlkraft – auch wenn die realen Lebensverhältnisse vieler Menschen im Nachkriegsdeutschland ganz andere waren. Die patriarchale Familie versprach sozialen Zusammenhalt, Aufstiegsorientierung und eine Brücke zurück in die Moral der wilhelminischen Zeit. So wurden nicht nur die sexualreformerischen Ansätze der Weimarer Zeit gezielt ausgespart, sondern auch die Indienstnahmen der Frau für die „Volksgemeinschaft“ sowie die Spielräume, die diese „arischen“ Frauen eröffnet hatten.<sup>5</sup> Warum die Fiktion der heilen Kernfamilie mit festgefügtten Geschlechterrollen die Geschlechterordnung der Bundesrepublik und insbesondere die staatliche Sozialpolitik determinierte, und ab wann diese brüchig wurde, möchte ich in vier Thesen diskutieren.

Erstens: Die Vorstellung von der patriarchalen Familie als Stabilitätsgarantin der Demokratie beruhte auf einer einseitigen Lesart der Analysen der westdeutschen Nachkriegs-Soziologie. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Untergang der nationalsozialistischen Herrschaft schlug die Stunde der Soziologen. Sie fragten sich, wie die Deutschen auf die politischen, sozialen und ökonomischen Umwälzungen reagierten und wie sie zur Demokratie erzogen werden konnten. In der jungen Bundesrepublik erforschten Helmut Schelsky und sein Schüler Gerhard Wurzbacher anhand von ausgedehnten Familieninterviews 1949/50, wie Flüchtlingsfamilien von den Auswirkungen des Kriegs geprägt wurden.<sup>6</sup> Ihre Befunde übertrugen sie auf die westdeutsche Familie im Allgemeinen. Bereits in ei-

<sup>5</sup> Zur ambivalenten Veränderung der sexuellen Normen im Nationalsozialismus vgl. Dagmar Herzog, *Sex after Fascism. Memory and Morality in Twentieth-Century Germany*, Princeton/Oxford 2005, und dies., *Lust und Verwundbarkeit. Zur Zeitgeschichte der Sexualität in Europa und den USA*, Göttingen 2018.

<sup>6</sup> Vgl. Gerhard Wurzbacher, *Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens. Methoden, Ergebnisse und sozialpädagogische Folgerungen einer soziologischen Analyse von 164 Familienmonographien*, Dortmund 1951, und Helmut Schelsky, *Wandlungen der deutschen Fami-*

nem Vortrag auf dem Deutschen Soziologentag in Detmold 1950 prägte Schelsky den Begriff der Familie als „Stabilitätsrest in einer offenkundig sich auflösenden Welt“, verwies auf die soziale Nivellierung der Familienstrukturen (hier deutete sich schon die These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ an) und arbeitete eine innerfamiliäre Autoritätsverschiebung zugunsten der Frau heraus.<sup>7</sup>

Diese Befunde bildeten die Grundlage für Schelskys Studie „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart“, die 1953 erschien.<sup>8</sup> Diese wurde umgehend zum Bestseller und prägte das Nachdenken über die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus auf die Institution Familie in der jungen Bundesrepublik für lange Zeit.<sup>9</sup> Neben der These von der Stabilitätsfunktion der Familie und dem (vorübergehenden) Autoritätsverlust des Manns vertrat Schelsky darin auch die Ansicht, dass sich die Familie mehr vom Staat ab- und ihren privaten Belangen zuwende, im Sinne einer „Entpolitisierung“ und „Reprivatisierung“ der Familie, was aber zugleich eine „Enttinnerlichung“ durch die Konzentration auf überwiegend materielle Belange und sozialen Wiederaufstieg beinhalten könne.<sup>10</sup> Schelsky selbst avancierte zum geschätzten Experten und Berater der Bundesregierung in Familienfragen. Dabei war es dem Soziologen weniger um eine Verteidigung des Patriarchats gegangen denn um den Anschluss an die US-Familiensoziologie durch sozialwissenschaftliche Feldforschung.<sup>11</sup> Doch insbesondere konservative Politiker lasen Schelskys Analysen als Verteidigung der traditionellen Ehe und der patriarchalen Familie als Stabilitätsgrundlage der westdeutschen Demokratie. Die Familiensoziologie lieferte so die Legitimationsbasis für den Aufbau einer bundesrepublikanischen Familienpolitik, die der Förderung der Familie und der Steigerung der Geburtenrate diene.

Die Regierungen Adenauer, so meine zweite These, instrumentalisieren die Ergebnisse der Familiensoziologie für ihr Projekt der Restauration der patriarchalen Familie und damit einer traditionellen Geschlechterordnung als „Keimzelle der Demokratie“.<sup>12</sup> Sie stellten der Inspiration durch katholische Familienleitbilder damit auch eine sozialwissenschaftliche Komponente zur Seite.<sup>13</sup> Im Oktober

---

lie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart<sup>2</sup>1954.

<sup>7</sup> Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Nachlass (künftig: NL) Schelsky, Kapsel 62, Mappe 121, Helmut Schelsky, Flüchtlingsfamilien, Vortrag auf dem 10. Deutschen Soziologentag in Detmold, 17.10.1950.

<sup>8</sup> Vgl. Schelsky, Wandlungen, S. 11, S. 13 f. und S. 63–92, hier insbesondere S. 88.

<sup>9</sup> Vgl. Die Zeit vom 24.12.1953: „Aus der Katastrophe in die Isolierung. Die deutsche Familie bewährt und wandelt sich“, und vom 23.7.1953: „Die Familie gewann und verlor: Anmerkungen zum Buch des Hamburger Soziologen Schelsky“, sowie Heinz-Joachim Heydorn, Buchbesprechung: Helmut Schelsky – Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5 (1954), S. 313 f.

<sup>10</sup> Schelsky, Wandlungen, S. 218 f., S. 255–257 und S. 347–350.

<sup>11</sup> Vgl. ebenda, S. 7–16.

<sup>12</sup> Der Zusammenhang von Demokratie und überkommener Geschlechterordnung kommt in der ansonsten wegweisenden Studie von Conway, Western Europe's Democratic Age, zu kurz.

<sup>13</sup> Zum Einfluss religiöser, insbesondere katholischer Familienkonzepte vgl. Rölli-Alkemper, Familie, S. 536–617.

1953 – kurz nach Erscheinen der Schelsky-Studie – gab Bundeskanzler Adenauer in seiner Regierungserklärung die Gründung eines eigenen Familienministeriums bekannt, um dem Geburtenrückgang und der Überalterung der Gesellschaft durch eine „zielbewußte Familienpolitik entgegenzuwirken“ und die „gesunde[...] Familie“ zu fördern. Er fasste dies in dem Slogan zusammen: „Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind.“<sup>14</sup>

1953 berief er den katholisch-wertkonservativen Politiker Franz-Josef Wuermeling (Christlich Demokratische Union, CDU) zum neuen Familienminister. Dieser plante neben einer umfangreichen steuerlichen Entlastung kinderreicher Familien auch Korrekturen am moralischen Zustand der Familie, was ihm den Vorwurf einer „Zensurstelle der Moral“ eintrug.<sup>15</sup> Für den Minister war die Familie die „Grundlage und erste Ordnungszelle der menschlichen Gesellschaft und auch des Staates“.<sup>16</sup> Weitere Grundpfeiler der frühen Familienpolitik waren sowohl die Bekämpfung der Wohnungsnot (Einfamilienhausbau) als auch der Frauenarbeit, im Sinne einer Rückholung der „Ehefrauen aus den Fabriken und Büros“ in den Schoß der Familie.<sup>17</sup> Ein „Beirat für Familienfragen“, dem zunächst vier Wissenschaftler – darunter Schelsky – und drei Vertreter der Familienverbände sowie fünf Repräsentantinnen beziehungsweise Repräsentanten der sozialen Praxis angehörten, stand dem Familienminister dabei zur Seite.<sup>18</sup> Die invasive Familienpolitik des Ministeriums selbst stellte einen großen Unterschied zu den anderen westlichen Demokratien dar, die keine derart aktive Förderung der Kernfamilie und moralisch-christlich verbrämte Propagierung traditioneller Geschlechterrollen praktizierten.<sup>19</sup>

Dies erkannte auch Schelsky und warnte vor den Folgen einer „universalen moralischen Familienpatronage“ durch ein „Familienbefestigungsministerium“ und einen „moralischen Überwachungsminister“.<sup>20</sup> Dabei kritisierte der Soziologe je-

<sup>14</sup> Regierungserklärung Konrad Adenauers, 20.10.1953; [www.konrad-adenauer.de/quellen/erklarungen/1953-10-20-regierungserklaerung](http://www.konrad-adenauer.de/quellen/erklarungen/1953-10-20-regierungserklaerung) [18.3.2021].

<sup>15</sup> Der Spiegel vom 14.9.1954: „Wuermeling: Des Papstes Garde“. Vgl. auch die Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Äußerungen des Bundesministers Dr. Wuermeling über das Filmwesen vom 2.4.1954; [dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02022.pdf](http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02022.pdf) [18.3.2021].

<sup>16</sup> Franz-Josef Wuermeling, Hilfe für die Familie. Ein Programm des Bundesministers für Familienfragen, in: Bulletin der Bundesregierung, 5.8.1954, S. 1289–1291.

<sup>17</sup> Der Spiegel vom 4.11.1953: „Familienminister: Der Wille zum Kind“.

<sup>18</sup> Vgl. Kuller, Familienpolitik, S. 97–112, und Mark Jakob, Familienbilder. Sozialer Wandel, Wissenschaft und Familienpolitik in der BRD 1954–1982, Wiesbaden 2019, S. 134 f. Zum Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen ab 1959: BAArchK, B 153/680–685.

<sup>19</sup> Vgl. Andrea Becker, Mutterschaft im Wohlfahrtsstaat. Familienbezogene Sozialpolitik und die Erwerbsintegration von Frauen in Deutschland und Frankreich, Berlin 2000, S. 164. Diese Besonderheit der westdeutschen Familienpolitik erkannte Conway, Western Europe's Democratic Age, S. 199–254, nicht.

<sup>20</sup> FAZ vom 6.8.1954: „Irrtum eines Familienministers“; auch gedruckt in: Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, 3., durch einen Anhang erweiterte Aufl., Stuttgart 1955, S. 376–389, hier S. 382 und S. 384. Vgl. auch den Beitrag des ehemaligen Ministeri-

doch nicht die Bestrebungen des Ministers zur Zementierung einer überkommenen Geschlechterordnung per se und erst recht nicht die Ansicht, dass die Familie die „Keimzelle der Demokratie“ und damit ihre zentrale Ordnungsstruktur darstellte. Vielmehr argumentierte er, der Staat könne in der Demokratie nicht dirigierend in die Familien eingreifen – sonst überschreite er die Grenze zum Totalitarismus.<sup>21</sup>

Besser noch als die Auseinandersetzungen um das Familienministerium und dessen Politik zeigen indes die politischen Debatten um das sogenannte Gleichberechtigungsgesetz in den 1950er Jahren die Tragweite der patriarchalen Ausrichtung des jungen Staats. Denn die Aushandlung im Parlament, so meine dritte These, tastete weder die Vorstellung von der Kernfamilie als Hort der Demokratie noch die traditionelle Rollenverteilung an, sondern gab lediglich das Ausmaß der patriarchalen Struktur der Familie vor. Zugleich bildete sich aber auch ein fraktionsübergreifender Konsens unter Politikerinnen, die, hinter den Kulissen des Parlaments und über vielfältige Netzwerke verbunden, engagiert für die Gleichberechtigung stritten. Dabei attackierten sie die patriarchale Ordnung nicht offen, sondern arbeiteten pragmatisch auf formale Gleichberechtigung, adäquate Alterssicherung, Lohngleichheit und eine Eherechtsreform hin, bekannten sich aber grundsätzlich zu Ehe und Familie.<sup>22</sup>

Gezwungen vom Bundesverfassungsgericht debattierte der Bundestag zwischen 1953 und 1957 den aus dem Gleichstellungsparagrafen des Grundgesetzes (Artikel 3, Absatz 2) erwachsenen Auftrag, die Gleichberechtigung der Frauen in der Rechtsordnung der Bundesrepublik umzusetzen.<sup>23</sup> Das „Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“ wurde am 3. Mai 1957 beschlossen. Durch die Einführung der ehelichen Zugewinnngemeinschaft sicherte es Ehefrauen erstmals finanziell ab, ermöglichte eine Berufstätigkeit der Frau auch gegen den Willen des Gatten (solange diese „ihre Pflichten in Ehe und Familie“ nicht vernachlässigte) und hob das Letztentscheidungsrecht des Ehemanns auf. Dies galt allerdings nicht für den Bereich der Erziehung; hier

---

albeamten im Bundesfamilienministerium Max Wingen, Anmerkungen zu 50 Jahren „Familienministerium“, in: Rück- und Ausblick. Zeitschrift für Familienforschung 15 (2003), S. 272–293, hier S. 274 f.; nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283001 [31.3.2021].

<sup>21</sup> Vgl. Schelsky, Irrtum, in: Ders., Wandlungen, S. 384.

<sup>22</sup> Dazu die Nachlässe von Marie-Elisabeth Lüders (BArchK, N 1151) und Elisabeth Schwarzhaupt (BArchK, N 1177), die zeigen, wie geschickt beide Politikerinnen die Durchsetzung des Gleichberechtigungsgesetzes (1957), die Abschaffung des Stichentscheids (1959) und Meilensteine zur beruflichen Gleichberechtigung von Frauen in der Bundesrepublik organisierten und hierfür Unterstützung über Fraktionsgrenzen hinaus sicherten.

<sup>23</sup> Mit Urteil vom 18.12.1953 – nach dem Verstreichen der im Grundgesetz eingeräumten Übergangsfrist für die Anpassung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 31.5.1953. Das Gesetz wurde seit 1954 debattiert und am 3.5.1957 vom Bundestag einstimmig beschlossen, am 18.6.1957 im Bundesgesetzblatt (BGBl.) verkündet und trat am 1.7.1958 in Kraft; Sitzungsprotokolle des Bundestags, 2. Legislaturperiode, 3.5.1957, S. 11800; [dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02206.pdf](http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02206.pdf) [18.3.2021]. Im Folgenden erscheinen die Quellen des Dokumentations- und Informationssystems für Parlamentarische Vorgänge mit den Protokollen des Bundestags unter dem Kürzel DIPBT. Vgl. auch BGBl., Teil 1, Nr. 26, 21.6.1957, S. 609–640.

blieb bis 1959 der Stichentscheid des Vaters erhalten. Die geschlechtsspezifische Aufgabenteilung in der Ehe wurde erst 20 Jahre später aufgehoben.<sup>24</sup>

Die Debatten im Februar 1954 und Mai 1957 zeigen nachdrücklich, dass sich alle Parteien offensiv zur Polarität der Geschlechter und zu unterschiedlichen Aufgaben von Männern und Frauen in der Familie bekannten, vor allem aber zur patriarchal strukturierten Kernfamilie als Bollwerk der Demokratie – und ihre Position jeweils mit Schelskys Analysen begründeten.<sup>25</sup> Einigkeit herrschte auch in der Überzeugung, dass die Familie sich einerseits in der Zeit des Nationalsozialismus und des Wiederaufbaus als Stabilitätsanker erwiesen habe, dass sie sich aber zunehmend Gefährdungen durch die Verflüssigung gesellschaftlicher Strukturen und privater Bindungen ausgesetzt sehe.<sup>26</sup> Hier befanden sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in direktem Widerspruch zu Schelsky, der diese sozialen Wandlungsprozesse nüchtern als Anpassung an die „Dynamik der industriell-bürokratischen Gesellschaft“ betrachtet hatte.<sup>27</sup>

Strittig blieb lediglich, wie der Staat die Familie schützen könne und wieviel Patriarchat den Familien und Frauen dabei zuträglich sei. Hier wog der Einwand aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) schwer, der Stichentscheid gefährde das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat.<sup>28</sup> Die CDU hielt dagegen, das Letztentscheidungsrecht des Manns leite sich aus der christlichen Ordnung der Familie ab und diese könne der Staat nicht antasten.<sup>29</sup> Allerdings waren auch die Vertreterinnen und Vertreter von SPD und Freier Demokratischer Partei (FDP) weit davon entfernt, eine wirkliche „formale Gleichberechtigung“ der Frauen zu fordern, im Gegenteil.<sup>30</sup> Als die CDU-Politikerin Elisabeth Schwarzhaupt argumentierte, der Stichentscheid des Manns sei auch aus christdemokratischer Sicht abzulehnen, da der Staat „das Opfer der Frau an eigenständigem Leben zugunsten der Ehe, das immer von ihr gefordert wird und gefordert werden muß“, nicht zum Gegenstand einer Rechtsforderung machen könne, bekam sie Beifall von der SPD.<sup>31</sup> Klar konstatierte Schwarzhaupt die gestiegene innerfamiliäre Verantwortung der Frau in der Industriegesellschaft und berief sich hierzu auf Schelsky. Aber die Frau hätte dies „nicht gesucht, [...] weil sie nach

<sup>24</sup> Aufgehoben durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29.7.1959; vgl. van Rahden, *Demokratie*, S. 69–102.

<sup>25</sup> Vgl. DIPBT 2, 12.2.1954; [dserver.bundestag.de/btp/02/02015.pdf](http://dserver.bundestag.de/btp/02/02015.pdf) [4.6.2021], Bundesjustizminister Neumayer (FDP), S. 474 f.; Abgeordneter Dr. Weber (CDU), S. 479 f. und S. 482; Abgeordneter Dr. Dehler (FDP), S. 483 f.; mit direkter Kritik am Patriarchat: Bundesfamilienminister Dr. Wuermeling (CDU), S. 488–490, und mit Verweisen auf die unantastbare „Wesensordnung der Familie“ in der Demokratie, S. 490 und S. 492 f.

<sup>26</sup> Vgl. ebenda, S. 479 f., S. 482 und S. 487.

<sup>27</sup> Schelsky, *Irrtum*, in: Ders., *Wandlungen*, S. 381.

<sup>28</sup> Vgl. DIPBT 2, 12.2.1954, Abgeordnete Nadig (SPD), S. 485, und Abgeordneter Dr. Menzel (SPD), S. 495.

<sup>29</sup> Vgl. ebenda, Abgeordneter Dr. Weber (CDU), S. 479–480, und Bundesfamilienminister Dr. Wuermeling, S. 488.

<sup>30</sup> Ebenda, Bundesfamilienminister Dr. Wuermeling (CDU), S. 492, und Abgeordneter Dr. Metzger (SPD), S. 495.

<sup>31</sup> Ebenda, Abgeordnete Dr. Schwarzhaupt (CDU), S. 499.

Rechten strebte, sondern diese Verantwortung ist ihr zugewachsen, ob sie wollte oder nicht“. Dieser Entwicklung könne man nicht mit der „Aufrechterhaltung einer patriarchalischen Ordnung“ beikommen.<sup>32</sup>

Mit dieser Position stellte sich eine CDU-Politikerin zwar gegen den Gesetzesentwurf ihrer eigenen Partei, verteidigte aber zugleich die geschlechtsbezogene Aufgabentrennung unter Verweis auf die christliche Ordnung von Ehe und Familie. In der zweiten großen Debatte im Mai 1957 argumentierten Abgeordnete von FDP und SPD, der Stichentscheid verletze das Gleichberechtigungsgebot (SPD) und unterminiere die Autorität der Mutter (FDP).<sup>33</sup> Die CDU hatte sich mit der Abschaffung des Stichentscheids in der Ehe zwar weitgehend arrangiert, beharrte indes auf dem Letztentscheidungsrecht des Vaters in Erziehungsfragen, daran konnte auch ein abweichender Antrag von einigen liberalen CDU-Abgeordneten um Elisabeth Schwarzhaupt nichts ändern.<sup>34</sup> Das Festhalten am Stichentscheid begründete Staatssekretär Walter Strauß (CDU) damit, dass nicht der Mann aufgrund seines Geschlechts eine Privilegierung erfahre, sondern „weil es hier um die Familie geht“. <sup>35</sup> Der Mann handele in einer „ihm anvertrauten Aufgabe“ im Sinne der „gemeinschaftlichen Verantwortung“ der Ehegatten für die Familie. Diese Argumentation und die Tatsache, dass der Bundestag das Gesetz schließlich einstimmig verabschiedete, zeigen, dass der Familie auch 1957 noch die zentrale Rolle für die Festigung des Gemeinwesens zugesprochen wurde.

Erst als der väterliche Stichentscheid vom Bundesverfassungsgericht zwei Jahre später, im Juli 1959, kassiert wurde (eine Rechtsanwältin und drei Ehefrauen hatten Verfassungsbeschwerden erhoben, unterstützt von Parlamentarierinnen wie Marie-Elisabeth Lüders), galt die patriarchale Familie im Sinne der Rechtsordnung als nicht mehr vereinbar mit den Erfordernissen und Normen der modernen Demokratie.<sup>36</sup> Das hatte jedoch zunächst wenig Auswirkungen auf die weiterhin geschlechtlich kodierte Aufgabenteilung in Ehe und Familie. So führte der Bundestag 1961 auf Betreiben von Familienminister Wüermeling das bereits im Nationalsozialismus aufgehobene Schuldprinzip bei der Ehescheidung wieder ein – zum Schutze der Familie. Dieser aus geschlechterhistorischer Sicht ausgesprochen restaurative Schritt, das Zerrüttungsprinzip durch das traditionelle Schuldprinzip zu ersetzen, wurde bislang in der historischen Forschung kaum gewürdigt.<sup>37</sup>

<sup>32</sup> Ebenda, Abgeordnete Dr. Schwarzhaupt (CDU), S. 500.

<sup>33</sup> Vgl. DIPBT 2, 3.5.1957.

<sup>34</sup> Auch die Fraktionen von SPD und FDP hatten gleichlautende Änderungsanträge eingereicht, die aber allesamt nicht angenommen wurden; vgl. ebenda, Anlagen 9, 12 und 13, S. 11864–11867.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 11789, Abgeordneter Dr. Strauß (CDU).

<sup>36</sup> Vgl. van Rahden, *Demokratie*, S. 69–72. Und: BArchK, N 1151/226.

<sup>37</sup> Vgl. Isabel Heinemann, „Enttäuschung unvermeidlich“? Die Debatten über Ehescheidung, Abtreibung und das Dispositiv der Kernfamilie in der BRD, in: Bernhard Gotto/Anna Ullrich (Hrsg.), *Hoffen – Scheitern – Weiterleben. Enttäuschung als historische Erfahrung im 20. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2021, S. 55–85, hier S. 64–66, und Neumaier, *Familie*, S. 349 f.

Obleich die Debatten um die Reform des Ehe- und Familienrechts Mitte der 1970er Jahre – so meine vierte These – zu einer Anerkennung des Funktionswandels der Familie, der partnerschaftlichen Ehe und der weiblichen Erwerbstätigkeit führten, blieben Haushalt und Erziehung auch in den Augen der liberalsten Politikerinnen und Politiker weitgehend Sache der (Ehe-)Frauen – ob diese nun berufstätig waren oder nicht.<sup>38</sup>

Bereits in der Debatte über den Gesetzentwurf der Regierung für ein „Erstes Gesetz zur Änderung des Ehe- und Familienrechts“ begründete Justizminister Gerhard Jahn (SPD) am 8. Juni 1973 die Notwendigkeit einer Reform damit, dass angesichts weitverbreiteter Frauenerwerbstätigkeit die „überholte gesetzliche Festbeschreibung der Ehe als Hausfrauenehe“ obsolet sei. Die Ehepartner sollten in Zukunft gemeinsam die Aufgabenteilung in Ehe und Familie festlegen, eine Privilegierung des Manns als Ernährer und Entscheider (gegenüber der Frau als Hausfrau und Mutter) solle es nicht mehr geben. Im Scheidungsrecht habe sich das Schuldprinzip als impraktikabel und ungerecht erwiesen, hier wollte die Regierung eine Rückkehr zum Zerrüttungsprinzip, allerdings unter dem neuen Begriff des „Scheiterns der Ehe“ als Scheidungsgrund.

Auffällig viele Rednerinnen und Redner bekannten sich zur „Emanzipation der Frau“, die sowohl Anlass als auch Ziel der Rechtsreform sei.<sup>39</sup> Die Regierungsparteien warben zudem für eine partnerschaftliche Gestaltung der Ehe,<sup>40</sup> wohingegen die Opposition auf dem Schutz von Ehefrau und Kindern in der Familie und durch die Ehe beharrte.<sup>41</sup> Gut zwei Jahre später, bei der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes im Jahr 1975, hatte sich der Ton der Debatte erneut gewandelt. Nunmehr bekräftigten alle Rednerinnen und Redner, angesichts der modernen Industriegesellschaft und ihrer Wandlungsdynamik verbiete sich die Festlegung eines einheitlichen Familienleitbilds durch den Staat.<sup>42</sup> Übereinstimmend gingen sie davon aus, die Familie habe einen Funktionswandel durchlaufen, von einer primär ökonomischen (Re-)Produktionsfunktion zu einer stärker emotionalen Sta-

<sup>38</sup> Vgl. BGBl., Teil I, Nr. 67, 15.6.1976, S. 1421–1464: Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976. Zur Eherechtsreform vgl. Christopher Neumaier, Ringen um Familienwerte. Die Reform des Ehescheidungsrechts in den 1960er/70er Jahren, in: Bernhard Dietz/Christopher Neumaier/Andreas Rödder (Hrsg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2014, S. 201–225, und Heinemann, *Enttäuschung*, in: Gotto/Ullrich (Hrsg.), *Hoffen*, S. 64–69.

<sup>39</sup> DIPBT 7, 8.6.1973; [dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07040.pdf](http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07040.pdf) [18.3.2021], Bundesjustizminister Jahn (SPD), S. 2227; Abgeordneter Engelhard (FDP), S. 2229; Abgeordneter Dr. Erhard (CDU), S. 2233 f., und Abgeordnete Dr. Lepsius (SPD), S. 2242.

<sup>40</sup> Vgl. ebenda, Bundesjustizminister Jahn (SPD), S. 2226 f.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, Abgeordneter Dr. Erhard (CDU), S. 2233–2235, und Abgeordneter Dr. Lenz (CDU), S. 2239 f.

<sup>42</sup> Vgl. DIPBT 7, 11.12.1975; [dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07209.pdf](http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07209.pdf) [2.6.2021], Abgeordneter Dr. Emmerlich (SPD), S. 14403 und S. 14407; Abgeordneter Dr. Mikat (CDU), S. 14417; Abgeordneter Engelhard (FDP), S. 14417; Abgeordnete Dr. Lepsius (SPD), S. 14422 f.; Bundesjustizminister Dr. Vogel (SPD), S. 14428 f.; Abgeordneter Erhard (CDU), S. 14467 f., und Abgeordnete Schimschok (SPD), S. 14464 f.

bilisierungsfunktion. Wichtig dagegen bleibe der Erhalt des Leitbilds der – selbstredend heteronormativen – Ehe als Lebensgemeinschaft, die der Staat besonders zu schützen habe; in diesem Punkt waren sich Opposition und Regierung einig.<sup>43</sup> Auch die Opposition bekannte sich grundsätzlich zum Abbau patriarchaler Hierarchien in der Familie, zur partnerschaftlichen Ehe und zur Einführung des Zerrüttungsprinzips bei der Ehescheidung.<sup>44</sup> Dissens gab es über die Details des Versorgungsausgleichs bei Scheidung, der Sicherung des Kindeswohls und der Frage, ob die Reform nicht die Erwerbstätigkeit der Ehefrau zur Norm machen würde.<sup>45</sup> Schlussendlich verweigerte die Unionsfraktion dem Gesetz die Zustimmung, das mit 228 zu 192 Stimmen knapp passierte, von den Ländern im Bundesrat gekippt und erst nach einem Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses am 8. April 1976 verabschiedet wurde.<sup>46</sup> Die Reform trat am 1. Juli 1977 in Kraft.

Zwei Aspekte fallen auf: Zum einen zweifelte keine Fraktion ernstlich an, dass es die Ehefrauen seien, welche die Doppelbelastung durch Berufs- und Hausarbeit zu meistern hatten – die Berufstätigkeit wurde zur Entscheidung der Frau, die deren Konsequenzen ohne staatliche oder partnerschaftliche Unterstützung zu tragen habe. Einzig die Abgeordnete Hildegard Schimschok (SPD) konnte sich in ihrer Rede auch vorstellen, dass der „Umdenkprozeß in unserer Gesellschaft“ eines Tags soweit sei, dass „auch der Mann die Führung des Haushalts übernimmt“.<sup>47</sup> Zum anderen tauchte die inzwischen von der Neuen Frauenbewegung vehement erhobene Forderung nach Gleichberechtigung nirgendwo als Referenz auf. Lediglich die SPD-Politikerin Renate Lepsius erwähnte das „Aufbegehren der Frauen in vielen emanzipatorischen Bewegungen“ als Beispiel für gegenwärtige Konflikte, die der gesellschaftspolitischen Regelung bedürften. Vor allem aber verwies sie auf die Vorbildfunktion der Frauenbewegung der Weimarer Zeit für die Einführung des Zerrüttungsprinzips, des Unterhaltsrechts und der Alterssicherung der Frau: So habe die „sozialliberale Koalition nach 50 Jahren Überlegungen realisiert, die von der Koalition von Sozialdemokraten, von Deutschen Demokraten und auch vom damaligen Verband der Frauenverbände der Weimarer Republik angestellt wurden“.<sup>48</sup>

Dabei hatten die verschiedenen Organisationen der neuen Frauenbewegung schon längst die Forderung nach dem Abbau der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, der Schaffung von geeigneter Kinderbetreuung und der Ent-

<sup>43</sup> Vgl. ebenda, Abgeordneter Dr. Emmerlich (SPD), S. 14403; Abgeordneter Dr. Mikat (CDU), S. 14410–14412 und S. 14416; Abgeordneter Engelhard (FDP), S. 14418; Abgeordnete Dr. Lepsius (SPD), S. 14423 f.; Bundesjustizminister Dr. Vogel (SPD), S. 14430 und S. 14433; Abgeordneter Erhard (CDU), S. 14468, und Abgeordneter Metzger (SPD), S. 14507 f.

<sup>44</sup> Vgl. stellvertretend v. a. die Rede des Rechtsexperten der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Paul Mikat (CDU); ebenda, S. 14412 f. und S. 14417. Vgl. auch ebenda, Abgeordnete Dr. Wex (CDU), S. 14496, und Abgeordneter Erhard (CDU), S. 14468.

<sup>45</sup> Vgl. ebenda, Abgeordneter Dr. Mikat (CDU), S. 14417.

<sup>46</sup> Vgl. DIPBT 7, 8.4.1976, S. 16412; dservver.bundestag.de/btp/07/07235.pdf [4.6.2021].

<sup>47</sup> DIPBT 7, 11.12.1975, Abgeordnete Schimschok (SPD), S. 14466.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 14422 f., Abgeordnete Dr. Lepsius (SPD).

lohnung von Hausarbeit erhoben.<sup>49</sup> Doch die Wahrnehmung der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen – wie bislang auch der Historiografie – konzentrierte sich primär auf die Forderung der Neuen Frauenbewegung nach Abschaffung des Paragraphen 218. Das Eintreten für eine gerechtere Verteilung der Aufgaben bei der Kindererziehung oder auch die Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ fanden hingegen kaum Aufmerksamkeit.<sup>50</sup> Auch die Organisationsformen und Medien der Neuen Frauenbewegung erfuhren noch keine Resonanz im vergleichsweise bildungsbürgerlich geprägten Bundestag. Dieser Befund ist angesichts der Präsenz engagierter Politikerinnen im Parlament besonders erklärungsbedürftig. Augenscheinlich galten die Aktivistinnen nicht als rationale, akzeptable Gesprächspartnerinnen. Zwar hatten sich bereits im Sommer 1971 Vertreterinnen der Aktion 218, eines breiten Bündnisses für die Neuregelung des Abtreibungsrechts, mit 86.000 Solidaritätsadressen und einem Protestbrief an den Bundesjustizminister gewandt und erklärt, dass „Frauen den vom Staat auferlegten Gebärzwang nicht länger als ihr individuelles Problem begreifen“. Stattdessen hatten die Aktivistinnen gefordert, „nicht als Stimmvieh behandelt zu werden“, und ihren Willen bekräftigt, sich „als aktive, politische Bürger [sic!] zu artikulieren“. Damit hatten sie reproduktive Rechte und Demokratie gedanklich verknüpft.<sup>51</sup> Doch Minister und Parlament verweigerten den Frauen die gewünschte Anhörung in den Debatten um die Abtreibungsreform im Bundestag.

Während im Parlament weitgehend Einigkeit über die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels in der hochindustrialisierten Gesellschaft auf den privaten Bereich der Familie bestand, wurde prinzipiell die Bedeutung von Ehe und Familie als normative Grundlage, Reproduktions- und Sozialisationsinstanz der Demokratie bekräftigt. So verstand der Hauptredner der SPD, Alfred Emmerlich, die anstehenden Reformen des Ehe- und Familienrechts als „Lebensfragen unseres Staates und unserer Gesellschaft“, für die eine „Grundübereinstimmung aller Demokraten“ erforderlich sei. Der CDU-Politiker Paul Mikat verband das Bekenntnis zur weltanschaulichen Neutralität des demokratischen Staats mit der Begründung des Leitbilds der christlichen Ehe als Verfassungsbestandteil, während die FDP-Politikerin Liselotte Funcke Ehe und Familie als „Grundlagen unserer Lebens- und Gesellschaftsordnung“ begriff, die „zwischen den demokratischen Parteien nicht

<sup>49</sup> Vgl. die Dokumentensammlung von Ilse Lenz, *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied*, Wiesbaden 2009, dort zur Familie z. B. die Flugblätter Helge Sanders zur Kinderbetreuung (1968), S. 66–70, und die Kritik der Dortmunder Aktion 218 an der patriarchalen Familie auf dem Bundesfrauenkongress am 12.3.1972 in Frankfurt a. M., S. 91 f. Zur Verbindung von Frauenbewegung und Kampf gegen den § 218 vgl. Gerhard, *Frauenbewegung*, S. 111 f.

<sup>50</sup> Eine Ausnahme bildet die Pionierstudie von Carola Sachse, *Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994*, Göttingen 2002. Vgl. auch Ferree, *Feminismen*, S. 97–114.

<sup>51</sup> Aktion 218, *Protestschreiben an Bundesjustizminister Gerhard Jahn*, 10.7.1971, *FrauenMediaTurm Köln*, Pressedokumentation PD SE.11.02 Chronologie § 218. Vgl. auch Julia Hitz, *Aktion 218* (2019); [www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/aktion-218](http://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/aktion-218) [18.3.2021].

streitig sind und nicht streitig werden dürfen“. Nicht zuletzt verwies Justizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) auf die Sozialisationsfunktion der Familie für die „offene demokratische Gesellschaft“. Mit dem Hinweis, dass es die Familie gewesen sei, die „in den Notjahren des Krieges und der ersten Nachkriegszeit“ den Menschen „Halt und Zuflucht“ gegeben habe, während alle anderen Sozialverbände versagt hätten, schlug er zudem die Brücke zu Schelskys These von der „Familie als Stabilitätsrest“ aus den 1950er Jahren.<sup>52</sup>

Damit zeigt sich, dass in den politischen Debatten der Bundesrepublik bis weit in die 1970er Jahre hinein die Familie nicht nur als „Keimzelle der Demokratie“ betrachtet, sondern auch als Grundvoraussetzung und Erklärung für die erfolgreiche Transformation in eine pluralistische Gesellschaft angeführt wurde. Zwar stand ihr patriarchaler Charakter zunehmend zur Debatte und wurde allmählich durch Konzepte einer pluralistischeren Lebens- und Sozialisationsgemeinschaft abgelöst – wobei politische Frauen-Netzwerke seit den 1950er Jahren im Hintergrund eine ganz wesentliche Rolle spielten. Doch das Leitbild der christlichen Ehe als Grundlage der Familie wirkte weiter, ebenso wie die unhinterfragte Zuständigkeit der Ehefrau für Haushalt und Erziehung und damit das Bekenntnis zu traditionellen, naturalistisch begründeten Geschlechterrollen. Damit hatte die Integration der Westdeutschen in die Demokratie über das Konzept der patriarchalen Familie für die Geschlechtergerechtigkeit – und damit primär für die Gleichberechtigung von Frauen – eine retardierende Wirkung. Es sollte bis nach der Wiedervereinigung dauern, bis sich die Ansicht, dass vielfältige Familienformen eine faire Verteilung der Sorge um Erziehung und Haushalt erforderten, auch in den Parlamenten durchsetzte.

<sup>52</sup> DIPBT 7, 11.12.1975, Dr. Emmerlich (SPD), S. 14409; Dr. Vogel (SPD), S. 14428 f., und Funcke (FDP), S. 14458; vgl. auch ebenda, Dr. Mikat (CDU), S. 14410 f.

Martina Steber

## Staatsbürgerinnen für die Demokratie

Konservative Frauen und die junge Bundesrepublik

In den bundesrepublikanischen Demokratiegeschichten spielen konservative Frauen keine Rolle. Für die Politikgeschichte gehören sie zu den marginalen Figuren, weil sie als Politikerinnen der Christlich Demokratischen Union und Christlich-Sozialen Union (CSU) selten bedeutende Ämter und Posten besetzten, und das wird sich vermutlich erst mit der Historisierung der Kanzlerschaft Angela Merks ändern. Die Ideengeschichte der Demokratie kennt ebenso wenig konservative Frauen wie die Geschichte der demokratischen Öffentlichkeit. Auch die Geschlechtergeschichte tut sich schwer mit jenen Frauen, die sich lieber auf den hinteren Rängen der Emanzipationsbewegung postierten als an ihrer Spitze zu marschieren, die sich gegen die umfassende Gleichstellung der Geschlechter aussprachen und sich zustimmend in patriarchale Strukturen fügten. In eine Geschichte der Demokratisierung im Sinne der Realisierung des Gleichberechtigungssatzes im Grundgesetz lassen sie sich kaum einpassen. Oft erscheinen solche Frauen als gelenkt von patriarchalisch geprägten Hierarchien in Parteien und Kirchen, als marginalisierte Damenriege, deren Funktion allein in der Befriedigung weiblichen Repräsentationsverlangens in der parlamentarischen Demokratie bestand.

Über eine solche Historisierung hätten sich die Frauen, die sich in der Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik in den Unionsparteien, in konfessionellen Frauenverbänden, in Landfrauen- und Hausfrauenorganisationen engagierten, sicherlich gewundert, wenn nicht lautstark dagegen protestiert.<sup>1</sup> Denn sie selbst sahen sich als zentrale Akteurinnen der Demokratisierung nach dem Ende des NS-Regimes.<sup>2</sup> Wie lässt sich dieses Paradox erklären? Wie definierten Frauen, die sich im konservativen Spektrum situierten, ihre eigene Rolle in der Demokratie? Wie legitimierten sie ihr politisches Engagement angesichts der in ihren Parteien, Verbänden, Kirchengemeinden und Familien vorherrschenden Meinung, dass die Politik den Männern vorbehalten sein sollte? In welcher Weise erdachten

<sup>1</sup> Die Geschichte konservativer Frauenorganisationen nach 1945 ist ein schmerzliches Forschungsdesiderat, abgesehen von Regina Illeemann, *Katholische Frauenbewegung in Deutschland 1945–1962. Politik, Geschlecht und Religiosität im Katholischen Deutschen Frauenbund*, Paderborn 2016; Holz, *Tradition, und Angela Keller-Kühne, Frauen im demokratischen Aufbau. Zur Gründungsgeschichte der CDU in Hessen*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 4 (1997), S. 19–34. Ebenso sind wissenschaftliche Biografien die Ausnahme, vgl. u. a. Tanja Roth, *Gabriele Strecker. Leben und Werk einer frauenpolitischen Aktivistin in der Nachkriegszeit*, Kassel 2016; Elke Schüller/Kerstin Wolff, *Fini Pfannes (1894–1967). Protagonistin und Paradiesvogel der Nachkriegsfrauenbewegung*, Königstein am Taunus 2000, und Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). *Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin*, hrsg. von der Hessischen Landesregierung, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2001.

<sup>2</sup> Vgl. Möding, *Stunde*, in: Broszat/Henke/Woller (Hrsg.), *Stalingrad*.

sie die Demokratie, füllten sie mit Leben, und wie gestalteten sie den demokratischen Neuanfang nach 1945? Eine solche Perspektive geht von der Diskurs- und Handlungsmacht von Frauen aus,<sup>3</sup> ohne zu verkennen, dass die vorherrschende patriarchale Ordnung Geschlechterungleichheiten zementierte und den Aktionsradius von Frauen begrenzte – gerade im konservativen Spektrum.<sup>4</sup> Trotz dieses harten Gehäuses schrieben sich konservative Frauen in die junge Demokratie ein und gaben ihr damit ein Stück weiblicher Prägung.

Frauen des konservativen beziehungsweise christdemokratischen Spektrums formulierten, so die These, unmittelbar nach dem Ende des NS-Regimes eine konservative Variante weiblicher Staatsbürgerschaft in der Demokratie.<sup>5</sup> Diese beruhte nicht auf Gleichheit, sondern auf Verschiedenheit, rekurrierte nicht auf Rechte, sondern auf Pflichten und setzte als ersten Richtwert nicht individuelle Freiheit, sondern geordnetes Gemeinwohl. Sie schrieb den Frauen damit eine besondere Verantwortung für das Gelingen der zweiten deutschen Demokratie zu. Das konservative Ideal der demokratischen Staatsbürgerin war allerdings weder in der von Männern geprägten politischen Öffentlichkeit präsent noch in den intellektuellen Diskursen der frühen Bundesrepublik. Es wurde in weiblichen Netzwerken erdacht und in weiblichen Öffentlichkeiten vermittelt: in den Frauen-Arbeitsgemeinschaften der Union, in (konfessionellen) Verbänden und ihren Schulungsangeboten, in Verbandspublikationen und in Frauenzeitschriften. In diesen Räumen entfaltete es angesichts der milieubedingten Organisationsstärke des konservativen Spektrums eine kaum zu überschätzende Wirkmächtigkeit und bewegte sich dennoch unter dem Radar des öffentlichen Diskurses.<sup>6</sup> Auch deshalb blieb das konservative Ideal der Staatsbürgerin in der Demokratie der Geschichtswissenschaft bislang verborgen.

Der Akzent auf die Staatsbürgerschaft in der Demokratie diente der Abgrenzung gegenüber linken und liberalen Ideen von Emanzipation, die auf die Durchsetzung gleicher Rechte für Frauen und Männer zielten – und dies auch und vor allem nach der Verabschiedung des Gleichberechtigungssatzes im Grundgesetz. Demgemäß unterstrich Helene Weber 1950, dass „Gleichberechtigung [...] keine schematische Gleichschaltung“ bedeute, „sondern den Eigenwert und die Würde der Frau achten und fördern“ solle.<sup>7</sup> Die Goslaer Christdemokratin Else Brökelschen rekurrierte auf die Tradition der bürgerlichen Frauenbewegung, um

<sup>3</sup> Vgl. Hodenberg, *Writing Women's Agency*.

<sup>4</sup> Vgl. Moeller, *Motherhood*.

<sup>5</sup> Zur Kategorie „citizenship“ in der Geschlechtergeschichte vgl. Kathleen Canning, *Class vs. Citizenship. Keywords in German Gender History*, in: *Central European History* 37 (2004), S. 225–244, und Birte Siim, *Citizenship*, in: Georgina Waylen u. a. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Gender and Politics*, Oxford u. a. 2013, S. 756–780.

<sup>6</sup> Zur Bedeutung von Wählerinnen für die Erfolge der Unionsparteien in der frühen Bundesrepublik vgl. Mechtilde Fülles, *Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969*, S. 24–35, und Sarah Elise Wiliarty, *The CDU and the Politics of Gender in Germany. Bringing Women to the Party*, Cambridge 2010, S. 19–22.

<sup>7</sup> Helene Weber, *Die Frau im deutschen Schicksal*, in: *Politisches Jahrbuch der CDU/CSU* 1 (1950), S. 63–66, hier S. 65.

ihren Einsatz für die „Gleichberechtigung“ von „öde[r] Gleichmacherei“ zu scheiden.<sup>8</sup> Maria Probst, Bundestagsabgeordnete der CSU und später erste Vizepräsidentin des Bundestags, wurde nicht müde zu betonen, dass die konservativen Frauen keine „Frauenrechte“ einforderten, sondern allein „Frauenpflichten“ für die Demokratie zu erfüllen hatten.<sup>9</sup> Indes: Sie hatten einen demokratischen Auftrag, das war entscheidend. Wie aber begründete sich dieser demokratische Auftrag? Wie wurde weibliches Engagement in der demokratischen Öffentlichkeit legitimiert?

Das konservative Modell der Staatsbürgerin ruhte auf fünf argumentativen Pfeilern, die im Folgenden in aller gebotenen Kürze vorgestellt werden. Zum Ersten argumentierten die Politikerinnen und Verbandsfunktionärinnen mit der Erfahrung des Nationalsozialismus. Das NS-Regime wurde als „Männerstaat“ gezeichnet,<sup>10</sup> in dem die Frau bewusst von jeglichem Mitspracherecht ausgeschlossen worden sei: Diktatur, Vernichtungspolitik und Weltkrieg seien auf männliche Entscheidungen und männliches Handeln zurückzuführen. Die vielfache Involvement von Frauen in das NS-Regime wurde zwar konzidiert, aber als anfängliche Verwirrung und allgemeine Verführung exkulpiert.<sup>11</sup> Mit dem Untergang des NS-Regimes sei ein auf männlicher Autorität und Herrschaft gegründeter Staat von Grund auf delegitimiert, argumentierte 1946 nicht nur Elfriede Nebgen, Mitbegründerin der CDU in Berlin, und begründete damit zugleich die Notwendigkeit weiblicher Partizipation: „Der Männerstaat von gestern hat Schiffbruch gelitten. Der Staat von morgen, der unter schmerzvollen Hemmungen sich zaghaft zum Werden anschickt, wartet auf die entschlossene Mitarbeit Millionen deutscher Frauen.“<sup>12</sup>

Während auf diese Weise einerseits Frauen kollektiv zum Opfer gemacht wurden, schrieb man ihnen andererseits kollektiv Verantwortung für die Schwäche der Weimarer Demokratie und die Etablierung des Nationalsozialismus zu. „Ich glaube“, so gab Maria Probst 1946 zu bedenken, „daß wir eine unerhörte Schuld auf uns geladen haben und noch dabei sind, wieder eine neue auf uns zu laden, wenn wir Frauen uns einer nicht gottgewollten Passivität anheimgeben. Wir müssen uns der Mühe und des Opfers des politischen Kampfes unterziehen.“ Eine demokratische Kultur, so der Appell, könne nur gelingen, wenn sich weibliche Eigenschaften entfalten könnten; Probst nannte „absolute Sauberkeit, Anständigkeit und die Fairness der Mittel“ als Voraussetzungen, um die demokratische De-

<sup>8</sup> Else Brökelschen, *Parlamentarische Erinnerungen und Erfahrungen*, in: *Der Wähler* 3 (1952), S. 110–112, hier S. 112.

<sup>9</sup> Archiv für Christlich-Soziale Politik (künftig: ACSP), FU, Protokoll über die Gründungstagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen in Bayern am 29.8.1947 in Eichstätt (Maria Probst).

<sup>10</sup> Protokoll der 20. und 21. Sitzung des Bundestags, 2.12.1949, S. 624 (Helene Weber, CDU); [dserv.bundestag.de/btp/01/01021.pdf](https://dserv.bundestag.de/btp/01/01021.pdf) [12.5.2021].

<sup>11</sup> Vgl. Maria Offenbergh, *Das christliche Frauenbild in der Gefährdung*, in: Gertrud Ehrle (Hrsg.), *Licht über dem Abgrund. Aufzeichnungen und Erlebnisse christlicher Frauen 1933–1945*, Freiburg im Breisgau 1951, S. 5–10.

<sup>12</sup> Elfriede Nebgen, *Frauen gestern und heute*, Berlin 1946, S. 3 und S. 38 f. Zu solchen Argumentationen vgl. Illema, *Frauenbewegung*, S. 221–227.

batte zu zivilisieren.<sup>13</sup> Helene Weber sah die Verteidigung der Menschenrechte „gegenüber falschen Machtansprüchen“ als „besondere Aufgabe“ der Frau.<sup>14</sup> Gertraud Kempken, Vorstandsmitglied des Katholischen Deutschen Frauenbunds, vermeinte in „Wärme und Hilfsbereitschaft, [der] Kraft des Verstehens und Ausgleichens, [der] Kraft der Versöhnung“ die „wesenseigene[n] Kräfte der Frau“ zu erkennen. Sie habe für eine „Kultur der Seele“ zu sorgen, sei zur Hüterin der Moral berufen.<sup>15</sup>

Christliche Totalitarismusinterpretation, in der Säkularisierung, Liberalismus und Materialismus als ursächlich für Nationalsozialismus und Kommunismus ausgemacht wurden, sowie die konservative Kulturkritik, die sich in der Gegenwartsdiagnose einer Krise der Moral verdichtete, grundierten weibliche Einschreibungen in die Demokratie.<sup>16</sup> Im Verein mit dem Opferstatus, der allen Frauen kollektiv zugeschrieben wurde, stellten sie probate Bausteine für ein Exkulpationsnarrativ bereit, das besonders für die vielen Frauen des konservativen Spektrums attraktiv war, die sich auf das NS-Regime in verschiedenster Weise eingelassen hatten. Zwar waren unter jenen, die sich um eine Revitalisierung der konservativen Frauenbewegung nach 1945 bemühten, viele – vor allem katholische – Frauen, die in konsequenter Opposition verharren hatten und auf die das Narrativ der Ausschaltung des Einflusses und der Verfolgung tatsächlich zutraf. Doch in der Verallgemeinerung legte es einen dichten Schleier über die weibliche Selbstermächtigung im Nationalsozialismus.

Dem Denken in geschlechtlichen Polaritäten lag die Überzeugung von der Differenz der Geschlechter zugrunde, auf der das konservative Ideal der Staatsbürgerin – zum Zweiten – fußte. Mann und Frau seien wesensmäßig komplementär, ergänzten einander in ihren Begabungen und Charaktereigenschaften, so dass eine gute gesellschaftliche Ordnung nur dann realisierbar sei, wenn jedem Geschlecht ein angemessener Raum zukomme.<sup>17</sup> Im Begriff Partnerschaft wurde die avisierte

<sup>13</sup> Landesversammlung der CSU am 14./15.12.1946 in Eichstätt, in: Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, hrsg. von Barbara Fait/Alf Mintzel unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer, Bd. 1: Protokolle 1945–1946, München 1993, S. 835–960, hier S. 893 (Maria Probst). Sehr ähnlich argumentierten z. B. Marianne Pünder und Elfriede Nebgen; vgl. Renate Genth/Ingrid Schmidt-Harzbach, Frauen in den Parteien, in: Genth (Hrsg.), Frauenpolitik, S. 105–151, hier S. 135.

<sup>14</sup> Weber, Frau, S. 64.

<sup>15</sup> Gertraud Kempken, Die Frau in der Ordnung des Lebens, in: Christliche Frau 43 (1954), S. 102–108, hier S. 103 und S. 107. Zu Kempken vgl. Illemann, Frauenbewegung, S. 42–44.

<sup>16</sup> Zu diesen Denkfiguren vgl. Martin Greschat, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“. Anmerkungen zu einem europäischen konfessionellen Interpretationsmodell, in: Jochen Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 1–24; Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, und Vanessa Conze, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

<sup>17</sup> Vgl. Hausen, Polarisierung, in: Conze (Hrsg.), Sozialgeschichte, und Frevert, Mann und Weib.

Rollenverteilung beschrieben.<sup>18</sup> Solche Argumente gehörten zum Repertoire der bürgerlichen Frauenbewegung.<sup>19</sup> Nach 1945 wurden sie mit einem Appell der Dringlichkeit und Unbedingtheit verbunden.<sup>20</sup> Dabei war sich etwa Elisabeth Schwarzhaupt durchaus bewusst, dass Ideal und Realität keineswegs deckungsgleich waren und man sich – in optimistischer Deutung – „in einem Übergang von patriarchalischen zu partnerschaftlichen Auffassungen des Verhältnisses der Geschlechter zueinander“ befand.<sup>21</sup>

Besonders hervorgehoben wurde in konservativen Diskurszusammenhängen die angeblich besänftigende, pazifizierende Kraft des Weiblichen: „Das Fehllaufen männlichen Denkens, Tun[s] und Lassens müssen wir durch unser Hinzutun auf den richtigen Weg bringen“, betonte Elisabeth Meyer-Spreckels bei der Gründungstagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU im August 1947. „Wir müssen zu einem Ausgleich kommen zwischen männlichem und weiblichem Denken und Wollen.“<sup>22</sup> Die Notwendigkeit von Ausgleich, Gleichgewicht, Balance und Synthese wurde in Legitimationsnarrativen konservativen Frauenengagements für die Demokratie geradezu ubiquitär bemüht. Damit unterstrichen die Politikerinnen nicht von ungefähr ein Grundprinzip der politischen Sprache des Konservativen, dem in der Suche nach einem bundesrepublikanischen Konservatismus in der Demokratie nach 1945 eine zentrale Rolle zukam.<sup>23</sup>

Weiblichkeit verdichtete sich in einer solchen Lesart zu Mütterlichkeit. Dieses in der Frauenbewegung seit Langem eingeführte Motiv wurde in konservativen Frauenzirkeln vielfältig ausgedeutet: von der aufopfernden Fürsorgeorientierung über die zugewandte Emotionalität bis hin zur Streitbarkeit und dem bedingungslosen Einsatz für die Anvertrauten reichte das Spektrum der Zuschreibungen.<sup>24</sup> Maria Probst, die den Ruf einer harten Verhandlerin genoss, wurde als Mutter ihres Wahlkreises gezeichnet, die sich in rastloser Tätigkeit für die Bevölkerung einsetzte: „Das Volk nennt sie deshalb ‚Maria Hilf‘, während ihr die Behörden den ehrenvollen Namen ‚Maria Heimsuchung‘ gaben.“ Eine wahrhaftige „Schützerin

<sup>18</sup> Zusammenfassend vgl. Holz, *Tradition*, S. 281.

<sup>19</sup> Vgl. Irene Stoehr, „Organisierte Mütterlichkeit“. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900, in: Karin Hausen (Hrsg.), *Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, München 1983, S. 221–249.

<sup>20</sup> Vgl. Möding, *Stunde*, in: Broszat/Henke/Woller (Hrsg.), *Stalingrad*, S. 639–645.

<sup>21</sup> Aufgaben und Stellung der Akademikerin in der heutigen Gesellschaft. Vortrag von Dr. Elisabeth Schwarzhaupt MdB bei der Hauptversammlung des Deutschen Akademikerinnenbundes am 1. Oktober 1954 in Freiburg, in: Ursula Salentin, *Elisabeth Schwarzhaupt – erste Ministerin der Bundesrepublik. Ein demokratischer Lebensweg*, Freiburg im Breisgau 1986, S. 108–117, hier S. 114.

<sup>22</sup> ACSP, FU, Protokoll über die Gründungstagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen in Bayern am 29.8.1947 in Eichstätt (Elisabeth Meyer-Spreckels).

<sup>23</sup> Vgl. Martina Steber, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin/Boston 2017.

<sup>24</sup> Vgl. Marianne Zepp, *Redefining Germany. Reeducation, Staatsbürgerschaft und Frauenpolitik im US-amerikanisch besetzten Nachkriegsdeutschland*, Göttingen 2007, S. 92–118; für das protestantische Spektrum vgl. Sarah Jäger, *Bundesdeutscher Protestantismus und Geschlechterdiskurse 1949–1971. Eine Revolution auf leisen Sohlen*, Tübingen 2019.

der Heimat“ sei Probst zudem, gab 1953 ein Wahlauftruf vor.<sup>25</sup> Die Geschlechterzuschreibungen waren nicht zufällig gewählt: Der Heimatbegriff war seit seiner nationalistischen Ideologisierung seit dem späten 19. Jahrhundert weiblich konnotiert und mit Emotionalität, Fürsorge, Angenommensein und Ganzheitlichkeit assoziiert.<sup>26</sup> Mütterlichkeit rechtfertigte weibliches Engagement in der Demokratie. Allerdings waren sich die Politikerinnen bewusst, dass allein mit Zurückhaltung kein Staat zu machen sei. „Frauliches Wesen und Mütterlichkeit“ müssten „überwunden werden“, appellierte Maria Probst 1947 an ihre Kolleginnen in der CSU und rief sie dazu auf, sich von den Männern nicht in die Ecke drängen zu lassen.<sup>27</sup>

Das Denken in geschlechtsbezogener Differenz wurde dabei bisweilen so stark generalisiert, dass es auf die Demokratie selbst bezogen wurde. „Echte Demokratie“, argumentierte Agnes Maxsein 1948,

„ist die Staatform, die ihre Herrschaft ausübt durch die Autorität des Rechts und nimmermehr der physischen Gewalt. Ihre politische Methode ist nicht die der Herrscherin, sondern der Erzieherin. Ihre Begabung und ihr Wirken erschöpfen sich nicht in der Taktik, sondern werden letztlich und entscheidend bestimmt durch ihre charakterliche Substanz. Ihr Name heißt Gerechtigkeit, ihre Tugenden sind Verstehen und Großmut.“<sup>28</sup>

In diesem Sinne war die Demokratie per se weiblich – und verlangte geradezu nach weiblichem Engagement.

Eine besondere weibliche Aufgabe sahen die Frauen des konservativen Spektrums in der Erziehung zur Demokratie.<sup>29</sup> Und tatsächlich investierten Frauenverbände über Jahre in Angebote zur Demokratiebildung: In vielen Schulungen war ein Baustein zur Staatsbürgerkunde obligatorisch, ganze Seminare wurden dazu veranstaltet.<sup>30</sup> Eine gefestigte Demokratie, so die Überzeugung, bedurfte aktiver, gebildeter Staatsbürgerinnen, die das demokratische Prinzip zur Leitlinie ihres täglichen Lebens machten.<sup>31</sup> Denn Demokratie wurde nicht allein als Regierungs-

<sup>25</sup> ACSP, BWK Karlstadt, FL 1953–2, Wahlauftruf zur Bundestagswahl 1953: „Nicht leere Worte, sondern Taten kennzeichnen den Weg unserer Kandidatin Dr. Maria Probst in ihrer siebenjährigen parlamentarischen Tätigkeit“.

<sup>26</sup> Vgl. Edeltraud Klüeting (Hrsg.), Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991.

<sup>27</sup> ACSP, FU, Protokoll über die Gründungstagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen in Bayern am 29.8.1947 in Eichstätt (Maria Probst).

<sup>28</sup> Agnes Maxsein, Ordnung oder Chaos?, Stuttgart 1948, S. 61 f.

<sup>29</sup> Dieses Selbstverständnis teilten sie mit der bürgerlichen Frauenbewegung; vgl. Nadine Freund, Theanolte Bähnisch (1899–1973) und der Deutsche Frauenring. Vom reformorientierten Preußen zur bundesdeutschen Westbindung. Eine Wirkungsgeschichte, Bielefeld 2018, S. 556–629.

<sup>30</sup> Vgl. Illemann, Frauenbewegung, S. 233–244, und Schüller/Wolff, Pfannes, S. 109–114.

<sup>31</sup> Damit situierten sie sich im allgemeinen Diskurs; vgl. Phillip Wagner, Das Mitbürgerliche und das Staatsbürgerliche. Politische Bildung, Bürgerlichkeit und Demokratie im Westdeutsch-

system, sondern in erster Linie als Lebensform verstanden.<sup>32</sup> Darauf fußte das konservative Ideal der Staatsbürgerin zum Dritten. Gerade hier wird der Einfluss britischer und US-amerikanischer *Reeducation*-Programme greifbar, auf ideeller wie auf biografischer Ebene, die zwar auf Demokratisierung zielten und dabei auf die Frauen setzten, für die eine Realisierung von Emanzipationsforderungen indes nachrangig war.<sup>33</sup>

Als Managerinnen des Alltags glaubten sich Frauen für die Anwendung demokratischer Prinzipien verantwortlich, zuallererst in der Familie, die im christlichen Sinne als wichtigste gesellschaftliche Einheit und als Fundament, als „Urzelle des Staates“ verstanden wurde.<sup>34</sup> Hinter diesem Denken stand ein tiefgreifender Paradigmenwechsel, der durchaus reflektiert wurde. Denn das Modell der Geschlechterdifferenz baute auf der kategorialen Verschiedenheit von Privatheit und Öffentlichkeit auf und ordnete öffentlichen und privaten Raum geschlechtlich zu: Der Mann war für die öffentlichen, die Frau für die privaten Belange zuständig. Auf diesem Modell basierte die moderne Demokratie.<sup>35</sup> Diese Zuschreibungen stellten nun auch die konservativen Frauen vom Kopf auf die Füße: zum einen durch die weibliche Kodierung der Demokratie und zum anderen durch die Zurückweisung des Sphärenmodells. „Es gibt keine Trennung zwischen politischer Sphäre und privatem Leben“, unterstrich Probst und verwies auf die Erfahrung des Nationalsozialismus: „[K]eine Generation vor uns hat einen so eindringlichen Anschauungsunterricht darüber bekommen, wie weitgehend das Privatleben von der Politik abhängig ist, und wie zerstörend die Politik in das private wie persönliche Leben einzugreifen vermag.“<sup>36</sup> Demokratie zu leben, war eben auch Frauensache, Politik nicht auf Regierungsgeschäfte begrenzt und sicherlich kein Reservoir der Männer.<sup>37</sup> Als Konsumentin komme der Frau in der sozialen Marktwirtschaft ohnehin eine bedeutende Rolle zu.<sup>38</sup> Probst verband diesen weiten Begriff des Politischen mit einer auf dem katholischen Personalismus basierenden Staatsidee, nach der „jeder einzelne Staatsbürger [...] Träger der ihm [...] übertragenen Staatsgewalt“ sei.<sup>39</sup> Daraus folge, dass „die Frau, so wie sie sich in der Familie entfaltet, eben auch

---

land der 1940er und 1950er Jahre, in: Manfred Hettling/Richard Pohle (Hrsg.), *Bürgertum. Bilanzen, Perspektiven, Begriffe*, Göttingen 2019, S. 263–296.

<sup>32</sup> Vgl. van Rahden, *Demokratie*, S. 25–41.

<sup>33</sup> Vgl. Zepp, *Germany; Tschardtke, Re-educating, und Ellen Latzin, Lernen von Amerika? Das US-Kulturaustauschprogramm für Bayern und seine Absolventen*, Stuttgart 2005, S. 275–285.

<sup>34</sup> ACSP, NL Josef Müller S 37, *Die Frau vor der Wahl*. Rundfunkrede von Frau Dr. Maria Probst, verlesen von Frau Else Dahm, am 5.11.1946.

<sup>35</sup> Vgl. Pateman, *Contract, und Joan Wallach Scott, Only Paradoxes to Offer. French Feminists and the Rights of Man*, Cambridge 1996.

<sup>36</sup> ACSP, NL Josef Müller S 37, *Die Frau vor der Wahl*. Rundfunkrede von Frau Dr. Maria Probst, verlesen von Frau Else Dahm, am 5.11.1946.

<sup>37</sup> Vgl. Illeemann, *Frauenbewegung*, S. 256–262.

<sup>38</sup> Vgl. Mark E. Spicka, *Gender, Political Discourse, and the CDU/CSU Vision of the Economic Miracle, 1949–1957*, in: *German Studies Review* 25 (2002), S. 305–332.

<sup>39</sup> Zit. nach Annelies Amberger, *Maria Probst. Biografische Skizzen zu einer Politikerin*, in: Renate Höpfinger (Hrsg.), *Maria Probst 1902–1967*, München 2017, S. 15–135, hier S. 76.

im Staate ihren Beitrag zu leisten hat, sonst würde dieser Staat eines Teiles der echten Substanz des Menschlichen beraubt werden“.<sup>40</sup>

In hohem Maße schöpfte das konservative Ideal der Staatsbürgerin in der Demokratie, zum Vierten aus christlichem Denken und bewegte sich damit ganz innerhalb des konservativen Diskursrahmens. Die Bezugnahmen erfolgten zwar in konfessionellen Grenzen, funktionierten hingegen ob ihrer Allgemeinheit überkonfessionell. Konservative Frauen bezogen sich auf die Überzeugung von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, aus der Menschenwürde und Menschenrechte hergeleitet wurden, sowie auf Vorstellungen eines christlichen Staats und des christlichen Abendlands. Die Demokratie, so Elfriede Nebgen, sei „das notwendige Grundthema der heutigen Menschheit“ und „gleichbedeutend [...] mit der Wiederherstellung des Menschen in seiner höchsten Würde als sittlich freie Persönlichkeit“.<sup>41</sup> Dies bedeutete, dass ein Akzent auf das Individuum gelegt wurde, auf die „Persönlichkeit, die aus dem Glauben lebt und ihre eigenständige Meinung gegen eine Zeitströmung behält“.<sup>42</sup> Das galt für Frauen wie für Männer. „Für den echten Staatsbürger und besonders auch für den Christen bedeutet die Mitarbeit im demokratischen Leben eine Gewissensverpflichtung“, erklärte Maria Probst während eines Bildungsseminars des Staatspolitischen Arbeitskreises Burg Rothenfels.<sup>43</sup> Indes: Die konservative Betonung der Persönlichkeit führte mitnichten zur Anerkennung der Individualrechte der Frau, auch wenn sich in diesem Punkt durchaus ein Meinungsspektrum entfaltete, das von der Forderung nach voller Gleichberechtigung bis hin zu deren prinzipieller Ablehnung reichte.<sup>44</sup> Helene Weber jedenfalls zeigte sich überzeugt, dass eine Frau „[n]iemals [...] ungestraft von ihrem eigentlichen Wesen abfallen und ein Recht in Anspruch nehmen“ könne, „das ihr Wesen verfälschen und ihre Wirkmöglichkeiten zerstören müsste. Es gibt kein Recht der Frau, das losgelöst wäre von ihren großen Verantwortungen in Ehe und Familie, im Beruf und im öffentlichen Leben.“<sup>45</sup>

Christlich fundiert war zudem der Antikommunismus, der das konservative Ideal der Staatsbürgerin – zum Fünften – abstützte. Bildete der Nationalsozialismus das eine Gegenbild, so der Kommunismus das andere. Der Systemgegensatz des Kalten Kriegs prägte sich tief in konservative Konzepte der Staatsbürgerschaft ein,

<sup>40</sup> ACSP, Maria Probst, PS 3, Maria Probst, Interview: Demokratie ohne Frauen?, in: Mann in der Zeit Nr. 6 vom 6.6.1966, S. 33 f., hier S. 34. Zum Hintergrund vgl. Rudolf Uertz, Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965), Paderborn u. a. 2004.

<sup>41</sup> Nebgen, Frauen, S. 24.

<sup>42</sup> Gertrud Ehrle, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Licht, S. 1–3, hier S. 3.

<sup>43</sup> ACSP, NL Erich Ziegler 1.1, Erfahrungsbericht des 2. Bildungslehrgangs am 18./19.4.1953. Zum Engagement Maria Probsts für die Burg Rothenfels vgl. Amberger, Maria Probst, in: Höpfinger (Hrsg.), Maria Probst, S. 56–69.

<sup>44</sup> Vgl. Holz, Tradition, S. 106–225, und Rölli-Alkemper, Familie, S. 537–560.

<sup>45</sup> Helene Weber, Gedanken zur Gleichberechtigung der Frau, in: Frauenland 33 (1950), S. 9 f., hier S. 10. Vgl. auch dies., Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts. Die große Debatte der ersten Lesung im Deutschen Bundestag, in: Frauenland 37 (1954), S. 62.

denn die konsequente Gleichstellung der Geschlechter galt als genuin kommunistisch und ergo antichristlich.<sup>46</sup> Demokratie bedeutete in diesem Sinne nicht die Realisierung von Gleichheit, sondern von Verschiedenheit. Sie zielte zwar auf die Freiheit des Einzelnen, aber in der Gebundenheit einer als göttlich wahrgenommenen, auf die Familie konzentrierten Geschlechterordnung. Der Kommunismus bedrohte in dieser Vorstellung die religiöse Ordnung des Abendlands, wenn er auf die Aufhebung der Geschlechterunterschiede abstellte.<sup>47</sup> Zur umfassenden Bedrohung wurde der Materialismus, gedeutet im Gehäuse der Totalitarismustheorie.<sup>48</sup> Die weibliche Bewährung im Nationalsozialismus schien Garantie für eine ebensolche im Angesicht der kommunistischen Gefahr, und das galt nicht allein für die Deutschen, sondern wurde universalisiert. Das Ziel war, aus der „Verstaatlichung des Menschen“ zurückzufinden zu einer „Vermenschlichung der Staaten und auf der Grundlage der unversehrten Familie in die christliche Gemeinschaft einer wahren Völkerfamilie“.<sup>49</sup> Dafür mussten weibliche Eigenschaften auch auf europäischer Ebene zum Tragen kommen, nicht zuletzt als Beitrag zur Pazifizierung des von Kriegen gebeutelten Kontinents. Nach einer Reflexion deutscher Schuld suchte man in solchen Zusammenhängen vergebens. Stattdessen führte der abendländische Antikommunismus zu einer europäischen Vernetzung der Frauen des konservativen Spektrums, die sich in der Europäischen Frauen-Union 1953 eine aktive Plattform schufen. Maria Probst fungierte von 1963 bis zu ihrem Tod 1967 als deren Präsidentin.<sup>50</sup>

Das konservative Ideal der Staatsbürgerin in all seiner schillernden Widersprüchlichkeit ist Teil der bundesrepublikanischen Demokratisierungsgeschichte. Dieses Ideal wies Millionen von Frauen den Weg, legitimierte ihr politisches Engagement – und zementierte gleichzeitig die rechtliche Ungleichheit der Geschlechter. Seine Protagonistinnen propagierten das Leitbild der Mütterlichkeit und traten zugleich für die Rechte der berufstätigen Frau ein. Sie setzten auf jede Einzelne, hoben die Würde und Verantwortung der Person hervor und schmähten gleichzeitig den Individualismus, genauso wie sie das Pochen auf Individualrechte verurteilten. Sie drängten ihre Zeitgenossinnen zur Partizipation in der demokratischen Politik und verbanden dies mit dem Appell, im Privaten zu wirken. Die in Verbänden und Parteien tätigen Frauen stützen durch ihre Mitwirkung einerseits die patriarchalen Politikmodelle der Unionsparteien und unterhöhlten sie andererseits durch ihre Legitimierung weiblichen politischen Engagements. Das konservative Ideal der Staatsbürgerin reproduzierte harmonistische Modelle von Po-

<sup>46</sup> Vgl. Holz, Tradition, S. 233–235, und Ille mann, Frauenbewegung, S. 227–231.

<sup>47</sup> ACSP, NL Josef Müller S 37, Die Frau vor der Wahl. Rundfunkrede von Frau Dr. Maria Probst, verlesen von Frau Else Dahm, am 5.11.1946.

<sup>48</sup> Vgl. Gertraud Kempken, Zur Entscheidung aufgerufen, in: Frauenland 39 (1956), S. 41 f. Zum Hintergrund vgl. Jean Solchany, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland 1945–1949, in: VfZ 44 (1996), S. 373–394.

<sup>49</sup> Maria Deku, Die Gefährtin und Mutter, in: Ehrle (Hrsg.), Licht, S. 34–38, hier S. 36.

<sup>50</sup> Vgl. Amberger, Maria Probst, in: Höpfinger (Hrsg.), Maria Probst, S. 114–117.

litik und öffentlicher Ordnung, in denen durchaus auch rechte Volksgemeinschaftsideen der Weimarer Republik nachklangen,<sup>51</sup> während es gleichzeitig mit einer pluralistischen Gesellschaft rechnete. Es legitimierte weibliches Handeln in der Politik und sorgte zugleich dafür, dass Frauen in CDU und CSU von der Macht ausgeschlossen blieben.<sup>52</sup> Es gründete in konservativer Kulturkritik, forderte aber mit der Anerkennung der Partizipation von Frauen zugleich gesellschaftlichen Wandel ein. Es perpetuierte konservative, antipluralistische und antiliberale Ideenwelten der Zwischenkriegszeit in die frühe Bundesrepublik und wirkte gleichzeitig als Motor der Liberalisierung und Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft.

Das konservative Ideal der Staatsbürgerin war ein Modell des Übergangs und in dieser Hinsicht typisch für die ersten beiden Jahrzehnte des Neubeginns nach 1945. Sein Beitrag zur Legitimierung der Demokratie, zur Einübung demokratischer Formen, zu ihrer Verankerung im Alltag, zu ihrer Akzeptanz in der postnationalsozialistischen Gesellschaft sollte nicht geringgeschätzt werden. Indem konservative Frauen Demokratie und Geschlecht in der Nachkriegszeit unmittelbar aufeinander bezogen, öffneten sie neue Räume der Partizipation. Das konservative Ideal der Staatsbürgerin trug dazu bei, eine inklusive, schichtenübergreifende Vorstellung von Staatsbürgerlichkeit zu etablieren, die des überkommenen Modells exklusiver Bürgerlichkeit nicht bedurfte.<sup>53</sup>

Die geschlechtsspezifische Deutung von Staatsbürgerschaft in der bundesrepublikanischen Demokratie hinterließ Spurrillen, deren Bedeutung bislang nicht ausgemessen wurde.<sup>54</sup> Zwar meldeten in den 1960er Jahren auch konservative Frauen starke Zweifel an Vorstellungen von Geschlechterpolaritäten an und wiesen auf die diskriminierenden Folgen der Abdrängung von Frauenpolitik in spezifische Bereiche des Sozialen hin,<sup>55</sup> doch zeigten nicht zuletzt die Auseinandersetzungen der 1970er Jahre, wie tief sich konservative Vorstellungen weiblicher Staatsbürgerschaft in der Demokratie in die politische Kultur der Bundesrepublik eingegraben hatten. Es lohnt, der Geschichte konservativer Frauen in der Demokratiegeschichte der Bundesrepublik einen Platz zu geben.

<sup>51</sup> Vgl. Heinsohn, *Konservative Parteien, und Raffael Scheck, Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany*, Oxford 2004.

<sup>52</sup> Vgl. Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001, S. 299–311.

<sup>53</sup> Vgl. Hannes Siegrist, *Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 549–583, und ders., *Wie bürgerlich war die Bundesrepublik, wie entbürgerlicht die DDR? Verbürgerlichung und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive*, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 207–243.

<sup>54</sup> Vgl. Eckart Conze, *Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 527–542.

<sup>55</sup> Vgl. Elisabeth Schwarzhaupt, *Die Frau in Regierungs- und Oppositionsparteien*, in: *Neue Evangelische Frauenzeitung* 9 (1965), S. 34–38, hier S. 36 f.

Julia Paulus

## Geschlechter-Räume und Demokratie

Nach Diktatur und Weltkrieg verlief der Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik zunächst in besonderem Maße über die Wiederherstellung einer eindeutigen, bipolaren Geschlechterordnung, in deren Zentrum die Zuweisung von Frauen wie Männern in scharf voneinander geschiedene, geschlechtsspezifische Räume stand. Der politische Raum gehört dabei sowohl in seiner inhaltlichen wie formalen Bestimmung bis heute zu den sicherlich am stärksten umkämpften.

„Gleichstellung – ein Gradmesser für Demokratie und Zusammenhalt in den Städten“ – unter diesem Titel veranstaltete im Juni 2019 die Interfraktionelle Frauensitzung des Deutschen Städtetags (DST) eine Diskussionsrunde mit Wissenschaftlerinnen aus Forschungseinrichtungen und Praktikerinnen aus Kommunen. Damit verwiesen die Organisatorinnen der Veranstaltung nicht nur auf das Gesamtmotto der in Dortmund stattfindenden Hauptversammlung des DST,<sup>1</sup> sondern gaben vor allem ein deutliches Statement ab, das als Befund einer mehr als 30-jährigen erfolgreichen kommunalen Gleichstellungsarbeit ebenso gelesen werden konnte<sup>2</sup> wie als Bekenntnis zu ihrem Auftrag. Dieser Auftrag jedoch, so die Diagnose im Begleitheft der Veranstaltung, wie auch grundsätzlich die lange Zeit als selbstverständlich angenommene Bejahung „[d]emokratische[r] Errungenschaften und Werte“, werde „im öffentlichen Diskurs zunehmend in Frage gestellt“.<sup>3</sup> Deutlicher als viele andere öffentliche Dienstleistungsträger, die in ihren Foren ebenfalls auf die neuen Herausforderungen der sich verändernden Stadtgesellschaft(en) wie Digitalisierung, Globalisierung oder Migration aufmerksam machten, betonten die Expertinnen dieses Podiums die konstitutive, ja wegweisende Bedeutung einer Politik der Geschlechtergerechtigkeit für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik. Aus diesem Grund, so die Veranstalterinnen, seien die Gleichstellungsstellen besonders aufgerufen, sich angesichts demokratiefeindlicher und dezidiert antifeministischer Tendenzen administrativ und politisch klar zu positionieren.<sup>4</sup>

Parallel dazu – wenngleich unabhängig davon – hatte sich auch die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen im Rahmen einer Studie zur „Gleichstellung als Regionalentwicklung“ einer derartigen

<sup>1</sup> „Zusammenhalten#in unseren Städten“. Programm der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 4. bis 6. Juni 2019 in Dortmund; [www.staedtetag.de/files/dst/docs/Veranstaltungen/Archiv/programm-hauptversammlung-2019.pdf](http://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Veranstaltungen/Archiv/programm-hauptversammlung-2019.pdf) [19.3.2021].

<sup>2</sup> Zur Bedeutung kommunaler Gleichstellungsarbeit in der Bundesrepublik vgl. Mechthild Cordes, *Frauenpolitik. Gleichstellung oder Gesellschaftsveränderung. Ziele – Institutionen – Strategien*, Opladen 1996.

<sup>3</sup> Zusammenhalten#in unseren Städten; [www.staedtetag.de/files/dst/docs/Veranstaltungen/Archiv/programm-hauptversammlung-2019.pdf](http://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Veranstaltungen/Archiv/programm-hauptversammlung-2019.pdf) [19.3.2021].

<sup>4</sup> Vgl. Städtetag aktuell 6/2019, S. 18; [www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Staedtetag-aktuell/2019/staedtetag-aktuell-6-2019.pdf](http://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Staedtetag-aktuell/2019/staedtetag-aktuell-6-2019.pdf) [19.3.2021].

Selbstvergewisserung unterzogen, um vor allem die besondere Relevanz von Gleichstellung für eine gelingende gleichberechtigte Teilhabe im ländlichen Raum zu verdeutlichen. Diese ermögliche in besonderer Weise sowohl die Sicherstellung der Daseinsvorsorge für die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger als auch die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.<sup>5</sup> Nötig geworden war dieser explizite Hinweis auf die Arbeit der Gleichstellungsstellen, da bis dato Themen der Frauenförderung im Kontext der Entwicklung des ländlichen Raums nur selten bedacht wurden.<sup>6</sup> Dies sei jedoch nötiger denn je. Schließlich stünden „Gleichstellungsbeauftragte ländlicher Räume [...] täglich vor Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf die Infrastruktur, die eher konservativ geprägte gesellschaftliche Struktur wie auch die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in der Fläche“.<sup>7</sup>

Doch nicht nur Städtetag und Gleichstellungsbeauftragte sorgten sich um den Zusammenhalt von Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie. Auch Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats (DF), forderte in ihrer Stellungnahme zum Internationalen Frauentag im März 2020 dazu auf, den „patriarchalen ‚Pushbacks‘“ ein „neues Bündnis der Demokratie“ gegenüberzustellen. Gegen die „Übermannung“ helfe nur Geschlechtergerechtigkeit, die eine wesentliche Voraussetzung für eine freiheitliche Demokratie darstelle. „Frauenrechtsverteidigerinnen und Frauenbewegungen“ spielten „in diesem Bündnis eine tragende Rolle. Denn sie kämpfen seit jeher gegen zerstörerische Männlichkeit und für ein friedliches und gleichwertiges Miteinander.“ Nicht zuletzt deshalb seien Frauen „weniger anfällig für extremistische Positionen“.<sup>8</sup>

Als Vorsitzende der größten Frauenlobby Deutschlands mit rund 60 bundesweit aktiven Frauenorganisationen sprach Mona Küppers mit diesem Statement nicht nur das Gewicht einer der sicherlich einflussreichsten politischen Interessensvertretungen an.<sup>9</sup> Sie verwies insbesondere auf den großen Erfahrungsreichtum der von ihr vertretenen Organisationen und vor allem auf die mehr als 100-jährige Tradition eines unermüdlichen Kampfs sowohl von „Frauenrechtsverteidigerinnen“ wie der „Frauenbewegungen“ für eine auf Gleichberechtigung beruhende Demokratie. Die von Küppers an dieser Stelle vorgenommene feine Differenzierung ist hierbei nicht nur dem Umstand geschuldet, dass die Bewegungs- und Geschlechterforschung mittlerweile den Plural der vielen Bewegungsformen und -in-

<sup>5</sup> Vgl. Clara Friedrich, Gleichstellung als Regionalentwicklung. Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen Deutschlands, Berlin 2019; [www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/12\\_projektiv\\_studie\\_gleichstellung\\_laendlicheraeume.pdf](http://www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/12_projektiv_studie_gleichstellung_laendlicheraeume.pdf) [19.3.2021].

<sup>6</sup> Vgl. Vorwort der Bundessprecherinnen, in: Ebenda, S. 3.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 52. Vgl. auch – mit Blick auf die zunehmende Gefahr des Rechtsradikalismus – den Artikel „Friedfertige Frauen“ vs. „soldatische Männer“? Gender und Rechtsextremismus im ländlichen Raum; [www.laendlicher-raum.info/demokratie-in-gefahr/gender-und-rechtsextremismus-im-laendlichen-raum/](http://www.laendlicher-raum.info/demokratie-in-gefahr/gender-und-rechtsextremismus-im-laendlichen-raum/) [1.10.2020].

<sup>8</sup> Mona Küppers, Zum Internationalen Frauentag 2020. Gegen die „Übermannung“: Ein neues Bündnis der Demokratie; [www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2020/03/Statement-MK-fuer-IFT2020-final.pdf](http://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2020/03/Statement-MK-fuer-IFT2020-final.pdf) [1.10.2020].

<sup>9</sup> Vgl. Icken, Frauenrat.

halte betont,<sup>10</sup> sondern in erster Linie der Tatsache, dass sich der von ihr vertretene Dachverband bis weit in die 1970er Jahre als ein – in hohem Maße juristisches – Expertinnengremium verstand, das peu à peu dem Gleichberechtigungsgrundsatz des Grundgesetzes zum Durchbruch verhalf.

Das erste Mittel der Wahl, um diese Verheißung einer gleichberechtigten Teilhabe im öffentlichen wie privaten Raum zu ermöglichen, bestand dementsprechend nicht in politischen Aktionen wie Demonstrationen, Sit-Ins oder der bundesweit medial inszenierten Selbstbeziehungskampagne „Wir haben abgetrieben“.<sup>11</sup> Dies waren Strategien, Instrumente und vor allem Ausdrucksformen einer Bewegung, die ihre Gesellschaftsanalysen und Themen in erster Linie aus dem Impetus des Slogans „Das Private ist politisch“ schöpfte, mit dem diese beiden bis dato getrennt verhandelten Sphären – programmatisch – zusammengeführt werden sollten. Entsprechend inszenierten sich die im Umfeld der „Achtundsechziger“ entstandenen Gruppierungen in dezidiert abgegrenzter Kontinuität zur sogenannten Alten Frauenbewegung und ihres Trägervereins – des Bunds deutscher Frauenvereine – (wieder-)gegründeten Frauenorganisationen der Nachkriegszeit als Neue Frauenbewegung.<sup>12</sup> Demgegenüber sah der zunächst als Informationsdienst für Frauenfragen e.V. 1951 entstandene Zusammenschluss Ziel und Zweck seiner Arbeit im gegenseitigen Austausch von Informationen, in der Aufklärung der Öffentlichkeit über Frauenfragen, vor allem aber in der Förderung der staatsbürgerlichen Bildung von Frauen als eine Form der grundsätzlichen Sicherung der bundesrepublikanischen Demokratie.

Darüber hinaus besaßen die im Informationsdienst für Frauenfragen zusammengeschlossenen Verbände mit ihrer Zeitschrift eine durch finanzielle Zuwendungen aus Bundesministerien unterstützte Publikation, die in erster Linie Meinungen, Aktivitäten und Standpunkte der in den Organisationen geführten Debatten dokumentierte; dazu gehörten Vorschläge zur Umsetzung des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz und später zur Implementation der ausführenden Rechtsnormen des Bürgerlichen Gesetzbuchs.<sup>13</sup> Gleichfalls im Vorder-

<sup>10</sup> Vgl. Hedwig Richter/Kerstin Wolff (Hrsg.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*, Hamburg 2018.

<sup>11</sup> Vgl. Ilka Braun, *Presselandschaft im Wandel? Zur Presserezeption des Stern-Titels „Wir haben abgetrieben!“ vom 6. Juni 1971*, in: *Skriptum* 6 (2017), S. 79–120.

<sup>12</sup> So formulierte es bei einer erstmaligen Begegnung zwischen alter und neuer Frauenbewegung die Politologin Sybille Kraus-Burger auf einer im November 1969 in Bad Liebenzell stattgefundenen Tagung von Frauenverbänden; vgl. Ilse Langen, *Frauenverbände – ja oder nein?*, in: *Informationen für die Frau (IfF)* 18/1969, S. 12–14, hier S. 13. Vgl. hierzu auch Julia Paulus/Anne Neugebauer, *„Das Ringen um die Eingliederung der Frau in eine sich wandelnde Welt“*. Frauenvereine und -organisationen um 1968 zwischen „alter“ und „neuer“ Frauenbewegung, in: *Westfälische Forschungen* (48) 1998, S. 69–96. Die starke Kontinuität des (seit 1969 so bezeichneten) Deutschen Frauenrats im Hinblick auf die Vereine und Verbände der bürgerlichen Frauenbewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zeigte sich auch darin, dass die Gründungsverbände des DF Agnes von Zahn-Harnack zur ihrer stellvertretenden Vorsitzenden wählten, die zuletzt die Leitung des 1933 aufgelösten Bunds deutscher Frauenvereine innehatte.

<sup>13</sup> Vgl. Stoehr/Pawlowski, *Demokratie*.

grund des Bündnisses – wie bereits bei den Verbänden der bürgerlichen Frauenbewegung in der Weimarer Republik – stand die Vorstellung einer Zivilisierung des immer noch als fragil angesehenen politischen Raums.<sup>14</sup> So betonten die Verbände anlässlich der Bundestagswahlen von 1953 und 1957 in zahlreichen Stellungnahmen, welche herausragende Bedeutung das aktive wie passive Frauenwahlrecht für die Institutionalisierung einer demokratischen Gesellschaft besitze.

Damit war allerdings weniger die Forderung nach einer paritätischen Berücksichtigung der Frauen im Bonner Parlament verbunden als vielmehr der Hinweis, dass Frauen gemäß ihrer Natur und durch ihre Wahlentscheidung zu einer Verbesserung der politischen Umgangsformen und zum Ausgleich im Streit der Partikularinteressen beitragen würden.<sup>15</sup> Mit dieser Haltung verbanden die Frauenverbände eine spezifische Form von Neutralität, die, so die Hamburger Frauenpolitikerin Fides Krause-Brewer 1957 in einem Radiointerview, an die Aufgabe der „Hausfrau“ erinnere. Diese sei „an sich schon immun gegen die Anfechtung“, lediglich „für irgendeine Sondergruppe politisch zu streiten“, da sie in erster Linie das (Gemein-)Wohl der ganzen (Volks-)Familie im Blick habe.<sup>16</sup>

Wie die Lobbyarbeit der traditionellen Frauenorganisationen im DF bis weit in die 1970er Jahre von Formen der Eingabepolitik dominiert wurde, so hielt sich sprachlich lange Zeit eine Diktion, die, wenn es um die politische Partizipation von Frauen ging, in erster Linie auf eine geschlechtsspezifisch weibliche Verantwortung im Sinne eines grundlegenden weiblichen Kulturauftrags setzte.<sup>17</sup> Diese wiederum rekurrierte auf eine bereits in der Frauenbewegung des Kaiserreichs weiblichen Menschen zugesprochenen Natur, nach der in besonderer Weise Frauen die in erster Linie als männlich definierten Räume des Politischen einer grundlegenden kulturellen Zivilisierung unterziehen könnten und sollten.<sup>18</sup> Nicht zuletzt eine solche, auch sprachliche Kodierung von Geschlechterrollen hatte in der Folge Einfluss auf die Bezeichnung, Zuweisung, Bestimmung und (Auf-)Schließung von nicht nur dezidiert politischen Räumen. Erstmals zur Bundestagswahl 1980 erschienen schließlich Stellungnahmen des DF, die gesellschaftliche Prozesse und Strukturen auf grundsätzliche, durch die Kategorie Geschlecht bestimmte Ungleichheitserfahrungen abklopften und Themen wie Benachteiligungen in Be-

<sup>14</sup> Zu diesen Kontinuitäten vgl. Julia Paulus, *Zivilisierung der Politik in der Weimarer Republik*, in: Dorothee Linnemann/Jan Gerchow (Hrsg.), *Damenwahl! – 100 Jahre Frauenwahlrecht*, Frankfurt a. M. 2018, S. 204–207.

<sup>15</sup> So z. B. Elisabeth Haberkorn, Vorsitzende der Frauenarbeitsgruppen in Baden-Württemberg; vgl. Stoehr/Pawlowski, *Demokratie*, S. 65.

<sup>16</sup> Rundfunkbeitrag der Hamburger Frauenpolitikerin Fides Krause-Brewer zur Bundestagswahl 1957, abgedruckt, in: IFF 6/1957, S. 24.

<sup>17</sup> Vgl. Antje Langer/Claudia Mahs/Barbara Rendtorff (Hrsg.), *Weiblichkeit. Ansätze zur Theoretisierung*, Opladen 2018, und Andrea Stüchtig-Hänger, *Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937*, Düsseldorf 2002.

<sup>18</sup> Vgl. „Offener Brief an eine Bürgerin“ als Reaktion auf die Anfrage eine Leserin: „Kann eine Gesellschaft weiterhin auf die Ideen, die besonderen Erfahrungen und die Mitverantwortung der Frauen verzichten?“, in: IFF 25/1976, S. 30.

ruf und Gesellschaft mit der unzureichenden politischen Vertretung in Parteien und Parlamenten begründeten.<sup>19</sup>

Diese analog zu anderen gesellschaftlichen Diskurszusammenhängen und Sprach-Räumen ähnlich deutlich verzögerte Selbstreflexion im Hinblick auf schließlich als überholt eingeschätzte Deutungsmuster hatte ihre Ursache nicht zuletzt in der besonderen posttotalitären Nachkriegslage der Bundesrepublik. Der Ausnahmesituation und Experimentierphase zwischen 1945 und 1948 folgte eine Phase der Rekonstruktionen und des zum Teil ungebrochenen Wiederanknüpfens an bürgerliche Leitkulturen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Daran schloss sich zwischen 1969 und 1975 eine von weiten Teilen der Gesellschaft getragene Liberalisierung an, die schließlich sowohl in Form wie Inhalt neue Reformen hervorbrachte.<sup>20</sup> Dabei vernahmen die Frauen vor allem in den ersten Jahren nach der Verabschiedung des Grundgesetzes „einen Rückruf [...] in die Familie als wahren Ort weiblicher Bestimmung“.<sup>21</sup> Jede Abweichung von dieser als natürlich apostrophierten Norm(alisierung) wurde zu einer kriegsbedingten Ausnahmeerscheinung degradiert. Nach Diktatur und Weltkrieg sollte der Aufbau der neuen Demokratie in besonderem Maße über die Wiederherstellung einer eindeutigen, bipolaren Geschlechterordnung erfolgen, in deren Zentrum weiterhin die Zuweisung von Frauen wie Männern in scharf voneinander geschiedene geschlechtsspezifische Räume stand.

Insbesondere vier kategoriale Raumkonstellationen, die auf unterschiedlichen Ebenen relational miteinander verschränkt sind, lassen sich hierbei ausmachen: erstens der biologisch als unabänderlich definierte Sozialraum Geschlechtsrolle; zweitens die seit Beginn des 19. Jahrhunderts als überhistorisch verklärten Kulturräume Ehe und Kernfamilie; drittens die in hohem Maße und in mehrfacher Hinsicht segregierten Wirtschaftsräume Haus und Fabrik (wahlweise auch Distribution, Verwaltung, Dienstleistungen); viertens der vornehmlich über Exklusion konstruierte öffentliche wie parlamentarische Raum des Politischen. Die diesen Konstellationen eingeschriebene Dichotomie entlarvte die historische Geschlechterforschung bereits in den 1970er Jahren als die vielleicht einflussreichste bürgerliche Weltanschauung, die vornehmlich dazu diente, eine Geschlechterhierarchisierung sowohl auf der Ebene der rechtlichen, politischen und sozialen Partizipation wie auch auf der Ebene der Arbeitsteilung zu legitimieren.<sup>22</sup>

Deutlich wurde dabei, dass vor allem in Zeiten, in denen der öffentliche Raum als selbstverständliche Sphäre von Männlichkeit markiert und wahrgenommen, der privat genutzte Raum hingegen dem „Reich der Frau“ zugeschrieben wurde,<sup>23</sup>

<sup>19</sup> Vgl. das Sonderheft der IFF 29/1980.

<sup>20</sup> Hierzu die z. T. kritischen Einwürfe und Korrekturen aus geschlechterhistorischer Sicht bei Paulus/Silies/Wolff (Hrsg.), *Zeitgeschichte*.

<sup>21</sup> Ute Gerhard, 50 Jahre Gleichberechtigung. Eine Springprozession, in: APuZ 24–25/2008, S. 3–9, hier S. 3.

<sup>22</sup> Vgl. Hausen, *Polarisierung*, in: Conze (Hrsg.), *Sozialgeschichte*.

<sup>23</sup> Vgl. Else Richter, *Das Reich der Frau*. Ein Haushaltslexikon, Gütersloh 1961, und Julia Paulus/Maria Perrefort, „Im Reich der Frau“. Frauenbild und Wirklichkeit in Hamm, in: *Care –*

den Kategorien Raum und Geschlecht eine zentrale Orientierungsfunktion zukam. Sie bestimmten Leben und Handeln und waren allen allseits präsent. Daher führten Grenzüberschreitungen – nicht zuletzt in geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitswelten – zu Irritation, Denunziation und sogar Exklusion.<sup>24</sup>

Vor allem am Beispiel der beiden konstitutiven Raumerfahrungen Partizipation und Arbeit zeigt sich eindrucksvoll, wie sowohl das Verständnis von Geschlecht den vorgegebenen Raum als auch vice versa Räume die Handlungsmöglichkeiten von Geschlechtern begrenzen, erweitern oder überhaupt realisieren. Noch bevor sich Historikerinnen und Historiker eingehender mit diesen wechselseitigen Bezügen der Kategorien Raum und Geschlecht beschäftigten, gingen vor allem Forschende aus Sozial- und Kulturwissenschaften dem Stellenwert der gebauten Umwelt für das Geschlechterverhältnis nach.<sup>25</sup> Geschlechterhistorikerinnen und -historiker nahmen diese Anregungen auf und fragten danach, inwieweit auch Räume wie Quartiere, Städte und Regionen gegendert wurden, welche unterschiedlichen Bezüge und Erfahrungen Frauen und Männer mit diesen Räumen hatten, ob und auf welche Weise Zugangschancen, Hindernisse und Freiräume von Männern und Frauen wahrgenommen wurden, wie das Wechselverhältnis zwischen Handelnden und Strukturen aussah und welche Möglichkeiten die Subjekte wahrnehmen konnten, diese Strukturen und Räume zu gestalten oder zu verändern.<sup>26</sup> Eine solche Haltung und Sichtweise auf historische Prozesse macht deutlich, dass gesellschaftliche und kulturelle Vorstellungen zu ungleichen Teilhabevoraussetzungen und nicht zuletzt zu meist scharf abgegrenzten sozialen Verortungen von Männern und Frauen führten.

Vor dem Hintergrund dieser sozialräumlichen und territorialen Zuweisungen lässt sich für die Reformphase der Bundesrepublik am Beispiel der Neuen Sozialen Bewegungen zeigen, wie die verschiedenen Emanzipationsbewegungen in ländlichen und kleinstädtischen Räumen es schafften, gemeinsam politische Projekte zu

---

Käfer – Cola. Ein Lesebuch über Nachkriegszeit und „Wirtschaftswunder“ in Hamm, hrsg. vom Gustav-Lübcke-Museum Hamm und dem Historischen Seminar der WWU Münster, Essen 1995, S. 43–65.

<sup>24</sup> Vgl. Jens Krabel/Olaf Stuve (Hrsg.), Männer in „Frauen-Berufen“ der Pflege und Erziehung, Opladen 2006, und Julia Paulus, Berufene Arbeit? Zur Berufsausbildung junger Frauen in der Bundesrepublik, in: Paulus/Silies/Wolff (Hrsg.), *Zeitgeschichte*, S. 119–142.

<sup>25</sup> Vgl. Kerstin Dörhöfer/Ulla Terlinden, *Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen*, Basel 1998; Susanne Frank, *Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Opladen 2003, und Heide Andres-Müller (Hrsg.), *Ortsveränderungen. Perspektiven weiblicher Partizipation und Rauman eignung, Königstein im Taunus* 1999.

<sup>26</sup> Vgl. Monika Imboden/Franziska Meister/Daniel Kurz (Hrsg.), *Stadt – Raum – Geschlecht. Beiträge zur Erforschung urbaner Lebensräume im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich 2000; Margarete Hubrath (Hrsg.), *Geschlechter-Räume. Konstruktionen von „gender“ in Geschichte, Literatur und Alltag*, Köln 2001, und Ulrike Jureit, „Raumbilder sind die Träume der Gesellschaft“. Geschlechtergeschichtliche Überlegungen zur Kategorie Raum, in: Martina Ineichen u. a. (Hrsg.), *Gender in Transit. Transkulturelle und transnationale Perspektiven*, Zürich 2009, S. 85–93.

realisieren.<sup>27</sup> Gleichzeitig ist zu fragen, welche Bedeutung die jeweils kursierenden Konzepte von Geschlechtlichkeit besaßen beziehungsweise welche Wirkung Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit für den Transformationsprozess des jeweiligen gesellschaftlichen Systems im Allgemeinen, der politischen Kultur und des sozial-moralischen Milieus im Besonderen entfalteten. Spätestens bei dieser Frage kommen auch die scheinbar so geschlechtslosen Männlichkeiten in den Blick,<sup>28</sup> deren Stereotype sich oft vor dem Hintergrund eines scheinbar homogenen Regionenbilds lediglich zu Repräsentationsfiguren von Stahl- oder Bergarbeitern, Fußballhelden oder kämpferischen Gewerkschaftsfunktionären verdichtet haben und jeden Konflikt um die Repräsentation anderer Männlichkeiten verhinderten.<sup>29</sup>

Ebenso kann man dem Mythos der jungen, ledigen Frau als klassischer Kommentantin nachgehen, die zum Inbegriff einer neuen, angeblich klassenübergreifenden Freizeitfigur avancierte.<sup>30</sup> Ein Mythos, der mit Insignien ausgestattet wurde, durch die nun die Großstadt nicht selten zum attraktiven Modellraum von neuartigen, auch geschlechterübergreifenden Freiheits- und Zukunftsvisionen erkoren wurde. Insbesondere junge Frauen und Mädchen wurden daher eher mit Konsum als mit Freizeit in Verbindung gebracht, war deren Erwerbsarbeit bis weit in die 1970er Jahre hinein in der Regel doch höchstens auf eine Teilzeit-Phase – wahlweise bis zur Heirat oder spätestens bis kurz vor der Geburt des ersten Kindes – beschränkt und Feierabendfreizeit im eigentlichen Sinne den hauptverdienenden

<sup>27</sup> Vgl. Julia Paulus (Hrsg.), „Bewegte Dörfer“. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970–1990, Paderborn 2018. Vgl. auch die Lokalstudien zur Reaktion auf die Emanzipationsbewegung von Frauen in ländlichen und kleinstädtischen Zusammenhängen: dies., (Neue) Frauenbewegungen – auch auf dem „Land“?, in: Lu Seegers (Hrsg.), 1968. Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande, Göttingen 2020, S. 141–158; Julia Paulus, „Da muss man doch 'was machen!“. Bewegungs-Gründe von Frauenprotestformen in der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren, in: Wilhelm Damberg/Traugott Jähnichen (Hrsg.), Neue Soziale Bewegungen als Herausforderung sozialkirchlichen Handelns, Stuttgart 2015, S. 91–102, und Julia Paulus, Eigensinn und Loyalität. Protest- und Mobilisierungskulturen in ländlichen Gesellschaften am Beispiel der politischen Emanzipationsbewegungen von Frauen (1970 bis 1990), in: Franz-Werner Kersting/Clemens Zimmermann (Hrsg.), Stadt-Land-Beziehungen im 20. Jahrhundert. Geschichts- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, Paderborn u. a. 2015, S. 137–154.

<sup>28</sup> Vgl. Claudia Opitz-Belakhal, „Krise der Männlichkeit“ – ein nützliches Konzept der Geschlechtergeschichte?, in: L'Homme 19 (2008), S. 31–51.

<sup>29</sup> Vgl. Martin Lücke, Von der gefährlichen Arbeit unter Tage. Männer- und geschlechtergeschichtliche Perspektiven einer Geschichte des Ruhrgebiets, in: frauen.ruhr.geschichte; www.frauenruhr.geschichte.de/frg\_wiss\_texte/von-der-gefaehrlichen-arbeit-unter-tage-maenner-und-geschlechtergeschichtliche-perspektiven-einer-geschichte-des-ruhrgebiets/ [19.3.2021].

<sup>30</sup> Vgl. Heinz-Gerhard Haupt, Konsum und Geschlechterverhältnisse. Einführende Bemerkungen, in: Hannes Siegrist/Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka (Hrsg.), Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert), Frankfurt a. M./New York 1997, S. 395–410, und Alys Eve Weinbaum u. a. (Hrsg.), The Modern Girl Around the World. Consumption, Modernity, and Globalization, Durham/London 2008.

(Ehe-)Männern vorbehalten. Eine ähnliche Analogie findet sich zum Begriff der hausfraulichen Arbeit als Reproduktion, der statt Erwerb und Nutzen den Verbrauch und die Verschwendung betont.<sup>31</sup>

Die Zuordnung von eindeutig markierten Gruppen zu spezifischen Räumen lässt es darüber hinaus auch zu, über Fremdheit als Instrumentarium exkludierender Haltungen und Handlungen zu forschen, wenn es um nationale und regionale Territorialansprüche geht. So waren und sind Migrantinnen und Migranten unter anderem qua Herkunft, Hautfarbe oder Sprache per se von unterschiedlichen Formen des Ausschlusses bedroht. Auch hier konnte die historische Geschlechterforschung Pionierarbeit leisten, stellte sie doch die Frage, wie sich Geschlecht als Differenzkategorie mit ähnlichen Kategorien wie Klasse/soziale Herkunft und Ethnie/kulturelle Herkunft verbindet. Sowohl für nichtdeutsche Migrantinnen als auch für die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertriebenen Frauen stellten sich Probleme der gesellschaftlichen und kulturellen Integration oft völlig anders dar als für männliche Vertriebene oder Einwanderer.<sup>32</sup> Am Beispiel der zum Überleben der Gesamtfamilie notwendig gewordenen Aufnahme einer Erwerbsarbeit wird deutlich, vor welche Herausforderungen sich Migrantinnen gestellt sahen. Häufig genug hatten sie nicht nur mit Konflikten zu kämpfen, die durch die jeweilige Familientradition und Herkunftskultur bestimmt waren, sondern vor allem mit Ressentiments seitens einer an konservativen Geschlechterrollenbildern orientierten bundesdeutschen Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang gilt es nicht zuletzt, insbesondere all jene Grenzerfahrungen sichtbar zu machen, die durch heteronormative Homogenisierungsprozesse in den Darstellungen zur Geschichte eines Raums meist außen vor zu bleiben drohen. Eine wesentliche – wenngleich viel zu selten erprobte – Möglichkeit hierzu besteht darin, kreative Leistungen von häufig vor allem räumlich marginalisierten Menschen in den Vordergrund zu rücken. Ein Blick auf den heftig umstrittenen Begriff Subkultur zeigt, wie groß das Forschungspotenzial ist. In den Blick geraten damit all jene avantgardistischen Foren, in denen gegenkulturelle Möglichkeitsräume geschaffen wurden, die sich nicht selten zu wirkmächtigen Repräsentanten einer sich demokratisierenden Gesellschaft gleichberechtigter Teilkulturen entwickelten.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Vgl. Andrea Ellmeier, *The Making of the Citizen Consumer. Gender und Konsumgeschichte/feministische Konsumgeschichte revisited*, in: *L'Homme* 18 (2007), S. 91–103, und Erica Carter, *Frauen und die Öffentlichkeit von Konsum*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Claudius Torp (Hrsg.), *Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M./New York 2009, S. 154–171.

<sup>32</sup> Zu Vertreibung und Flucht nach 1945 vgl. u. a. *das Projekt: Vertriebene Frauen. Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Folgen von Kriegen und Kriegsgewalt gegen Frauen und Kinder im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg*; [www.vertriebene-frauen.de/](http://www.vertriebene-frauen.de/) [1.10.2020].

<sup>33</sup> Vgl. Claudia Ulbricht/Hanna Hacker, „Queer entwickeln“ (Im Gespräch), in: *L'Homme* 23 (2012), S. 101–106; Norbert Finzsch/Marcus Velke (Hrsg.), *Queer | Gender | Historiographie. Aktuelle Tendenzen und Projekte*, Berlin 2016; Kirsten Plötz, *Einsame Freundinnen? Lesbisches Leben während der zwanziger Jahre in der Provinz*, Hamburg 1999, und Michael

An diesen Beispielen wird deutlich, dass dominante kulturelle, soziale und politische Räume stets durch zeitgenössisch vorherrschende Geschlechternormen und -ordnungen bestimmt sind. Dies gilt auch für die so tradierte Geschlechterdifferenz, die durch den verfügbaren oder verweigerten Raum bestätigt und geformt wird. Dabei lassen sich die spezifischen Formen der Herstellung und Beibehaltung von Geschlechterdifferenz durch räumliche Vorstellungen und Praktiken der Aneignung bestimmen. Auf diese Weise sind mithilfe der Kategorien *space* und *gender* allzu oft vernachlässigte Grenzerfahrungen – und Grenzüberschreitungen – in demokratischen Gesellschaften herauszuarbeiten.

---

Schwartz, *Homosexuelle, Seilschaften, Verrat. Ein transnationales Stereotyp im 20. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2019.

Bernhard Gotto

**„Bürohengste“, „Amtsfraülein“, Bürger\_?**

Geschlechterperspektiven auf Verwaltung in der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie

Im Spätsommer 1951 gab es Ärger im Grenzgebiet zwischen Oberbayern und Österreich. Ein Zollbeamter verdächtigte eine Frau, Rohkaffee aus dem nahe gelegenen Bad Reichenhall über die Grenze zu schmuggeln, und forderte sie auf, ihn zum Zollamt zu begleiten. Tatsächlich hatte die Frau unverzollten Rohkaffee bei sich. Neben Zigaretten war illegal eingeführter Kaffee eines der wichtigsten Schwarzmarktgüter; sein Anteil am Gesamtverbrauch lag Schätzungen zufolge zeitweise deutlich über 60 Prozent.<sup>1</sup> Um das Belastungsmaterial loszuwerden, gab die Erwischte vor, austreten zu müssen, doch der Beamte ließ sie dabei nicht aus den Augen. Die Frau musste sich vor dem Beamten entblößen, was ihr Schamgefühl verletzte. Wenige Wochen nach diesem Vorfall beschwerte sie sich über den Beamten. Sie argumentierte, dass das Grundgesetz die persönliche Würde und körperlichen Freiheit aller Staatsbürger vor Übergriffen schütze, dies gelte insbesondere für Frauen. Eine so entwürdigende Behandlung habe es nicht einmal im „viel geschmähten Reich der Konzentrationslager [gegeben], aber es gibt sie in einer Republik, in der die persönlichen Freiheiten ‚garantiert‘ sind“. Nachdem der Vorsteher des Zollamts ihre Beschwerde zurückgewiesen hatte, wandte sie sich an die nächst höhere Instanz und drohte damit, an die Presse zu gehen, falls ihre Anzeige nicht weiterverfolgt werde.<sup>2</sup>

Diese Episode wirft ein Schlaglicht auf die bislang von der Zeitgeschichtsforschung noch kaum ausgeloteten Zusammenhänge von Geschlecht, Verwaltung und Demokratie, das stutzig macht. Zwei Jahre nachdem das Grundgesetz in Kraft getreten war, argumentierte eine selbstbewusste Bürgerin mit ihren Grundrechten, setzte ihre Widersacher durch eine NS-Analogie ins Unrecht, kannte sich offensichtlich mit dem Instanzenzug der Zollbehörden aus, ließ sich nicht durch einen abschlägigen Bescheid beirren und wagte es sogar, die Presse als Druckmittel einzusetzen. Die Protagonistin dieser Episode passt weder in das Bild einer Retraditionalisierung von Geschlechterrollen in den 1950er Jahren noch entspricht sie der Figur „unbeholfener Demokraten“, die sich wegen ihrer diktatorischen Vergangenheit die neue Ordnung im Alltag erst mühsam zu eigen machen mussten.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Detlev Zuckarelli, Zollbeamte im Zwielficht. Kaffeeschmuggel in der Westeifel 1949, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 42 (2016), S. 541–604, hier S. 541–545, und Dorothee Wierling, Mit Rohkaffee handeln. Hamburger Kaffeeimporteure im 20. Jahrhundert, München/Hamburg 2018, S. 226–229.

<sup>2</sup> Staatsarchiv München, OFD München 13094, Wally Wierer an die Oberfinanzdirektion München, 15.9.1951.

<sup>3</sup> Vgl. Till van Rahden, Clumsy Democrats. Moral Passions in the Federal Republic, in: German History 29 (2011), S. 485–504, und Rebecca Boehling, Gender Roles in Ruins. German Women and Local Politics under American Occupation, 1945–1955, in: Hagemann/Michel (Hrsg.), Gender, S. 51–72.

Ganz offensichtlich prangerte die Frau das Vorgehen des Zollbeamten an, um aus der Position der Beschuldigten herauszukommen und selbst in die Rolle der Anklägerin zu schlüpfen. Dafür eignete sich der Rückgriff auf die NS-Zeit bestens: Auch im Grenzgebiet zu Belgien warfen ertrappte Kaffeeschmuggler den Zollbeamten „Gestapo-Methoden“ vor und beriefen sich auf die im Grundgesetz garantierten Freiheits- und Persönlichkeitsrechte.<sup>4</sup> Ihr Handlungs- und Argumentationsgeschick hatte sich die Frau also allem Anschein nach als Akteurin in der Grauzone der Nachkriegsökonomie angeeignet.<sup>5</sup> Doch ganz unabhängig von den Motiven und Überzeugungen der Protagonistin offenbart die Episode, wie stark die Geschlechterordnung, Erwartungen an eine respektvoll auftretende Staatsverwaltung und demokratische Grundprinzipien von Akteurinnen und Akteuren aufeinander bezogen werden konnten.

Dafür steht eine systematische zeitgeschichtliche Analyse noch aus. Im Jahr 2005 vermaß Sabine Mecking erstmals das Forschungsfeld öffentliche Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Genderperspektive. An ihrem Befund, dass aus zeitgeschichtlicher Sicht dieses Themenfeld *tabula rasa* sei, hat sich bis heute nichts geändert.<sup>6</sup> Die Verwaltung kommt in den wichtigsten Sammelbänden zur Geschlechtergeschichte der Nachkriegszeit in Westdeutschland praktisch nicht vor.<sup>7</sup> Im Unterschied zur Erforschung der NS-Diktatur führt Verwaltungsgeschichte in der Historiografie zur Bundesrepublik ein Schattendasein. Daran hat auch die neuere Behördenforschung nichts geändert, die nahezu geschlechtsblind ist.<sup>8</sup> Ihr Fokus auf das administrative Leitungspersonal in den ersten Nachkriegsjahrzehnten und deren NS-Vergangenheiten blendet Frauen systematisch aus und lässt die Männer als geschlechtslose Wesen erscheinen. In den Demokratisierungsnarrativen der Zeitgeschichte geht es vor allem um Protestbewegungen und zivilgesellschaftliches Engagement.<sup>9</sup> Verwaltung erscheint in puncto Bürgerbeteiligung eher als Bremsklotz, gegenüber Aktivistinnen und Aktivisten der Neuen Sozialen Bewegungen als Gegenspielerin, wenn nicht sogar als Widerpart von Demokratisierung schlechthin.<sup>10</sup>

<sup>4</sup> Zuckarelli, *Zollbeamte*, S. 560. Ein ähnliches Beispiel bei Moritz Föllmer, *Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall*, Cambridge u. a. 2013, S. 198.

<sup>5</sup> Vgl. mit weiteren Hinweisen Möding, *Stunde*, in: Broszat/Henke/Woller (Hrsg.), *Stalingrad*, S. 621. Zum Anteil von Frauen an Berliner Schwarzmärkten vor und nach 1945 vgl. Malte Zierenberg, *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939–1950*, Göttingen 2008, S. 103 und S. 267 f.

<sup>6</sup> Sabine Mecking, „Chefin oder Mauerblümchen?“ Frauen in der öffentlichen Verwaltung der Bundesrepublik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), S. 465–497, hier S. 466.

<sup>7</sup> Vgl. Hikel/Kramer/Zellmer (Hrsg.), *Lieschen Müller*; Paulus/Silies/Wolff (Hrsg.), *Zeitgeschichte*; Hagemann/Michel (Hrsg.), *Gender*, und Hagemann/Harsch/Brühöfener (Hrsg.), *Gendering*.

<sup>8</sup> Vgl. Annette Weinke, „Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht?“ Neue Wege für die Behördenforschung, in: *Zeitgeschichte-online*, 19.8.2020; [zeitgeschichte-online.de/kommentar/alles-noch-schlimmer-als-ohnehin-gedacht](http://zeitgeschichte-online.de/kommentar/alles-noch-schlimmer-als-ohnehin-gedacht) [8.10.2020].

<sup>9</sup> Vgl. Hodenberg, *Writing Women's Agency*, und Conway, *Western Europe's Democratic Age*.

<sup>10</sup> Vgl. Sabine Mecking, *Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000*, München 2012; David

Um sich dem Zusammenhang von Geschlecht, Verwaltung und Demokratie anzunähern, sollten die drei Begriffe zumindest grob bestimmt werden. Unter Geschlecht wird im Folgenden eine mehrfach relationale Kategorie verstanden, mit der sich Praktiken und Positionen von differenten Individuen untersuchen lassen.<sup>11</sup> Verwaltung meint den öffentlichen Sektor im rechtsstaatlichen, demokratischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, und zwar als institutionell ausdifferenziertes System und als Praxis, das heißt als „Tätigkeit des Staats außerhalb von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Regierung“.<sup>12</sup> Verwaltung ist also an den demokratischen Rechtsstaat gebunden, und sie ist sowohl eine Arena für das Herstellen und Verändern von Geschlechterarrangements als auch Akteurin in diesem Prozess. Demokratie ist der politische, kulturelle und soziale Ordnungsrahmen.

Aus einer praxeologischen Perspektive heraus soll es im Folgenden im Sinne von „doing democracy“<sup>13</sup> in erster Linie um Auffassungen, Aneignungen und Veränderungen dieses Rahmens gehen.<sup>14</sup> Demokratie ist dabei diejenige der drei Bezugsgrößen, deren Wandlungen im Zeitverlauf erklärt werden sollen. Dies zielt nicht darauf ab, den vorherrschenden Demokratisierungsnarrativen der Bundesrepublik stärker verwaltungs- und geschlechtergeschichtlich argumentierende Alternativen entgegenzusetzen. Gerade mit Blick auf neuere Befunde, die derartige Perspektiven einnehmen, ist von gegenläufigen, phasenverschobenen, ungleichmäßigen und widersprüchlichen Entwicklungen auszugehen, die nicht in einem neuen Narrativ eingeebnet werden dürfen.<sup>15</sup> Ein Grundansatz dabei lautet gleichwohl, dass als Indikatoren für fortschreitende Demokratisierung vor allem Geschlechtergerechtigkeit, Partizipationschancen und Pluralität gelten sollen.

Auf vertrautem Terrain bewegt sich, wer Verwaltung mit Max Weber als Exekutivinstrument begreift, mit dem der Staat seine Herrschaft im Alltag verwirklicht, rationalisiert und legitimiert.<sup>16</sup> Mit dieser Perspektivierung ist *gender* als Analyse-kategorie für geschlechterspezifische Machtrelationen kompatibel. Verwaltung erscheint dann als Bewahrerin von Heteronormativität und Patriarchat. In diesem Sinne führte die feministische Staats- und Bürokratiekritik ihren „case against bureaucracy“.<sup>17</sup>

---

Graeber, Bürokratie. Die Utopie der Regeln, Stuttgart 2016, S. 92 f. und S. 122–124, sowie Pascale Cancik, Zuviel Staat? Die Institutionalisierung der „Bürokratie“-Kritik im 20. Jahrhundert, in: Der Staat 56 (2017), S. 1–38.

<sup>11</sup> Vgl. Claudia Opitz-Belakhal, Geschlechtergeschichte, Frankfurt a. M. 2010, S. 36 f., und Gabriella Hauch, Geschichtswissenschaften. Von einer Leitwissenschaft in der Frauen- und Geschlechterforschung zur institutionalisierten Disziplin, in: Kortendiek/Riegraf/Sabisch (Hrsg.), Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Bd. 1, S. 521–530, hier S. 523.

<sup>12</sup> So eine klassische Definition von Otto Mayer von 1924; zit. nach Wolfgang Seibel, Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung, Frankfurt a. M. 2016, S. 15.

<sup>13</sup> Vgl. Knappe, Doing Democracy.

<sup>14</sup> Vgl. Conway, Western Europe's Democratic Age, S. 199 f.

<sup>15</sup> Vgl. Biess/Eckert, Narratives.

<sup>16</sup> Vgl. Seibel, Verwaltung, S. 49–51.

<sup>17</sup> Vgl. Kathy E. Ferguson, The Feminist Case Against Bureaucracy, Philadelphia 1984. Für die ältere Forschungsliteratur vgl. Anne Witz/Mike Savage, The Gender of Organizations, in: The Sociological Review 39 (1991), Supplement, S. 3–62, und Reeta Chowdhari Tremblay,

Sie zeigt, auf welche Weise Verwaltung als Institution und als Herrschaftstechnik die männliche Vormachtstellung im öffentlichen Raum stabilisiert, rechtfertigt und normalisiert. Die Geschlechtergeschichte steht in dieser Tradition widerständiger historischer Dekonstruktion patriarchalischer Machtverhältnisse.<sup>18</sup> In diesem Sinne lässt sich der Staatsdienst als dezidiert männliches Herrschaftsprivileg historisieren.<sup>19</sup> Aus einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive lässt sich fragen, inwiefern „Korpsgeist und Staatsbewusstsein“ oder die immer wieder beschworene Treue der Beamten dezidiert männlich codiert waren.<sup>20</sup> Biografien über Exotinnen auf dem administrativen „Männerparkett“<sup>21</sup> liefern Einsichten in die Mechanismen, zu denen sich erfolgreiche Frauen verhalten mussten, und in Strategien, wie sie sich gegen Geschlechterstereotype und Widerstände zur Wehr setzten.<sup>22</sup> Ähnliche Analyseperspektiven ergeben sich, wenn von einem queer-feministischen Blickwinkel aus erörtert wird, wie die Verwaltung die heteronormative Geschlechterordnung stabilisierte.<sup>23</sup>

Verwaltung als sozialer Handlungsraum war nicht nur eine traditionelle Männerdomäne, sondern auch eine Sphäre, die fernab von Partizipationsansprüchen konstruiert war: Stark ausgeprägte und fest institutionalisierte Hierarchien prägten die Verwaltungskultur,<sup>24</sup> das demokratische Grundrecht auf Streik gab es für Beamtinnen und Beamte nicht oder nur stark eingeschränkt, Mitbestimmungs- und Personalvertretungsrechte waren schwach ausgebildet. Insgesamt war Verwaltung daher ein Residualraum für ein patriarchalisches Herrschaftverständnis, während in anderen Bereichen die Kritik daran wuchs. Doch es wäre zu einseitig

---

Inclusive Administration and Development. Feminist Critiques of Bureaucracy, in: Keith M. Henderson/O. P. Dwivedi (Hrsg.), *Bureaucracy and the Alternatives in World Perspective*, Houndmills/New York 1999, S. 69–94.

<sup>18</sup> Vgl. Opitz-Belakhal, *Geschlechtergeschichte*, S. 122.

<sup>19</sup> Vgl. Ursula Nienhaus, *Vater Staat und seine Gehilfinnen. Die Politik mit der Frauenarbeit bei der deutschen Post (1864–1945)*, Frankfurt a. M. 1996, und Gudrun Kling, *Die rechtliche Konstruktion des „weiblichen Beamten“*. Frauen im öffentlichen Dienst des Großherzogtums Baden im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Ute Gerhard (Hrsg.), *Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, München 1997, S. 600–616.

<sup>20</sup> Vgl. Michael Ruck, *Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972*, München 1996; Sabine Mecking, *„Immer treu“*. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Essen 2003, und Vanessa Conze, *„Ich schwöre Treue...“*. Der politische Eid in Deutschland zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Göttingen 2020.

<sup>21</sup> Richter, *Daelen*, S. 129.

<sup>22</sup> Vgl. Freund, *Theanolte Bähnisch*, S. 444.

<sup>23</sup> Vgl. Roswitha Hofmann, *Organisationen verändern Geschlechterverhältnisse?! Queer-theoretische Perspektiven für eine geschlechtergerechte Entwicklung von Organisationen*, in: Maria Funder (Hrsg.), *Gender Cage – Revisited. Handbuch zur Organisations- und Geschlechterforschung*, Baden-Baden 2014, S. 387–401, hier S. 399–403.

<sup>24</sup> Vgl. Stefan Fisch, *Verwaltungskultur – geronnene Geschichte?*, in: *Die Verwaltung* 33 (2000), S. 303–323, und Klaus König, *Verwaltungskultur – typologisch betrachtet*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Grundmuster der Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung*, Baden-Baden 2014, S. 11–28.

und aus historischer Perspektive auch grundverkehrt, die Verwaltung per se als eine Zone irreversiblen demokratiereisistenten Androzentrismus zu fassen.<sup>25</sup>

Zweifelsohne verlängerte und verfestigte die Verwaltung Geschlechterungleichheiten. Aber sie bewirkte auch das Gegenteil: Verwaltung transformierte die Geschlechterordnungen. Der öffentliche Dienst war vielfach ein Erfahrungsraum für Innovationen und Push-Faktoren wie zum Beispiel Frauenbeauftragte, die es zuerst in der Kommunalverwaltung gab.<sup>26</sup> Viele Frauen, die im öffentlichen Dienst tätig waren, nutzten ihre dort gesammelten Erfahrungen für ihre spätere politische Karriere.<sup>27</sup> Politische Wahlämter und Mandate auf unteren Ebenen waren Bewährungs- und Gewöhnungsraum zunächst für Frauen – die erste Bürgermeisterin Deutschlands war Erika Keck<sup>28</sup> –, später für nicht heteronormative Personen. Klaus Wowereits Laufbahn ist dafür nur das prominenteste Beispiel.<sup>29</sup> Genauso bedeutsam ist der öffentliche Dienst für die Implementierung von Gleichstellungsnormen und Antidiskriminierungsrichtlinien. Relevanz für die Transformation von Geschlechterordnungen und der demokratischen Kultur gleichermaßen gewannen Verwaltungsstellen schließlich durch ihre Interaktion mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren.

Dabei war insbesondere die Kommunalverwaltung für lokal agierende Gruppen aus den Neuen Sozialen Bewegungen wichtig, sowohl als Partner als auch als Gegner. Ohne die Kooperation mit kommunalen Stellen hätten viele Projekte wie Frauenhäuser oder Homosexuellentreffs nicht finanziert werden können.<sup>30</sup> Auch wenn derartige Initiativen scheiterten, trugen die Akteurinnen und Akteure ihre Anliegen und Forderungen über Verwaltungen in den lokalen Raum hinein und stellten Öffentlichkeit her. Noch in der Rolle des Angeklagten boten Verwaltungsstellen stellvertretend für die Frauenfeindlichkeit und Gender-Ungerechtigkeit der Gesellschaft einen Resonanzraum für Veränderungsanstöße.

Außerdem war und ist die Verwaltung eine zentrale Akteurin für Gleichstellungspolitik. Wegen ihrer rechtlichen Bindung mussten Verwaltungen Gleichstellungsnormen und Antidiskriminierungsrichtlinien vollziehen, was den öffentlichen Dienst im Vergleich mit der Privatwirtschaft allerdings nicht automatisch zu

<sup>25</sup> Vgl. Maria Funder, Einführung: „Gender Cage – Revisited“, in: Dies. (Hrsg.), *Gender Cage*, S. 9–25, hier S. 13 f.

<sup>26</sup> Vgl. Rosemarie Nave-Herz, *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland*, 4., völlig überarbeitete und erweiterte Aufl., Opladen 1994, S. 103 f.

<sup>27</sup> Vgl. Meyer, *Frauen*, S. 61 und S. 86.

<sup>28</sup> Vgl. Jessica von Seggern, *Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945 bis 1950*, Stuttgart 2005, S. 60.

<sup>29</sup> Allerdings lebte der langjährige Regierende Bürgermeister von Berlin erst nach seiner Verwaltungstätigkeit in homosexuellen Beziehungen; vgl. Klaus Wowereit, *...und das ist auch gut so. Mein Leben für die Politik*, München 2007, S. 93–109 und S. 118–121. Als weiteres Beispiel vgl. Inge Grolle/Rita Bake, *„Ich habe Jonglieren mit drei Bällen geübt“*. Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft – 1946 bis 1993, Hamburg 1995, S. 180–185.

<sup>30</sup> Vgl. Bernhard Gotto, *Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre*, Berlin/Boston 2018, S. 176 f.

einem weniger stark geschlechtlich segregierten Bereich machte. Dennoch konnten die Standards demokratischer Verwaltungspraxis das Aufbrechen von traditionellen Geschlechterarrangements auch begünstigen, so wie umgekehrt der Abbau traditioneller staatlicher Regulierungstätigkeit als Quelle einer zunehmenden Geschlechterungleichheit interpretiert worden ist.<sup>31</sup>

Schon allein wegen der großen Zahl der Beschäftigten ist der öffentliche Dienst schließlich ein wesentlicher Faktor für die Veränderung geschlechtlich strukturierter fordistischer Lebenslaufregime.<sup>32</sup> Früh zogen Frauen in die Amtsstuben ein und fanden dort zumeist als Schreib- und Registraturkräfte Erwerbsmöglichkeiten. Während Beamtinnen vor 1945 Ausnahmen bildeten, gelangten seit den 1950er Jahren mehr und mehr Frauen über Aufstiegsurse in untere und mittlere Laufbahnen. Dagegen öffnete sich der öffentliche Dienst verhältnismäßig spät für Teilzeitarbeit.<sup>33</sup> Bei diesen Wandlungsprozessen spielte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr eine wichtige Rolle, allerdings folgten die Veränderungen nicht immer einem emanzipatorischen Leitbild.<sup>34</sup>

Wenn man Verwaltungsvollzug nicht primär als staatliche Herrschaftstechnik, sondern als demokratisches Verwaltungshandeln im Sinne von „doing democracy“ begreift, dann stellen sich Behörden und administrative Praktiken nicht mehr als Feld zufälliger Überschneidungen von Geschlecht und Demokratie dar. Sie lassen sich vielmehr als Aushandlungsort und -modus für die Geschlechterdemokratie begreifen.<sup>35</sup> Das methodische Instrumentarium der Genderforschung steht dann für zeitgeschichtliche Analysen zur Verfügung. So ließe sich analog zum von Stefan Hirschauer eingeführten Konzept „undoing gender“<sup>36</sup> heuristisch nach „undoing democracy“ fragen, um Prozesse der De-Demokratisierung und der Remaskulinisierung in administrativen *settings* miteinander in Beziehung zu setzen.

<sup>31</sup> Vgl. Ralph Bollmann, Lob der Bürokratie, in: Merkur 66 (2012), S. 277–287, hier S. 281, und Birgit Sauer, Neoliberalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterkritische Überlegungen, in: Thomas Biebricher (Hrsg.), Der Staat des Neoliberalismus, Baden-Baden 2016, S. 153–182.

<sup>32</sup> Vgl. Andreas Wirsching, Erwerbsbiographien und Privatheitsformen. Die Entstandardisierung von Lebensläufen, in: Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 1997, S. 83–97.

<sup>33</sup> Vgl. Oertzen, Teilzeitarbeit, S. 135–137, S. 221 f., S. 306 und S. 321 f., sowie Heinrich Siedentopf, Stand und Entwicklungsperspektiven einer Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen, in: Rainer Koch/Peter Conrad (Hrsg.), New Public Service. Öffentlicher Dienst als Motor der Staats- und Verwaltungsmodernisierung, Wiesbaden 2003, S. 79–91, hier S. 84–88.

<sup>34</sup> Vgl. Susanne Kreutzer, Vom „Liebesdienst“ zum modernen Frauenberuf. Die Reform der Krankenpflege nach 1945, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 184–206, und dies., „Der Aufstieg findet nicht statt.“ Frauen und Führungspositionen in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in den 1950er und 1960er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 35/2006, S. 167–177.

<sup>35</sup> Vgl. Barbara Glinsner u. a., Doing Gender in Public Services. Affective Labour of Employment Agents, in: Gender, Work & Organization 26 (2019), S. 983–999.

<sup>36</sup> Vgl. Stefan Hirschauer, Judith, Niklas und das Dritte der Geschlechterdifferenz. Undoing gender und die Post Gender Studies, in: Gender 8 (2016), S. 114–129.

Das Zusammenspiel von Verwaltung und Geschlecht geht keinesfalls in einer stetigen Fortschrittsgeschichte auf, die ein Mehr an Geschlechtergerechtigkeit und Partizipation in der Verwaltung zu einer besseren Demokratie aufsummiert.<sup>37</sup> Die in jüngerer Zeit wieder zu beobachtende Retraditionalisierung von Geschlechterrollen ist dafür nur ein Beispiel, von der die Verwaltung keinesfalls ausgenommen ist.<sup>38</sup> Ein anderes Beispiel ist der Zusammenhang von Verwaltungsreformen und Gleichstellungspolitiken. So lässt sich etwa bezweifeln, dass der Einzug von Planungs- und Steuerungsmodellen in den 1960er Jahren im Verbund mit der elektronischen Datenverarbeitung die demokratische Qualität des Verwaltungshandelns, die Mitsprachemöglichkeiten des Personals oder gar die Geschlechtergerechtigkeit in den Ämtern und Behörden beförderte. Widersprüchlich erscheint auch die Gleichzeitigkeit, mit der in den 1990er Jahren einerseits alle Bundesländer Gleichstellungsgesetze verabschiedeten und implementierten, während das Steuerungsmodell des *New Public Management* zum Leitbegriff der Verwaltungsmodernisierung aufstieg, das auf privatwirtschaftliche Anreizsysteme und Organisationsformen setzte.

Betrachtet man Verwaltung als geschlechtlich segregierte Raumkonstellation, so zeigt sich selbst in den 1950er Jahren mehr als eine homosoziale Herrschaftssphäre mit einem dienstbeflissenen Apparat von Sekretärinnen. Spezifische Betätigungsfelder für Frauen beschränkten sich nicht auf scheinbar typisch weibliche Sektoren wie Bildung, Gesundheit und Soziales. Andere Bereiche wie die weibliche Kriminalpolizei<sup>39</sup> oder Pressereferate im öffentlichen Dienst hielten spezifische Aufstiegskanäle bereit. Aufschlussreich ist dabei, welche Tätigkeiten Beamtinnen in traditionell für Frauen besonders schwer zugänglichen Ressorts zuerst anvertraut wurden. Im bayerischen Finanzministerium war die erste Referatsleiterin nach 1945 für die Verbindung zum Parlament zuständig. Dies war nicht die einzige Schnittstelle zwischen weiblicher *Agency* und demokratischem Wandel: Der christsoziale Finanzminister Rudolf Eberhard überließ einen Teil seiner Wahl-

<sup>37</sup> Vgl. Conway, *Western Europe's Democratic Age*, S. 243. Differenzierender vgl. Michael Ruck, Tanker in der rauen See des Struktur- und Wertewandels. Repräsentation, Partizipation und Administration während der 1980er Jahre – eine Problemskizze, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 253–271.

<sup>38</sup> Vgl. Marion Müller/Nicole Zillien, Das Rätsel der Retraditionalisierung. Zur Verweiblichung von Elternschaft in Geburtsvorbereitungskursen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68 (2016), S. 409–433; Patricia Graf/Silke Schneider/Gabriele Wilde, Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären, in: *Femina Politica* 26 (2017), S. 70–87, und Elisabeth Schilling/Katharina Geier, Unterbrochene Erwerbskarrieren und Frauenförderung in der öffentlichen Verwaltung – ein (un)fairer Kampf?, in: Lutz C. Kaiser (Hrsg.), *Soziale Sicherung im Umbruch. Transdisziplinäre Ansätze für soziale Herausforderungen unserer Zeit*, Wiesbaden 2018, S. 227–249.

<sup>39</sup> Vgl. Ursula Nienhaus, „Für strenge Dienstzucht ungeeignete Objekte...“ Weibliche Polizei in Berlin 1945–1952, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.), *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969*, Hamburg 2001, S. 129–153, und Jörg-Michael Klös/Friedrich Sander, Die Weibliche Kriminalpolizei, in: *Berliner Kriminalpolizei von 1945 bis zur Gegenwart*, hrsg. vom Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V., Berlin 2005, S. 81–84.

kreisarbeit seiner Chefsekretärin, wenn er selbst keine Zeit dafür fand.<sup>40</sup> Die beiden Beispiele zeigen, dass sich bemerkenswerte informelle Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für Frauen eröffnen konnten. Sie lassen sich außerdem als Indiz dafür lesen, dass Männer zentrale Aufgabenfelder der Vermittlung und Legitimation demokratischen Regierungshandelns eher geringschätzten und daher an Frauen delegierten.

Betrachtet man Verwaltungen als gegenderten Raum, lässt sich nach spezifischen Normen für Weiblichkeiten und Männlichkeiten, ihren Ausprägungen und ihrem Verhältnis zueinander fragen. Ein zölibatärer, zumindest jedoch kinderloser Lebensentwurf war bis in die 1960er Jahre hinein die Voraussetzung für gut ausgebildete Frauen, um eine ihren Kenntnissen und ihrem Leistungsvermögen entsprechende Verwaltungskarriere zu durchlaufen. Ein Beispiel dafür ist die erste Referentin für Frauenfragen im Bundesinnenministerium Dorothea Karsten.<sup>41</sup> Bei der Auswahl von Frauen für die mittleren und untergeordneten Tätigkeiten in der Verwaltung präferierten die zumeist männlichen Vorgesetzten Eigenschaften und Kriterien, die mit einem traditionellen Rollenschema kompatibel waren.<sup>42</sup>

Dennoch entstanden Nischen für selbstbewusste Frauen, die sich einer vor schnellen Etikettierung als unbedarfte „Amtsfräulein“ entziehen. Auch für Männlichkeiten verspricht eine differenzierende Analyse Erkenntnisfortschritte. Einiges deutet darauf hin, dass unter den leitenden Beamten in den Verwaltungen nach 1945 ein Männlichkeitstypus überlebte, der einige Charakteristika der ansonsten weithin diskreditierten heroischen Männlichkeit bewahrte, beispielsweise Opferbereitschaft, Selbstverleugnung, unbedingte Treue und Hingabe an ein höheres Ziel.<sup>43</sup> Aus demokratiehistorischer Perspektive stellt sich die Frage, wie sich diese Form geschlechtlichen Standesbewusstseins in die sich entwickelnde demokratische Kultur einpasste und ob männliche Identitätspolitik für das Verwaltungshandeln eine ähnlich destruktive Rolle spielte, wie Michael Kimmel und Jürgen Martschukat dies für die amerikanische Demokratie herausstellten.<sup>44</sup> Schließlich lässt

<sup>40</sup> Bayerisches Hauptstaatsarchiv, ORH 1692, Otto Barbarino an den bayerischen Obersten Rechnungshof, 21.8.1961.

<sup>41</sup> Vgl. Stefanie Palm/Irina Stange, Vergangenheiten und Prägungen des Personals des Bundesinnenministeriums, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018, S. 122–181, hier S. 133–135, und Der Spiegel vom 26.3.1958: „Kurznachricht über Dorothea Karsten“.

<sup>42</sup> Vgl. Rosemary Pringle, *Secretaries Talk. Sexuality, Power & Work*, London 1988.

<sup>43</sup> Vgl. Bernhard Gotto, Vom Barras in die Bürokratie. Eine Verwaltungskarriere zwischen Wehrmacht und bayerischem Finanzdienst, 17.8.2020, S. 14; portal-militaergeschichte.de/content/vom-barras-die-b%C3%BCrokratie [22.3.2021].

<sup>44</sup> Vgl. Michael Kimmel, *Angry White Men. American Masculinity at the End of an Era*, New York 2013, und Jürgen Martschukat, Hegemoniale Identitätspolitik als „entscheidende Politikform“ in den USA. Eine Geschichte der Gegenwart, in: APuZ 38–39/2018, S. 18–23. Ganz ähnlich deutete Birgit Sauer, *Authoritarian Right-Wing Populism as Masculinist Identity Politics. The Role of Affects*, in: Dietze/Roth (Hrsg.), *Populism*, S. 23–40, den deutschen Rechtspopulismus.

sich mit einem intersektionalen Ansatz erfassen, wie in die Bundesrepublik zugewanderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Geschlechterrelationen in den Behörden veränderten – bis zum Paradigmenwechsel vom Gender-Mainstreaming zum *Diversity Management*.

**Neu: Innovatives Video-Format, Aufzeichnung des „Podiums Zeitgeschichte“ 2021 und ergänzende Materialien zu Philipp Gahns Dokumentation in der Juli-Ausgabe**

„Ins Heft gezoomt“ – ein neues audiovisuelles Angebot der VfZ

Unter der Überschrift „Ins Heft gezoomt“ bietet die VfZ-Redaktion in Zusammenarbeit mit dem Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Instituts für Zeitgeschichte seit Juli ein neues, innovatives audiovisuelles Format an. Künftig wollen wir regelmäßig bestimmte Themen und Autorinnen beziehungsweise Autoren durch Interviews vorstellen, die in der neuen Rubrik „VfZ Hören und Sehen“ von VfZ-Online archiviert werden. Bei dieser Gelegenheit erhält das Publikum auch Einblick in die anderen Inhalte der neuen Ausgaben. Für das Juli-Heft 2021 hat VfZ-Chefredakteur Thomas Schlemmer Michael Schwartz von der Forschungsabteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte über seinen Aufsatz „Homosexuelle im modernen Deutschland“ interviewt und mit ihm seine zentralen Thesen diskutiert.

<https://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte-1/vfz-hoeren-und-sehen/ins-heft-gezoomt>

**Aufzeichnung des „Podiums Zeitgeschichte“ 2021**

Auch mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung wird die Frage nach dem historischen Ort des 1990 untergegangenen zweiten deutschen Teilstaats noch immer heftig diskutiert. War die DDR wirklich nicht mehr als „eine Fußnote der Weltgeschichte“, wie Hans-Ulrich Wehler polemisch formuliert hat? Das Podium Zeitgeschichte in der April-Ausgabe der VfZ setzte sich kritisch mit diesem Diktum auseinander. Die Autorinnen und Autoren thematisierten zunächst die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (Jürgen John) und der frühen DDR (Elke Scherstjanoi). Petra Weber befasste sich dann mit der Gesellschaftsgeschichte der DDR im deutsch-deutschen Kontext, Frieder Günther stellte Überlegungen zur Behördenforschung im Ost-West-Vergleich an, und Florian Peters suchte nach dem historischen Ort der DDR in der Geschichte des östlichen Europa. Den Abschluss bildeten Betrachtungen von Michael Schwartz zur Rolle der DDR in der Geschichte der zeithistorischen Transformationen seit den 1980er Jahren.

Weitergeführt wurde diese Debatte von Frieder Günther (Berlin), Florian Peters (Jena), Eva Schäffler (München) und Michael Schwartz (Berlin) in einer Online-Diskussion des Instituts für Zeitgeschichte am Dienstag, 15. Juni 2021. Die *discussants* suchten dabei nach den Wurzeln gegenwärtiger Problemlagen in der Geschichte Ostdeutschlands zwischen 1945 und 1990 und erörterten die Aufgaben einer künftigen DDR-Forschung. Die Moderation übernahmen der Leiter der Forschungsabteilung Berlin des IfZ, Hermann Wentker, und der Chefredakteur der VfZ, Thomas Schlemmer.

<https://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/podium-zeitgeschichte-1>

Neu bei den Zusatzangeboten: Ergänzende Materialien zu Philipp Gahns Dokumentation „Widersprüche eines Modus Vivendi. Dokumente zum Besuch Michael Kardinal von Faulhabers bei Adolf Hitler auf dem Obersalzberg im November 1936“ im Juli-Heft 2021 der VfZ

Philipp Gahn hat seine Dokumentation über den Besuch Michael Kardinal von Faulhabers bei Adolf Hitler auf dem Obersalzberg im November 1936 um weitere Materialien aus dem Nachlass Faulhaber im Archiv der Erzdiözese München und Freising ergänzt, die sich in der Rubrik „Beilagen“ unserer Zusatzangebote finden. Es handelt sich um das Tagebuch-Beiblatt „Nachlese Obersalzberggespräch“ (als Digitalisat der stenografischen Aufzeichnung und als Transkript) sowie um eine repräsentative Auswahl von Reaktionen auf das Treffen aus der internationalen Presse.

<https://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen>

## ... von der Redaktion betreut (Mai – Juli/August 2021)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehpunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehpunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den Monaten zuvor in den *sehpunkten* erschienen sind.

Hannes Bahrmann, *Francos langer Schatten. Diktatur und Demokratie in Spanien*, Berlin 2020.

*Rezensiert von: Walther L. Bernecker (Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehpunkte.de/2021/05/35204.html](http://www.sehpunkte.de/2021/05/35204.html)

Manu Bhagavan (ed.), *India and the Cold War*, Chapel Hill, NC 2019.

*Rezensiert von: Amit Das Gupta (Universität der Bundeswehr München) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehpunkte.de/2021/05/34016.html](http://www.sehpunkte.de/2021/05/34016.html)

Christian Booß, *Vom Scheitern der kybernetischen Utopie. Die Entwicklung von Überwachung und Informationsverarbeitung im MfS*, Göttingen 2021.

*Rezensiert von: Janine Funke (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehpunkte.de/2021/05/35276.html](http://www.sehpunkte.de/2021/05/35276.html)

Micha Brumlik, *Antisemitismus*. 100 Seiten, Dietzingen 2020.

*Rezensiert von: Sebastian Voigt (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehpunkte.de/2021/07/35936.html](http://www.sehpunkte.de/2021/07/35936.html)

Klaus Brummer / Friedrich Kießling (Hgg.), *Zivilmacht Bundesrepublik? Bundesdeutsche außenpolitische Rollen vor und nach 1989 aus politik- und geschichtswissenschaftlichen Perspektiven*, Baden-Baden 2019.

*Rezensiert von: Peter Ridder (Berliner Kolleg Kalter Krieg am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehpunkte.de/2021/05/34277.html](http://www.sehpunkte.de/2021/05/34277.html)

Verena Christ, *Täter von Grafeneck. Vier Ärzte als Angeklagte im Tübinger „Euthanasie“-Prozess 1949*, Stuttgart 2020.

*Rezensiert von: Lea Oberländer (Universität Mannheim) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehpunkte.de/2021/05/34802.html](http://www.sehpunkte.de/2021/05/34802.html)

Vanessa Conze, „Ich schwöre Treue ...“. Der politische Eid in Deutschland zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Göttingen 2020.

*Rezensiert von: Moritz Föllmer (University of Amsterdam) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*  
[www.sehepunkte.de/2021/07/35556.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/35556.html)

Bettina Effner, Der Westen als Alternative. DDR-Zuwanderer in der Bundesrepublik und in West-Berlin 1972 bis 1989/90, Berlin 2020.

*Rezensiert von: Helge Heidemeyer (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*  
[www.sehepunkte.de/2021/05/35269.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35269.html)

Jens Elberfeld, Anleitung zur Selbstregulation. Eine Wissensgeschichte der Therapeutisierung im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2020.

*Rezensiert von: Viola Balz (Evangelische Hochschule Dresden) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*  
[www.sehepunkte.de/2021/05/35532.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35532.html)

Julia Gül Erdogan, Avantgarde der Computernutzung. Hackerkulturen der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2021.

*Rezensiert von: Jonathan Voges (Leibniz Universität Hannover) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*  
[www.sehepunkte.de/2021/06/35524.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/35524.html)

Mark Fenemore, Fighting the Cold War in Post-Blockade, Pre-Wall Berlin. Behind Enemy Lines, London / New York 2019.

*Rezensiert von: Alexander Olenik (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*  
[www.sehepunkte.de/2021/06/34554.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/34554.html)

Alex Feuerherdt / Florian Markl, Die Israel-Boycottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand, Berlin / Leipzig 2020.

*Rezensiert von: Patrick Hesse (Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*  
[www.sehepunkte.de/2021/05/35459.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35459.html)

Michael Gehler / Wilfried Loth (Hgg.), Reshaping Europe. Towards a Political, Economic and Monetary Union, 1984–1989, Baden-Baden 2020.

*Rezensiert von: Guido Thiemeyer (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*  
[www.sehepunkte.de/2021/06/35049.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/35049.html)

Johannes Gleixner / Philipp Lenhard (Hgg.), Friedrich Pollock. Schriften zu Planwirtschaft und Krise. Gesammelte Schriften Band 2, Freiburg 2021.

*Rezensiert von: Gregor-Sönke Schneider (Leibniz Universität, Hannover) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*  
[www.sehepunkte.de/2021/05/35504.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35504.html)

Andreas Stefan Hofmann, Oberfranken zur Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1939. Eine Studie über Aufstieg, Machteroberung und Herrschaftsorganisation der Nationalsozialisten im Norden Bayerns, Bamberg 2020.

*Rezensiert von: Eva Karl (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehepunkte.de/2021/06/35470.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/35470.html)

Lucian Hölscher, Zeitgärten. Zeitfiguren in der Geschichte der Neuzeit, Göttingen 2020.

*Rezensiert von: Christof Dipper (Institut für Geschichte, Technische Universität, Darmstadt) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/35190.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35190.html)

Marc Junge, Stalinistische Modernisierung. Die Strafverfolgung von Akteuren des Staatsterrors in der Ukraine 1939–1941, Bielefeld 2020.

*Rezensiert von: Alfred Eisfeld (Der Göttinger Arbeitskreis e. V., Göttingen) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehepunkte.de/2021/06/34544.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/34544.html)

Krieg und Frieden. Fotografien von Ewgenij Chaldej. Ausstellung des Memoriums Nürnberger Prozesse vom 23. April bis 3. Oktober 2021.

*Rezensiert von: Ulrike Goeken-Haidl (Nürnberg) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/36132.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/36132.html)

Wolfgang Krieger, Die deutschen Geheimdienste. Vom Wiener Kongress bis zum Cyber War, München 2021.

*Rezensiert von: Carsten Richter (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/35530.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35530.html)

Marc Lazar / Matthieu Fulla (eds.), European Socialists and the State in the Twentieth and Twenty-First Centuries, Basingstoke 2020.

*Rezensiert von: Patrick Böhm (Ruhr-Universität Bochum) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/34190.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/34190.html)

Sara Lorenzini, Global Development. A Cold War History, Princeton / Oxford 2019.

*Rezensiert von: Christopher Seiberlich (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehepunkte.de/2021/06/34431.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/34431.html)

Ignaz Lozo, Gorbatschow. Der Weltveränderer, Darmstadt 2021.

*Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/35650.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/35650.html)

Gerhard Oberkofler, Arnold Reisberg. Jüdischer Revolutionär aus dem Königreich Galizien, Innsbruck / Wien 2020.

*Rezensiert von: Mario Keßler (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/35282.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/35282.html)

Karl-Heinz Paqué / Richard Schröder, Gespaltene Nation? Einspruch! 30 Jahre Deutsche Einheit, Zürich 2020.

*Rezensiert von: Christoph Lorke (Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/35175.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35175.html)

Norbert F. Pötzl, Der Treuhand-Komplex. Legenden. Fakten. Emotionen, Hamburg 2019.

*Rezensiert von: Rainer Karlsch (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehepunkte.de/2021/06/33596.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/33596.html)

Christoph Raichle, Die Finanzverwaltung in Baden und Württemberg im Nationalsozialismus, Stuttgart 2019.

*Rezensiert von: Martin Friedenberger (Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehepunkte.de/2021/06/35133.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/35133.html)

Thomas Reichlin (Hg.), Die Kriegstagebücher 1942 und 1943 von Josef (Giuseppe) Anselmi, Schwyz 2020.

*Rezensiert von: Thomas Schlemmer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/36117.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/36117.html)

Friederike Sattler, Herrhausen. Banker, Querdenker, Global Player. Ein deutsches Leben, München 2019.

*Rezensiert von: Rouven Janneck (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/35565.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/35565.html)

Kurt Thomas Schmitz, Die IG Metall nach dem Boom. Herausforderungen und strategische Reaktionen, Bonn 2020.

*Rezensiert von: Anne Kremer (Universität Mannheim) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/34683.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/34683.html)

Gregor Schöllgen / Gerhard Schröder, Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen, München 2021.

*Rezensiert von: Christian Hacke (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehepunkte.de/2021/06/35724.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/35724.html)

Klaus Schroeder, Kampf der Systeme. Das geteilte und wiedervereinigte Deutschland, Reinbek 2020.

*Rezensiert von: Christoph Lorke (Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/35175.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35175.html)

Benjamin Schulte, Veteranen des Ersten Weltkrieges. Der Kyffhäuserbund von 1918 bis 1933, Bielefeld 2020.

*Rezensiert von: Marcel Böhles (Haus der Weimarer Republik, Weimar) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/35503.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/35503.html)

Thomas A. Schwartz, Henry Kissinger and American Power. A Political Biography, New York 2020.

*Rezensiert von: Stephan Kieninger (Mannheim) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/36131.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/36131.html)

Tilmann Siebeneichner (Hg.), „Selbstentwürfe“. Neue Perspektiven auf die politische Kulturgeschichte des Selbst im 20. Jahrhundert, Göttingen 2021.

*Rezensiert von: Pascal Eitler (Medizinische Hochschule Hannover) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/35517.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35517.html)

Andreas Stegmann, Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution, München 2021.

*Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 7/8*

[www.sehepunkte.de/2021/07/35732.html](http://www.sehepunkte.de/2021/07/35732.html)

Andrée Türpe, Der vernachlässigte General? Das Clausewitz-Bild in der DDR, Berlin 2020.

*Rezensiert von: Heiner Bröckermann (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehepunkte.de/2021/06/35067.html](http://www.sehepunkte.de/2021/06/35067.html)

Olga Velikanova, Mass Political Culture Under Stalinism. Popular Discussion of the Soviet Constitution of 1936, Basingstoke 2018.

*Rezensiert von: Acelya Bakir (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehepunkte.de/2021/05/35081.html](http://www.sehepunkte.de/2021/05/35081.html)

Claudia Weber, *Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz*, München 2019.

*Rezensiert von: Sergej Slutsch (Akademie der Wissenschaften, Moskau) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 5*

[www.sehpunkte.de/2021/05/34659.html](http://www.sehpunkte.de/2021/05/34659.html)

Ingrid de Zwart, *The Hunger Winter. Fighting Famine in the Occupied Netherlands, 1944–1945*, Cambridge 2020.

*Rezensiert von: Tobias Wals (Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 6*

[www.sehpunkte.de/2021/06/35475.html](http://www.sehpunkte.de/2021/06/35475.html)

*Morten Reitmayer*, **Populism as a Field of Study of Contemporary History. A Critical Research Report**

The article discusses various definitions of populism from recent international political science and social science literature. It argues for caution in the unquestioning adoption of political science definitions of populism, especially since there are currently conflicting definitions of the term: On the one hand, there is an influential current that sees populism as a weak, “thin” ideology. On the other hand, populism is understood as a strategy for gaining power and mobilising the masses. In addition, there is hardly any empirically confirmed knowledge about one of the central assumptions of almost all populism definitions, namely that it is anti-elitism at its core. Finally, the article formulates fields and guiding questions for contemporary historical research on populism based on these and other conceptual problems.

*Sascha Steger*, **Kurt Daluege, the Stennes Revolts 1930/31 and the Rise of the SS**

In 1930 and 1931, two revolts by SA Leader Walter Stennes shook the Nazi Movement as it was in permanent campaign mode. The East German SS under Kurt Daluege claimed the quick suppression of both party crises for itself and disseminated the tale, that Hitler had awarded the rising SS with the motto “Meine Ehre heißt Treue” (My Honour is Called Loyalty) in order to thank it for its sacrificial deployment against the rebels. Sascha Steger puts this narrative, which is efficacious to date, to the test, analyses the actual course of the Stennes revolts and comes to the conclusion that, while the SS under Daluege was loyal to the *Führer*, it played no decisive role in ending the confrontation.

*Tanja Penter/Dmytro Tytarenko*, **The Holodomor, Nazi Propaganda in Ukraine and its Difficult Legacy**

Tanja Penter and Dmytro Tytarenko illuminate a hitherto neglected aspect in the history of German-Ukrainian relations connected to the Great Famine of 1932/33. They investigate how the hunger catastrophe in Ukraine was covered by the press issued under German occupation between 1941 and 1944, when the topic, which one could not speak about in public under Stalin, was first discussed publicly and instrumentalised for propaganda. Starting from an analysis of the press publications they inter alia ask what image the occupiers transmitted about the famine and whether the legacy of this propagandistic instrumentalisation of the crime has left any traces in Ukrainian commemorative culture.

*Discussion: Gender and Democracy. Interpretative Struggles about the Social Order in the Federal Republic of Germany*

The history of democracy of the Federal Republic of Germany has been characterized by bitter confrontations over gender orders. Notions of a natural or just gender order not only entered the West German constitution, but they also shaped the political functioning of democratic institutions and fashioned the way democratic principles were adopted and internalized on a day-to-day basis. From the start,

these concepts were heavily contested. By introducing six different research perspectives the authors explore how the production of gender as a social category and the establishment and practice of democracy were inextricably intertwined during the first decades of the Federal Republic. Focusing on contested gender orders allows a better understanding of the inner contradictions and tensions of the West German democratic project.

# Autorinnen und Autoren 753

**Dr. Morten Reitmayer** ist apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier (Universitätsring 15, 54296 Trier); Publikationen: gemeinsam mit Christian Marx (Hrsg.), *Die offene Moderne. Gesellschaften im 20. Jahrhundert* (Göttingen 2020); gemeinsam mit Christian Marx (Hrsg.), *Gewinner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte* (Göttingen 2020); *Die Elitesemantiken einer Klassengesellschaft. Großbritannien im 20. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 45 (2019), S. 191–221; *Politisch-soziale Ordnungsentwürfe und Meinungswissen über die Gesellschaft in Europa im 20. Jahrhundert – eine Skizze*, in: Lutz Raphael (Hrsg.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert* (Wien 2012), S. 37–63; *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik* (München 2009).



**Sascha Steger, M. A.** ist Doktorand am Historischen Institut der Universität Potsdam (Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam) und Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung; bis 2018 Studium der Geschichte, Anglistik und Amerikanistik sowie der Zeitgeschichte ebenfalls in Potsdam; dort 2019 zudem Lehrbeauftragter; arbeitet zurzeit an einer biografischen und organisationsgeschichtlichen Dissertation über Kurt Daluege und die Ordnungspolizei im NS-Staat.



**Dr. Tanja Penter** ist Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (Grabengasse 3–5, 69117 Heidelberg), Mitglied der Deutsch-Russischen und der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission, des wissenschaftlichen Beirats des DHI Moskau sowie des Senats der Jüdischen Hochschule in Heidelberg; Publikationen u. a.: *Odessa 1917. Revolution an der Peripherie* (Köln 2000); *Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953* (Essen 2010); gemeinsam mit Esther Meier (Hrsg.), *Sovietnam. Die UdSSR in Afghanistan 1979–1989* (Paderborn 2017); gemeinsam mit Felicitas Fischer von Weikersthal und Dorothea Redepenning (Hrsg.), *Oktoberrevolution 1917. Ereignis, Rezeption, künstlerische Deutung* (Heidelberg 2020); *Vergessene Opfer von Mord und Missbrauch. Behinderntenmorde unter deutscher Besatzungsherrschaft in der Ukraine (1941–1943) und ihre juristische Aufarbeitung in der Sowjetunion*, in: *Journal of Modern European History* 17 (2019), S. 353–376.





**Dr. Dmytro Tytarenko** ist Professor für Politikwissenschaft und Ukrainische Geschichte an der Staatlichen Universität für innere Angelegenheiten Donezk in Kryvyj Rih (die Hochschule wurde wegen Kriegereignissen im Donbass nach Kryvyj Rih verlegt) und aktuell Gastwissenschaftler am Fritz Bauer Institut (Norbert-Wollheim-Platz 1, 60323 Frankfurt a. M.); Publikationen u. a.: NS-Propaganda im Militärverwaltungsgebiet der Ukraine. Ziele, Mittel und Wirkungen, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 66 (2018), S. 620–650; Medizinische Betreuung und nationalsozialistische Krankenmorde in der Ukraine unter der deutschen Okkupation, in: Alexander Friedman/Rainer Hudemann (Hrsg.), *Diskriminiert – vernichtet – vergessen. Behinderte in der Sowjetunion, unter nationalsozialistischer Besatzung und im Ostblock 1917–1991* (Stuttgart 2016), S. 355–372; *Kul’turni procesy v Ukraïni u roky nacysts’koï okupacii (zona vijs’kovoï administracii)* (Lemberg/ Donezk 2014); gemeinsam mit Tanja Penter, *Opyt nacistskoj okupacii v Donbasse: svidetel’stvujut očevidy* (Donezk 2013); „Deutsches Geld“ für die Zwangsarbeiter. Die Reaktionen der Bevölkerung des Gebietes Donezk auf die Auszahlungen der Stiftung EVZ, in: Constantin Goschler (Hrsg.), *Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und ihre Partnerorganisationen, Bd. 4: Helden, Opfer, Ostarbeiter. Das Auszahlungsprogramm in der ehemaligen Sowjetunion* (Göttingen 2012), S. 281–307.



**Dr. Kirsten Heinsohn** ist stellvertretende Direktorin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg) und Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg (Mittelweg 177, 20148 Hamburg); Publikationen u. a.: *Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive* (Düsseldorf 2010); gemeinsam mit Rainer Nicolaysen (Hrsg.), *Belastete Beziehungen. Studien zur Wirkung von Exil und Remigration auf die Wissenschaften in Deutschland nach 1945* (Göttingen 2020); *Die eigene Geschichte erzählen. Erinnerungskulturen der deutschen Frauenbewegung. Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“*, August 2020; *Parteien und Politik in Deutschland. Ein Vorschlag zur historischen Periodisierung aus geschlechterhistorischer Sicht*, in: Gabriele Metzler/Dirk Schumann (Hrsg.), *Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik* (Bonn 2016), S. 279–298.

**Dr. Till van Rahden** ist Professeur titulaire am Département de littératures et de langues du monde an der Université de Montréal (3744, rue Jean-Brillant, Montréal (QC), H3T 1P1, Kanada) und non-resident Senior Fellow am Forschungskolleg Humanwissenschaften, Bad Homburg (Am Wingertsberg 4, 61348 Bad Homburg vor der Höhe); Publikationen u. a.: *Jews and other Germans. Civil Society, Religious Diversity and Urban Politics in Breslau, 1860–1925* (Madison 2008); *Demokratie. Eine gefährdete Lebensform* (Frankfurt a. M./New York 2019); *Lumpen sammeln. Mit Siegfried Kracauer im Dickicht des 19. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 307 (2018), S. 319–340; gemeinsam mit Daniel Fulda u. a. (Hrsg.), *Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg* (Göttingen 2010); *Emanzipation und Recht. Zur Geschichte der Rechtswissenschaften und der jüdischen Gleichberechtigung* (Frankfurt a. M. 2021).



**Dr. Isabel Heinemann** ist Professorin für Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Am Domplatz 20–22, 48143 Münster); Publikationen u. a.: *Wert der Familie. Ehescheidung, Frauenarbeit und Reproduktion in den USA des 20. Jahrhunderts* (Berlin/Boston 2018); *Vom „Kindersegen“ zur „Familienplanung“? Eine Wissensgeschichte reproduktiven Entscheidens in der Moderne 1890–1990*, in: *Historische Zeitschrift* 310 (2020), S. 23–51; „La vraie fondatrice de l'internationale“. Flora Tristan und die vergessenen feministischen Wurzeln des internationalen Sozialismus, in: *Francia* 47 (2020), S. 267–294.



**Dr. Martina Steber** ist Privatdozentin und Stellvertretende Leiterin der Forschungsabteilung München am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (Leonrodstr. 46b, 80636 München); Publikationen u. a.: *Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayerischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime* (Göttingen 2010); *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980* (Berlin/Boston 2017); gemeinsam mit Bernhard Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives* (Oxford 2014); gemeinsam mit Riccardo Bavaj (Hrsg.), *Germany and „the West“. The History of a Modern Concept* (New York/Oxford 2015); gemeinsam mit Riccardo Bavaj (Hrsg.), *Zivilisatorische Verortungen. Der „Westen“ an der Jahrhundertwende (1880–1930)* (Berlin/Boston 2018).





**Dr. Julia Paulus** ist Wissenschaftliche Referentin am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte und Lehrbeauftragte für Neue Geschichte/Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Karlstraße 33, 48147 Münster); Publikationen u. a.: (Neue) Frauenbewegungen – auch auf dem „Land“?, in: Lu Seegers (Hrsg.), 1968. Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande (Göttingen 2020), S. 141–159; Geschlechter(um)ordnung überall?, in: Regina Göschl/Julia Paulus (Hrsg.), Weimar im Westen. Republik der Gegensätze (Münster 2019), S. 121–128; als Herausgeberin: „Bewegte Dörfer“. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970–1990 (Paderborn 2018); gemeinsam mit Marion Röwekamp (Hrsg.), Eine Soldatenheimschwester an der Ostfront. Briefwechsel von Annette Schücking mit ihrer Familie (1941–1943) (Paderborn 2015); gemeinsam mit Eva-Maria Silies/Kerstin Wolff (Hrsg.), Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik (Frankfurt a. M./New York 2012).



**Dr. Bernhard Gotto** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (Leonrodstr. 46b, 80636 München); Publikationen u. a.: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre (Berlin/Boston 2018); gemeinsam mit Elke Seefried (Hrsg.), Männer mit „Makel“. Männlichkeiten und gesellschaftlicher Wandel in der frühen Bundesrepublik (Berlin/Boston 2017); gemeinsam mit Anna Ullrich (Hrsg.), Hoffen – Scheitern – Weiterleben. Enttäuschung als historische Erfahrung in Deutschland im 20. Jahrhundert (Berlin/Boston 2021); Vom Barras in die Bürokratie. Eine Verwaltungskarriere zwischen Wehrmacht und bayerischem Finanzdienst, online auf dem Portal Militärgeschichte, 17.8.2020.

**VfZ-Online**

Auf unserer Homepage ([www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/](http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/)) finden Sie – zum Teil auch in englischer Sprache:

- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen u. a.,
- die Dokumentationen (Video und Transkript) der Veranstaltungen im Rahmen des „Podiums Zeitgeschichte“,
- die Videokolumne „Rückblicke“ mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehspunkten*, der Aldersbacher Schreib-Praxis etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag De Gruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf,
- Informationen zu Profil sowie Herausbergremium und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

**Informationen für Autorinnen und Autoren**

[www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/neue-vfz-manuskripte/](http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/neue-vfz-manuskripte/)

**Begutachtungsverfahren**

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausbergremium und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung. Die entsprechenden Sitzungen finden dreimal im Jahr (Frühling, Sommer und Herbst) statt.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff decide on publication. Editorial meetings take place three times per year – in spring, summer and autumn.

# Jahresinhaltsverzeichnis 2021 759

## AUFSÄTZE

- G ü n z e l , Martin: Die Wegbereiter. Tony Blair, Großbritannien und die Entscheidung für den Irakkrieg 2001 bis 2003 ..... 445
- K a l m b a c h , Peter Lutz: Fliegende Standgerichte. Entstehung und Wirkung eines Instruments der nationalsozialistischen Militärjustiz ..... 211
- K u t z n e r , Maximilian: „Zeitung für Deutschland“? Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die deutsche Frage 1969 bis 1990 ..... 415
- N a t t e r m a n n , Ruth: Emanzipatorischer Aufbruch und antisemitische Verfolgung. Jüdinnen in der italienischen Frauenbewegung 1914 bis 1945 ... 25
- P a t e l , Kiran Klaus: Kooperation und Konkurrenz. Die Entstehung der europäischen Wissenschafts- und Forschungspolitik seit 1945 ..... 183
- P e n t e r , Tanja/Tytarenko, Dmytro: Der Holodomor, die NS-Propaganda in der Ukraine und ihr schwieriges Erbe ..... 633
- R a d u , Sorin: Der Aufbau des Sozialismus. Kadenschulen und Parteibürokratie in Rumänien – die regionale Parteischule in Timișoara 1948 bis 1973 .. 55
- R a p h a e l , Lutz: Deutsche Arbeitswelten zwischen globalen Problemlagen und nationalen Handlungsbezügen. Zeitgeschichtliche Perspektiven ..... 1
- R e i t m a y e r , Morten: Populismus als Untersuchungsfeld der Zeitgeschichte. Ein kritischer Forschungsbericht ..... 573
- S c h w a r t z , Michael: Homosexuelle im modernen Deutschland. Eine Langzeitperspektive auf historische Transformationen ..... 377
- S t e g e r , Sascha: Kurt Daluge, die Stennes-Revoluten 1930/31 und der Aufstieg der SS ..... 607
- S z ö l l ö s i - J a n z e , Margit: Archäologie des Wettbewerbs. Konkurrenz in und zwischen Universitäten in (West-)Deutschland seit den 1980er Jahren 241

## DISKUSSION

- G o t t o , Bernhard: „Bürohengste“, „Amtsfräulein“, Bürger\_? Geschlechterperspektiven auf Verwaltung in der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie 733

H e i n e m a n n , Isabel: Die patriarchale Familie als „Keimzelle“ der Demokratie – oder deren größte Bedrohung? Konflikte um den Wert der Familie in der Bundesrepublik .....	701
H e i n e m a n n , Isabel/S t e b e r , Martina: Geschlecht und Demokratie. Deutungskämpfe um die Ordnung der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland .....	669
H e i n s o h n , Kirsten: Gruppenbild ohne Dame. Demokratie in der frühen Bundesrepublik .....	679
P a u l u s , Julia: Geschlechter-Räume und Demokratie .....	723
S t e b e r , Martina: Staatsbürgerinnen für die Demokratie. Konservative Frauen und die junge Bundesrepublik .....	713
v a n R a h d e n , Till: Im Herbst der Patriarchen. Demokratie und Männlichkeit in der frühen Bundesrepublik .....	689

DOKUMENTATIONEN

G a h n , Philipp: Widersprüche eines Modus Vivendi. Dokumente zum Besuch Michael Kardinal von Faulhabers bei Adolf Hitler auf dem Obersalzberg im November 1936 .....	481
S c h l o t t , René: Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte .....	85

GUTACHTEN

Ein Sozialdemokrat im Auswärtigen Amt. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zur Bedeutung Hermann Müllers für die Außenpolitik der Weimarer Republik .....	121
--	-----

MISZELLE

G e o r g i e v , Anna: „Im fremden Erdteil ein Kleinod sein, ein Segen werden“. Über den Verbleib der Kultgegenstände (zwangs)aufgelöster jüdischer Gemeinden .....	529
--	-----

## PODIUM ZEITGESCHICHTE

- Mehr als eine Fußnote! Die Sowjetische Besatzungszone und die DDR  
in der deutschen und europäischen Geschichte ..... 279
- G ü n t h e r , Frieder: Die verwaltete Teilung. Behördengeschichte  
in deutsch-deutscher Perspektive ..... 321
- J o h n , Jürgen: Besatzungsgeschichte vor der doppelten Staatsgründung.  
Stand, Probleme, Defizite und Aufgaben der SBZ-Forschung ..... 284
- P e t e r s , Florian: Am Schnittpunkt von Ost und West. Ostmittel-  
europäische Perspektiven für eine transnationale DDR-Geschichte ..... 332
- S c h e r s t j a n o i , Elke: Werden und Wachsen. Zur Frühgeschichte  
der DDR als aktuellem Forschungsfeld ..... 295
- S c h w a r t z , Michael: Transformationsgesellschaft. DDR-Geschichte  
im vereinigten Deutschland ..... 346
- W e b e r , Petra: Die Gesellschaft der DDR im Widerstreit. Offene Fragen  
und Forschungspotenziale ..... 306

## NOTIZEN

- Idyll und Verbrechen. Die neue Dauerausstellung der Dokumentation  
Obersalzberg ..... 155
15. Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar  
des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg  
(26. bis 30. Juli 2021) ..... 167
- Bemerkung zur Dokumentation von René Schlott,  
Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut  
für Zeitgeschichte, im Januar-Heft der VfZ ..... 547

## VfZ-ONLINE

- Kommentar im VfZ-Forum und Aufzeichnung des  
„Podiums Zeitgeschichte“ 2020 ..... 169

**762** Jahresarhaltsverzeichnis 2021

Ergänzende Materialien zu zwei VfZ-Beiträgen der Januar-Ausgabe . . . . .	361
Neu bei den Zusatzangeboten: Nachtrag zu René Schlotts Dokumentation im Januar-Heft . . . . .	559
Neu: Innovatives Video-Format, Aufzeichnung des „Podiums Zeitge- schichte“ 2021 und ergänzende Materialien zu Philipp Gahns Doku- mentation in der Juli-Ausgabe . . . . .	743
AUS DER REDAKTION	
Hans Maier zum 90. Geburtstag . . . . .	549